

# Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

Öffentliche Sitzung vom 11. bis 14. Dezember 1978

1. Sitzungstag (11. Dezember 1978)

## Stenographisches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

1. Beurlaubte und entschuldigte Gemeinderäte (S. 1)
2. Fragestunde (S. 1)
3. Mitteilung des Einlaufes (S. 12)
4. Ergänzung der Tagesordnung (S. 13)
5. Anträge des Stadtsenats Pr.Z. 4117, P. 20; Pr.Z. 4112, P. 23 und Pr.Z. 4160, P. 81: Absetzung von der Tagesordnung (S. 13)
6. Gemäß § 21 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenats (S. 13)
7. Pr.Z. 3872, P. 1: Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1979  
Pr.Z. 3873, P. 2: Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat  
Pr.Z. 3999, P. 3: Finanz- und Investitionsplan 1979 bis 1983

Berichterstatte: Amtsf. StR. Hans Mayr (S. 13 u. S. 45)

Redner: Die GRe. Dr. Hirnschall (S. 19), Hahn (S. 22), Braun (S. 28), Dkfm. Dr. Wöber (S. 33 u. S. 49), Franziska Fast (S. 38) und Fürst (S. 41)

Beratung des 1. Hauptstücks, Personal und Sport  
Redner: Die GRe. Dr. Hirnschall (S. 49), Arthold (S. 52), Ludwig (S. 56), Zörner (S. 58), Pöder (S. 60) und Eberhardt (S. 67) sowie amtsf. StR. Heller (S. 68)

Beratung des 2. Hauptstücks, Inneres und Bürgerservice

Redner: Die GRe. Dkfm. Bauer (S. 75), Dkfm. Dr. Maria Schaumayer (S. 78), Landsmann (S. 79), Dipl.-Ing. DDr. Strunz (S. 80), Lustig (S. 82), Dr. Marilies Flemming (S. 86) und Mag. Kauer (S. 88) sowie amtsf. StR. Schieder (S. 91)

Vorsitzende: Die GRe. Mayrhofer, Lechner, Maria Szöllösi, Ing. Hofstetter, Dkfm. Dr. Ebert und Pöder.

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Die Sitzung des Gemeinderates ist eröffnet.

Beurlaubt ist Herr GR. Nußbaum, entschuldigt ist Frau GR. Hermine Fiala.

Wir kommen zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden vom Vorsitzenden GR. Mayrhofer die folgenden Anfragen zur Beantwortung aufgerufen:

1. Anfrage (Pr.Z. 14/GM/78) des GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowiez an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtplanung:

Welche Hindernisse stehen einer alsbaldigen Eröffnung der Tiefgarage vor dem Messepalast, die mit öffentlicher Förderung errichtet wurde, im Wege?

2. Anfrage (Pr.Z. 43/GM/78) des StR. Dr. Maathe an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtplanung:

Gibt es präzise Vorstellungen hinsichtlich der endgültigen Ausgestaltung der Fußgängerzone Stephansplatz?

3. Anfrage (Pr.Z. 46/GM/78) des GR. Daller an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtplanung:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit von der MA 46 total verrostete Kraftfahrzeuge, wie das in der Fernsehsendung „Argumente“ am 24. November 1978 gezeigte, keine Einzelgenehmigungen mehr erhalten?

4. Anfrage (Pr.Z. 5/GM/78) des GR. Kneisler an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bauten:

Welche Umleitungsmaßnahmen sind gesetzt worden, um bei einer notwendigen Belagserneuerung der Nikolaibrücke die Zufahrt zur Westautobahn zu sichern?

5. Anfrage (Pr.Z. 6/GM/78) nach der Reihung durch den Anfragesteller zurückgezogen.

6. Anfrage (Pr.Z. 48/GM/78) der Frau GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bauten:

Warum dauern die Aufgrabungsarbeiten in der Krottenbachstraße im Bereich Cottagegasse, Billrothstraße bereits so lange an, so daß starke Behinderungen für den öffentlichen Verkehr und den Individualverkehr entstehen

7. Anfrage (Pr.Z. 34/GM/78) des GR. Dkfm. Ammann an den Bürgermeister:

Wie beurteilen Sie die mißbräuchliche Verwendung von städtischen Dienstkraftfahrzeugen während der Plakatkampagne für die Volksabstimmung am 5. November 1978 durch die Wiener SPÖ?

8. Anfrage (Pr.Z. 35/GM/78) des GR. Fürst an den Bürgermeister:

Wie hoch ist Ihrer Meinung nach der Mindestsollstand an zu Fuß patrouillierenden Rayonsposten bei Nacht?

9. Anfrage (Pr.Z. 53/GM/78) des GR. Hirsch an den Bürgermeister:

Welche Ergebnisse hat die von Ihnen im Juni 1977 im Rahmen des Magistrats gebildete Forschungsgruppe, die sich mit unkonventionellen Energieträgern und einer rationellen Energieverwendung beschäftigt hat, erarbeitet?

10. Anfrage (Pr.Z. 19/GM/78) des GR. Dkfm. Bauer an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice:

Welche Überlegungen waren ausschlaggebend, am Nordhang der Kobenzlgasse, auf der Höhe der Liegenschaften ONr. 104—106, eine Quertrassierung des Hanges mit bis zu 4 m hohen Mauern zu bewilligen, obwohl das Gelände als Schutzgebiet „Wald- und Wiesengürtel“ gewidmet ist und das gegenständliche Projekt als schwerwiegende, landschaftsstörende Geländeänderung zu bewerten ist?

11. Anfrage (Pr.Z. 47/GM/78) des GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice:

Warum werden in Wien noch keine Messungen in stark befahrenen Straßenzügen, wie zum Beispiel der Herrengasse, Strauchgasse, Augustinerstraße usw., auf Blei und krebserregende Substanzen vorgenommen, obwohl man weiß, daß diese Substanzen gesundheitsschädigend sind und in anderen Ländern, so zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, bereits Grenzwertverordnungen für Blei und krebserregende Substanzen in der Atemluft festgelegt werden?

12. Anfrage (Pr.Z. 57/GM/78) des GR. Landsmann an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal und Sport:

Ist im Hinblick auf Zeitungsmeldungen, denen zufolge angeblich in den letzten Jahren im 21. Bezirk sieben Sportplätze aufgelassen oder zumindest für den Sportbetrieb gesperrt worden sind, die Versorgung der Floridsdorfer Bevölkerung mit Sportanlagen sichergestellt?

13. Anfrage (Pr.Z. 2/GM/78) des GR. Outolny an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen:

Ist der Herr amtsführende Stadtrat in der Lage, mitzuteilen, wie sich die Preisentwicklung bei Grund- und Bodenankäufen für die Stadtverwaltung darstellt?

14. Anfrage (Pr.Z. 4/GM/78) der Frau GR. Eveline Andriak an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen:

Welche Möglichkeiten sieht der Herr amtsführende Stadtrat, die für die Belange der Stadt Wien notwendigen Grundreserven anzulegen, um die Fortführung des kommunalen und sozialen Wohnungsbaues, aber auch die Realisierung wirtschaftsfördernder Maßnahmen, die mit Grundtransaktionen verbunden sind, zu gewährleisten?

15. Anfrage (Pr.Z. 55/GM/78) des GR. Kneisler an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen:

In wie vielen Fällen wurden bisher Mittel für die Wohnungsverbesserung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz in Anspruch genommen?

16. Anfrage (Pr.Z. 56/GM/78) der Frau GR. Erika Krenn an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen:

In wie vielen Fällen wurden Wohnbeihilfen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 gewährt?

17. Anfrage (Pr.Z. 51/GM/78) des GR. Rosenberger an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales:

Was haben Sie im Sinne Ihrer Ankündigung, die Psychiatrie in Wien zu reorganisieren, bereits unternommen?)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Zum Aufruf gelangt die 1. Anfrage des Herrn GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz, gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtplanung. Ich bitte den Herrn amtsführenden Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Wurzer: Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Zur Anfrage des Herrn GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz möchte ich feststellen, daß der Erteilung einer Benützungsbewilligung für die Tiefgarage Messeplatz durch die Magistratsabteilung 36 voraussichtlich nichts im Wege steht.

Leider wurde von der Parkgarage am Messeplatz Ges.m.b.H. bisher noch nicht um eine Benützungsbewilligung nach § 178 der Wiener Bauordnung angesucht. Wahrscheinlich deshalb nicht, weil ein zivilrechtliches Verfahren noch nicht abgeschlossen werden konnte. Da weiter nach Auskunft der Bundesgebäudeverwaltung I in dem im Oktober 1974 zwischen dem Bund und der Parkgaragen Ges.m.b.H. abgeschlossenen Baurechtsvertrag die Fertigstellung mit vier Jahren ab Baubeginn festgelegt wurde, besteht auch von dieser Seite keine Möglichkeit, die rasche Benützung der Garage herbeizuführen.

Soweit es die Stadt Wien betrifft, ist nach den Bestimmungen der Garagenförderungsaktion, § 7, betreffend den Widerruf, die Zuerkennung des Baukostenzuschusses innerhalb von zehn Jahren zu widerrufen, wenn dieser Baukostenzuschuß zweckwidrig verwendet wurde. Ob eine solche zweckwidrige Verwendung des Baukostenzuschusses tatsächlich vorliegt, wird derzeit von der Finanzverwaltung geprüft.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Ich danke. Eine Zusatzfrage. Bitte.

**GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz:** Es wirft sich die Frage auf, wenn die Garage in der Weihnachtszeit tatsächlich nicht in Betrieb geht, ob es irgendwelche Möglichkeiten gibt, diesen Vorgang zu beschleunigen, denn es sind ja relativ viele Steuermittel da drin.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Herr amtsführender Stadtrat, bitte.

**Amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Wurzer:** Ich habe das getan, was im Rahmen meiner Möglichkeiten, gelegen ist. Ich habe die MA 46 angewiesen, die Bundesgebäudeverwaltung I um Mitteilung zu ersuchen, warum zum Beispiel die zwischen der Mariahilfer Straße und der Burggasse gelegene öffentliche Verkehrsfläche gesperrt wurde und nicht öffentlich zugänglich ist. Von seiten der Bundesgebäudeverwaltung wurde damit argumentiert, daß die Gefahr bestünde, daß Fassadenteile auf diese Verkehrsfläche fallen. Die Bundesgebäudeverwaltung hat ein Gutachten angefordert. Das Gutachten liegt vor, und ich habe daraufhin den Herrn Bundesminister für Bauen und Technik ersucht — das war am Freitag, den 7. —, sich dieser Sache anzunehmen und für eine rasche Öffnung dieser öffentlichen Verkehrsfläche Sorge zu tragen.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Ich danke. Eine zweite Zusatzfrage.

**GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz:** Können Sie, Herr Stadtrat, die Garantie abgeben, daß Sie den Plänen, die offensichtlich hinter diesem Rechtsstreit stehen, nämlich in der letzten Etage dieser Parkgarage ein Verkaufsgeschoß einzurichten, in jedem Fall nicht zustimmen werden?

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Herr Stadtrat, bitte.

**Amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Wurzer:** Herr Gemeinderat, eine Garantie brauche ich nicht abzugeben, denn dieses Ansuchen ist von der Baupolizei, MA 36, am 20. Dezember dieses Jahres abschlägig beschieden worden.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Danke. Wir kommen zur 2. Anfrage, gerichtet von Herrn Stadtrat Dr. Mauthe an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtplanung. Bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

**Amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Wurzer:** Zur Anfrage des Herrn Stadtrates Dr. Mauthe darf ich feststellen, daß die präzisen Vorstellungen für die Gestaltung des Stephansplatzes bereits im Jahre 1977 vom Planungsausschuß des Gemeinde-

rates gebilligt wurden und seither auch in dieser Form realisiert worden sind.

Hinsichtlich der Gestaltung des Stock im Eisen-Platzes haben die damals als Berater beigezogenen maßgebenden Kunsthistoriker und Architekten die Meinung vertreten, daß durch einen räumlichen Bezugspunkt, etwa einen Brunnen, eine günstigere Raumwirkung für den Stock im Eisen-Platz erzielt werden könnte, dies unter Hinweis darauf, daß Loos hier schon einmal eine ägyptische Säule als Kristallisationspunkt situiert haben wollte. Auch diese Auffassung wurde dem Planungsausschuß des Gemeinderates zur Kenntnis gebracht und daraufhin die MA 7 um Ausschreibung eines künstlerischen Wettbewerbes ersucht.

Dieser künstlerische Wettbewerb hat, wie bekannt, kein Resultat gebracht, keine brauchbaren Ergebnisse erzielt, so daß nun die Auffassung vertreten wird, daß die Fertigstellung der gesamten Fußgängerzone Stephansplatz — Kärntner Straße und vor allem die Inbetriebnahme der drei U-Bahn-Abgänge abgewartet werden sollte, falls unter Umständen an eine weitere Ausgestaltung des Stock im Eisen-Platzes zu denken wäre.

Da Stephansdom, Stephansplatz und Stock im Eisen-Platz die bedeutendste kulturhistorische räumliche Einheit Wiens darstellen, sollten die Ergebnisse einer Aussprache zwischen dem Herrn Kardinal und dem Herrn Bürgermeister abgewartet werden.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Ich danke. Eine Zusatzfrage. Bitte.

**StR. Dr. Mauthe:** Kann sich der Herr amtsführende Stadtrat vorstellen, daß dann, wenn diese Denkpause vorbei ist und neue Ergebnisse auf dem Tisch liegen sollten, diese Ergebnisse der Öffentlichkeit rechtzeitig und ausgiebig bekanntgemacht werden, damit darüber in aller Öffentlichkeit diskutiert werden kann?

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

**Amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Wurzer:** Wenn die Ergebnisse der Aussprache zwischen dem Herrn Kardinal und dem Herrn Bürgermeister vorliegen, werde ich den Planungsausschuß des Gemeinderates davon unterrichten, und es wird dann zu entscheiden sein, ob, wie bei der Stephansplatz-Enquete, auch diese wichtige Frage in der Öffentlichkeit diskutiert werden soll.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Danke. Eine zweite Zusatzfrage.

**Stadtrat Dr. Mauthe:** Derzeit finden auf diesem kritischen Punkt, wo sich Stephansplatz, Kärntner Straße und Graben treffen, sich leider aber die Pflastererkolonnen nicht in erfreulicher Weise getroffen haben, Ausstellungen statt. Die Gestaltung dieser Ausstellungen erinnert sehr stark an pervertierte Litfaßsäulen, die sich in den Kubismus hineingestürzt haben. Das ist sicherlich kein Glanzpunkt für die Stadt.

Kann sich der Herr amtsführende Stadtrat vorstellen, daß man diese Ausstellungen, die dort lau-



fend stattfinden und die alle sehr ehrsam sein mögen, in einer Weise gestaltet, die dem wichtigsten Punkt unserer Stadt entsprechen und gemäß sind? (Bürgermeister: Da muß man wieder eine Reichskulturkammer einführen!)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Bitte, Herr amtsführender Stadtrat!

Amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Wurzer: Das ist meiner Ansicht nach ein sehr weitgehender Eingriff. Ich glaube nur, daß man doch dieses Gespräch abwarten sollte, um sich darüber Klarheit zu verschaffen, ob dann in Hinkunft an diesem Punkt weiterhin Ausstellungen stattfinden sollen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Damit ist die 2. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur 3. Anfrage, eingebracht von Herrn GR. Daller und gerichtet ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtplanung. Ich bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Wurzer: Zur Anfrage des Herrn GR. Daller möchte ich zunächst ausdrücklich feststellen, daß für total verrostete Kraftfahrzeuge von der MA 46 kein positives Gutachten im Sinne der §§ 55 bis 57 des Kraftfahrzeuggesetzes abgegeben wird.

Bei dem in der Fernsehendung „Argumente“ vom 24. November dieses Jahres gezeigten Fahrzeug handelt es sich um einen Mercedes 220 Diesel. Dieses Fahrzeug wurde vor eineinhalb Jahren am 4. April 1977 von der Landesfahrzeugprüfstelle überprüft. Dabei wurden keine erkennbaren verrosteten Bestandteile festgestellt, so daß die Begutachtungsplakette durch das Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien ausgestellt werden konnte.

Ungeachtet dessen habe ich, auch im Interesse der Bediensteten der Landeskraftfahrzeugstelle, das Kontrollamt am 25. November ersucht, diesen Sachverhalt zu prüfen. Das Prüfungsergebnis des Kontrollamtes liegt noch nicht vor. Daher kann ich derzeit noch keine weiteren Veranlassungen treffen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke. Eine Zusatzfrage, bitte.

GR. Daller: Der Meldung einer Tageszeitung zufolge ist der betreffende Techniker, der die Untersuchung durchgeführt hat, ein Spezialist für Bodenmarkierungen. Wenn dem so sein sollte: Sind Sie der Auffassung, Herr Stadtrat, daß dies der richtige Mann am richtigen Ort ist?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Wurzer: Sollte sich diese Zeitungsmeldung als richtig erweisen — das wird der Kontrollamtsbericht ja ergeben —, dann wird man auf Grund dieses Kontrollamtsberichtes für entsprechende Maßnahmen zu sorgen haben.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke. Eine zweite Zusatzfrage.

GR. Daller: Halten Sie, Herr Stadtrat, die zu-

ständige Abteilung für genügend ausgerüstet? Sind Sie insbesondere der Meinung, Herr Stadtrat, daß das Fehlen eines modernen Durchleuchtungsgerätes zur Feststellung von Korrosionen noch länger tragbar ist?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Wurzer: Ich glaube, daß man vor allem zwei Dinge unterscheiden muß. Man sollte bitte vor allem zur Kenntnis nehmen, daß auf Grund eines Erlasses des Verkehrsministeriums vom 21. September 1977 zu berücksichtigen ist, daß bei den durchzuführenden Prüfungen die Zerstörung von Bestandteilen nur dann erfolgen darf, wenn dies unabdingbar ist. Daraus resultiert die Pflicht der Behörde, das Fahrzeug in dem Zustand zurückzugeben, in dem es übernommen wird. Das sind die Schwierigkeiten, mit denen die Prüfer zu tun haben.

Ich möchte jedenfalls den Kontrollamtsbericht abwarten, um dann daraus ableiten zu können (StR. Dr. Goller: Selber etwas machen, Herr amtsführender Stadtrat!), ob die Anschaffung dieses zusätzlichen Gerätes auf Grund dieses Untersuchungsergebnisses notwendig ist.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke dem Herrn amtsführenden Stadtrat.

Wir kommen zur 4. Anfrage, eingebracht von Herrn GR. Kneisler und gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat für Bauten.

Bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Böck: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates. Zur Anfrage des Herrn GR. Kneisler darf ich folgende Erklärung abgeben:

Im Zuge der Sanierung des Wiener Westens müssen zwei Umleitungsstrecken im Westen gebaut werden. Der Bau der ersten ist bereits im vollen Gange. Es handelt sich um die Neuerrichtung der August Ritt-Brücke in Mariabrunn und um eine Teilsanierung der Hauptstraße in Hadersdorf-Weidlingau und Mariabrunn.

Die zweite Linie ist der Neubau der Hütteldorfer Brücke, mit der auch bereits begonnen wurde, und die Umleitungsstrecke stadteinwärts über Hietzinger Kai, Auhofstraße wieder zum Hietzinger Kai.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine Zusatzfrage, bitte.

GR. Kneisler: Herr Stadtrat! Wann ist mit der Fertigstellung der Umleitungsstrecke zu rechnen?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Böck: Höchstwahrscheinlich mit der Fertigstellung der Hütteldorfer Brücke, das ist Ende April, Anfang Mai 1979.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke. Eine zweite Zusatzfrage.

GR. Kneisler: Herr Stadtrat, wird die Umleitungsstrecke den anfallenden Verkehr aufnehmen können?



Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat **Böck**: Ja, eindeutig ja, auch wenn es andere Zwischenrufe gibt, denn die Hütteldorfer Brücke wird vier Fahrspuren in einer Richtung aufweisen. Die Umleitungsstrecken Hietzinger Kai—Auhoferstraße stadteinwärts und Hütteldorfer Brücke zur Autobahn stadtauswärts werden je zwei volle Fahrspuren zur Verfügung haben, darüber hinaus auch die weitere Umleitungsstrecke, die von Westen kommenden Fahrzeuge, die über die Höhenstraße kommen, in die Linzer Straße einmünden und über die August Ritt-Brücke und Weidlingau zur Autobahn auffahren können.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke dem Herrn amtsführenden Stadtrat.

Die 5. Anfrage ist nach der Reihung durch den Anfrager zurückgezogen worden, so daß wir zur 6. Anfrage kommen, die von Frau GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer eingebracht worden ist und ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bauten gerichtet wurde.

Bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Böck**: Ihre Anfrage, Frau GR. Dkfm. Dr. Schaumayer, kann ich folgendermaßen beantworten: Ich habe über die Koordinationsstelle für Aufgrabungen der MA 28 erheben lassen, was im Jahre 1978 in dem von Ihnen angesprochenen Teilbereich der Krottenbachstraße zwischen Billrothstraße und Cottagegasse an Aufgrabungen vorgenommen wurde.

Ich darf feststellen, daß am 23. Jänner 1978 eine zweistündige Aufgrabung vorhanden war, weil ein Kanaldeckel von der MA 30 neu versetzt wurde; Dauer nur zwei Stunden.

Weitere Aufgrabungen gab es am 17. Oktober dieses Jahres vor dem Haus O.Nr. 11. Man hat zu diesem Zeitpunkt gesehen, daß irgendwo ein Gebrechen vorhanden ist, und hat an drei Stellen je zwei Meter Länge aufgegraben. Diese Aufgrabung hat insgesamt drei Tage gedauert.

Auf Grund der Feststellungen dieser Aufgrabungen hat man am 13. November dieses Jahres begonnen, die gesamte Länge der Krottenbachstraße von der Billrothstraße bis zur Cottagegasse aufzugraben, um den festgestellten Schaden endgültig zu beheben. Es handelt sich hier um die Häuser der O.Nr. 1 bis 13 in der Krottenbachstraße.

Mehr kann ich zu diesem Punkt nicht sagen. Detailfragen kann ich nicht beantworten, auch Zusatzfragen nicht, weil die Gaswerke nicht in meinen Geschäftsbereich gehören. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke dem Herrn amtsführenden Stadtrat. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? Bitte, Frau Gemeinderat.

GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer: Herr amtsführender Stadtrat! Sind Sie und ist die Koordinationsstelle in Kenntnis, daß es vier Wochen gedauert hat, bis aus jenen wenigen Löchern, die, wie von Ihnen richtig zitiert, am 17. November ge-

graben wurden, eine Künette wurde, also eine Zeitspanne von etwa vier Wochen vergangen ist?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat **Böck**: Ich habe bereits eindeutig festgehalten, daß die Gaswerke nicht in mein Ressort fallen, sondern in das meines Kollegen Nekula. Ich habe an Ort und Stelle das erheben lassen, was ich gesagt habe.

Ich darf aber auf eines hinweisen: Sie haben in Ihrer Anfrage festgehalten, wie lange das noch dauern wird. Am Tage, als die Antragsstellung erfolgte, war es noch gar nicht lange. Da hat man erst feststellen können, worum es sich überhaupt handelt.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. — Wird eine weitere Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer: Herr amtsführender Stadtrat! Über die Begriffe lang oder nicht lang bei Aufgrabungen kann man in unserer Stadt sicherlich diskutieren. Welche Zeit ist als beabsichtigte Baudauer der Koordinationsstelle gemeldet?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Böck**: Soweit mir bekannt ist — vielleicht kann das auch der Herr Stadtrat Nekula beantworten — dauert es vom Tage des Beginnes an etwa zweieinhalb bis drei Monate.

Ich habe erst heute morgen um 6.47 Uhr in der Mitteilung der Polizeileitstelle gehört, daß die Billrothstraße — das gehört aber nicht mehr zur Anfragebeantwortung — ab heute nur einspurig befahrbar ist.

GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer: Und das zu Ihrer Information bis Ende Februar.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Frau Gemeinderat, Sie haben bereits zwei Zusatzfragen gestellt.

Ich danke dem Herrn amtsführenden Stadtrat für die Beantwortung.

Wir kommen zur Frage 7, eingebracht von Herrn GR. Dkfm. Ammann, gerichtet an den Herrn Bürgermeister. Ich bitte, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Herr Gemeinderat! Mir ist von einer mißbräuchlichen Verwendung von städtischen Dienstkraftfahrzeugen durch die Wiener SPÖ nichts bekannt.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke dem Herrn Bürgermeister. — Eine Zusatzfrage, bitte.

GR. Dkfm. Ammann: Herr Bürgermeister! Es gibt Zeugenaussagen, wonach am 4. November um 3.45 Uhr die Insassen eines Dienstaufwagens der Wiener Stadtwerke-E-Werke mit dem Kennzeichen W 6028 Dreiecksfahrer mit Nein-Plakaten mit sozialistischen Ja-Plakaten im Bereich Burggasse—Außengürtel überklebten. Halten Sie, Herr Bürgermeister, diese mißbräuchliche Verwendung von städtischen Dienstkraftfahrzeugen, die eindeutig nachgewiesen werden kann, durch eine Partei als moralisch ver-

treten und als den demokratischen Spielregeln entsprechend?

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Herr Bürgermeister, bitte.

**Bürgermeister:** Herr Gemeinderat! Ich habe diese Zeugenaussagen nicht. Wenn Sie sie mir zur Verfügung stellen, bin ich gerne bereit, bei einer neuerlichen Anfrage oder auch durch eine Wortmeldung meinerseits dazu Stellung zu nehmen. Auf Grund von hypothetischen Fragen kann ich keine hypothetischen Antworten geben.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Danke, Herr Bürgermeister. — Eine zweite Zusatzfrage.

**GR. Dkfm. Ammann:** Ich kann Ihnen selbstverständlich die Unterlagen zur Verfügung stellen, und ich nehme an, Herr Bürgermeister, daß Sie einerseits als Bürgermeister und andererseits als Obmann jener Partei, die Nutznießer dieser mißbräuchlichen Verwendung war, diesen Vorfall genau untersuchen lassen werden. Sind Sie, Herr Bürgermeister, bereit, den Wiener Gemeinderat ehebaldigst und vollständig über diese unliebsamen Vorkommnisse zu informieren?

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Ich bitte, Herr Bürgermeister.

**Bürgermeister:** Ich bin gerne bereit, den Wiener Gemeinderat über das Ergebnis meiner Untersuchungen zu informieren, wenn Sie mir die Zeugenaussagen zur Verfügung stellen. Ich hätte mit ja geantwortet, aber da Sie bereits eine Qualifizierung in Ihrer Frage haben und ich noch nicht weiß, ob es unliebsame Vorgänge waren, kann ich nur sagen: Ich werde über das Ergebnis meiner Untersuchungen informieren.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Ich danke dem Herrn Bürgermeister. Damit ist die Anfrage Nr. 7 erledigt.

Wir kommen zur 8. Anfrage, eingebracht von Herrn GR. Fürst und ebenfalls gerichtet an den Herrn Bürgermeister.

Ich bitte, Herr Bürgermeister.

**Bürgermeister:** Herr Gemeinderat! Da die Angelegenheit, weswegen Sie anfragen, alle Wiener interessiert, möchte ich mich nicht auf die formelle Seite Ihrer Anfrage zurückziehen, daß es an sich unmittelbare Vollziehung des Bundes ist und daß die Meinung des Bürgermeisters keine Angelegenheit der Vollziehung des Landes und der Gemeinde darstellt. Aber, wie gesagt, es interessiert alle Wiener, und ich sage Ihnen daher gerne, daß — nicht nach meiner Meinung, sondern nach Meinung der Polizeifachleute — 100 bis 120 Sicherheitswachebeamte als Mindestsollstand bei Nacht ausreichen würden.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Ich danke. — Eine Zusatzfrage, bitte.

**GR. Fürst:** Herr Bürgermeister! Derzeit sind in Wien bei Nacht laut Anfragebeantwortung des Innenministers nur knapp 60 Sicherheitswachebeamte zu Fuß unterwegs, wobei noch hinzukommt, daß diese zu Fuß patrouillierenden Beamten vor

allem von den Schulwachzimmern stammen, das heißt in Bezirken eingesetzt sind, die eine eher geringere Kriminalität aufweisen.

Wie soll der genannte Sollstand erreicht werden bzw. was gedenken Sie, Herr Bürgermeister, zu unternehmen, damit dieser Sollstand von 100 bis 120 Sicherheitswachebeamten zu Fuß erreicht wird?

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Ich danke. Bitte, Herr Bürgermeister.

**Bürgermeister:** Es ist richtig, Herr Gemeinderat, daß der Sollstand nicht erreicht wird. Es haben einige Male sowohl der Innenminister als auch der Polizeipräsident als auch ich darauf hingewiesen, daß als ein bedauerliches Ergebnis des seinerzeitigen Terroristenüberfalles auf das OPEC-Gebäude die Tatsache zu vermerken war, daß fast sämtliche Botschaften für ihre Botschaftsgebäude und für die Residenzen einen ununterbrochenen Bewachungsdienst verlangen. Der Personalstand, der dafür notwendig ist, nämlich etwa 400 bis 500 Sicherheitswachebeamte, ist genau jener Personalstand, der an sich, wäre dieser Vorfall nicht eingetreten, jetzt bereits für den Patrouillendienst zur Verfügung stünde. Es ist angesichts der Tatsache, daß die Polizeischule voll ist und daß die Polizeiaspiranten, im Volksmund die Polizeikadetten, eine ausgezeichnete Einrichtung sind, zu erwarten, daß in einiger Zeit eine Aufstockung erreicht werden kann.

Was ich persönlich tun kann, Herr Gemeinderat, ist, an alle Fraktionen im Nationalrat zu appellieren, damit dann, wenn die Bundesregierung für den Bereich der Sicherheitswache, wie es bereits einmal geschehen ist, im Wege einer Dienstpostenplannovelle eine Aufstockung des Personalstandes vorschlägt, nicht einzelne Fraktionen aus durchsichtigen Motiven, weil man gegen die Beamten allgemein auftreten will, im Nationalrat dagegenstimmen.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Ich danke dem Herrn Bürgermeister. — Es wird noch eine Zusatzfrage gewünscht.

**GR. Fürst:** Herr Bürgermeister! Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß seinerzeit die Uneinigkeit über die Aufstockung eine Frage der Budgetüberschreitungen war und nicht bloß eine Frage des Dienstpostenplanes.

Aber zur zweiten Zusatzfrage: Es sind auch von der Gemeinde Wien aus Maßnahmen möglich, um den Dienstpostenplan der Wiener Sicherheitswache bzw. der Bundespolizeidirektion Wien zu entlasten. Es besteht vor allem der Wunsch der Personalvertretung, daß seitens der Gemeinde Wien die Politessen, die vor allem zur Überwachung des ruhenden Verkehrs eingesetzt sind, von der Stadt Wien übernommen werden.

**Vorsitzender GR. Mayrhofer:** Herr Gemeinderat! Ich bitte Sie, die Zusatzfrage zu stellen.

**GR. Fürst:** Die kommt ja jetzt, bitte: Ist der Herr Bürgermeister bereit, ehebaldigst dafür zu sorgen, daß die rund 180 Politessen in den Dienst der Stadt Wien übernommen werden, damit auf diese Weise



der Dienstpostenplan der Bundespolizeidirektion Wien entlastet wird?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich bitte, Herr Bürgermeister.

**Bürgermeister**: Herr Gemeinderat! Ich bin froh über diese Frage, weil sie mir Gelegenheit gibt, den Gemeinderat über diese auch rechtliche Problematik zu informieren. Leider liegt nämlich die Situation nicht so einfach, daß man sagt, man könnte die Politessen übernehmen; dann wären formal sicherlich die Dienstposten bei der Polizei frei.

Es gibt hier aber zwei Problembereiche, über die ich mit dem Innenminister und seinen Beamten in Verhandlungen stehe. Das eine ist, daß eine einfache Übernahme de facto nur eine Subventionierung des Bundes durch die Stadt Wien bedeuten würde. Auch wenn man sogar zugibt, daß das im Bereich der Möglichkeiten der Stadt Wien wäre, so muß ich doch darauf hinweisen — jene Mitglieder des Gemeinderates, die den Organen des Städtebundes angehören, wissen das —, daß die österreichischen Gemeinden sehr besorgt sind, daß dann als logische Konsequenz der Bund allen Gemeinden gewisse Dienstposten übertragen will. Das ist deshalb für diese Gemeinden problematisch, weil sie nicht wie Wien als Bundesland doch in die mittelbare Bundesverwaltung auch hinsichtlich der Polizei irgendwie eingebunden sind, sondern weil sie eindeutig hier eine Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinderat und Polizeirecht haben. Aber das ist noch das geringere. Wesentlicher ist, daß die Gesamtsituation der Überwachung des ruhenden Verkehrs damit allein noch nicht gelöst werden kann, und ich glaube, diese Frage ist ebenso wichtig.

Ich habe den Innenminister gebeten, und seine Beamten sind dabei, das zu prüfen, ob nicht wie etwa in anderen Ländern, zum Beispiel in England, in London, wo die „Traffic Wardens“ etwas ganz anderes sind als die normalen Polizisten, das Recht zur Überwachung — das bedeutet aber dann natürlich auch das Recht, Anordnungen zu treffen, etwa hinsichtlich des Abschleppens, und das Recht, Organmandate auszustellen — generell an die Länder oder im Wege der Länder an die Gemeinden übertragen werden kann, weil es dann für uns auch die Möglichkeit gäbe, nicht bloß uniformierte Polizisten oder Politessen zu übernehmen, sondern mit eigenen Kräften der Stadt Wien, von denen es sehr viele gibt, die auf der Straße unterwegs sind, gleichzeitig auch die Probleme des ruhenden Verkehrs in den Griff zu bekommen.

Ich hoffe sehr, daß diese Rechtsfrage gelöst werden kann, die im Rahmen des Kompetenzbereiches Bundesstraßen—Landesstraßen liegt, weil das nicht nur bedeuten würde, daß die Polizei von der Überwachung des ruhenden Verkehrs entlastet wird, sondern auch, daß wir mit eigenen Mitteln gewisse Brennpunkte, wo sich immer wieder Stauungen ergeben — zum Beispiel durch Parken in zweiter Spur usw. —, leichter in den Griff bekommen.

Wenn diese Verhandlungen so weit sind — ich hoffe, daß es rasch geht —, wird es auch mit Hilfe

der Bundesgesetzgebung möglich sein, den ganzen Komplex mit unserer Hilfe unter Kontrolle zu bekommen.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke dem Herrn Bürgermeister.

Wir kommen zur Anfrage Nr. 9, eingebracht von Herrn GR. Hirsch, gerichtet an den Herrn Bürgermeister. Bitte, Herr Bürgermeister.

**Bürgermeister**: Herr Gemeinderat! Ich habe im Juni 1977 die amtsführenden Stadträte für Stadtplanung sowie für Verkehr und Energie ersucht, eine Forschungsgruppe zu bilden, die sich nicht nur mit der Erschließung neuer Energiequellen beschäftigen, sondern auch die Möglichkeiten rationeller Energieverwendung untersuchen soll. Ich habe diesen Auftrag deshalb erteilt, damit nicht die Stadt Wien vielleicht unabhängig über alternative Energiequellen oder über generelle Möglichkeiten und Tendenzen bei der Energieversorgung zu forschen beginnt. Es wäre gewiß weit über den Bereich der Stadt Wien hinausgegangen, eine solche Forschungsgruppe einzusetzen.

Was jedoch geschehen ist und wofür ich sehr dankbar bin, ist, daß unsere Mitarbeiter in einem Bericht, den ich nunmehr als Abschlußbericht bekommen habe, alle Entwicklungstendenzen und Forschungsergebnisse in der Welt überprüft und sie ganz konkret in einem Etappenplan auf die praktische Verwirklichung im Bereich der Stadt Wien untersucht haben.

Meiner Ansicht nach handelt es sich um eine ausgezeichnete Arbeit, weil hier ohne unbegründeten Enthusiasmus, aber auch ohne unbegründete Skepsis einfach die Entwicklung auf dem Energiesektor für den Bereich der Stadt Wien und besonders die Entwicklung etwaiger neuer unkonventioneller Energieträger dargestellt wird.

Der Bericht ist so interessant, daß ich die beiden amtsführenden Stadträte gebeten habe, ihn vielfältigen zu lassen und den Ausschußmitgliedern als Arbeitsunterlage zur Verfügung zu stellen. Sollte sich in den Ausschüssen größeres Interesse zeigen, so werde ich gerne dafür sorgen, daß der gesamte Gemeinderat diesen Bericht bekommt, weil er eine wirklich ausgezeichnete Darstellung ist, für die ich nicht nur den beiden amtsführenden Stadträten, sondern auch ihren Mitarbeitern sehr dankbar bin.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke dem Herrn Bürgermeister. Eine Zusatzfrage wird nicht gewünscht.

Wir kommen damit zur 10. Anfrage, eingebracht von Herrn GR. Dkfm. Bauer, gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice. Ich bitte den Herrn amtsführenden Stadtrat um die Beantwortung.

**Amtsführender Stadtrat Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! In dem Bereich, in dem laut § 15 d der Wiener Stadtverfassung Fragen im Gemeinderat zulässig sind, nämlich in dem Bereich der Gemeindeverwaltung, waren keine diesbezüg-



lichen Überlegungen für einen Landesbescheid ausschlaggebend.

Auf Landesebene wurden sehr wohl Überlegungen angestellt, und die sind, sehr geehrter Herr Gemeinderat, auch Gegenstand einer Anfrage im letzten Landtag gewesen. Dort, im zuständigen Gremium, habe ich auch eine ausführliche Antwort gegeben.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke, Herr GR. Dkfm. Bauer, bitte.

GR. Dkfm. **Bauer**: Sind Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Schieder, in der Lage, zumindest mittlerweile Auskunft zu geben, warum ein entscheidendes Gutachten, nämlich jenes der Hochschule für Bodenkultur, nicht eingeholt worden ist?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Selbst wenn ich die Frage der Zuständigkeit — ob Land oder Gemeinde — außer acht lasse, wäre ich auch im Bereich der Gemeinde für dieses Gutachten nicht zuständig. Ich kann daher auch die Auskunft nicht geben.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Eine zweite Zusatzfrage.

GR. Dkfm. **Bauer**: Sie können wahrscheinlich dann auch keine Auskunft darüber geben, welche Vorkehrungen getroffen werden können bzw. bereits getroffen wurden, um eine allfällige mißbräuchliche Verwendung der nun errichteten Querflächen in Grinzing hintanzuhalten.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Darüber kann ich sehr wohl Auskunft geben. Wenn der Herr Vorsitzende des Gemeinderates gestattet, daß ich hier Teile eines Landesbescheides behandle, dann tue ich das sehr gerne.

Zunächst sind Auflagen im Bescheid selbst enthalten. Die erste Auflage schreibt vor, daß die maximale Niveauveränderung der südlichen Mauer, gemessen an der südlichsten Ecke, 4 Meter nicht übersteigen darf. Das geht so weiter bis zur Auflage Nr. 7, betreffend die Tragkonstruktion. Es handelt sich also um Auflagen, die eine bestimmte Art der Mauer und ihre Begründung vorschreiben.

Im Hinblick auf eine mißbräuchliche Verwendung der Fläche zwischen den Mauern gibt es eine Reihe von Normen im Bereich des Landes und der Stadt, die verhindern helfen, daß zum Beispiel unter dem Vorwand der Errichtung eines Preßhauses dort ein Wohnhaus errichtet wird. Hiezu ist in erster Linie die Baupolizei befugt, zweitens die Naturschutzbehörde und drittens auch alle sonstigen Organe der Gemeinde Wien.

Wie ich bereits auf die diesbezügliche Anfrage im zuständigen Landtag geantwortet habe, würde keines dieser Organe zögern, wenn bekannt würde, daß im Wald- und Wiesengürtel widerrechtlich unter dem Vorwand, ein Preßhaus zu bauen, ein Wohnhaus errichtet wird, mit einem Einstellungs-

bescheid vorzugehen. Die Bauordnung würde auch noch die Möglichkeit bieten, Baumaterialien beschlagnahmen zu lassen, und ich habe bereits vor dem Hohen Landtag gesagt: Sollte, was ich nicht für wahrscheinlich halte, so schnell gebaut werden, daß zwischen den Überprüfungen bereits ein Teil des Hauses oder das ganze Haus stünde, würden wir nicht zögern, hier mit einem Abbruchauftrag vorzugehen und das Haus abtragen zu lassen.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen zur Anfrage Nr. 11, eingebracht von Herrn GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz und ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice gerichtet.

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Die Frage, warum keine Messungen vorgenommen wurden, kann ich nicht beantworten, und zwar auf Grund der simplen Tatsache, daß sehr wohl Messungen vorgenommen wurden, aber wahrscheinlich nicht in dem Umfang, den Sie wünschen.

Wenn Sie sich den Luftbericht, der Ihnen als Gemeinderat zugegangen ist, ansehen, dann werden Sie auf den Seiten 17 bis 21 klar ersehen, daß Messungen erfolgt sind.

Besonders auf Seite 21 dieses Berichtes — den ich Ihnen gerne noch einmal übermittle — sind die Ergebnisse stichprobenartiger Messungen verschiedener stark befahrener Straßenzüge in Wien zusammengefaßt. Es werden dort die Ergebnisse der Konzentration von Blei, Mangan und Benzo(a)-pyren explizit angeführt.

Ich räume sehr wohl ein, daß in den von Ihnen erwähnten Straßen diese Messungen nicht laufend durchgeführt werden. Sie können auch nicht laufend durchgeführt werden. Das liegt an den dazu notwendigen aufwendigen Meßverfahren und den dadurch bedingten hohen Kosten. Außerdem können bei Bedarf aus den schon vorhandenen Meßergebnissen die maximalen Belastungen auch in noch nicht direkt vermessenen Straßen abgeschätzt werden.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke, Herr Stadtrat. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Das ist der Fall.

GR. Dipl.-Ing. DDr. **Strunz**: Sie haben also, wie Sie richtigerweise sagen, Einzelmessungen vorgenommen. Das ergibt jedoch kein Bild einer stark befahrenen Straße, besonders nicht hinsichtlich ihrer Belastung durch Abgase.

Ich frage Sie noch einmal: Haben Sie Ihre Meinung seit der Rechnungsabschlußdebatte 1978 geändert, wo Sie mir dezidiert erklärten, Sie hätten kein Geld für solche Messungen? Oder ist das nicht der Fall?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Es ist so, wie ich bereits in der Beantwortung der Anfrage gesagt habe, daß sehr

wohl Messungen durchgeführt worden sind. Daraus ergibt sich, daß die Rechnungen auch bezahlt wurden oder daß zumindest die Absicht besteht, sie zu bezahlen, und dafür auch Geld vorhanden sein muß, weil ich nicht annehme, daß eine Magistratsdienststelle ohne entsprechende Bedeckung Aufträge erteilen würde.

Es sind drei Arbeiten im Gange:

Erstens die Bestimmung der Schwermetalle aus den in Wien gesammelten Fallstaubproben aus dem Jahre 1977. Hier bestimmt die Studiengesellschaft für Atomenergie in Seibersdorf die Fallstaubproben des vergangenen Jahres auf ihren Gehalt an Blei, Eisen, Cadmium, Vanadium und Chrom durch Röntgenfluoreszenzanalyse.

Obwohl, wie Sie sicherlich wissen, Fallstaubmessungen, wie neuere Studien aus den USA zeigen, nicht unmittelbare Rückschlüsse auf die Luftsituation zulassen, wurde dieses Verfahren gewählt, weil es einerseits billig ist, zu Fallstaubproben zu kommen, diese Methode in der TA-Luft genormt ist und weil schließlich für die Beurteilung konkreter Belastungsfälle häufig die Fallstaubproben die einzigen vorhandenen Beweise sind.

Zweitens führen wir die Bleibestimmung in Regen und Schnee durch. Das Institut für Analytische Chemie, Abteilung für Umwelthygiene, führt Messungen durch, die es erlauben, Aussagen darüber zu treffen, wieviel Blei durch Regen und Schnee aus der Wiener Atmosphäre ausgewaschen wird. Solche Meßstellen befinden sich zeitweise am Exelberg, am Wilhelminenberg, auf der Hohen Warte, in der Flotowgasse, in der Spitalgasse, in der Münzwardeingasse, am Getreidemarkt, in der Halbgasse, am Fuchsenbigl und in Großenzersdorf. Ich könnte Ihnen von der Meßstation Exelberg, wo ich die Ergebnisse hier habe, einige Bleimengen bekanntgeben, wenn Sie das in einer zweiten Zusatzfrage wünschen.

Drittens finden Messungen der lungengängigen Stäube und Untersuchungen deren Zusammensetzung statt. Da die lungengängigen Stäube mit ihren Bestandteilen direkt von den Menschen aufgenommen werden und viele Verbindungen daraus sofort in die Blutbahn gelangen, sind diese besonders gefährlich und werden daher intensiv studiert.

Das Analytische Institut der Technischen Universität Wien, Abteilung für Umwelthygiene, erstellt gerade für die MA 22 die Studie „Staub in Wien unter besonderer Berücksichtigung der lungengängigen Fraktionen“. Im Zuge dieser Arbeit werden Staubproben an verschiedenen Punkten und aus verschiedenen Höhen gesammelt. Durch die verwendete Methode ist es einmal möglich, die Korngrößenverteilung zu bestimmen und dann die erhaltenen Staubfraktionen selbst hinsichtlich ihrer Zusammensetzung zu untersuchen.

Die analytischen Untersuchungen nach Schwermetallen geschehen für kleine Mengen und Konzentrationen mit flammenfreier Atomabsorption, für größere Mengen und Konzentrationen mittels Atomabsorption und in besonderen Fällen mit

Rasterelektronenmikroskopie und Elektronenstrahl-anregungsanalyse.

Durch Untersuchungen in größeren Höhen, wie am Exelberg und auf dem Dach des Ringturms, ist es möglich, einmal Aussagen über die Menge und Zusammensetzung des sogenannten Background-aerosols, mit dem Wien von außen her schon vorbelastet ist, zu machen. Aber auch in stark befahrenen Straßenzügen werden Staubproben genommen und untersucht.

Wir verfolgen sehr wohl die Entwicklungstendenzen der Analytik auf diesem Gebiet, es ist aber noch nicht abzusehen, sehr geehrter Herr Gemeinderat, ob und wann solche Messungen für die kontinuierliche Überwachung der Luft herangezogen werden können. In der nächsten Zeit ist aber sicherlich zu erwarten, daß automatische Staubsammelgeräte entwickelt werden, die Staubproben während einer Woche sammeln, die dann aber immer noch ausgewertet werden müssen und natürlich nur Mittelwerte über den Sammelzeitraum ergeben.

Dieses Problem ist also mir selbst und den Verantwortlichen in der Umweltabteilung wohl bekannt, und ich kann Ihnen versichern, daß sehr vieles zur Klärung der Bedrohung durch Staub und die besonders gefährlichen Bestandteile im städtischen Staub unternommen wurde.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke, Herr Stadtrat. Wird noch eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

GR. Dipl.-Ing. DDr. **Strunz**: Nach diesen sehr interessanten Ausführungen, die vor allem mich interessiert haben, darf ich Sie nun fragen: Wie machen Sie das finanziell? Sie haben im Budget, Post 211/28, im heurigen Jahr im ganzen 156.000 Schilling mehr. Wie macht man es, daß man diese aufwendigen Messungen mit den ganzen sehr komplizierten und teuren Meßgeräten darin unterbringt?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Ich habe es nicht im einzelnen überprüft, ich nehme aber an, Herr Gemeinderat, daß es sorgfältig und entsprechend der Haushaltsordnung gemacht wird.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke, Herr amtsführender Stadtrat. Damit ist die Anfrage 11 erledigt.

Wir kommen zur 12. Anfrage, eingebracht von Herrn GR. Landsmann und gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal und Sport.

Bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Heller**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zeitungsmeldungen, wonach in den letzten Jahren im 21. Bezirk sieben Sportplätze aufgelassen oder zumindest für den Spielbetrieb gesperrt wurden, entsprechen nur teilweise den Tatsachen. Einer der sieben in der Pressemeldung genannten Sportplätze, nämlich der auf einer Liegenschaft der Stadt



Wien befindliche Vorwärts-Platz, besteht nach wie vor und wird vom Sportklub Union Landhaus bespielt. Bei den anderen Anlagen handelt es sich in fünf Fällen um private Sportanlagen auf Firmengelände. Eine weitere Anlage stand im Eigentum der Erzdiözese Wien und wurde bereits 1964 für einen Kirchenbau verwendet.

Von den fünf auf privaten Liegenschaften befindlichen Sportplätzen wurden nur zwei, nämlich der Trauzl-Platz und der Fiat-Platz, ohne Schaffung einer Ersatzsportanlage aufgelassen. Für drei weitere Plätze, nämlich den Siemens-Platz, den Pauker-Platz und den Shell-Platz, wurden Ersatzanlagen geschaffen, wobei für den Siemens-Platz eine komplette Ersatzsportanlage mit einem Fußballfeld, acht Tennisplätzen und einem Garderobeobjekt bereits in Betrieb ist. In den beiden anderen Fällen wurden Tennisplätze und eine Schwimmanlage für die Sportsektion und die Angestellten des Betriebes errichtet.

Zu Ihrer Frage konkret: Obwohl die regionale Versorgung des 21. Bezirks mit Sportanlagen sehr unterschiedlich ist, ist die Gesamtversorgung nicht ungünstig. Sie ist im Rahmen der bisherigen Möglichkeiten sichergestellt.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke, Herr Stadtrat. Eine Zusatzfrage.

GR. **Landmann**: Herr Stadtrat, kann man in Hinkunft die Auflassung von Sportanlagen verhindern?

Amtsführender Stadtrat **Heller**: Ja, mit dem Inkrafttreten des Sportstättenschutzgesetzes vom 27. Juni 1978, LGBl. Nr. 29, ist ab 1. Dezember 1978 die Auflassung einer Sportstätte genehmigungspflichtig.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke. Eine zweite Zusatzfrage.

GR. **Landmann**: Herr Stadtrat, wie sieht derzeit die Versorgung Floridsdorfs mit Sportanlagen aus?

Amtsführender Stadtrat **Heller**: In Floridsdorf gibt es derzeit 15 Fußballplätze, 2 Faustballplätze, 2 Handballplätze, 1 Basketballplatz, 6 Leichtathletikanlagen, 2 Volleyballplätze und 17 Tennisanlagen mit insgesamt 79 Tennisplätzen. Weiters befinden sich im Bezirk noch 3 Tennishallen mit 5 Plätzen, eine Dreifachturnhalle, 42 städtische und 8 private Turnsäle sowie 1 private Sporthalle.

Neben den Freizeit- und Erholungsanlagen an der Alten Donau darf ich auch noch das Floridsdorfer Hallenbad erwähnen. Vor wenigen Tagen ist mir auch bekannt geworden, daß die Firma Elin dabei ist, eine Betriebssportanlage in der Shuttleworthstraße zu errichten, die im Frühjahr 1979 in Betrieb gehen wird.

Es besteht die Absicht, sehr geehrter Herr Gemeinderat, weitere Sportanlagen, und zwar östlich der Jedlersdorfer Straße, in der Großfeldsiedlung und in der Schwarzlackenu, zu errichten. Schwierigkeiten bestehen vor allem hinsichtlich des Grunderwerbs, der Bodenbeschaffung für diese Sportanlagen.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke dem Herrn Stadtrat. Damit ist die Anfrage 12 erledigt.

Die nächste Anfrage hat Herr GR. **Outolny** eingebracht; sie ist gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen. Ich bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Pfoch**: Herr Gemeinderat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stadt Wien hat ab Jänner 1974 bis einschließlich erstes Halbjahr 1978 mit insgesamt 688 Grundtransaktionen Liegenschaften im Ausmaß von 3.082.341 Quadratmetern — das entspricht der Fläche des 6. und 7. Wiener Gemeindebezirks — mit einer Gesamtkostensumme von 1.368.780.008 S erworben.

Hiezu kommt noch zum selben Zeitpunkt der Ankauf von 6.200.333 Quadratmetern Grund und Boden außerhalb Wiens, etwa für den Schutz des Wald- und Wiesengürtels, für die Sicherung von Quellschutzgebieten und dergleichen. Für diese Fläche wurden 160.063.065 S eingesetzt.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke, Herr Stadtrat.

Es wird eine Zusatzfrage gewünscht.

GR. **Outolny**: Herr Stadtrat! Haben sich die im Wirkungsbereich des Wiener Magistrats getroffenen Maßnahmen gegen die Grundspekulation bereits auf die Entwicklung der Grund- und Bodenpreise positiv ausgewirkt bzw. sind noch weitere positive Auswirkungen zu erwarten?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Pfoch**: Aus der Preisentwicklung innerhalb des von mir genannten Zeitraumes ab 1974 wäre diese Frage mit ja zu beantworten. Der Durchschnittsgrundpreis, der in Wien in diesen Jahren bezahlt wurde, beläuft sich auf 444 S pro Quadratmeter.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke, Herr Stadtrat.

Es wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht.

GR. **Outolny**: Können aufgrund des derzeitigen gesetzlichen Instrumentariums noch weitere wirksame Maßnahmen angewendet werden?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Pfoch**: Auch diese Frage ist mit ja zu beantworten. Das am 12. Juli 1974 über Veranlassung des Herrn Bürgermeisters Gratz und des Herrn Bundesministers Dr. Broda vom Nationalrat einhellig beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz war eine solche Maßnahme.

Der Ausschluß von Wohnbauprojekten aus der Wohnbauförderung, die auf Liegenschaften errichtet werden sollten, deren Widmung zum Zeitpunkt des Ankaufes die Errichtung von Wohnbauten nicht zulassen würde, etwa Industrie- oder Betriebsbaugelände oder Grünland, ist eine zweite solche Maßnahme.

Der Ausschluß von Wohnbauträgern von der Wohnbauförderung, denen der Status der Gemein-



nützigkeit nicht zuerkannt ist, ist eine dritte solche Maßnahme gewesen.

Und schließlich: Die Festsetzung eines nach Lage und Widmung, baulicher Ausnützbarkeit und Beschaffenheit der Liegenschaft angemessenen Höchstbaukostenbeitrages ist eine vierte solche Maßnahme gewesen, die die Spekulation weitestgehend verhindert hat.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke dem Herrn amtsführenden Stadtrat. Damit ist die Anfrage 13 erledigt.

Wir kommen zur Anfrage 14 der Frau GR. **Andrlik**, gerichtet ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen. Ich bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Pfösch**: Um die für die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben für die Fortführung des kommunalen und sozialen Wohnungsbaues in Wien wie auch für sonstige kommunalpolitische Aufgaben erforderlichen Grundreserven anzulegen, hat die Wiener Stadtverwaltung nur die gleichen Möglichkeiten wie jeder private Interessent auf dem freien Liegenschaftsmarkt. Trotz einer Reihe überrangiger öffentlicher Zwecke, die eine Bereitstellung umfangreicher Grundflächen durch die Stadt Wien zur Voraussetzung haben, ist somit die Stadtverwaltung nur in der Lage, ihre Grundreserven für die künftige städtebauliche Entwicklung in Konkurrenz mit den Privaten zu sichern.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Eine Zusatzfrage.

GR. **Eveline Andrlik**: Herr Stadtrat! Scheint Ihnen hier eine intensivere Ankaufspolitik denkbar?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat **Pfösch**: Die Stellung der Wiener Stadtverwaltung auf dem Bodenmarkt könnte eine grundsätzliche, ihren vielfältigen Aufgabenbereichen gerecht werdende Verbesserung erfahren, wenn, dem Vorschlag von Herrn Bürgermeister Gratz folgend, durch eine entsprechende bundesgesetzliche Regelung für alle Grundtransaktionen ein generelles Eintrittsrecht der Stadtverwaltung gesichert werden würde.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Damit ist auch diese Anfrage erledigt.

Wir kommen zur Anfrage 15, eingebracht von Herrn GR. **Kneisler**, ebenfalls gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen. Ich bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Pfösch**: Es ist zu dieser Anfrage zu bemerken, daß ab dem Jahre 1974 ein sprunghaftes Ansteigen der Wohnungsverbesserungskreditfälle merkbar geworden ist. Waren es 1974 2.599 Anträge und 1975 schon 5.700, so war 1976 die Rekordquote von 12.943 Anträgen zu verzeichnen. 1977 gab es 8.719 Anträge und bis November dieses Jahres 7.602 Anträge. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 41.349 Zusicherungen auf Wohnungsverbesserungskredite gewährt.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Eine Zusatzfrage, bitte.

GR. **Kneisler**: Herr Stadtrat! Können Sie bitte sagen, wie hoch die durchschnittliche Kreditsumme ist, die bisher in Anspruch genommen wurde?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Pfösch**: Bei den genannten 41.349 Zusicherungen beläuft sich die durchschnittliche Kreditsumme pro Fall auf 70.000 S.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke, Herr Stadtrat. Eine weitere Zusatzfrage wird nicht gewünscht. Damit ist die Anfrage 15 erledigt.

Die Anfrage 16 richtet sich ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen. Sie wurde eingebracht von Frau GR. **Erika Krenn**. Ich bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Pfösch**: Mit Stichtag Anfang Dezember 1978 sind 16.344 Wohnbeihilfen, auf der gesetzlichen Grundlage durch das Wohnbauförderungsgesetz 1968 abgesichert, angewiesen worden.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Es wird eine Zusatzfrage gewünscht. Bitte, Frau Gemeinderat.

GR. **Erika Krenn**: In welcher Höhe, Herr Stadtrat, werden die Wohnbeihilfen durchschnittlich ausbezahlt?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Pfösch**: Auch hier möchte ich Sie, Frau Gemeinderat, und Sie, meine Damen und Herren, dahingehend informieren, daß 1975 die Durchschnittshöhe der Wohnbeihilfen 482 S pro Monat betragen hat. Sie beträgt derzeit, 1978, im Durchschnitt 911 S pro Fall.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke, eine zweite Zusatzfrage wird nicht gewünscht.

Damit kommen wir zur 17. Anfrage, die Herr GR. **Rosenberger** eingebracht hat und die an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet ist. Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Dr. **Stacher**: Herr Gemeinderat! Wie Sie wissen, sind bereits im Zielplan für die Spitalsversorgung Wiens die Grundsätze der Psychiatrie bzw. der Reform der Psychiatrie enthalten. Wir haben in der Zwischenzeit begonnen, diese Reform in folgender Weise durchzuführen: Wir versuchen im Psychiatrischen Krankenhaus, einzelne Regionen des Krankenhauses mit Regionen der Stadt Wien zusammenzuschalten, das heißt das Krankenhaus zu regionalisieren. Ein Primariat haben wir bereits dem 21. und 22. Bezirk zugeteilt. Ein weiteres Primariat ist in Umorganisation.

Im 13. Bezirk haben wir bereits ein Übergangshaus geschaffen und werden im Laufe dieses Monats noch ein weiteres Übergangshaus im 7. Bezirk in Betrieb nehmen, um die Nachbehandlung der Patienten, die aus dem Psychiatrischen Kranken-

haus entlassen werden können, zu garantieren, wenn sie noch nicht in ihrer Familie leben können. Außerdem haben wir das Übergangsheim, das von Kalksburg im 14. Bezirk in Betrieb genommen wurde, durch Sozialarbeiter unterstützt.

Abgesehen davon wurden die psychogenischen Dienststellen vermehrt und eine Planung für den Modellsektor im 21. Bezirk begonnen.

Es ist unmöglich, alle Einzelheiten, die in der Zwischenzeit durchgeführt wurden, hier weiter zu demonstrieren. Ich kann nur einzelne hier anführen:

Erstens haben wir im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe für patientenbezogene Maßnahmen auf dem Bausektor, also für die Umgestaltung der Umgebung, in den letzten Jahren, 1975 bis 1977, allein 71,9 Millionen Schilling und auf dem Inventarsektor 39,8 Millionen Schilling ausgegeben.

Im Krankenhaus Baumgartner Höhe wurden gleichzeitig seit dem 1. 1. 1975 75 voll- und 2 teilbeschäftigte zusätzliche Stellen geschaffen, und mit dem nächsten Budget, ab 1. 1. 1979, werden weitere 49 Stellen geschaffen, um auch die Versorgung der Patienten zu verbessern.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß die Ausgaben für die Psychiatrischen Krankenhäuser insgesamt von rund 349 Millionen Schilling im Jahr 1973 auf 561 Millionen Schilling im Jahr 1977 gestiegen sind.

Ich darf dann noch etwas zur internen Reform der Psychiatrie sagen. Wir haben mit den Pflegern und mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz eine Studie durchführen lassen, die ergibt, daß auch Änderungen im Dienstplan neben der notwendigen Erhöhung der Zahl der Planstellen für Pfleger notwendig sind.

Schließlich möchte ich noch etwas sagen: Mir wurde vor kurzer Zeit bekannt, daß sogenannte grüne Karten für jeden Pfleger geführt werden. Ich habe die Weisung gegeben, daß diese grünen Karten, die mit den Pflegern weitergegangen sind, unseren Vorschriften entsprechend nicht mehr geführt werden dürfen, weil sie offengelegt sind und damit auch den Vorschriften bezüglich der Vertraulichkeit von Dienstbeschreibungen nicht entsprochen haben.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir haben in vollem Umfang begonnen, die in der Psychiatrie-enquete vor eineinhalb Jahren festgehaltene Grundstruktur zu verwirklichen, nämlich: Psychiatrisches Krankenhaus, Aufteilung in einzelne Sektoren, Zuordnung zu den Bezirken bzw. zu den verschiedenen Sektoren, dann Schaffung von Übergangsheimen, außerdem Schaffung der psychiatrischen Nachbehandlung im psychogenischen Dienst, Umstrukturierung des psychogenischen Dienstes.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke dem Herrn Stadtrat. Eine Zusatzfrage, bitte.

GR. **Rosenberger**: Herr Stadtrat! Vor etwa einem Jahr wurde angekündigt, und es gab sogar einen Gemeinderatsbeschluß darüber, daß im 21. Bezirk ein Psychosoziales Zentrum errichtet werden wird. Warum wurde dieser Bau noch nicht realisiert?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Dr. **Stacher**: Herr Gemeinderat! Das stimmt zweifellos. Wir haben die Planung fertiggehabt. Es hat aber im vorigen Jahr

— ich glaube, es war Mitte des vorigen Jahres — eine Bürgerinitiative der Elternvereinigungen der umliegenden Schulen gegeben, die sich massiv dagegen gewehrt haben, daß in diesem Bereich ein Psychosoziales Zentrum errichtet wird. Wir waren unmittelbar vor dem Baubeginn dieses Zentrums.

Wir haben dann in Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorsteher des 21. Bezirkes einen anderen Platz aufgetrieben, der nicht in der Nähe von Schulen ist, und haben eine Umplanung durchgeführt.

Wir werden — ich nehme an, noch im Nachtrag zur Tagesordnung dieser Gemeinderatssitzung — den damaligen Gemeinderatsbeschluß im Hinblick auf den Ort reassümieren und demnächst mit dem Bau beginnen können.

Ich bedaure außerordentlich, daß diese Verzögerung eigentlich dadurch zustande kam, daß die Bevölkerung in psychiatrisch Kranken noch immer Menschen sieht, die aus der Gemeinschaft ausgeschlossen und verwahrt werden müssen, wie es eben in der Psychiatrie in früheren Zeiten der Fall war.

Ich benütze diese Frage von Ihnen auch dazu, den Gemeinderat aufzufordern, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung in verstärktem Maße zur Kenntnis nimmt, daß psychiatrisch Kranke ebenfalls Kranke sind, die genauso zu behandeln sind wie somatisch Kranke und die nicht aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden dürfen.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Eine zweite Zusatzfrage wird nicht gewünscht.

Damit ist die Fragestunde nach Ablauf der 60 Minuten beendet.

Von Gemeinderatsmitgliedern der Österreichischen Volkspartei wurden drei schriftliche Anfragen eingebracht.

Die GR. Stadtrat Dr. Goller und Hoffmann haben einen Antrag betreffend Grundsätze über den Abschluß von Baubetreuungsverträgen mit Wohnbaugesellschaften eingebracht. Ich weise ihn dem Gemeinderatsausschuß für Bauten zu.

Die GR. Vizebürgermeister Dr. Busek und Prof. Bittner haben einen Antrag betreffend Aufstockung der Mittel der Hochschuljubiläumsstiftung eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung zu.

Die GR. Fürst und Dkfm. Ammann haben einen Antrag betreffend die Fahrberechtigungsausweise für Polizeiorgane eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie zu.

Die GR. Neusser, Prof. Bittner und Gertrude Härtel haben einen Antrag betreffend die Benützung des Gleiskörpers der Floridsdorfer Brücke für Einsatzfahrzeuge eingebracht. Ich weise diesen



Antrag den Gemeinderatsausschüssen für Stadtplanung und für Verkehr und Energie zu.

Die GRe. Maria Hampel-Fuchs und Gertrude Härtel haben einen Antrag betreffend Tonbanddurchsagen in Straßenbahngarnituren mit der Aufforderung, älteren und gebrechlichen Personen Platz zu machen, eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie zu.

Seit der Versendung der Tagesordnung und des I. und II. Nachtrages sind weitere 8 Geschäftsstücke für die öffentliche Sitzung hinzugekommen. Die wurden auf die Tagesordnung gesetzt und sind unter den Postnummern 82 bis 89 auf dem III. Nachtrag zur Tagesordnung enthalten.

Im Sinne des § 17 Abs. 4 der Geschäftsordnung stelle ich die Frage, ob dagegen ein Einwand erhoben wird. — Das ist nicht der Fall. Ein Einwand wird nicht erhoben. Es wird daher noch in dieser Sitzung, und zwar am Donnerstag, über sie entschieden werden.

Die Postnummern 20, 23 und 81 werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 6, 7, 9, 10, 13 bis 19, 22, 24, 25, 27, 29 bis 39, 42 bis 54, 56, 60 bis 65, 67 bis 72 und 74 bis 79 sind gemäß § 21 der Wiener Stadtverfassung im Zusammenhalt mit der authentischen Interpretation dieser Bestimmung bekanntgegeben.

Bis zum Beginn dieser Sitzung hat zu diesen Geschäftsstücken kein Mitglied des Gemeinderates die Verhandlung verlangt. Ich stelle die Frage, ob bezüglich eines der bezeichneten Anträge die Behandlung verlangt wird, was durch Wortmeldung zu geschehen hätte. — Zum Wort meldet sich niemand.

Ich erkläre sohin die Anträge zu den Postnummern 6, 7, 9, 10, 13 bis 19, 22, 24, 25, 27, 29 bis 39, 42 bis 54, 56, 60 bis 65, 67 bis 72 und 74 bis 79 der Tagesordnung gemäß § 21 der Wiener Stadtverfassung als angenommen, wobei ich feststelle, daß die im Sinne des § 20 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

Die Postnummer 1 der Tagesordnung betrifft den Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1979, die Postnummer 2 die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat und die Postnummer 3 den Finanz- und Investitionsplan 1979 bis 1983.

Wenn kein Einwand erhoben wird, werden wir die Beratung über diese drei Geschäftsstücke zusammenziehen, wobei wir gleichzeitig, mit der allgemeinen Beratung des Voranschlagsentwurfes verbunden, mit der Beratung des 3. Hauptstückes, Finanzen und Wirtschaft, beginnen. Anschließend folgt die Behandlung des 1. Hauptstückes, Personal und Sport, und des 2. Hauptstückes, Inneres und Bürgerservice. Morgen, im Anschluß an die Sitzung des Landtages, setzen wir mit der Beratung des 4. Hauptstückes, Kultur, Jugend und Bildung, und darauf mit der des 5. Hauptstückes, Gesund-

heit und Soziales, fort. Am Mittwoch folgen das 6. Hauptstück, Stadtplanung, das 7. Hauptstück, Bauten, und das 8. Hauptstück, Wohnen. Am Donnerstag wird die Beratung des 9. Hauptstückes, Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz, und des 10. Hauptstückes, Verkehr und Energie, bestehend aus der Rubrik 1001, U-Bahnbau, erfolgen.

Nach diesen Verhandlungen, die gemeinsam mit den entsprechenden Teilen des Gebührenprüfungsantrages und des Finanz- und Investitionsplanes erfolgen werden, wird die Abstimmung über jedes dieser drei Geschäftsstücke durchgeführt werden.

Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Ich bitte daher den Berichterstatter, Herrn amtsführenden Stadtrat Mayr, die Verhandlungen über die Postnummern 1 bis 3 einzuleiten. Bitte, Herr Stadtrat.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Hains Mayr: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Wir haben heute als ersten Punkt über den Voranschlagsentwurf des Jahres 1979 zu beraten, und ich darf dabei, wie es in den vergangenen Jahren bereits üblich geworden ist, unseren Voranschlagsentwurf doch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage sehen.

Wenn wir die internationale Konjunktorentwicklung der vergangenen Jahre beobachten, dann stellen wir eines sehr deutlich fest: Die westeuropäische Konjunktur, aber auch die Konjunktur der Vereinigten Staaten hat sich bisher von der sogenannten Ölkrise der Jahre 1973 und 1974 noch nicht erholen können. Nach wie vor läßt der europäische Konjunkturaufschwung auf sich warten. Erste Anzeichen einer Besserung der Lage sind zwar vorhanden, zeigen aber deutlich, daß wir nur mit einer sehr langsamen und schrittweisen Erholung der Konjunktur rechnen können.

Wenn wir den gleichen Versuch einer Analyse für Österreich machen, dann stellen wir zunächst fest, daß es bis jetzt in Österreich gelungen ist, das internationale Wellental zu durchtauchen. Dem widersprechen auch nicht die Ereignisse der letzten Tage wie die Entlassungen bei Eumig oder die Konkurrenzsituation bei der Vöslauer Kammgarn. Selbst diese Ereignisse sind, gemessen am österreichischen Arbeitsmarkt und an der Beschäftigungssituation, die wir erreicht haben, noch immer — ich möchte sagen, glücklicherweise — marginale Erscheinungen, die zwar unangenehm sind, die aber das Gesamtbild der österreichischen Kultursituation nicht trüben.

Diese Sonderentwicklung Österreichs, gemessen an der europäischen Konjunkturentwicklung ist, daran kann kein Zweifel bestehen, dem massiven Einsatz der österreichischen Haushalte des Bundes und teilweise der Länder und Gemeinden zu verdanken, dies auch dann, wenn dieser Einsatz der Budgets als Konjunktursteuerungsmittel naturgemäß zu Schwierigkeiten der Finanzierung geführt hat.



Ich glaube, es ist heute an der Zeit, deutlich auszusprechen, daß wir Sozialisten uns zu einem derartigen Einsatz des Budgets als Konjunktursteuerungsinstrument nachdrücklich bekennen. Uns erscheint die Verschuldung der öffentlichen Haushalte noch immer ein leichter hinzunehmendes Ereignis als das Umgekehrte, nämlich Zehntausende und Hunderttausende Arbeitslose auf der Straße zu haben. (Beifall bei der SPÖ.) Wir werden daher weiterhin unseren Haushalt — und ich weiß, daß ich hier auch für den Bund sprechen kann —, auch den Haushalt des Bundes in diesem Sinn einsetzen.

Der Effekt dieses Einsatzes der öffentlichen Haushalte ist deutlich zu sehen. Unsere Konjunktursituation ist wesentlich günstiger als die Situation außerhalb Österreichs, und sie ist in Wien dank der Addition der Bemühungen der Regierung und der Landes- und Gemeindeverwaltung noch günstiger als im österreichischen Durchschnitt.

Das sind die Voraussetzungen, an denen bei Erstellung des Voranschlagsentwurfes zu messen war, welche Möglichkeiten wir haben und welche in Zahlen gesetzte Daten wir für das Jahr 1979 vorzusehen haben. Selbstverständlich war als zweite Voraussetzung die Erfüllung des Wahlprogramms der Mehrheit in diesem Hause zu sehen.

Basis war, daß wir für 1979 ein reales Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 3 Prozent annehmen. Das entspricht den Prognosen, die das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung für das kommende Jahr erstellt hat. Wir nehmen weiter an, daß sich die Inflationsrate im Jahre 1979 nach wie vor abschwächen und sich somit der 3-Prozent-Grenze, von oben her gesehen, nähern wird.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß diese zwei Daten: ein reales Wirtschaftswachstum von 3 Prozent und eine Inflationsrate in einer Größenordnung, die ebenso groß ist, die österreichische Wirtschaftspolitik, auch international gesehen, auszeichnen.

Mit einem Wirtschaftswachstum von 3 Prozent liegen wir in der Mitte der europäischen Industrieländer, bezüglich der Inflationsrate von knapp über oder an die 3 Prozent gibt es überhaupt nur zwei Länder in Westeuropa, die günstiger liegen: das ist die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz. Wir haben jedoch glücklicherweise nicht deren Arbeitsmarktp Probleme zu bewältigen. (StR. Neusser: Die Schweizer haben keine!)

Die Schweizer haben derzeit sicher keine Arbeitsmarktp Probleme insoweit, daß sie Arbeitslose unterzubringen hätten, aber sehr viele Gespräche mit Schweizer Politikern haben mir bestätigt, daß sie mit diesem Erfolg kein reines Gewissen verbinden, denn sie haben diesen Erfolg dadurch erkaufte, daß sie Hunderttausende von Menschen, die durch Jahrzehnte der Schweiz ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt haben, nach Hause geschickt haben. Auch das konnten wir weitgehend vermeiden. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Das war in Österreich auch so! Genauso! — GR. Hahn: Die Schweizer haben die Gastarbeiter nach Hause geschickt, und

wir haben sie auch nach Hause geschickt!) Ich würde doch empfehlen, daß Sie sich ein wenig die Statistik anschauen, besonders die Zahl der in Wien beschäftigten Gastarbeiter, die nur geringfügig gesunken ist und immer noch bei 90.000 liegt. Debatten kann man führen, wenn die Zahlen stimmen. Wenn man aber falsche Zahlen verwendet, dann kann es zu keiner vernünftigen Debatte kommen. (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits der nächste Vergleich soll Ihnen zeigen, wie unterschiedlich die Verhältnisse tatsächlich sind.

Wir haben in Österreich eine Arbeitslosenquote, die bei 1,4 Prozent liegt; Wien liegt, wie gesagt, mit 1,2 Prozent noch darunter. Im gesamten OECD-Raum wird für 1979 mit einer Arbeitslosenquote von 18 Prozent, also dem 13- und 14fachen der österreichischen bzw. Wiener Quote, gerechnet.

Allein diese nicht von mir erhobenen Zahlen, sondern diese Zahlen des objektiven Wirtschaftsforschungsinstitutes zeigen uns doch, wie drastisch der Unterschied in der Wirtschaftslage ist.

Wenn irgend jemand nach dieser Darstellung der Ausgangsposition jetzt der Meinung wäre, daß ich damit sagen will, wir könnten in unseren Bemühungen erlahmen, der irrt. Die Aufrechterhaltung dieser Situation, dessen, was wir erreicht haben, in den nächsten vier, fünf Jahren, obwohl wir in Gesamtösterreich mit einem Zuwachs von etwa 300.000 bis 350.000 Arbeitskräften zu rechnen haben — auch Wien wird seinen Beitrag bei der Unterbringung dieser Arbeitskräfte echt leisten —, wird weiterhin aller unserer Anstrengungen und auch des Einsatzes der öffentlichen Haushalte bedürfen, damit diese Konjunktursituation gesichert werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir sind von dieser konjunkturellen Einschätzung bei der Erstellung des Voranschlages ausgegangen, und das drückt sich auch in den Zahlen aus.

Wir rechnen für das Jahr 1979 mit gesamten Ausgaben von 50,8 Milliarden Schilling, das ist gegenüber dem laufenden Jahr eine Steigerung von 2,2 Milliarden Schilling oder von 4,6 Prozent. Wir rechnen bei den Einnahmen mit einem gesamten Einnahmenvolumen von 48,8 Milliarden Schilling gegenüber dem laufenden Jahr von 45,8 Milliarden Schilling. Das ist eine Steigerung von 2,9 Milliarden Schilling oder von 6,5 Prozent. Und wir rechnen mit einem Abgang von 2.016 Millionen Schilling in der globalen Übersicht dieses Voranschlages.

Ich darf feststellen, daß wir mit diesem Voranschlag das Defizit von 5,7 auf 4 Prozent der gesamten Ausgaben herabdrücken konnten.

Gestatten Sie mir, auf der Ausgabenseite zu einzelnen Schwerpunkten dieses Budgets nur mit einigen Sätzen Stellung zu nehmen. Es wird ja dann bei den einzelnen Kapiteln noch Gelegenheit sein, die Probleme in allen Details durchzusprechen.

Unter den gesamten Ausgaben der Stadt sind es zwei Posten, einer mit knapp unter 8 Milliarden

und einer mit etwas über 8 Milliarden Schilling, die von der Größenordnung her dominieren. Beide Ausgabenposten zeigen mit aller Deutlichkeit, wo die Schwerpunkte der Politik in dieser Stadt liegen.

Der eine Schwerpunkt ist der öffentliche Nahverkehr. Dafür haben wir im Jahre 1979 mit gesamten Ausgaben von 7.916 Millionen Schilling zu rechnen. Allein 2,3 Milliarden Schilling sind vorgesehen, um den Weiterbau der U-Bahn, inklusive der Bestellungen für das rollende Material, zu sichern. 2,9 Milliarden Schilling sind als Anleihe für die Wiener Stadtwerke vorgesehen. 1,7 Milliarden Schilling oder netto 1.022 Millionen Schilling beträgt die Abgeltung der Pensionslasten für die Wiener Verkehrsbetriebe. Mit 880 Millionen Schilling wird eine Kapitalaufstockung für die Wiener Verkehrsbetriebe durchgeführt, und 121 Millionen Schilling beträgt der Zuschuß des Bundes zu den Wiener Verkehrsbetrieben.

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein paar Sätze Kommentar zu diesen Zahlen. Diese Zahlen bedeuten, daß dem öffentlichen Verkehr in dieser Stadt der Vorrang eingeräumt wird, daß die Stadt alle Maßnahmen setzt, um den öffentlichen Verkehr zu beschleunigen und zu verbessern oder, anders ausgedrückt, um dem öffentlichen Verkehr den Vorrang einzuräumen.

Ich möchte aber hier absolut nicht verschweigen, daß das Einräumen des Vorranges für den öffentlichen Verkehr automatisch den Nachrang für den Individualverkehr bedeutet, daß es daher notwendig sein wird, den Individualverkehr dadurch fließend zu erhalten, daß wir den ruhenden Verkehr weitgehend von den Straßen wegbringen, daß wir energischer darangehen, den ruhenden Verkehr von jenen öffentlichen Verkehrsflächen zu entfernen, wo er an sich nicht sein soll, wo es derzeit schon entsprechende Verbote oder Gebote gibt, und daß wir gleichzeitig damit den Bau von Abstellmöglichkeiten und Garagen im Ausmaße wie bisher und, wenn notwendig, wenn Interessenten vorhanden sind, stärker fördern. Das wird geschehen, dazu haben wir die erforderlichen Reserven in diesem Budget vorgesehen.

Ich darf aber auch sehr deutlich sagen, daß wir mit dem vergangenen Jahr den Höhepunkt der finanziellen Aufwendungen im Ausbau der U-Bahn-Linien U 1, U 2 und U 4 überschritten haben, daß ab dem heurigen Jahr eine Senkung der Bauraten für diese U-Bahn-Linien eintritt und daß es daher unsere Aufgabe sein wird, über die Weiterführung des U-Bahn-Baues in relativ kurzer Zeit, bis zum Frühjahr des nächsten Jahres, Entscheidungen zu treffen. Die Vorbereitungen dafür sind angelaufen, und ich hoffe, daß wir sehr bald mit diesen Entscheidungen den Wiener Gemeinderat konfrontieren können.

Ich darf als zweiten sehr wesentlichen Schwerpunkt mit noch höheren Aufwendungen das Gesundheitswesen anführen und Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang auf eine neu aufgenommene Zusammenstellung im Voranschlag verweisen. Sie finden auf Seite XIV des Ihnen gedruckt vorliegenden Vor-

anschlagsentwurfes eine Gegenüberstellung aller Einnahmen und aller Ausgaben im Kapitel Gesundheitswesen.

Es zeigt sich, daß wir hier Aufwendungen von 8,5 Milliarden Schilling zu verzeichnen haben, die sich folgendermaßen aufgliedern: Allein der Personalaufwand in unseren Spitälern erfordert im kommenden Kalenderjahr 4,7 Milliarden Schilling, der Sachaufwand erfordert einen Betrag von 2.527 Millionen Schilling, und die Investitionen sind mit einem Betrag von 1,3 Milliarden Schilling präliminiert.

Gestatten Sie mir zu den Investitionen die Bemerkung, daß bei diesen Investitionen nur die Mittel der Stadt Wien ausgewiesen sind, daß daher der Betrag von 800 Millionen Schilling, den der Bund für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses zusätzlich zur Verfügung stellt, in dieser Aufstellung fehlt. Tatsächlich sind also die Investitionen mit einem Betrag von 2,1 Milliarden Schilling zu veranschlagen.

Sehen wir uns nun als Gegenpost die Einnahmen an: Wir erhoffen uns an Pflegegebühren Einnahmen von 2.718 Millionen Schilling. Wir zahlen uns selber — als eigener Sozialhilfeträger — 307 Millionen Schilling, wir erwarten aus dem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds einen Betrag von 772 Millionen Schilling. Wir bekommen vom Bund als Abgeltung für den klinischen Mehraufwand in den Kliniken, wo auch der Lehrbetrieb läuft, einen Betrag von 300 Millionen Schilling, und wir haben sonstige Einnahmen von 478 Millionen Schilling.

Ich darf noch einmal zusammenfassen, meine Damen und Herren: Ausgaben von 8,5 Milliarden Schilling stehen Einnahmen von 4,5 Milliarden Schilling gegenüber. Das heißt, wir weisen, selbst wenn ich die Mittel, die wir uns als eigener Sozialhilfeträger bezahlen, als echte Einnahmen anerkennen — was sie ja auch tatsächlich sind, weil wir uns zu der sozialen Verpflichtung dieser Stadt bekennen, daß jedermann ohne Rücksicht auf sein Einkommen eine gleichmäßig gute und qualitativ hochstehende Spitalsversorgung bekommt —, einen Abgang von 4 Milliarden Schilling aus.

Wenn ich die Investitionen aus diesem Abgang herausnehme, weil anzuerkennen ist, daß auch Investitionen im Spitalwesen eine Aufgabe der öffentlichen Hand sind, bleibt ein Abgang von 2,7 Milliarden Schilling.

Warum sage ich das so deutlich, warum bemühe ich mich, diese Zahlen so stark herauszustreichen? Ich tue dies deshalb, weil uns immer wieder gesagt wird: Spart doch bei den Spitälern ein, dann ist der Abgang wesentlich zu drücken!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, objektiv und ohne Beeinflussung die globalen Zahlen zu sehen: 4,7 Milliarden gehen bereits für den Personalaufwand auf. Sagt uns ernsthaft jemand, daß wir dort einsparen sollen? Sagt uns ernsthaft jemand, daß wir den Personalaufwand in den Krankenanstalten deutlich vermindern sollten? Und er müßte deutlich vermindert werden, sonst würde eine Einsparung bei diesen



Größenordnungen keine Rolle spielen. Oder sagt uns ernsthaft jemand, daß beim Sachaufwand, bei den Medikamenten, bei den Blutkonserven, die wir zur Verfügung stellen, eingespart werden soll?

Ich meine, daß wir hier sehr deutlich sagen müssen: Selbstverständlich gibt es Einsparungsmöglichkeiten; ununterbrochen und immer wieder, an jeder Stelle gibt es diese Möglichkeiten. Aber ebenso selbstverständlich werden wir dauernd und auf lange Frist gesehen die öffentlichen Krankenanstalten dieser Stadt mit hohen Beträgen zu subventionieren haben. Und wir werden das bewußt tun im Interesse der sozialen Verpflichtung dieser Stadt, um die Krankenpflege und die Behandlung unserer Kranken im bestmöglichen Ausmaß zu garantieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch ein Wort zum Krankenhaus Ost, weil es hier sehr oft Mißverständnisse gibt. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß das Krankenhaus Ost errichtet wird und daß alle jene Investitionen getätigt werden, die wir vorgesehen haben. Erste Gespräche mit dem Land Niederösterreich haben ergeben, daß man sich über die Unterbringung der Patienten aus Niederösterreich neu wird unterhalten müssen. Die Größenordnung beträgt — ich glaube, das weiß in diesem Raum ohnehin jeder — 200 Betten. Die Tatsache jedoch, daß nach dem vorgesehenen Planablauf gebaut wird, kann nicht bezweifelt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem es hier immer wieder Mißverständnisse gibt, darf ich einen dritten Schwerpunkt herausheben, der seit den Zeiten einer sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung eine doppelte Bedeutung für diese Stadt hat. Es geht um die direkte Wirksamkeit auf den Arbeitsmarkt und auf die Arbeitsbeschaffung und um die Notwendigkeit einer Verbesserung der Wohnstruktur in dieser Stadt.

Es geht schlicht und einfach um den Wohnbau bzw. um die Bauaufträge, die von diesem Budget aus wirksam werden. Gerade die gegenwärtige Konjunktursituation, die ich mir erlaubt habe, Ihnen eingangs zu schildern, zeigt, wie wesentlich es ist, daß Stützungen vom öffentlichen Haushalt ausgehen. Ein Fehler, der leider immer wieder gemacht wird, ist, die unter Investitionen ausgewiesenen Mittel mit nachfragewirksam gleichzusetzen. Das stimmt nicht. Darf ich Ihnen das an einem Beispiel erläutern. Unter Investitionen stehen nach unseren Richtlinien auch die Grundankäufe der Stadt. Es handelt sich aber zweifellos um keine Ausgabe, die besondere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Unter dem Sachaufwand aber stehen hohe Beträge, die sofort und unmittelbar nachfragewirksam sind.

Ich darf Sie wieder auf die gedruckte Einleitung zum Budget auf Seite XV verweisen. Sie sehen daraus, daß allein 12,6 Milliarden Schilling oder 24 Prozent unseres Budgetrahmens unmittelbar nachfragewirksam in der Bauwirtschaft werden und wir damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Vollbeschäftigung in Österreich leisten.

Eine der Stützen in diesem Zusammenhang ist die Wohnbauförderung. Wir rechnen hier für das Jahr 1979 mit Ausgaben von 3.547 Millionen Schilling, das sind 7 Prozent der gesamten Aufwendungen der Stadt. Nachdem in den letzten Tagen und Wochen einiges an Horrormeldungen hinsichtlich der Subjektförderung in den Zeitungen gestanden ist, möchte ich wenigstens ein paar Sätze dazu sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Großteil der sogenannten Subjektförderung wird für den Annuitätenzuschuß aufgewendet, das ist jener Zuschuß, der in den ersten fünf Jahren die Hälfte der Rückzahlung der Kapitalmarktmittel deckt. Ein wesentlich geringerer Teil wird für die direkte Förderung — also für Wohnbeihilfen, — aufgewendet. Von den 3,5 Milliarden Schilling stehen tatsächlich etwa 2,7 Milliarden für Wohnungsbauten zur Verfügung. Wir sind damit in der Lage, im kommenden Jahr 8.000 Wohnungen zu fördern und damit neuerlich 8.000 Wohnungen für diese Stadt direkt entweder über den kommunalen Wohnbau oder indirekt über die gemeinnützigen Wohnbauträger zu errichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist die konsequente Aufrechterhaltung der sozialdemokratischen Politik in dieser Stadt, es ist die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und die Verbesserung der Lebensumstände der Bewohner dieser Stadt. (Beifall bei der SPÖ.)

Lassen Sie mich nun einige Sätzen zu den Einnahmen dieses Budgets sagen. Ich habe bereits eingangs festgestellt: Wir werden die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent steigern. Das sieht im einzelnen so aus, daß wir folgende Mehreinnahmen erwarten: bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 70 Millionen Schilling, bei der Lohnsummensteuer 100 Millionen Schilling, bei der Grundsteuer 25 Millionen Schilling, bei der Vergnügungssteuer 10 Millionen Schilling, bei der Getränke- und Gefrorenensteuer ebenfalls 10 Millionen Schilling, bei der Anzeigenabgabe 25 Millionen Schilling und bei der Ankündigungsabgabe 25 Millionen Schilling.

Bei der Erwähnung der Vergnügungssteuer ist mir ein leises Lächeln auf die Lippen gekommen. Ich möchte Ihnen auch sagen, warum. Ich habe nämlich den Unterschied zwischen der sogenannten Lustbarkeitssteuer in der Ersten Republik und der Vergnügungssteuer heute nachgelesen. Wir erwarten uns heute jährliche Einnahmen aus der Vergnügungssteuer in der Größenordnung von 110 Millionen Schilling im Jahr. In den dreißiger Jahren vor 1934 hat die Lustbarkeitssteuer in damaligen alten österreichischen Schilling einen Betrag von 80 Millionen erbracht. Ich darf hier doch einen sehr deutlichen Unterschied feststellen, der sich aus der Veränderung der gesellschaftlichen Struktur in den vergangenen fünfzig Jahren ergeben hat. (GR. Dkfm. Dr. Wöber: Da war die Mehrwertsteuer noch nicht so hoch!)

Ich hätte einen solchen Zwischenruf gerade von Ihnen mit Ihrem Beruf, Herr GR. Wöber, nicht er-



wartet. Wenn das ein ernstes Argument sein soll, dann darf ich Ihnen eine zweite Zahl nennen.

Bei der sogenannten Wohnbausteuer der Ersten Republik haben die 80 Prozent Kleinwohnungen in Wien knapp 45 Prozent der Mittel aufgebracht, und die nicht einmal 1 Prozent Luxuswohnungen in Wien haben ebenfalls die Hälfte der Mittel aufgebracht. Vielleicht ist dieses Beispiel deutlicher und veranlaßt Sie, sich den Sachverhalt anzusehen und nicht solche politische Zwischenrufe zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soviel zur Übersicht über Einnahmen und Ausgaben dieses Budgets. Gestatten Sie mir, beim Budget selbst noch ein paar Worte über die Wirtschaftsförderung zu sagen. Wir werden im kommenden Jahr 182 Millionen Schilling direkt unter dem Titel Wirtschaftsförderung ausgeben. Von diesen 182 Millionen Schilling sind rund 155 Millionen Schilling allein für die Aufschließung von Betriebsbaugeländen vorgesehen. Es hat sich sehr deutlich gezeigt, daß die Zurverfügungstellung von günstigem Grund und Boden — „günstig“ ist hier nicht nur im Hinblick auf die Preissituation gemeint, sondern auch im Hinblick auf die Verkehrslage, aber auch im Hinblick auf das Nichtzerstören von Wohn- und anderen Vierteln dieser Stadt — die zweckmäßigste und beste Art der Industrieförderung ist.

Ich möchte aber, damit es dann in der Debatte keine Mißverständnisse gibt, auch noch auf die Rubrik 311, Post 35 hinweisen, wo weitere 82 Millionen Schilling für die Betriebsförderung budgetiert sind (Stadtrat Neusser: Sind Sie nicht stolz darauf!) Ich bin sogar sehr stolz darauf, Herr Stadtrat! Ich bin deswegen stolz darauf, weil auch in der Wirtschaftsförderung Geld allein nicht glücklich macht, sondern man auch Ideen haben muß, die ich bei Ihnen vermissem! (Beifall bei der SPÖ. — GR. Hahn: Da sind doch auch die Zuschüsse an den Bund dabei, die 99 Millionen!)

Herr Präsident Hahn, ich bewundere Ihre Rechenkunst, daß in 82 Millionen 99 Millionen für den Bund vorhanden sind. (GR. Hahn: In der gesamten Post! Das ist doch eine Schmähpst!) Es ist Ihrer Sachlichkeit überlassen, das als Schmähpst zu bezeichnen. Das ist der Stil, in dem Sie die Debatte führen. Ich habe ausdrücklich gesagt; unter dieser Post sind 82 Millionen für die Wirtschaftsförderung enthalten. Ich bitte zuzuhören und nicht zunächst einmal von Schmähpst zu reden, ohne zu wissen, was drinnensteht!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ja das Problem, vor dem wir stehen, das ist das Problem, mit dem wir zu kämpfen haben und das wir in den vergangenen fünf Jahren immer wieder registrieren mußten. Außer Forderungen nach mehr Geld ist der Interessenvertretung der Wirtschaft nichts eingefallen, die Ideen mußten von der Stadtverwaltung kommen. Wir mußten sagen, welche Möglichkeiten es noch gibt.

Wir haben in den vergangenen Jahren ein weites Instrumentarium der Wirtschaftsförderung aufgebaut, ein Instrumentarium, bei dem Sie immer nur auf den fahrenden Zug aufspringen konnten. Das

ist die Situation! (Vbgr. Dr. Busek: Bauring!) Das hat genau die gleiche sachliche Qualität, Herr Vizebürgermeister! Das ist Ihre Art: Herabsetzen, schlechtmachen, das können Sie, das Objektivsein ist Ihnen bisher verborgen geblieben. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den vergangenen Jahren hat die Stadt Wien eine Innovationsgesellschaft auf die Beine gestellt, die den Betrieben die Möglichkeit gibt, Neuigkeiten einzuführen. Jetzt, nachdem sich das als sehr zweckmäßig erwiesen hat, jetzt, nachdem wir schon mehr als 160 Kontakte gepflogen haben, werden sich auch andere Teilnehmer finden.

Wir haben in den vergangenen Jahren die Kapitalbeteiligungsgesellschaft eingeführt, die den Betrieben hilft, und wir haben die ersten Fälle abgewickelt, wodurch vermieden wurde, daß es zu Betriebszusammenbrüchen kommt. Wir haben dabei bisher keine Verluste erlitten. Es ist durchaus nicht gesagt, daß es in Zukunft so weitergehen muß. Aber, wie gesagt: Was man neben der Forderung nach mehr Geld noch braucht, ist die Forderung nach mehr Ideen. Ich darf Ihnen heute ankündigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir im wesentlichen die Vorbereitungen für eine Exportförderung der Wiener Klein- und Mittelbetriebe abgeschlossen haben und sie in der nächsten Zeit vorstellen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist Politik zugunsten der Wiener Wirtschaft, das ist Politik zugunsten der Vollbeschäftigung! Das ist Politik, die sicherstellt, daß die Betriebe in Wien existieren und sich ausbreiten können und nicht die Forderung nach einer Unterstützung, nach mehr Beiseln.

Aber auch zu diesem Problem kann ich Ihnen eine sehr erfreuliche Mitteilung machen. In der neuesten Untersuchung über den Stand der Nahversorgung in Wien hat das Institut für Standort- und Marktberatung folgende Feststellung getroffen: Verbesserungen zeigen sich in allen Branchen. Der Fehlbestand bei den Lebensmittelgeschäften in Wien ging von 41 auf 25 zurück, bei den Fleischhauern von 27 auf 13, bei den Wäschereien und Putzereien von 33 auf 21. Das Resümee lautet: Auch bei einem internationalen Vergleich schneidet Wien gut ab. Eine Analyse von Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz, in Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden und Nordamerika ergab, daß Wien bei der Verbesserung der Nahversorgung weiter vorangekommen ist als die Großstädte in den untersuchten Ländern. Es konnte in der gesamten Analyse keine Maßnahme auf Landes- oder Gemeindeebene festgestellt werden, die in Wien zusätzliche oder bessere Effekte bringen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sei auch einmal in aller Deutlichkeit und in aller Offenheit ausgesprochen und festgestellt, daß gerade jene politischen Organisationen, die sich sonst nicht genug tun können, das Zuviel an Staat überall anzuprangern, sich bei den Forderungen nach mehr

Geld vom Staat keineswegs Zurückhaltung auferlegen. Das kann und wird nicht unsere Wirtschaftspolitik sein. Unsere Wirtschaftspolitik wird sein, daß wir unsere Betriebe in die Lage versetzen, sich selbst die Aufwendungen zu erarbeiten, ihnen die Infrastruktur und die Voraussetzungen zu schaffen, daß sie diese Möglichkeiten wahrnehmen können.

Ich darf damit, meine Damen und Herren, mit den Ausführungen zum Voranschlagsentwurf 1979 schließen und Sie bitten, den Anträgen, die auf den Seiten XVII und XVIII unter den Punkten 1 bis 8 enthalten sind, Ihre Zustimmung zu erteilen.

Ich möchte mit einigen Sätzen nur mehr auf den Finanz- und Investitionsplan zurückkommen, den wir nunmehr für die Jahre 1979 bis 1983 dem Wiener Gemeinderat vorlegen.

Ich verweise dabei nochmals auf die rechtlichen Voraussetzungen. Dieser Finanz- und Investitionsplan ist für das Jahr 1979 identisch mit dem Voranschlag, also verpflichtend, für die Jahre 1980 bis 1983 ist er eine Fortschreibung bereits getätigter Beschlüsse des Gemeinderates und kein Plan in dem Sinn, daß angegeben ist, was in diesem Zeitraum alles geschehen wird. Das kann auch nicht anders sein, weil die Beschlußhoheit des Gemeinderates nicht eingeschränkt werden kann.

Sein Zweck ist, den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates einen Überblick darüber zu geben, welcher Spielraum in diesen Jahren allein von der finanziellen Seite her gegeben ist und welche Maßnahmen wir zu setzen haben, wenn wir neue Investitionen oder neue Ausgaben beschließen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist insoweit eine Verbesserung in unserer Prognose-situation eingetreten, als wir heuer auf drei Gebieten Klarheit geschaffen haben, nämlich auf dem Gebiet der Einkommensteuerreform, des Finanzausgleiches und der Krankenanstaltenfinanzierung. Wir konnten alle drei Voraussetzungen in dieser Prognose berücksichtigen, und ich darf dazu feststellen:

Der Finanzausgleich wird — allein vom Land Wien her gesehen, und ich glaube, daß wir uns in der Beurteilung darauf beschränken sollten — dem Land Wien ein Minus von 70 Millionen Schilling bringen, das ausschließlich daraus resultiert, daß Wien wie alle anderen Bundesländer einen höheren Beitrag in den Wasserwirtschaftsfonds einbringt.

Dem steht gegenüber der noch unbekannte Anteil Wiens an den Ausleihungen aus dem Wasserwirtschaftsfonds. Dieser unbekannte Anteil Wiens ist bisher bei etwa 10 bis 11 Prozent des Ausleihungsvolumens gelegen. Das Ausleihungsvolumen des Wasserwirtschaftsfonds wird um rund 700 Millionen Schilling steigen. Es ist also anzunehmen, daß hier eine aufkommens- und ausgabenneutrale Regelung für Wien eintritt.

Anders bei der Krankenanstaltenfinanzierung. Ich konnte in den bisherigen Ausführungen schon feststellen, daß wir aus der Krankenanstaltenfinanzierung für Wien einen Beitrag von 772 Millionen Schilling im laufenden Jahr erwarten.

Insgesamt werden dem Krankenanstaltenfinanzierungsfonds im Jahre 1979 Einnahmen in der Größenordnung von 2,9 Milliarden Schilling zufließen. Wenn Wien davon einen Anteil von 772 Millionen Schilling erwartet, dann heißt das, daß wir an den gesamten Einnahmen des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds mit einem Prozentsatz von 26,4 Prozent beteiligt sind. Da wir in Wien etwa 22 Prozent der gesamtösterreichischen Spitalsbetten haben, allerdings jene Betten, die wesentlich teurer sind als im gesamtösterreichischen Durchschnitt, bedeutet das, daß wir auch bei den Vereinbarungen über den Krankenanstaltenfinanzierungsfonds eine für Wien günstige Lösung treffen konnten.

Allerdings ist dieser Fonds zunächst auf die Dauer von zwei Jahren vereinbart, und man wird erst nach Ablauf des nächsten Jahres sehen, wie die Finanzierung in Zukunft, ab dem Jahr 1980, erfolgen wird.

Persönlich möchte ich kein Hehl daraus machen, daß es mir nicht möglich scheint, daß wir im Verlauf des nächsten Jahres eine grundsätzliche Änderung beim Krankenanstaltenfinanzierungsfonds durchführen können. Es werden noch heuer die Richtlinien des Fonds beschlossen werden, die Auswirkung wird sicher einige Zeit auf sich warten lassen. Wir werden also damit zu rechnen haben, daß das Provisorium noch eine gewisse Zeit andauert. Ich möchte das gleich heute mit aller Deutlichkeit feststellen, weil ich glaube, daß der Wiener Gemeinderat auch über diese Tatsache informiert sein soll.

Ich will Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Finanz- und Investitionsplan nicht allzu lange aufhalten, habe aber eine Bitte an Sie: Wenn Sie bitte die Tabelle T 1 nach der Seite 15 betrachten, dann finden Sie die Entwicklung, wie wir sie prognostizieren hinsichtlich der Einnahmen und der Ausgaben ohne die sogenannte Investitionspost, und Sie sehen, daß der gesamte Einnahmenrahmen von 48 Milliarden Schilling auf 60 Milliarden Schilling ohne Fremdmittelaufnahmen steigt. Die Post Fremdmittel, die in diesen Einnahmen vorgesehen ist, betrifft nur solche Kreditaufnahmen, die für Investitionen vorgesehen sind, die sich selbst bezahlen, das heißt im wesentlichen Wohnbauförderungsgelder und Wasserwirtschaftsfondsgelder. Sonstige Fremdmittelaufnahmen sind nicht vorgesehen.

Wenn wir uns dagegen die Entwicklung der Ausgaben ansehen, dann stellen wir fest, daß wir den Ausgabenrahmen von 42,5 Milliarden auf 55,6 Milliarden erhöhen und daß damit der Rahmen für die möglichen baulichen Herstellungen im Prognosezeitraum von 6,2 Milliarden auf 4,3 Milliarden absinkt.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch ein sehr offenes Wort zur Entwicklung des Schuldenstandes sagen. Im Prognosezeitraum würde der Schuldenstand von 27 Milliarden Schilling per Ende 1979 auf 37 Milliarden Schilling ansteigen, das heißt, am Budgetrahmen gemessen, von 56 Prozent auf 62 Prozent des Budgetrahmens.



Ich darf dazusagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Diese Prognose des Finanz- und Investitionsplanes ist erstellt unter der Annahme der Einnahmen, mit denen jedenfalls, unter allen Umständen, zu rechnen ist, und mit Ausgaben, die mit dem oberen Ende festgesetzt sind. Es darf angenommen werden, daß eine gewisse Verbesserung im Vollzug der einzelnen Budgets durchaus erfolgen wird, was uns aber nicht von der Verpflichtung befreien wird, daß wir bei der Inangriffnahme von Großinvestitionen eine gesonderte Finanzierung und Finanzierungsvereinbarungen vorzusehen haben.

Ich glaube, wenn wir diese Tatsache dem Finanz- und Investitionsplan entnehmen, dann hat er seine Schuldigkeit getan. Mehr kann er nicht sein, mehr will er auch nicht sein, und mehr darf er nicht sein auf Grund unserer Verfassungssituation.

Ich habe Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch kurz über die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten zu berichten, und ich bitte auch dieser Post — die schriftliche Unterlage liegt Ihnen ja vor — die entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken. Sie zeigt uns nämlich, in welchem hohem Ausmaß die Stadt Wien bereit und in der Lage ist und es als ihr erklärtes Ziel ansieht, keine kostendeckenden Gebühren in weiten Bereichen der sozialen und kulturellen Versorgung dieser Stadt einzuheben, und daß es nur bei einem Bruchteil der Gebühren und Entgelte zu einer Anhebung auf kostendeckende Tarife kommt.

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, den darin gestellten Anträgen am Schluß der Budgetdebatte Ihre Zustimmung zu geben. Mit diesem Antrag ist keine automatische Erhöhung irgendeiner Tarifpost, irgendeines Entgeltes, irgendeiner Gebühr verbunden, sondern ausschließlich der Auftrag an den Magistrat, die entsprechenden Unterlagen auszuarbeiten und den Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Ich habe Sie auch noch in bezug auf den Voranschlag zu bitten, die eingebrachten Erinnerungen — von dieser Möglichkeit haben diesmal 69 Gemeindemitglieder Gebrauch gemacht, davon waren interessanterweise 60 Männer, also eine massive männliche Mehrheit, und nur 9 Frauen; nach Berufen aufgeschlüsselt waren es 19 Arbeiter oder Angestellte, 33 Pensionisten, 11 im Haushalt Tätige oder Angehörige von freien Berufen und 6 Studenten — den zuständigen Ausschüssen zur Erledigung zuzuweisen.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich bemüht, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit neben den Zahlen des Voranschlages und des Finanz- und Investitionsplanes auch einiges an grundsätzlichen Überlegungen dem Wiener Gemeinderat über die politischen Grundsätze darzulegen, die hinter diesem Zahlenwerk stehen.

Es ist, glaube ich, ein Wort des heutigen Nationalbankpräsidenten Koren, daß ein Budget ein in Zahlen ausgedrückter politischer Wille ist. Wenn wir diesen politischen Willen, der sich in diesem

Voranschlagsentwurf dokumentiert, zusammenfassen, dann bedeutet das: In dieser Stadt sollen die Schwerpunkte Verkehr, Gesundheit, Wohnen, Sicherung der Arbeitsplätze nach wie vor die erhöhte Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung haben und den Einsatz aller Mittel rechtfertigen. Das heißt, diese Stadt soll nach dem Willen der Mehrheit in diesem Gemeinderat auch weiterhin und in Zukunft ihren Bürgern eine wohlliche Heimat abgeben. Dazu wollen wir alle unsere Kraft, alle unsere Energien einsetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich eröffne die Debatte zu den Postnummern 1 bis 3.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dr. Hirnschall. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Hirnschall: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Finanzstadtrat hat vorige Woche bei der Vorlage des Finanz- und Investitionsplanes gemeint, daß sich in dieser fünfjährigen Budgetvoranschau das Ergebnis einer vernünftigen Haushaltspolitik widerspiegelt. Mit dieser Titelzeile ist dann auch eine „Rathaus-Korrespondenz“ hinausgegangen.

Wenn man die nächstjährigen Budgetzahlen und die prognostizierte Entwicklung der nächsten Jahre studiert, muß man sich wundern, wie man zu einer derartigen Selbsttäuschung gelangen kann. Jeder, der sich unvoreingenommen mit diesen Unterlagen auseinandersetzt, muß zwangsläufig zu einem anderen Ergebnis kommen, nämlich daß die Finanzkraft dieser Stadt maßlos überfordert wurde und in Wirklichkeit die Haushaltspolitik ausweglos erscheint.

Um zu diesem Urteil zu kommen, muß man nicht übertreiben, muß man auch nicht schwarzmalen, man muß nur bereit sein, die Aussagen, die sich aus diesen Unterlagen ergeben, auch zur Kenntnis zu nehmen.

Was in den nächsten Jahren von der Wiener Finanzpolitik zu erwarten ist, läßt sich nicht beschönigen und ist klar vorgezeichnet: eine konstant zunehmende Verschuldung, die erklärte Absicht, Tarifierhöhungen vorzunehmen, die deutlich über der Indexentwicklung der Verbraucherpreise liegen, und gleichzeitig die Investitionstätigkeit drastisch zu reduzieren.

Formal wird die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben im nächsten Jahr 2 Milliarden Schilling betragen. Wenn man aber berücksichtigt, daß unter den Einnahmen Fremdmittelaufnahmen von 5 Milliarden mitgezählt sind und der Schuldenstand 27,8 Milliarden Schilling erreichen wird, dann sieht das Bild schon etwas anders aus.

Nun hat der Herr Finanzstadtrat zur Beruhigung erklärt, daß die Darlehen, die für die Hoheitsverwaltung 1979 aufgenommen werden, Schulden sind, die sich selbst tragen, weil es sich dabei um Wohnbaudarlehen und um Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds handelt, die aus den Rückflüssen abgestattet werden können.

Die Schulden aber, die für die Stadtwerke aufgenommen werden — immerhin 2,9 Milliarden im

nächsten Jahr — hat er als bloße Durchgangspost des Budgets, man möchte fast sagen, bagatellisiert. So harmlos kann man aber die Sache nicht darstellen, denn immerhin haftet die Stadt für die von ihr aufgenommenen und den Stadtwerken weitergegebenen Darlehen, und dann zeichnet sich ja klar ab, daß die Stadtwerke niemals in der Lage sein werden, diese Schulden selbst zurückzuzahlen.

Aus dem Finanzplan ergibt sich, daß der Fremdmittelbedarf der Stadtwerke in den nächsten Jahren überproportional ansteigen, 1983 bereits einen Betrag von 4,1 Milliarden Schilling erreichen und das Budget dieses Jahres mit diesem Betrag belasten wird.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Sanierung der Stadtwerke über die Fünfjahresfrist des Finanzplanes hinaus weiter hinausgeschoben werden kann. Wie diese Sanierung aussehen soll und von wo die Mittel dazu herkommen sollen, darüber schweigen sich der Finanzstadtrat und der Finanzplan bisher aus. Es ist zwar von der Finanzverwaltung vorgesehen, in den nächsten Jahren die Gebühren und Betriebsentgelte in einem Ausmaß zu erhöhen, das weit über der normalen Preissteigerungsrate liegt, wie wir das ja bei den Wassergebühren und bei der Abwassergebühr schon erlebt haben, wo etwa im Bereich der Wassergebühr in den letzten vier Jahren eine 40prozentige Erhöhung vorgenommen wurde, weit mehr, als die Lebenshaltungskosten gestiegen sind, aber über diese Mehrbeträge ist ja längst anderweitig disponiert. Sie werden für zusätzliche Maßnahmen sicher nicht zur Verfügung stehen.

Im vorjährigen Finanz- und Investitionsplan ist den Tabellen der Satz vorangestellt worden, daß es gerade die Investitionen sind, die durch ihren hohen Multiplikatoreffekt einen bedeutenden Faktor im wirtschaftlichen Geschehen dieser Stadt darstellen und ein wesentlicher Beitrag zu einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung sind. Ein ähnlicher Satz fehlt diesmal in den Erläuterungen. Statt dessen kann man lesen, daß die finanzielle Ausstattung der Gemeinde mit den steigenden Anforderungen nicht Schritt halten kann, weshalb es zu einer immer stärkeren Einengung des Investitionsspielraumes kommen wird.

Das Budget 1979 zeigt diese Entwicklung bereits sehr deutlich. Der Anteil der Ausgaben der Gemeinde, der für Investitionen bestimmt ist, ist um 1 Milliarde niedriger als im heurigen Jahr und erreicht mit 19,4 Prozent einen neuen Tiefstand. Vor zehn Jahren hatten wir noch eine Investitionsquote von 30 Prozent.

Nun hat dazu der Herr Finanzstadtrat erklärt, man könne es sich nächstes Jahr leisten — so wurde das wörtlich gesagt —, etwas kürzer zu treten, weil die Wirtschaftsforschungsinstitute ohnedies einen Konjunkturaufschwung prophezeien. Abgesehen davon, daß es derzeit mehr als fraglich ist, ob diese Erholung wirklich eintritt — auch der Herr Stadtrat war heute in seinem Bericht hinsichtlich der Wirtschaftsprognosen wesentlich vorsichtiger —, hat ein kommunales Budget unserer

Auffassung nach noch eine andere Funktion, als ein Instrument zur Konjunkturbelebung zu sein.

Das Kürzertreten bedeutet nämlich konkret, daß beispielsweise der Baubeginn für das heute schon zitierte Krankenhaus Ost 15 Jahre nach dem Grundsatzbeschuß noch immer nicht erfolgen kann, und das ist immerhin ein Vorhaben, das man sicher nicht nach der Konjunkturlage beurteilen kann, sondern eine seit vielen Jahren unbestrittene Notwendigkeit für eine Viertelmillion Wiener jenseits der Donau.

Hier war es für mich sehr bezeichnend, daß der Herr Stadtrat gesagt hat, man werde hinsichtlich dieser 200 Betten gemeinsam mit den Niederösterreichern eine andere Lösung suchen müssen. Das ist das Eingeständnis, daß die seinerzeitige Vereinbarung, die mit Niederösterreich getroffen wurde, nunmehr nicht eingehalten werden kann, und dieses Eingeständnis ist in dieser verklausulierten Form heute hier erfolgt.

Diese Vereinbarung hat es gegeben und auf sie ist letzten Endes vorige Woche in der Budgetdebatte des Niederösterreichischen Landtages von der dortigen Regierungspartei sehr massiv hingewiesen worden. Man hat dabei den Standpunkt vertreten, daß Wien durch den ständigen Aufschub des Baubeginnes diese Vereinbarung verletzt hat, die vorsah, daß das Krankenhaus Ost gleichzeitig auch das Schwerpunkt-Krankenhaus für das Einzugsgebiet Marchfeld sein soll. Überlegt man sich, wie oft tatsächlich in den letzten 15 Jahren ein baldiger Baubeginn des Krankenhauses Ost angekündigt worden ist, dann kann man verstehen, daß sich die Niederösterreicher allmählich gepflanzt fühlen.

Die Gründe für die Investitionsbremse sind im Finanzplan näher erläutert. Es heißt dort, daß trotz der sinkenden Erfordernisse für den U-Bahn-Bau die Belastung des Budgets aus den anderen laufenden Großprojekten noch immer so drückend ist, daß für die Inangriffnahme neuer Vorhaben — und nun wörtlich, das ist sehr wichtig —, auch wenn sie unbedingt notwendig sind, kein Spielraum mehr vorhanden ist. — Mit diesem Satz ist eigentlich alles über die Situation des Wiener Gemeindehaushaltes und die Aussichten für die nächsten Jahre gesagt.

Nun könnte man glauben, daß bei den Großprojekten, die zum Teil seit vielen Jahren im Bau sind, allmählich ein Ende des Finanzbedarfes herauszuschauen müßte. Leider — und das wird vielfach übersehen — ist das Gegenteil der Fall. Beim Hochwasserschutz und bei der Donauinsel sind von den derzeit geschätzten Gesamtkosten von 6,9 Milliarden Schilling bisher 2,9 Milliarden Schilling aufgebracht worden; 4 Milliarden sind offen. Von den 4,5 Milliarden Schilling, die die Stadt Wien für die UNO-City beitragen muß, wurde bisher 1 Milliarde bezahlt, 3,5 Milliarden Schilling sind noch offen. Beim neuen Allgemeinen Krankenhaus hat die Finanzverwaltung errechnet, daß der Kostenanteil der Gemeinde 13,7 Milliarden Schilling ausmachen wird; das ist die Hälfte der vorläufig mit 27,4 Milliarden Schilling geschätzten Gesamtkosten. Davon sind bisher in 22 Jahresbauraten erst 2,9 Milliarden Schil-



ling abgestattet worden, 10,8 Milliarden Schilling werden noch aufzubringen sein.

Dabei muß man bei all diesen Großbauprojekten noch befürchten, daß es nicht bei den geschätzten Kosten bleibt und daß neue zusätzliche Forderungen an die Budgets der kommenden Jahre herangetragen werden.

Im U-Bahn-Bau berücksichtigt die Finanzplanung nur mehr das Auslaufen der derzeit in Bau befindlichen Linien U1, U2 und U4 und enthält für die kommenden fünf Jahre keine Vorsorge für den Baubeginn neuer Linien, wenn man von den Planungskosten für die U3 absieht.

Nun ist uns allen klar, daß es ein Auslaufen oder einen Stillstand im U-Bahn-Bau nicht geben kann. Nicht nur, weil drückende Verkehrsprobleme dieser Stadt gelöst werden müssen, sondern weil das erforderliche Personal, das in Wien in den letzten Jahren reichlich Erfahrung sammeln konnte, gehalten werden muß und weil man auch den vorhandenen Maschinenpark nicht verrotten lassen kann.

Der Herr Finanzstadtrat hat unlängst davon berichtet, daß es derzeit Verhandlungen mit dem Bund über die Finanzierung der U3 samt Anschluß nach Schwechat und an die Vorortelinie gibt. Sicher ein faszinierendes Projekt, aber ein Projekt, das auf 30 Milliarden Schilling geschätzt wird. Wir wünschen, daß es dem Herrn Stadtrat gelingt, eine ausreichende prozentuelle — das möchte ich unterstreichen — Beteiligung des Bundes an den Baukosten zu vereinbaren, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Slavik bei der Finanzierung des Grundnetzes, wo wir resümieren müssen, daß der Bund statt der damals angekündigten Hälfte der Baukosten jetzt ungefähr — alles in allem — ein Achtel der Baukosten für das Grundnetz beigetragen hat.

Bei der Finanzlage des Bundes, die sich eher noch schwieriger darstellt als die Finanzlage der Bundeshauptstadt, wird es allerdings schwierig sein, derartige Zusagen zu bekommen, und man muß nach unserer Budgetvorschau auch daran zweifeln, wie Wien einen Anteil von, sagen wir, 15 oder mehr Milliarden auftreiben soll.

Wir Freiheitlichen haben in realistischer Einschätzung dieser Situation vorgeschlagen, daß dem ungleich billigeren Projekt der U6 die Priorität eingeräumt werden soll. Dieses Projekt, vor allem die Verbindung zwischen Gürtel und Philadelphia-Brücke, hat den Vorzug, daß hier nach allen Berechnungen die höchste Frequenz zu erwarten ist und daher mit den eingesetzten Mitteln der größte Effekt erzielt werden könnte. Wir sind uns allerdings dessen bewußt, daß wir mit sparsamen und rationellen Vorschlägen in diesem Haus noch nie viel Erfolg gehabt haben.

Hinsichtlich der finanziellen Beteiligung des Bundes am U3-Projekt sind wir deshalb ein wenig skeptisch, weil ja alle anderen Verhandlungen mit dem Bund in der letzten Zeit im Grunde enttäuschend geendet haben.

Bei den Spitalskosten macht der Abgang nach der neuen Regelung — das haben wir schon ge-

hört — jetzt 4,3 statt 4,6 Milliarden Schilling aus, und der neue Finanzausgleich, von dem sich die Gemeinden ganz allgemein doch eine Menge erwartet haben, bringt der Stadt Wien eher ein Minus als ein Plus.

Der Herr Stadtrat hat heute in seiner Berichtserstattung gesagt, er habe das Gefühl, daß wir aufkommensneutral heraussteigen werden, und er hat das mit den Einzahlungen und mit den Erwartungen aus dem Wasserwirtschaftsfonds begründet. Ich glaube, man muß auch noch die Reduzierung des Bauaufsichtspauschales um 2 Prozent berücksichtigen, dann kommt meiner Meinung nach in jedem Fall ein wenn auch nicht großes, aber immerhin ein Minus heraus.

Darüber hinaus ist bei den Ertragsanteilen aufgrund des Bevölkerungsrückganges nach der Volkszählung 1981 mit einem jährlichen Ausfall in Milliardenhöhe zu rechnen. Hier — das muß man klar sehen, man muß sich auch darauf einstellen — wird es im Hinblick auf die zahllosen neuen Zweitwohnungen in den benachbarten Bundesländern auch sehr darauf ankommen, wie der Zählvorgang dieser nächsten Volkszählung ausschaun wird. Dem wird meiner Meinung nach entscheidende Bedeutung zukommen. Wenn es nach den bereits erkennbaren Vorstellungen vieler niederösterreichischer Gemeinden geht, dann wird in vielen Fällen die Zweitwohnung in Wien sein und die Erstwohnung auf dem Lande. Das muß man sehr deutlich sehen und rechtzeitig die Merkmale, nach denen die Zählungen vorgenommen werden, entsprechend fixieren und sie eindeutig gestalten.

Der einzige Pluspunkt, auf den der Herr Berichterstatter noch immer verweisen kann, ist die Beschäftigungslage, die in Wien zweifellos etwas besser ist als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Ich bezweifle aber, ob das der Wiener Stadtverwaltung als persönliches Verdienst zugerechnet werden kann, gerade auch im Hinblick auf die von mir skizzierte und noch weitergehende sinkende Investitionstätigkeit, oder ob es nicht eher doch so ist, daß die Standortfrage bei der Beschäftigungslage eine ganz entscheidende Rolle spielt. Wir sehen immer wieder, daß zuerst die Zweigniederlassungen in den entlegenen Gebieten von Betriebseinschränkungen betroffen sind und erst zum Schluß die Hauptniederlassung, die ihren Sitz meist in der Metropole hat, das dann verspürt. In erster Linie ist man bereit, Zweigniederlassungen, die unter Umständen erst vor kurzem zum Beispiel in der Oststeiermark oder im Waldviertel errichtet wurden, aufzulassen, und erst in zweiter Linie trifft es die Hauptniederlassung in der Bundeshauptstadt selbst. Meiner Meinung nach muß man diese Standortfrage, wenn man zwischen Wien und den Bundesländern Vergleiche anstellt, doch auch objektiv und realistisch sehen.

Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung — das gehört thematisch dazu — dem Philips-Paket zugestimmt, um die Gefahr der Abwanderung eines sehr wesentlichen Betriebes zu vermeiden. Ich muß Ihnen aber heute gestehen, daß wir bei dieser Zustimmung durchaus Bedenken gehabt haben. Zum

einen, weil es keine Garantie für zusätzliche Arbeitsplätze gibt und es ohne weiteres passieren kann, daß das ganze letztlich dann nur eine Betriebsübersiedlung von einem innerstädtischen Betriebsgelände an den Stadtrand war, und zweitens, weil man nicht ausschließen kann, daß auch andere Firmen dieser Größenordnung mit ähnlich sanftem Druck an die Gemeinde herantreten werden, womöglich Firmen, die nicht gerade erst einen günstigen Kabelvertrag mit der Gemeinde Wien abschließen konnten. Jeder dieser Firmen wird man vermutlich nicht mit rund einer halben Milliarde Schilling — soviel kostet das alles in allem — helfen können. Dazu wird dieser Budgetansatz, der heute schon einmal zitiert wurde, sicher nicht ausreichen, und mehr wird das Budget leider nicht hergeben. Ich glaube, das muß man realistisch sehen. Zu diesen offenen Fragen, die sich gerade nach der Beschlußfassung in der letzten Gemeinderatssitzung jedem von uns stellen müssen, man darf doch vielleicht auch eine Antwort erwarten, wie man sich hier die Zukunft vorstellt.

Wenn wir Freiheitlichen das Budget 1979 ablehnen, dann nicht deshalb, weil in einer wirtschaftlich schwierigen Phase ein größeres Defizit ausgewiesen ist, sondern deshalb, weil die steigenden Schulden von sinkenden Investitionen begleitet sind und wir von Jahr zu Jahr weiter in eine Sackgasse hineinkommen. Wir lehnen das Budget vor allem aus dem Grund ab, weil auch die Finanzplanung der nächsten Jahre keine Lösung aufzeigt, sondern nur die Ausweglosigkeit des Haushaltes bestätigt.

Ich darf zu diesem Budgetkapitel noch vier Abänderungsanträge meiner Fraktion einbringen, wovon zwei Abänderungsanträge die Erhöhung von Investitionsansätzen zum Gegenstand haben: In einem Fall die Erhöhung des Ansatzes für die Fertigstellung des Hochwasserschutzes am rechten Donauufer, die wir für ungenügend erachten, in weiterer Folge die Erhöhung der Förderungsmittel für die Errichtung von Parkgaragen und dann zwei weitere Abänderungsanträge, die das Ziel haben, Bedekungsvorschläge für Mehrerfordernisse, die sich durch Abänderungsanträge unserer Fraktion ergeben, zu bringen.

Ich möchte auch die Erklärung abgeben, daß wir den neuen Systemisierungsplan für Kraftfahrzeuge, die aufgrund eines Antrages unserer Fraktion erstmalig auf den Seiten 148 und 149 des Budgetentwurfes enthalten ist, zur Kenntnis nehmen, daß wir aber dazu sagen müssen, daß damit unserem Antrag nur in sehr formaler Richtung entsprochen worden ist. Wir hatten nämlich beantragt, daß aus einem derartigen Systemisierungsplan zu ersehen sein müßte, bei welchem Leiter einer Geschäftsgruppe das betreffende Kraftfahrzeug im Einsatz steht. Wenn nun etwa gerade alle 24 Fahrzeuge der Kategorie III in einer Rubrik ausgewiesen sind, ist diese notwendige Transparenz durch den Systemisierungsplan nicht gegeben.

Das möchte ich vorneweg sagen. Wir werden uns materiell mit dieser Frage beim zuständigen Budgetkapitel auseinandersetzen. Das ist das

1. Hauptstück des Voranschlages, bei dem die Kostenersätze für Dienstkraftfahrzeuge für die Vertretung des Bundes und auch für den Magistrat der Stadt Wien ausgewiesen sind.

Vorsitzender GR. Lehner: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Präsident Hahn zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Hahn: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Der Voranschlag 1979, der im ersten Moment optisch mit nur 2 Milliarden Abgang günstig aussieht, wobei auch heuer wieder einmal mehr, hoffentlich das letzte Mal, die Fremdmittel als Einnahmen aufscheinen und diese 2,1 Milliarden ohne Stadtwerke — die klammere ich aus — noch dazugerechnet werden müssen, weist diesmal zum Unterschied von vergangenen Jahren nur mehr eine Ausgabensteigerung von 4,6 Prozent auf.

Diese geringe Ausgabensteigerung wurde von Stadtrat Mayr im Rundfunk mit dem optimistischen Satz — heute haben wir ihn nicht mehr so optimistisch gehört — vertreten, die Wirtschaftslage sei so günstig, und es gebe auch eine günstige Konjunkturprognose, so daß es nicht mehr so wie in früheren Jahren nötig sei, Konjunkturstützen zu leisten. Die Zeitungsmeldungen der letzten Wochen sprechen dieser Aussage allerdings Hohn. Denn nicht nur große Betriebe in der Steiermark, sondern auch in Wien, hier vor allem auf dem Bau-sektor einschließlich der zu 50 Prozent der Gemeinde Wien gehörenden Fertigteilbau, sind bzw. waren von einer großen Unsicherheit bedroht.

Die im Vorjahr von Stadtrat Mayr verkündete Arbeitsplatzsicherungstheorie, daß mit einer Million Investition 14,9 Arbeitsplätze nicht nur in Wien gesichert seien, bedeutet bei dem sinkenden Investitionsvolumen von 10,8 Milliarden im Jahre 1978, das durch bisherige Sachkrediterhöhungen für Investitionen bereits ca. 11,5 Milliarden beträgt, auf nunmehr vorgesehene 9,9 Milliarden ein Absinken um 1,6 Milliarden und damit doch wohl eine Verunsicherung bzw. nach der Arbeitsplatztheorie des Herrn Stadtrates Mayr im vorigen Jahr einen Verlust von 19.500 Arbeitsplätzen. Die Wirtschaftslage der großen Betriebe mit sehr vielen Beschäftigten ist somit unsicherer denn je.

Die ÖVP ist durch Stadtrat Mayrs optimistische Erklärungen sicherlich nicht beruhigt, und ich möchte gleich zu Beginn festhalten, warum die ÖVP dieses Budget ablehnen muß.

Erstens, weil die Investitionen auf dem U-Bahn-Sektor geringer werden. Bei den baulichen Herstellungen gehen sie von 2.051 auf 1.626 Millionen zurück; also um 22 Prozent weniger. Gegenüber 1977 sind es sogar um 537 Millionen, das sind 26 Prozent, weniger. Und das trotz gestiegener Baukosten.

Zweitens, weil für den Ausbau der Verbindungsbahn und Vorortelinie im Zusammenhang mit dem Bau der U3 zwar die Verwirklichung großer Teile langjähriger ÖVP-Vorschläge von Bürgermeister Gratz und auch von Stadtrat Mayr verbal angekündigt wird, aber die Verhandlungen mit dem Bund nicht weitergehen und kein Geld dafür vorgesehen ist.



Drittens — auch das muß sehr deutlich gesagt werden, ich wiederhole hier fast wortwörtlich, was mein Vorredner gesagt hat, und ich kann daher kürzen —, weil für das Sozialmedizinische Zentrum Ost wieder nur Planungskosten aufscheinen. Zum Vertrag mit Niederösterreich: Die brauchen die 200 Spitalsbetten. Die können mit Recht nicht die Genduld aufbringen, die man der Floridsdorfer und Donaustädter Bevölkerung zumutet, der man von einem Jahr zum anderen einreden will, daß sie ohnehin kein Spital braucht. Daher muß man leider die geänderte Haltung Niederösterreichs zur Kenntnis nehmen. Die können dringend notwendige Spitalsanweisungen eben nicht mit unserem Finanzplan, in dem hierfür kein Geld vorgesehen ist, koordinieren.

Meine Damen und Herren! Ich möchte gleich zu Beginn sehr deutlich sagen: Herr Stadtrat Mayr hat in seiner Rede groß herausgestrichen, daß für den Nahverkehr insgesamt 7.916 Millionen Schilling ausgegeben werden. Er preist die Tatsache als einen Erfolg, daß die Stadt Wien 2.900 Millionen Schilling für die Wiener Stadtwerke aufnehmen muß.

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen das zum x-tenmal: Das ist die historische Schuld Ihrer Vorgänger, vor allem des immer so großartig gelobten Slavik, der in einer Situation, wo die Stadt Wien noch die finanziellen Mittel hatte, die Wiener Stadtwerke aushungerte und ihnen kein Geld gab. Daher ist es paradox, wenn Sie es jetzt quasi als Erfolg preisen, daß man den Stadtwerken 2.900 Millionen gibt, die dieses Geld ausschließlich dazu verwenden müssen, um die Darlehen, Anleihen, Zinsen und Tilgungen abzudecken. Das ist kein Erfolg, das ist ein Mißerfolg der sozialistischen Rathauspolitik! (Beifall bei der ÖVP.)

Ein weiterer Grund unserer Ablehnung dieses Budgets ist, daß wir nach den Äußerungen des Herrn Bürgermeister feststellen müssen, daß dieses Budget eigentlich ein Provisorium darstellt, das sich im Frühjahr, wenn die Denkpause vorbei ist, zwangsläufig in einigen Schwerpunkten wird ändern müssen, wenn nicht ohnehin alles beim alten bleibt. Sollten neue Stadträte kommen oder geänderte Geschäftseinteilungen getroffen werden, so besteht jedenfalls kein Einfluß auf eine andere Gestaltung. Es ist — verzeihen Sie mir den Ausdruck — ein Diktat des Finanzstadtrates. (Stadtrat Dr. Goller: Vielleicht ist er dann auch nicht mehr Stadtrat für Finanzen!)

Auch die in den letzten Jahren wiederholt versuchten Ansätze einer Verwaltungsreform sind gescheitert oder im Ansatz stecken geblieben. Es genügt eben nicht, einen zuerst als Supermanager gepriesenen Mann aus der Privatwirtschaft zu Sonderbedingungen ins Rathaus zu holen, der dann interimistischer Leiter einer Magistratsabteilung für Umweltschutz wird.

Es ist aber auch nach der Wahl nicht nur personell alles beim alten geblieben, sondern die vom Bürgermeister verordnete Denkpause entwickelt sich immer mehr zu einer Arbeitspause der politisch verantwortlichen Ressortleiter. Gerade jetzt gibt es auf dem Gebiete des Verkehrs, der Stadterneue-

rung, der Gesundheit oder der Stadtplanung Probleme, mit denen sich die Wiener Tag für Tag konfrontiert sehen und deren rasche Lösung sie erwarten.

Mit großen Inseratenkampagnen in den Zeitungen allein werden Sie jedoch die anstehenden Probleme der Zukunft nicht lösen können. Die ÖVP hat ihre Vorschläge und Alternativen bereits seit längerer Zeit und immer wieder präsentiert. Wir werden auch in Zukunft als Oppositionspartei weiterhin versuchen, diese Probleme zu lösen, und sei es auch nur in einzelnen Schwerpunkten, die wir mit den Wienern verwirklichen wollen.

Wir können daher nur hoffen, daß Sie nicht allzulange auf Kosten der Wiener nachdenken und Ihr Termin einer Neuorganisation der Verwaltung, nämlich der Fasching, nicht eine schlechte Vorbedeutung hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Zeit für eine Neuorganisation des Magistrats, Zeit für eine sparsamere, vor allem effektivere Verwaltung und Zeit für eine bürgernahe Regierung haben Sie nicht erst seit dem 8. Oktober, sondern schon viele Jahre vorher gehabt. Leider haben Sie diese Zeit nicht genützt.

Eines möchte ich immer wieder sehr deutlich sagen: Schuld sind nicht die Beamten, von denen manche Spitzenbeamte ihren zuständigen Stadtrat einmal im Jahr sehen, und die bald alle mitsammen nur mehr verunsichert sind, weil sie nicht mehr wissen, wessen Aufträge sie entgegennehmen sollen.

Das Budget 1979 läßt aber vor allem andere, für die Wirtschaft und damit für die Arbeitsplätze wichtige Dinge außer acht. Die Zusammenfassung der Ausgaben auf Seite IX zeigt erschreckend, daß der Anteil der Investitionen am Gesamtaufwand von 22,2 Prozent auf 19,4 Prozent zurückgeht. Aber auch der so dringend notwendige Erhaltungsaufwand — denken Sie nur an den Zustand vieler alter Gemeindebauten — bleibt mit 3,7 Prozent unverändert.

Allerdings stelle ich gleich zu Beginn fest, daß die vorjährige scharfe Kritik der ÖVP am Gemeindewohnbau, die durch die Sündenabdeckung bereits begonnener Großprojekte der Gemeinde Wien mit nachträglicher Genehmigung und dadurch verstärkter Inanspruchnahme der Wohnbauförderung mehr als berechtigt war, wenigstens teilweise genutzt hat. Die Aufwendungen nach der Wohnbauförderung steigen nur um 277 Millionen, die Mittel für neu begonnene Gemeindewohnbauten werden um 613 Millionen verringert, und auch die Ausfinanzierung der begonnenen Gemeindebauten sinkt bei den öffentlichen Darlehen um 379 Millionen und bei den Hypothekendarlehen um 491 Millionen. Dadurch wird auch die Verschuldung der Gemeinde Wien eingebremst.

Hier kommt die erste entscheidende Frage: Werden diese frei werdenden Kapitalmarktmittel den gemeinnützigen Bauträgern, die theoretisch mit dem Bau von 6.000 Wohnungen im Jahre 1979 beginnen könnten, von den Kreditinstituten zur Verfügung gestellt werden können? Wenn nicht, käme der Wohnbau in eine neue weitere Krise.

Jedenfalls hat sich die ÖVP grundsätzlich als Oppositionspartei durchgesetzt, was auch das vor kurzem vorgelegte 5-Jahres-Wohnbauprogramm beweist, eine langjährige Forderung von uns — auch wenn Sie lächeln, Herr GR. Braun —, die Sie vor zwei Jahren und voriges Jahr noch abgelehnt haben. Wir haben es immer wieder verlangt, damit die Bauwirtschaft wenigstens ungefähr weiß, wie sie in den nächsten Jahren beschäftigt wird. Siehe da, unser ständiges Drängen scheint doch genutzt zu haben, denn vorige Woche wurde in der Landesregierung dieses 5-Jahres-Wohnbauprogramm beschlossen.

Es wurde auch das festgestellt, was ich im März des heurigen Jahres gesagt habe und was von Ihnen auch bestritten wurde, daß man — Gott sei Dank sage ich — das Wohnbauvolumen doch erhöhen kann, und zwar auf 7.500 Wohnungen, und diese Zahl hoffentlich für 1980 noch leicht gesteigert werden kann. Allerdings ist in den späteren Jahren ein Absinken zu verzeichnen. Gott sei Dank haben die zuständigen Magistratsabteilungen — sie haben gewiß sehr viel Arbeit — die entsprechenden Pläne.

Ich möchte hier auch die Berechnungen urgieren und fragen, ob nicht eine höhere öffentliche Förderung möglich wäre. Nach der Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes wären 70 Prozent statt 45 Prozent möglich. Wäre nicht eine höhere öffentliche Förderung, wie wir sie einmal hatten, nämlich 60 Prozent, die im Moment den Wohnbau zwar leicht drosselt, möglich? Hier könnte man sich für zwei Jahre mit einer Wohnbauanleihe helfen; in den Folgejahren würde das aber die gewaltigen Annuitätenstützungen für Kapitalmarktmittel senken.

Jemand Gehässiger hat einmal gesagt, das Wohnbauförderungsgesetz ist in erster Linie ein Wohnbaubankenförderungsgesetz. Es ist ja wirklich noch nie eine konzentrierte Aufstellung gemacht worden, wie groß in den letzten Jahren der Einsatz der Kapitalmarktmittel bzw. die Belastung durch die Kapitalmarktdarlehen war. Man kann das natürlich nach verschiedenen Varianten — vollkommen leidenschaftslos, betone ich — durchrechnen.

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß im SPÖ-Arbeitsprogramm jetzt Sätze zum Wohnbau bzw. zur Stadterneuerung stehen, die vollinhaltlich aus früheren ÖVP-Programmen übernommen sein könnten. Ich zitiere einen Satz, den wir voll unterschreiben: „Zukunftsbezogene Stadterneuerung in einer dynamisch sich veränderenden Stadt bedeutet sinnvolles Zusammenwirken von Wohnungsverbesserung, Assanierung abgewohnter Gebiete und Auflockerung dicht verbauter Gebiete durch Schaffung neuer Freizeitmaßnahmen. Alle diese Maßnahmen werden in enger Zusammenarbeit mit den Bewohnern betroffener Gebiete zu treffen sein.“

Wenn Sie diese Sätze, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, in die Praxis umsetzen wollen, wenn Sie das wahr machen wollen, was Sie auch in Ihrem Renner-Institut unter Vorsitz des Klubobmanns Ing. Hofmann zu den Problemen der Stadterneuerung pressemäßig ausgesagt

haben, dann müßten Sie eigentlich auch den Antrag, den die ÖVP im Vorjahr eingebracht hat, den Sie abgelehnt haben, den wir auch heuer wieder einbringen werden, aber diesmal beim Kapitel Wohnen, in dem nämlich von der Gleichwertigkeit der Ersatzwohnungen und einem zentralen Fonds, der Härten der § 7-Sanierungen ausgleicht, gesprochen wird — wir haben das Wohnhauserneuerungsfonds genannt — dann müßten Sie auch diesen Antrag in die Tat umsetzen. Dann haben Sie wieder eine ÖVP-Idee übernommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir werden allerdings diesen Antrag wie auch andere Anträge diesmal nicht so wie in den abgelaufenen Jahren in einem zusammenfassenden Antrag beim Finanzkapitel einbringen, sondern bei den entsprechenden Geschäftsgruppen. Sie werden sich dann bei der Behandlung dieser Anträge schon gewissenhaft überlegen müssen, ob Sie die Anträge so wie in den Vorjahren en bloc einfach mit einer Handbewegung ablehnen oder ob Sie sie doch zumindest den Ausschüssen zuweisen. Wir haben diesmal bewußt eine andere Vorgangsweise gewählt, damit wir in den einzelnen Ausschüssen noch weiter diskutieren können.

Grundsätzlich möchte ich noch einmal eine alte Forderung der ÖVP, nämlich die Schaffung eines eigenen Budgetausschusses, in Erinnerung rufen, denn es sollte doch den Oppositionsparteien Gelegenheit gegeben werden, ihre Anliegen, die dann oft auch die Anliegen der Sozialistischen Partei werden, in Ruhe zu beraten.

Zur Lage der österreichischen Wirtschaft muß man, glaube ich, doch mit einer sehr negativen Feststellung beginnen, ohne zu pessimistisch zu sein. Gerade die Situation am Wiener Bausektor ist eine besonders diffizile. So ist der Bauproduktionswert des Baugewerbes in Wien zwischen 1977 und dem Vergleichszeitraum 1978 um 10 Prozent zurückgegangen, während er sich im österreichischen Durchschnitt noch um 18 Prozent erhöht hat. Dies ist insbesondere auf die schlechte Lage des Hochbaues zurückzuführen, denn hier sind die Umsätze in Wien gegenüber dem Vorjahr besonders drastisch zurückgegangen, nämlich um 33 Prozent.

Diese schwierige Situation des Wiener Baugewerbes hat natürlich auch Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation. Leider ist jetzt Herr GR. Rautner nicht im Saal. Ich vermisse auch etwas: Ich habe ihm nämlich einige Ansuchen von Postensuchenden geschickt, er hat es bisher aber nicht einmal der Mühe wert gefunden, diesen Leuten zu antworten, obwohl er hier in Zwischenrufen groß verkündet hat, er werde diese Leute alle spielend bei Baufirmen unterbringen. Vielleicht kann ihm einer der Kollegen sagen, er möge es doch zumindest der Mühe wert finden, auf solche Ansuchen von jungen Leuten, Ingenieuren, Werkmeistern usw., die alle bereits arbeitslos sind, zu antworten bzw. sie unterzubringen.

Die Beschäftigtenzahl hat sich um 4,5 Prozent verringert. Interessant ist, daß in Niederösterreich, von dem man allgemein annimmt, daß es dort auch sehr große Schwierigkeiten gibt, die Zahl der Bau-



aufträge noch um 7 Prozent gestiegen ist. (Amts. StR. Heller: Die niederösterreichischen Firmen arbeiten ja in Wien!) Es geht um die Bauaufträge in Niederösterreich!

Die Gesamtzahl der Insolvenzen stieg bis Ende September in ganz Österreich von 763 auf 995, davon die Ausgleichs von 248 auf 324 und die Konkurse von 515 auf 671. Wien steht leider mit 265 gegenüber 231 im Vorjahr an der Spitze. Burgenland und Vorarlberg sind fast überhaupt nicht betroffen. Die Gesamtsumme aller Insolvenzschulden beträgt ungefähr 5,4 Milliarden, im Krisenjahr 1975 waren es 3,8 Milliarden; also eine Steigerung um 40 Prozent.

Jeder Konkurs einer größeren Firma löst zwangsläufig Schwierigkeiten bei zahlreichen kleineren aus. Die Hauptursache der Misere ist aber nicht, wie die Sozialisten behaupten, schlechtes Management, sondern die Hauptursache ist die sozialistische Belastungspolitik, die die Gewinne so stark schrumpfen läßt und daher die Investitionstätigkeit nicht nur drosselt, sondern sogar unmöglich macht! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Entscheidend, meine Damen und Herren, sind hier nicht nur die absoluten Zahlen, so dramatisch diese auch sind, sondern entscheidend ist die Tendenz, daß eine Reihe von Branchen in Wien — das Baugewerbe ist nur eine davon — in eine immer schwierigere Lage kommen. Gerade von den Betrieben der Industrie und des Gewerbes — und hier insbesondere Klein- und Mittelbetriebe — befinden sich viele in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Die sozialistische Politik der letzten Jahre, die private Unternehmer zu Subventionsempfängern gemacht hat, anstatt die Investitionstätigkeit stärker zu fördern, hat sicherlich nicht zu einer Verbesserung der Lage beigetragen.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Sätze, die Ihnen vielleicht etwas außergewöhnlich erscheinen mögen. Ich glaube, daß es bei vielen Betrieben tatsächlich an der ausreichenden Eigenmittelbasis fehlt und diese Betriebe auf Bankkredite angewiesen sind. Dazu sage ich noch einmal in aller Deutlichkeit: Die große Ausweitung des Bankfilialennetzes mit den damit verbundenen hohen Investitions- und Personalkosten ist kein Gewinn für die Wirtschaft. Das ist nicht nur meine persönliche Meinung, sondern sie wird von zahlreichen Bankfachleuten des Mittelmanagements geteilt. Ich denke an die Ausweitung der BAWAG-Filialen mit Lockkrediten, wobei die BAWAG interessanterweise bereits wieder in Konkurrenz mit einer zu schaffenden Konsum-Bank steht, an die Postsparkasse, die jedes Postamt, auch wenn es schon halb zusammenfällt, als Postsparkassenbankstelle und Bankfiliale erklären möchte, aber auch an den Kampf anderer Institute um Filialausweitung. Das alles kostet Geld.

Ein Generaldirektor einer großen Bank erklärte unlängst, der Kollerwettbewerb halte die Zinsen hoch. Die Verzinsung der Kredite in Österreich ist mit 9,5 Prozent viel höher als in der übrigen westlichen Welt. Die harte Konkurrenz bei den Filial-

gründungen treibt die Einlagenzinsen in die Höhe, wodurch sich die Kredite verteuern, was wiederum vor allem die gewerbliche Wirtschaft Wiens zu spüren bekommt. Wie bekannt, wird der Eckzinsatz von verschiedenen Kreditinstituten oft bis zu 100 Prozent überboten. Viele unserer älteren Mitbürger erinnern sich mit Schauern an das große Wirtschaftskrisenjahr 1929, wo zuerst auch aus jedem besseren Geschäft und Kaffeehaus eine Bankfiliale wurde und dann der große Krach kam. Daher wäre es dringend notwendig, statt eines weiteren Ausbaues des Bankfilialennetzes der Wirtschaft billigere Kredite zu gewähren. (Beifall bei der ÖVP.)

Im Arbeitsprogramm der SPÖ, das uns als Beilage zur Rede des Bürgermeisters beigelegt wurde, heißt es, daß bis 1983 in Wien mehr als 60 Milliarden eingesetzt werden, um die Arbeitsplätze zu sichern. Es gibt aber, wie gesagt, leider zahlreiche Großinvestitionen, wie vor allem den U-Bahn-Bau, die stark und konstant zurückgehen. Da das Verkehrsproblem in Wien immer noch weitgehend ungelöst ist — ich sage noch einmal: U 3, Vorortelinie und Verbindungsbahn —, werden wir daher auch beim Kapitel U-Bahn-Bau und Energie einen Budgetabänderungsantrag einbringen.

Eine ähnliche Situation ist auch beim verbesserten Hochwasserschutz zu verzeichnen; auch darauf ist mein Vorredner schon eingegangen. Es ist zwar eine Steigerung festzustellen, es scheint auch erstmals die von der ÖVP bei zwei Budgets urgierte rechte Hochwasserschutzkante mit 41 Millionen auf, nur wurden in Finanzplänen der Donauinselkommission, dieses Ausschusses, als dringend für 1979 72 Millionen verlangt. Es fehlen daher 31 Millionen, und ich erlaube mir, einen Abänderungsantrag einzubringen:

„Zur Gewährleistung des raschen Ausbaues der rechten Hochwasserschutzkante stellen die gefertigten GRe. Hahn, Gertrude Härtel und Haubenburger gemäß § 30 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien den Abänderungsantrag:

Der Ausgabenansatz der Post 317.52, Verbesserter Hochwasserschutz, ist um 31 Millionen von 596,21 Millionen Schilling auf 627,21 Millionen Schilling zu erhöhen. Die Mehrausgabe ist durch eine Reduzierung des Ausgabenansatzes der Post 321.37, Reserve für unvorhergesehene Ausgaben, zu bedecken.“

Unabhängig davon sind aber auch die unter Post 314.57 mit 10,8 Millionen vorgesehenen Grunderwerbs- bzw. Freimachungskosten für den Hafen wohl als zu gering anzusehen, denn allein die Ersatzbauten für die Lager- und Kühlhaus Ges.m.b.H. werden laut der im Wirtschaftsbeirat genannten Summe 270 Millionen betragen. Das würde bedeuten, daß es 27 Jahre dauert, bis man die Lager- und Kühlhäuser absiedelt, wobei dann zusätzlich noch die Auseinandersetzung zwischen Lagerhaus bzw. Holding und der Finanzverwaltung über den Grundwert erfolgen wird. Das heißt, da fließt noch einiges Wasser durch, hoffentlich nicht über den Hochwasserpegelstand der Donau.

Die gesamte Investitionspolitik, die alle österreichischen Bundesländer machen und die auch alle Bundesländer in eine stärkere Verschuldung bringt, ist einheitlich darnach ausgerichtet, Arbeitsplätze zu sichern, wobei die Wirtschaftsförderung eine maßgebende Rolle spielt. Wenn auch die Steigerung bei den baulichen Herstellungen der Betriebsbaugelände von 114 Millionen auf 155 Millionen geschehen werden muß, muß ich jetzt doch noch auf eine Post zurückkommen, die zu Auseinandersetzungen zwischen Stadtrat Mayr und mir in Zwischenrufen geführt hat, denn leider ist die Budgetpost 316.35, Zuschuß zur Wirtschaftsförderung, allein bei den Kleinbetriebszuschußaktionen von 40 Millionen auf 25 Millionen, also um 37 Prozent, gesunken.

Aber auch die Strukturverbesserung ist von 77 Millionen auf 56,6 Millionen, das ist um 27 Prozent, gesunken.

Unter Post 311.35, wo angeblich eine Erhöhung von 117 Millionen auf 210 Millionen stattgefunden hat, das ist eine Differenz von 93 Millionen, scheint erstmals ein Zuschuß an den Bund in der Höhe von 99 Millionen auf. Darüber wird zwar noch diskutiert werden. Ich stelle aber fest, daß die Zuschüsse auch hier, wenn sie auch nominell im Budget auf den ersten Blick gestiegen sind, tatsächlich gesunken sind, denn das ist doch kaum als wirtschaftsfördernde Maßnahme anzusehen. Das ist eine der Maßnahmen außerhalb des Finanzausgleiches, wenn Sie wollen, ein stilles Geschenk an den Androsch. Man ist ja überhaupt fast nicht mehr in der Lage, nachzurechnen, um wieviel die Gemeinde Wien in den Beziehungen gegenüber dem Bund verschlechtert wird. Sie sehen es nur an einer Zahl, das ist bei den Ertragsanteilen, da wissen wir es jetzt schon. Da sinkt es von Jahr zu Jahr.

Es gibt aber auch innerhalb des Budgets zahlreiche Posten, wie zum Beispiel hier diese 99 Millionen, die ein stilles Geschenk an den Androsch sind. (Zwischenruf des Berichterstatters amtsf. StR. Hans Mayr.) Ich weiß schon. Aber für Dinge, die sowieso der Bund hätte bezahlen müssen.

Es ist eine Tatsache, daß sämtliche anderen Bundesländer eine Ausweitung der Wirtschaftsförderung vornehmen, obwohl alle Länder infolge des Finanzausgleiches mit viel stärkeren Einnahmenausfällen rechnen müssen als Wien.

Zur Wirtschaftsförderung möchte ich mir auch erlauben, einen Abänderungsantrag einzubringen:

„Zur verstärkten Förderung der Wirtschaft, vor allem von kleineren und mittleren Gewerbe- und Handelsbetrieben, und im Interesse sicherer Arbeitsplätze in Wien sollen die Zuschüsse im Rahmen der Wirtschaftsförderung erhöht werden. Insbesondere sollen die Zuschüsse im Rahmen der Kleinbetriebszuschußaktion erhöht werden und diese Aktion nicht nur im Umfang und der Höhe nach erweitert werden, sondern auch auf eine größere Anzahl von Branchen als bisher ausgedehnt werden.“

Die gefertigten GRe. Hahn und Pelzelmayer stellen gemäß § 30 Abs. 1 der Geschäftsordnung für

den Gemeinderat der Stadt Wien den folgenden Abänderungsantrag:

Der Ausgabenansatz Post 316.35, Wirtschaftsförderung, ist um 63,6 Millionen Schilling von 26,4 Millionen Schilling auf 90 Millionen Schilling zu erhöhen. Die Mehrausgabe ist durch eine Reduzierung des Ausgabenansatzes der Post 321.37, Reserve für unvorhergesehene Ausgaben, zu decken.“

Ein Wort in diesem Zusammenhang zu dem neuen Finanzausgleich, der hier noch nicht berücksichtigt werden konnte und der erst nach unzähligen Krämpfen zustande kam. Es gab zwar ein Riesenexposé von Experten — ich glaube, 900 Seiten war das Papier dick — unter Vorsitz des SPÖ-Programmgestalters Professor Matzner, der mit seinem Ausspruch „Dort, wo das Rathaus steht, steht ein ratloses Haus“ berühmt wurde. Das Papier kostete sicherlich Millionen — Auswirkung gleich Null.

Endergebnis der Verhandlungen, die mit einer Zähigkeit und Härte wie noch nie geführt wurden — eine Abwehrschlacht gegen Androsch; denken Sie nur daran, daß Androsch sogar verlangt hat, die Länder mögen, ich glaube, zu 50 Prozent die Bezahlung der Lehrer übernehmen —: Die Gemeinden ohne Wien bekommen um 350 Millionen mehr, der Bund und die Länder weniger.

Trotzdem sind die Gemeinden, deren Aufgaben und Verschuldungsstand wachsen, unzufrieden. Alle sind unzufrieden. Gekreißt hat ein Berg, geboren wurde ein Mäuschen.

Eines sage ich aber auch ganz offen: Vorarlberg hat sicherlich den geringsten Grund, sich darüber aufzuregen. Und ausgerechnet Vorarlberg hat dem Präsidenten des Gemeindebundes, der sich genauso wie der Generalsekretär des Städtebundes in sachlicher Weise für die Interessen der jeweils zu vertretenden Körperschaften, auf der einen Seite Städte, auf der anderen Seite Gemeinden, eingesetzt hat, dem niederösterreichischen Landtagspräsidenten Reiter, das Mißtrauen ausgesprochen. Das ist nicht leicht zu verstehen, denn die wirtschaftliche Situation Vorarlbergs ist sicherlich die günstigste von allen österreichischen Bundesländern.

Man muß allerdings auch anerkennen, daß Vorarlberg 37 Prozent seines Gesamtbudgets für Investitionen verwendet. Aber auch Oberösterreich verwendet von einem 16-Milliarden-Budget 6 Milliarden für Investitionen und Wirtschaftsförderung, das sind ebenfalls 37 Prozent. Ähnliche Zahlen könnte man auch aus der Steiermark, aus Tirol und aus Niederösterreich nennen, die alle ihre Ausgabenrahmen für Investitionen trotz Finanzknappheit erhöht haben. In Wien gehen diese Ausgaben in Prozenten des Gesamtaufwandes leider von 22,4 auf 19,4 Prozent, das ist um 3 Prozent, zurück.

Damit komme ich zu einer wichtigen Frage, die der Finanzreferent auf jeden Fall beantworten sollte. Stadtrat Mayr erklärt, daß er bereit sei, bei einem weiteren Rückgang der Wirtschaftskonjunktur Konjunkturstützen zu liefern, und wird dies im Laufe des Jahres entscheiden.



Dazu möchte ich folgendes sagen: Wir von der Österreichischen Volkspartei lehnen es, so wie die ÖVP auf Bundesebene bei Finanzminister Androsch, auf das entschiedenste ab, dem Finanzreferenten allein die Ermächtigung zu geben, Ausgaben nach seinem eigenen Belieben, nach seinem eigenen Ermessen der Zweckmäßigkeit zu erhöhen. Der Finanzreferent der Stadt Wien muß ganz einfach dem Gemeinderat vorher Rechenschaft geben. Überall hört man immer stärker und mehr das Wort von mehr Mitbestimmung. Wir wissen zwar, wie diese Mitbestimmung auf vielen Ebenen aussieht, sei es bei der Gewerkschaft, sei es bei der Sozialversicherung oder bei anderen Institutionen. Aber hier im Gemeinderat hat Herr Bürgermeister Gratz immer wieder das Recht auf mehr Mitbestimmung auch der gewählten Volksvertreter, zumindest theoretisch, anerkannt.

Das Budget darf kein reines Zahlenspiel sein! Die gewählten Volksvertreter — auch Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ — sind dem Wähler nicht nur bei Telefonaktionen verantwortlich! (Beifall bei der ÖVP.)

Daher erlaube ich mir, den folgenden Beschlußantrag der ÖVP-Gemeinderäte Hahn, Dr. Maria Schaumayer und Dkfm. Dr. Wöber, betreffend Maßnahmen zur Förderung der Wiener Arbeitsplätze, vorzulegen, in dem es unter anderem nach der textlichen Begründung heißt, daß infolge der von mir eingangs geschilderten ständig steigenden Belastungen die Investitionsbereitschaft der privaten Betriebe sinkt und auch leider eine Abwanderung in das Umland zu verzeichnen war. Das Ziel der Wiener Wirtschaftspolitik müßte es daher sein, das Arbeitsplatzangebot im vernachlässigten Industrie- und Gewerbebereich zu steigern und auch weiterhin einen Anreiz für die Lehrlingsausbildung in Handel und Gewerbe zu bieten.

Denn, meine Damen und Herren von der SPÖ, eines sei auch mit aller Klarheit gesagt: Daß diese vielen schulentlassenen jungen Menschen heute überhaupt beschäftigt werden und etwas lernen können, ist ausschließlich ein Verdienst der Wiener Kammer, die zusätzlich über alle Quoten hinaus Lehrlinge einstellt! (Beifall bei der ÖVP.)

Es sind daher eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen für die Wiener Wirtschaft notwendig. Diesbezüglich heißt es in dem von mir eben erwähnten Beschlußantrag:

„Der Herr amtsführende Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft möge umgehend die Verwirklichung folgender Maßnahmen veranlassen bzw. mit den zuständigen Stellen und gesetzlichen Interessenvertretungen zielführende Verhandlungen zu deren Realisierung aufnehmen:

1. Steigerung der Investitionsquote im Wiener Budget bei gleichzeitiger Senkung des Personalaufwandes durch eine längst fällige Verwaltungsreform.

2. Stimulierung von Investitionsvorhaben der Wirtschaft durch größere Planungssicherheit von Flächenwidmung bis Verkehr.

3. Erleichterung von Standortverlegungen zum Zwecke von Betriebserweiterungen oder Umweltverbesserung durch eine Mobilisierung des Grundstücksangebotes und fristengerechte Kredithilfen.

4. Errichtung eines Wiener Arbeitsplatzförderungsfonds, mitfinanziert aus Mitteln der Bundesförderung, dem analog zum Arbeitsmarktförderungsgesetz die Erhaltung und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen — insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben — obliegen soll.

5. Beseitigung jener administrativen und gebührenrechtlichen Belastungen, die in der Vergangenheit zur Abwanderung von Betrieben aus Wien in andere Bundesländer geführt haben.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung dieses Antrages an den Herrn amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft.“

Wir hoffen, daß dieser Antrag positiv in den Verhandlungen behandelt wird.

Wenn man allerdings den Wirtschaftsplan, den Finanz- und Investitionsplan für die kommenden Jahre durchliest, dann ist es schon sehr schwer, Optimist zu bleiben. Man könnte hier einige Sätze zitieren, zum Beispiel auch den einen Satz, daß ein starker Rückgang des Investitionsrahmens — wobei darauf Bezug genommen wird, daß man 1979 noch die Rücklagen von 700 Millionen verwenden kann, die 1980 gänzlich in Wegfall kommen — einer bedeutenden Zunahme des Investitionserfordernisses gegenübersteht. Besonders für das Jahr 1980 wird ein Engpaß prognostiziert, der gegenüber der Vorjahresprognose für 1980, wo ein Abgang von rund 800 Millionen festgesetzt wurde, jetzt bereits eine Verschlechterung von 1.100 Millionen um 1.916 Millionen auf über 3 Milliarden — nachzulesen auf der Seite, die auch Herr Stadtrat Mayr zitiert hat — bedeutet.

Hier ist besonders erschwerend, daß die Raten für den U-Bahn-Bau weiter auf 1,5 Milliarden absinken, daß die wichtige Verlängerung der U1 nach dem Süden, vor allem aber die U3 überhaupt fehlen, mit der Ausrede, die wir heute auch gehört haben, bzw. mit anderen Ausreden, daß es zwar Grundsatzbeschlüsse gebe, aber noch keine beschlossenen Sachkredite, weil die Verhandlungen mit dem Bund noch offen sind. Ich könnte jetzt eine Anfrage, die die Österreichische Volkspartei vor zwei Jahren auch beim Budget gestellt hat, und wozu erklärt wurde, die Verhandlungen werden bald abgeschlossen sein, zitieren.

In Wahrheit, meine Damen und Herren, sind die Kassen leer. Es bestätigen sich hier nochmals die jahrelangen Warnungen und Prophezeiungen der Wiener Volkspartei. Wir haben immer wieder gewarnt, daß für notwendige Infrastrukturmaßnahmen der Spielraum viel zu klein sein wird.

Schuld ist in erster Linie die schlechte Finanzpolitik des Bundes mit ihrer totalen Steuerschröpfungspolitik. Die Schuld der Wiener Rathaus-SPÖ ergibt sich aus dem Umstand, daß allein in den abgelaufenen fünf Jahren bei zehn Großprojekten durch Fehlplanungen und Bauzeitverzögerungen —

wir haben oft genug hier darüber gesprochen — 2 Milliarden verplempert, beim Bauring 1,4 Milliarden verschleudert und bei Grundstückspekulationen, soweit bis jetzt bekannt — leider ist noch immer nicht alles aufgeklärt —, 100 Millionen vergeudet wurden. Dadurch fehlen der Stadt jetzt 3,5 Milliarden, und das werden wir Ihnen immer wieder vorhalten. Die Rechnung dafür hat Ihnen der Wähler bereits am 8. Oktober präsentiert. Dieses Geld fehlt eben jetzt zur Arbeitsplatzsicherung an allen Ecken und Enden.

Das Geld fehlt aber vor allem auch, meine Damen und Herren, zur teilweisen Sanierung der Stadtwerke, etwa der Gaswerke mit ihrem desolaten Gasrohrnetz. Ich bewundere den Herrn Stadtrat Nekula, ich bewundere seinen Mut als Verantwortlicher, nachdem er unlängst im Rundfunk erklärt hat, das Wiener Gasnetz sei das sicherste der Welt. (Amtsf. StR. Nekula: Das habe ich nicht gesagt!) Doch, das haben Sie gesagt. (Amtsf. StR. Nekula: Nein, da haben Sie schlecht gehört!)

Daß Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheit, diesen Gaswerken dafür, daß sie ihre desolaten Röhren in den Wiener Straßen verlegen dürfen, immer noch eine Gebrauchsgebühr anrechnen, und zwar in der Höhe von 62 Millionen laut diesem Budget, das ist schlicht und einfach unverständlich. Ich glaube, seit dem Jahre 1961, seit dem Zeitpunkt, als die Wegebenutzungsgebühr für die Wiener Straßenbahn erlassen wurde, geschieht das. Wenn Sie nachrechnen, was seit dem Jahre 1961 bis 1978 den Gaswerken damit auferlegt wurde, dann kommen Sie auf einen Milliardenbetrag, der den Gaswerken entzogen wurde und der natürlich jetzt auch im Zusammenhang mit der Gaspreiserhöhung zu sehen ist.

Daher erlauben wir uns den Abänderungsantrag der GRe. Hahn und Dkfm. Ammann einzubringen, daß die Gebrauchsgebühren der Wiener Stadtwerke-Gaswerke in der Höhe von 62,385.000 Schilling, die in der Post 301.2 b als Einnahmen aufscheinen, den Gaswerken erlassen werden, um die Situation des Wiener Gasrohrnetzes für die Wiener endlich entscheidend verbessern zu können. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! 1979 versuchen Sie durch künstliche Schönfärberei noch eine halbwegs heile Welt vorzuzaubern. Voriges Jahr um diese Zeit habe ich noch von sieben Schleiern gesprochen, jetzt ist alles entschleiern.

Sie werden noch daraufkommen, daß die ÖVP immer eine verantwortungsvolle Politik auf Bundes- und Landesebene gemacht hat. Und wenn Ihr Slogan 1971 lautete „Laßt Kreisky und sein Team arbeiten“, so lautet der ÖVP-Slogan 1979: „Laßt Kreisky gehen, das Team ist sowieso schon zerbrochen.“ (Beifall bei der ÖVP.)

Auch das Rathaus-Team der SPÖ hat schon starke Sprünge, und es ist ja bis Ende Februar vom Herrn Bürgermeister selbst in Frage gestellt. Die großen Spannungen und Differenzen innerhalb der SPÖ-Fraktion sind für uns keine Freude und

nöch weniger Trost. Wir erwarten als konstruktive Opposition, die Sie so oder so zur Lösung der kommunalen Probleme brauchen, von Ihnen keine weiteren Denkpausen, sondern eine zielführende Arbeit für alle Wienerinnen und Wiener. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Braun zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Braun: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Die Bedeutung des Budgets erstreckt sich auf zwei ganz große Schwerpunkte, nämlich auf die Bewältigung der notwendigen Aufgaben in der momentanen Situation, gleichzeitig aber auch auf die Gestaltung der Zukunft.

Die Budgetdiskussion hat immer die Möglichkeit geboten und wird sie sicherlich auch in Zukunft bieten, die Argumente für die Wirtschafts- und Budgetpolitik der verschiedenen politischen Parteien zu messen und gleichzeitig Aussagen darüber zu treffen.

Wir hatten gehofft, daß die ÖVP nach der Gemeinderatswahl endlich zu einer sachlichen Diskussion kommen wird. Tatsache ist aber zweifellos, daß die angekündigte permanente Wahlkampfführung der ÖVP — wie sich das bereits am Wahltag in den Abendstunden abgezeichnet hat — nunmehr fortgesetzt wird.

Das, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, bedeutet leider weiter Verunsicherung, Halbwahrheiten, Unterstellungen und Darstellungen wider besseres Wissen.

Warum sind wir Sozialisten gegen diese Politik so allergisch? Manche haben vergessen, daß wir erst vor wenigen Wochen zum 60. mal der Gründung der Ersten Republik gedacht haben, sie haben vergessen, daß es in der Ersten Republik zuwenig gemeinsame Vergangenheit der politischen Parteien, zuwenig Willen zur Bewältigung der Probleme gegeben hat und daß die Erste Republik an dieser Situation letztlich zerbrochen ist.

In der Zweiten Republik gab es einen gemeinsamen Aufbauwillen, gab es den Kampf gegen die Fesseln der Besetzung und gab es jene Politik, die in den ersten Jahrzehnten auch entsprechende Voraussetzungen geschaffen hat, damit sich Österreich so entwickeln konnte, wie wir es heute alle feststellen können.

Dann kam die Alleinregierung der ÖVP von 1966 bis 1970 und seit dem Jahre 1970 eine sozialistische Regierung. Ich glaube, man vergißt manchmal, daß sich auch die Demokratie in der Auseinandersetzung gewisse Grenzen setzen muß weil gewisse Aussagen letztlich dazu beitragen können, daß sich unter Umständen Feinde der Demokratie breitmachen können. (Ruf bei der ÖVP: Lesen Sie Ihre Extraausgabe!)

Das bedeutet aber in keiner Weise einen Maulkorb. Im Gegenteil: Eine echte und scharfe Kritik und eine wirkungsvolle politische Diskussion ist auch von uns erwünscht, das ist ganz klar. (GR.)



Hahn: Behandeln Sie die Anträge, die wir einbringen! Wichtig ist jedoch, wie weit diese Diskussion die Glaubwürdigkeit aufrechterhalten kann und wie weit die Argumente überprüfbar sind. Ich glaube, es wird sehr oft vergessen — das möchte ich bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen —, daß alle Menschen, die heute jünger als 40 Jahre sind, und das sind nun bald 50 Prozent der Bevölkerung, praktisch nur die Demokratie kennengelernt haben. Vielleicht ist das auch der Grund, weshalb sich so manche Scharfmacher breitmachen können.

Immer wieder wird unterstellt, und zwar jetzt, weil es eine sozialistische Alleinregierung gibt, diese Form der Demokratie sei zu teuer, zu langsam, sie verschwendet. Und es werden uns solche ÖVP-Parolen bekannt wie Staatsverdrossenheit, Steuerverdrossenheit, Parteienverdrossenheit der jungen Menschen, wie das Herr Dr. Kohlmaier am 28. November im Pressedienst der ÖVP zum Ausdruck brachte und als Tiefstand das Ansehen der Politiker bezeichnete.

Das ist nicht zu verwundern, wenn man weiß, was sich in den letzten Wochen und Monaten zugegetragen hat und mit welchem Trommelfeuer schon seit Jahren nicht nur die sachlichen Auseinandersetzungen, sondern auch die Grundfesten der Demokratie in Frage gestellt werden.

Wir müssen daher aus den Fehlern der Ersten Republik lernen und alles daransetzen, damit nicht unter Umständen, bloß weil man die negativen Auswirkungen nicht kennt, weil eben schon 50 Prozent der Bevölkerung nicht mehr wissen, was es heißt, in Unfreiheit zu leben, sich Kräfte bemerkbar machen können, die die Demokratie einschränken könnten.

Überall dort, wo es um die Ausweitung der Demokratie geht, wo es um die sachliche Diskussion geht, werden Sie nicht nur im Rahmen dieses Hauses, sondern überall die Sozialisten als Partner finden. Überall dort allerdings, wo das dazu ausgenutzt werden sollte, um in Wirklichkeit auch gegen die Grundfesten der Demokratie vorzugehen, die unter Umständen dann in Frage gestellt werden sollen, werden Sie immer auf unsere Ablehnung stoßen, und dieser Tendenz werden wir mit Entschiedenheit entgegengetreten.

Ich möchte dazu auch ganz klar und deutlich sagen: Wenn sich durch eine solche Vorgangsweise nur eine Partei selbst abwerten würde, dann könnte das vielleicht den anderen Parteien egal sein. Da das aber auf Kosten des Ansehens der gesamten Demokratie geht, kann und darf uns das nicht gleichgültig sein.

Ich glaube, man muß ein paar Beispiele anführen, damit klar wird, warum ich hier überhaupt an die Vergangenheit erinnere: um letztlich für eine gemeinsame Zukunft auf demokratischer Ebene einzutreten. Denken Sie nur an die Fragen im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzsicherung, an die Demagogie rund um die angebliche Jugendarbeitslosigkeit, an die Inflationsentwicklung, wie sie von der „Südost-Tagespost“ der ÖVP hochgespielt wurde, denken Sie an die Diskussion, Herr

Präsident Ebert, in bezug auf die Pensionsgarantie. Erinnern Sie sich doch, wie demagogisch hier vorgegangen wird! Jeder von uns weiß doch heute, daß es nicht erst am 1. 1. 1979 mit der Erhöhung der Pensionen um 6,5 Prozent und der Mindestpensionen um 7 Prozent, sondern in Wirklichkeit schon seit dem Jahre 1970 eine Aufwärtsentwicklung bei den Pensionen gegeben hat wie vorher in keinem Jahr. (Beifall bei der SPÖ. — GR. Dkfm. Dr. Ebert: Durch die Inflation!) Herr Dr. Ebert, 6,5 Prozent Erhöhung mit 1. 1. 1979 bei einer Preisteigerungsrate von voraussichtlich 3,1 Prozent, vielleicht 3,3 Prozent im Jahr 1978! (GR. Hahn: Die Dynamisierung war das Werk der Frau Minister Rehor!)

Wenn Sie das alles auf Grund Ihres Einflusses, den Sie ja sicherlich auch nicht überschätzen werden, als das Produkt Ihrer Politik betrachten, dann kann man daraus deutlich erkennen, daß das eine Politik ist, die unglaublich ist, die auch nicht verstanden werden kann und somit wirklich nur zu einer Verunsicherung führen soll.

Oder denken wir an die Steueranpassung, die von Seiten der ÖVP als Trinkgeld bezeichnet wird. Darf ich in Erinnerung rufen, daß wir heuer, und zwar auf Grund der wirtschaftlichen Situation, nicht auf Grund der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen — man könnte hier mehr in die Waagschale werfen — im Jahresdurchschnitt wahrscheinlich zu Ergebnissen von 4, 4,5 im Höchstfall 5 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhungen kommen wird. Diese 117 bis 183 S sind bei einem Durchschnittseinkommen von 10.000 bis 12.000 S mehr als 1 Prozent, in vielen Fällen fast 1,6 Prozent des Gehalts. Die Arbeitnehmer in Österreich werden sehr wohl zur Kenntnis nehmen, welcher Vorteil es ist, zu der geringen Erhöhung der Löhne und Gehälter nun auch zusätzlich noch 1 Prozent über die Steuer zu erhalten. Das als Trinkgeld zu bezeichnen, ist eine derartige Außerachtlassung der derzeitigen Situation auf wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Gebiet, daß wir dieser Politik nur ein entschiedenes Nein entgegensetzen können. (Beifall bei der SPÖ!)

Wenn ich vorhin von Verunsicherung gesprochen habe, dann möchte ich das in Zusammenhang mit jüngsten Äußerungen eines Ihrer Vertreter, nämlich des Herrn Vizebürgermeisters Dr. Busek, vom 8. 11. 1978 bringen. Er sagte unter anderem in einem Vortrag vor der Schweizer Handelskammer in Wien — das ist interessant, weil er dort über die österreichischen und Wiener Verhältnisse spricht —: „Wir haben zwar heute gut ausgebaute Gesetze zum Schutz der Konsumenten, aber der Schutz des Bürgers gegen Übervorteilung durch die öffentliche Hand ist viel zu wenig ausgeprägt.“

Was heißt denn das? Mit anderen Worten: Hier wird ganz bewußt der Eindruck erweckt, als ob der Staat, als ob die gesetzgebenden Körperschaften, also auch wir selbst, den Staatsbürger über-vorteilen würden. Das heißt, bewußt eine Politik zuungunsten des Staatsbürgers zu machen, und ich brauche wohl nicht weiter auszuführen, wohin dieser Weg führt.

Weiter spricht Herr Dr. Busek von der Staatsverdrossenheit, von der Auseinandersetzung mit der Demokratie, und er spricht auch von einer Steuerverweigerung, die es zurzeit gibt, weil die Steuern angestiegen sind.

Wenn Herr Dr. Busek von einer Steuerverweigerung im allgemeinen spricht, so wäre dabei zu bedenken, daß es schon immer zumindest den Versuch gegeben hat, Steuern zu verweigern, zu verschleiern usw. Aber tatsächlich wird das in einer Form dargestellt, die sehr nahe an den Rand eines einladenden Aufrufes geht. Das zeigt sehr deutlich, daß man als verantwortlicher Politiker mit dieser Darstellung nicht einverstanden sein kann.

Er spricht davon, daß nur 6 Prozent der Österreicher „Gewinner“ bei diesem Geschäft zwischen Staat und Bürger sind. Man muß sich diese Terminologie ein bißchen auf der Zunge zergehen lassen: „Nur 6 Prozent der Österreicher sehen sich als Gewinner bei diesem Geschäft zwischen Staat und Bürger, wobei ein ungeheurer sozialer Optimismus bei diesen 6 Prozent vorhanden ist.“ — Also die Realisten sind praktisch alle anderen. Diejenigen, die an diesen Staat glauben, das sind die ungeheuren sozialen Optimisten, und die werden in Wirklichkeit ein bißchen abqualifiziert.

Es wird weiter gesagt, daß sich die öffentliche Hand in einem Ausmaß entwickelt hat, daß man jetzt ganz einfach diese Macht einschränken muß, und dann wörtlich festgestellt: „Privatisierung bedeutet, die Hände wieder frei zu machen für eine sinnvolle Umverteilung.“ Diese Formulierung zeigt deutlich, wo Sie ideologisch stehen: daß Sie nämlich nicht nur gegen die Politik auftreten, die in Österreich und auch in Wien so viele Erfolge gebracht hat, sondern daß Sie auf einem ideologischen Grund stehen, der letztlich weit zurückreicht in die Vergangenheit. Aber auch einer solchen Haltung werden wir ein entschiedenes Nein entgegensetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn aber dann von einem Vizebürgermeister von Wien, von Herrn Dr. Busek, vor der Schweizer Handelskammer noch erklärt wird: „Auf jeden Schilling, der heute einem Bedürftigen zugutekommt, entfallen zwei Schilling für öffentliche Verschwendung und zwei Schilling für die Förderung von eigentlich nicht Bedürftigen“, dann ist das ein echter Skandal für einen Wiener Vizebürgermeister. (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)

Es zeigt sich aber auch sehr deutlich in der Diskussion in den Ausführungen des Herrn GR. Hahn, daß man die Fragen der Beschäftigungspolitik noch immer nicht ernst genug nimmt. Bedenken wir doch nur, daß in der EG, durch neueste Zahlen bestätigt, wieder die 6-Millionen-Grenze bei den Arbeitslosen überschritten wurde. In der Bundesrepublik Deutschland wird wieder die Millionen-Grenze erreicht, in der Schweiz sind es seit dem Jahr 1974 um rund 300.000 Arbeitsplätze weniger. Es wird also so dargestellt, als ob es in der Schweiz keine Arbeitslosigkeit gäbe, obwohl dort um 300.000 Arbeitsplätze weniger sind, während wir in Österreich um 400.000 Arbeitsplätze seit dem Jahre 1970 mehr haben.

Ich schreibe das absolut nicht nur auf die Fahnen eines Teiles unserer Bevölkerung, aber ich muß doch gleichzeitig sagen, daß die Voraussetzungen dafür sowohl bevölkerungsmäßig als auch was die Qualifikation der Arbeitnehmer betrifft, schon immer vorhanden waren. Es muß also schon auch an der Gesamtpolitik gelegen gewesen sein, daß man in den vergangenen Jahrzehnten und vorher nicht ähnliche Erfolge für die österreichische Bevölkerung erreichen konnte. (GR. DKfm. Dr. Ebert: Das nimmt Ihnen niemand ab!) Ich komme noch darauf zurück, Herr Dr. Ebert, in welchem Verhältnis die Privatwirtschaft in Österreich im Vergleich zu der Zeit gefördert wird, als es eine ÖVP-Alleinregierung gab. Ich glaube, man kann das ohneweiters auch in diese Richtung hin vergleichen.

Die Industrieproduktion in Österreich ist seit dem Jahre 1970 um 31 Prozent gestiegen, während sie in den OECD-Ländern nur um 19 Prozent gestiegen ist, in der Bundesrepublik Deutschland sogar nur um 15 Prozent. Aber auch die Investitionen, Herr Dr. Ebert, sind in Österreich seit dem Jahre 1970 um 40 Prozent gestiegen, während sie in den EG-Ländern insgesamt im Durchschnitt um 6 Prozent gestiegen sind. In der Bundesrepublik, Herr Dr. Ebert, ist der Rückgang um 21 Prozent seit dem Jahre 1970 zu verzeichnen. (GR. DKfm. Dr. Ebert: Wer hat die Investitionen gemacht?) In einem sehr hohen Ausmaß, wie Sie sehr genau wissen, sind sie auf die Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand zurückzuführen, und weiter sind es zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur. Ja, wo wären wir denn in der Lage, auch nur annähernd so viele Produkte absetzen zu können? Mit dem Export allein könnten wir das nicht. Hier wirken sich die Infrastruktureinrichtungen aus, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten wesentlich verbessert haben.

Wenn nun durch die spektakulären Entlassungen bei Eumig und die Drohung, in anderen privaten Firmen ebenfalls Kündigungen durchzuführen, der Eindruck erweckt werden soll, als ob auch das ein Ergebnis der sozialistischen Politik wäre, so gehört, glaube ich, dazu wirklich eine Unverfrorenheit sondergleichen. Meine Damen und Herren von der ÖVP! Es gibt Ereignisse, die man vielleicht nicht so in Erinnerung behält. Eumig hat im Februar 1978 780 Leute zusätzlich in den Betrieben, wo jetzt 940 Arbeitnehmer gekündigt werden, aufgenommen. (GR. DKfm. Dr. Ebert: Und was hat man in Ihren Zeitungen darüber geschrieben?) Man hat 780 Beschäftigte im Februar aufgenommen, und im selben Zeitpunkt, als Millionen und aber Millionen Schilling von der Firma Eumig für einen neuen Betrieb in Aichfeld-Murboden kassiert wurden, hat die Firma 940 Beschäftigte gekündigt. Und während Sie sich aufregen, meine Damen und Herren von der ÖVP, können wir sagen, daß in erster Linie Wien etwas mehr als 300 der von der Firma Eumig Gekündigten aufnehmen konnte. Das ist eben der Unterschied: Sie schreiben und wir handeln, wir schaffen die Möglichkeit, daß die Leute unterkommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch etwas zeigt sich dadurch sehr deutlich: daß man nämlich die soziale Marktwirtschaft nicht



als ganz so sozial bezeichnen kann, wie Sie das sehr gerne tun. Wenn wir aber darauf hinweisen, daß die soziale Marktwirtschaft leider nicht so sozial ist, dann schreit man bei der ÖVP, daß das unter Umständen eine Einschränkung der freien Wirtschaft bedeuten würde.

Während nun die ÖVP die Schuld an den Entlassungen der Bundesregierung zuschiebt, sind Bemühungen im Gange, ein Frühwarnsystem einzuführen, zu dem wir uns auch als Wiener klar bekennen. Weiter hat die Kammer für Arbeiter und Angestellte ein Publizitätsgesetz für Firmen ab einer gewissen Größenordnung gefordert, aufgrund dessen diese Firmen rechtzeitig ihre wirtschaftliche Situation publizieren müssen.

Hier sieht man sehr deutlich — auch bei Ihrem Hinweis auf die Insolvenzen —, wie von Ihnen mit zweierlei Maß gemessen wird. Herr GR. Hahn spricht besonders von Firmen, die in Wien in Konkurs gegangen sind. Sie wissen aber sicherlich ganz genau, daß viele Baufirmen aus Salzburg, Oberösterreich oder Niederösterreich auch einen Sitz in Wien haben. Diese Firmen sind an den Insolvenzen mitbeteiligt. Sie sollten es also nicht so darstellen, als ob es sich um lauter Wiener Firmen handelte. Während Sie auf diese Art und Weise Politik betreiben, versuchen Sie ein wenig, damit auch das Ansehen der Wiener Firmen herabzusetzen. In Wirklichkeit gibt es große Leistungen, ausgesprochene Pionierleistungen von Wiener Firmen. Ich denke zum Beispiel an die Firmen Schrack bzw. Sap, die den Arlbergtunnel mit technischen Sicherheitseinrichtungen ausgestattet haben, die weltweit bisher noch nicht üblich waren. Diese Leistungen wurden bei einer internationalen Konferenz der Ingenieure vorgestellt. Dabei mußten auch Vertreter Amerikas und Deutschlands zugeben, daß sie es bisher nicht gewagt hätten, solche Einrichtungen zu verwerten. Sie stünden aber auf dem Standpunkt, daß das die zukünftige Entwicklung sei.

Von Ihrer Seite hört man kein Wort des Lobes über Wiener Firmen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Es ist für Wiener Firmen auch sehr schwierig — das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen — sich außerhalb Wiens zu behaupten. Das ist gewiß nicht auf den Einfluß der Sozialisten zurückzuführen, sondern das ist leider der Einfluß einer unseligen Einstellung gegenüber Wien, der auch die Wiener ÖVP nichts oder kaum etwas entgegenhält. Das muß einmal gesagt werden. Selbst wenn man versucht, in der Propaganda sich selbst besser darzustellen, als man ist, kann Propaganda doch auch etwas anders gemacht werden. (GR. Hahn: In Wirtschaftsfragen haben die Wähler immer mehr der ÖVP vertraut!) Nein, nicht mehr. Herr GR. Hahn, Sie dürfen natürlich nicht die Umfragen des Imas-Institutes heranziehen, die bestellten Umfragen der ÖVP. Sie müssen objektive Umfrageergebnisse verwenden, dann werden Sie schon draufkommen, daß in den letzten Jahren auf diesem Gebiet ein großer Wandel eingetreten ist.

Ich kann aber mit noch etwas aufwarten. Herr Stadtrat Neusser hat bei der letzten Budgetdebatte gesagt: „Eine Teuerungswelle“ — nämlich das

2. Abgabenänderungsgesetz — „kommt auf uns zu. Mit 1. 1. 1978 tritt bereits die erste Maßnahme in Kraft, von Ihrer Regierung vom Zaun gebrochen, eine Wirtschaftspolitik, die völlig ins Leere geht, die völlig verfehlt ist. Das sind Maßnahmen, die Sie setzen, womit Sie nein gegen Österreich sagen.“ Und daraufhin gab es Beifall bei der ÖVP.

In der Zwischenzeit hat der Präsident der Nationalbank — seinerzeit war er Klubobmann der ÖVP, Prof. Dr. Koren, sehr deutlich gesagt, daß er das Ergebnis des 2. Abgabenänderungsgesetzes vollinhaltlich begrüßt. Der Abbau des Handelsbilanzdefizits ist zweifellos ganz entscheidend durch das 2. Abgabenänderungsgesetz erfolgt. Die Änderung des Leistungsbilanzdefizits, nämlich eine Senkung um zwei Drittel, ist gewiß ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann. (Zwischenruf des GR. Dkfm. Dr. Ebert.) Herr Dr. Ebert, nach vielen Jahren wird es wieder möglich sein, aufgrund des gesunkenen Handelsbilanzdefizits durch den Fremdenverkehr 51 Prozent dieses Defizits zu decken.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Das zeigt deutlich, daß nicht nur Sie hier, sondern auch Ihre Kollegen im Parlament immer wieder Prognosen stellen, die letztlich zum Glück der Wiener nicht durch Zufall, sondern dank der Wirtschaftspolitik der Sozialisten nicht eintreten.

Ich denke zum Beispiel auch an die Erklärung Ihres Bundesparteib Mannes Josef Taus, der am 17. 9. 1977 gesagt hat, das restriktive Konzept wird sich auf die Arbeitsplätze auswirken. Wir haben zum selben Zeitpunkt 1978 um 30.000 Arbeitsplätze mehr als im Jahre 1977. Nachdem wir, anders als die Schweiz, unsere Gastarbeiter zwar nicht abgebaut, aber doch auch nicht aufgestockt haben, heißt das, daß wir mehr Österreicher beschäftigt haben, mehr, als überhaupt angenommen werden konnte.

Ich denke weiter daran, daß der Herr Parteib Mann Taus am 6. 10. 1977 gesagt hat: „Wir werden diese Politik lange Jahre hindurch zu büßen haben. Sie wird uns möglicherweise eine Beschleunigung der Inflation bringen. So werden wir auf die Dauer Arbeitsplätze in diesem Land nicht sichern können.“ Das Gegenteil ist eingetreten: Die Inflationsrate ist wesentlich gesunken, die Vollbeschäftigung konnte erhalten werden, und die Arbeitslosenrate im Jahre 1978 liegt bei 2,1 Prozent und in Wien sogar unter 2 Prozent.

Meine Damen und Herren! Die Tatsachen sprechen gegen Ihre Propaganda. Ihre Propaganda ist das, als was wir sie immer bezeichnet haben, nämlich eine reine Verunsicherungspolitik.

So hat die „Südost-Tagespost“ am 15. 10. 1977 angekündigt, alle Bankkonten, die über höhere Einlagen als 50.000 S verfügen, sollen offengelegt und zur Steuerkasse gerufen werden. Für diese Meldung ist die „Südost-Tagespost“ in der Zwischenzeit auch verurteilt worden. Weiter hat noch im Dezember 1977 Parteib Mann Taus die internationale Konkurrenzfähigkeit österreichischer Betriebe als ständig sinkend bezeichnet, während wir in der Zwischenzeit im Jahre 1978 einen Exportboom von

7,5 Prozent haben (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Aber um welchen Preis!) und damit unseren Marktanteil erhöhen konnten. (Zwischenruf des GR. Dkfm. Dr. Ebert.) Zum Teil, aber auch durch Exportförderung, Herr Dr. Ebert. Das wissen Sie genausogut wie ich. Ich habe die gleichen Zahlen zur Verfügung, Sie können mir überhaupt nichts vormachen. Jeder kann sehen, wie Sie versuchen, unsere Politik ständig durch Verunglimpfungen anders darzustellen, als sie sich tatsächlich darbietet.

Zum Budget selbst kann gesagt werden, daß es der Wirtschaftssituation Rechnung trägt und gleichzeitig versucht, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, auch wenn der Rückgang bei den Investitionen gegenüber dem Jahre 1978 deutlich erkennbar ist. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß wir auch ein wenig Hoffnung darein setzen, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1979, auch weltweit gesehen, etwas günstiger gestalten wird.

Die Steigerungsraten bei den Ausgaben von 12,7 Prozent und bei den Einnahmen von 11,5 Prozent im Jahre 1978 und, übertragen auf 1979, von 4,6 Prozent bzw. 6,5 Prozent zeigen sehr deutlich, daß wir uns bemühen, noch mehr Festigkeit in unseren Wiener Haushalt zu bringen. Ich bin der Meinung, daß diese Politik völlig richtig ist.

Beim Sachaufwand ist eine Steigerung von 12,5 Milliarden auf 13,8 Milliarden erkennbar. Wenn Herr GR. Hahn von der Verschuldung spricht, dann muß ich auch ein paar Worte zu der Verschuldung anderer Gemeinden sagen.

Dazu kann man sehr deutlich eine Aussage des Herrn Dr. Hirnschall zitieren, die er im vergangenen Jahr bei der Budgetdebatte gemacht und heute eingangs mit anderen Worten wiederholt hat. Er hat damals gesagt: „Nach diesem Budgetentwurf und noch mehr nach der fünfjährigen Finanzvorschau muß man kein Insider und kein Finanzwissenschaftler sein, um diese Finanzpolitik als ausweglos zu bezeichnen. Der Trend, in den die Stadt seit mehreren Jahren geraten ist, muß früher oder später in römische oder, wenn Sie wollen, in New Yorker Zustände münden. Es ist der gerade Weg in den Stadtbankrott.“

Herr Dr. Hirnschall, Sie wissen ganz genau, wenn wir uns jetzt Graz ein bißchen anschauen, daß Ihre Voraussagen in einer anderen Richtung eingetroffen sind. In Graz haben wir wirklich diesen Stadtbankrott. Dort ist es nicht einmal mehr möglich, daß in der Nacht der Schnee geräumt wird, weil man nicht das Geld für Überstunden hat, und auch die Müllabfuhr funktioniert nicht mehr richtig. (GR. Dr. Hirnschall: Das ist das Ergebnis von 30 Jahren Wirtschaft des sozialistischen Finanzreferenten!) Nein, das ist nicht der Finanzreferent, das ist die Verwaltung unter Bürgermeister Götz, das wissen Sie ganz gut, und die Mehrheit, die dort mit FPÖ und ÖVP gegen die Sozialisten vorgeht.

Unter dem Titel „Pleitegeier über Graz“ hat die „Kleine Zeitung Graz“, die uns wirklich nicht nahesteht, sehr deutlich darauf hingewiesen, daß Graz praktisch vor dem Stadtbankrott ist.

Herr Landeshauptmann Dr. Niederl hat nun, wie Sie sicher auch im „Kurier“ gelesen haben, angekündigt, daß er die Finanzen der Stadt prüfen lassen wird. Das hat es in Österreich bisher erst in einer einzigen Gemeinde gegeben, wie Sie wahrscheinlich auch wissen; die nächste Gemeinde ist Graz.

Damit, meine Damen und Herren, ist für mich in Wirklichkeit nicht nur der Bankrott einer Politik des Herrn Dr. Götz gekennzeichnet, sondern auch das Debakel einer FPÖ-ÖVP-Kommunal- und Finanzpolitik. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie aber bisher vielleicht zu wenig Information bekommen haben, kann ich Ihnen als Lektüre die Broschüre „Das Steueraufkommen der Gemeinden im Jahre 1976“ empfehlen. Dort sehen Sie sehr deutlich, wie sich die Dinge in Wirklichkeit entwickeln und daß Wien im Verhältnis zu allen anderen Städten — und das bitte unter ganz anderen Vorzeichen, weil wir ganz andere Leistungen zu erbringen haben als kleinere Städte — seit vielen Jahren und sicherlich auch in Zukunft weitaus besser in seiner Entwicklung ist. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Was ist mit Gastein? Das hat bestimmt keinen ÖVP-Bürgermeister!) Damals war es ein ÖVP-Bürgermeister, wie das Debakel entstanden ist. Herr Dr. Ebert, Sie können sich nur nicht mehr erinnern, es ist Ihnen halt unangenehm. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Nein, nein, das weiß ich besser!) Der, der es jetzt auszubaden gehabt hat, war allerdings nicht mehr ein ÖVP-Bürgermeister, da gebe ich Ihnen recht. Wir wissen aber noch aus dem Jahre 1970, was für ein Erbe wir auf Bundesebene von Ihnen überlassen bekommen haben.

Ich möchte Herrn Dr. Hirnschall auch darauf verweisen, daß er hier bei seinen Forderungen auch in bezug auf den Wohnbau nicht vorgehen kann, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, was auf der Gesamtebene, auch unterstützt von Herrn Dr. Hirnschall, vertreten wird. Da hat man von seiten der FPÖ sogar ein Notopfer von Wien gegenüber allen anderen Gemeinden und gegenüber den anderen Bundesländern verlangt, und dann hat die FPÖ gefordert, daß eine Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels erfolgen soll, damit auch alle Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern den Schlüssel der Gemeinden mit mehr Einwohnern erhalten. (GR. Dr. Hirnschall: Das hat der gesamte Gemeindebund mit den sozialistischen Stimmen auch gefordert!)

Herr Dr. Hirnschall, Sie wissen, daß das nur zulasten der großen Gemeinden gegangen wäre und somit auch zulasten von Wien. Das ist Ihre Politik nach außen, aber hier herinnen versuchen Sie natürlich eine andere Politik zu betreiben. (Beifall bei der SPÖ. — GR. Hahn: Kennen Sie den Matzner nicht, Herr GR. Braun?) Ich kenne den Matzner sehr gut, wahrscheinlich besser als Sie! (GR. Hahn: Persönlich! Aber was er geschrieben hat, wissen Sie nicht!)

Ich möchte noch dazu sagen, Herr GR. Dr. Hirnschall, daß Sie heute einmal mehr bewiesen haben, daß Ihr plakatiertes Wahlspruch tatsächlich stim-



men würde, daß nämlich mehr Blau mehr Grün in diese Stadt bringen würde. Das muß man aber politisch sehen. Was das bedeuten würde, kann sich jeder vorstellen, und wir werden das bestimmt zu verhindern wissen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es kommt aber noch etwas hinzu, Herr Dr. Hirnschall. Wenn Ihnen das noch nicht genug ist, darf ich Ihnen in bezug auf Graz noch etwas sagen. 1,8 Milliarden macht das Budget von Graz aus, 950 Millionen sind davon für den Personalaufwand, das sind über 50 Prozent des Budgets von Graz; in Wien sind es 26,9 Prozent. (GR. Dr. Hirnschall: Das Personalbudget hat der Götz von euch geerbt!) Nein, dazu ist er schon zu lange dort, als daß Sie das jetzt als Retourkutsche verwenden könnten. Er ist jetzt schon eine zeitlang Bürgermeister. Hat sich das überhaupt noch nicht bemerkbar gemacht? Bitte, das ist auch eine Einschätzung der Politik eines Vertreters Ihrer Partei. (Beifall bei der SPÖ.)

Vor kurzer Zeit wurde auch noch veröffentlicht, daß sich zwischen 1970 und 1976 der Schuldenberg der Gemeinden ohne Wien von 15,5 auf 36,5 Milliarden Schilling erhöht hat, das sind 133 Prozent. Quelle: Kommunalpolitische Vereinigung der ÖVP. Warum, Herr GR. Hahn, haben Sie das bei der Beurteilung des Wiener Budgets nicht als Grundlage genommen? Da würde Wien nämlich ein bißchen anders ausschauen, nicht so schwarz-weiß gefärbt, wie Sie das dargestellt haben.

Ich komme zum Abschluß: Wenn in einem Land inmitten der schwersten Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren die Vollbeschäftigung erhalten, die Inflationsrate ständig gesenkt werden konnte, das Realeinkommen innerhalb von 10 Jahren um 50 Prozent gesteigert werden konnte, der Export ständig erhöht wird und damit auch der Anteil Österreichs am internationalen Markt, dann kann man mit Recht von einer erfolgreichen Politik sprechen.

Wien ist ein sehr wichtiger Pfeiler dieser Politik, die letztlich als österreichischer Weg zur Krisenbewältigung bezeichnet werden kann, der in der Zwischenzeit auch international bereits große Anerkennung gefunden hat. Die Stadt Wien war nicht nur bemüht, sondern sie hat auch tatsächlich einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der gesamtösterreichischen Probleme geleistet.

Das Budget muß auch im Hinblick auf die langfristigen Überlegungen am Beginn einer neuen fünfjährigen Funktionsperiode beurteilt werden, als deren Zielsetzungen sichere Arbeitsplätze und eine leistungsfähige Wirtschaft, eine starke Demokratie, Schutz vor Gewalt, individuelles Wohnen und gesunde Umwelt, aber auch menschengerechter Verkehr, kinderfreundliche Großstadt und Vorsorge für die Jugend, aber auch Möglichkeiten für alle aktiven Senioren sowie Kultur, Bildung, Sport und lebendige Freizeitgestaltung im Dienst der Bürger angesehen werden müssen. Für den Ausbau aller dieser Einrichtungen und für die Stärkung der Demokratie im Sinne dieses Programms der Wiener, das wir Sozialisten als Grundlage für unsere kommende Politik verwenden werden, kann ich für die sozialistische Fraktion sagen, daß wir dem Budget

1979 gerne die Zustimmung geben werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dkfm. Dr. Wöber zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Dr. Wöber: Frau Vorsitzende! Herr amtsführender Stadtrat als Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, Herr GR. Braun, hat seine Ausführungen mit einem Appell an demokratische Spielregeln begonnen, und er hat gemeint, daß die Jugend nicht soviel Kritik an der Demokratie üben sollte. Einer dieser Kritikpunkte wäre — hier bin ich mit dem, was er sagte, einverstanden —, daß es in der Demokratie in vielem zu langsam gehe, man rufe dann nach dem starken Mann.

Ich hoffe nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß diese Mahnungen des Kollegen Braun auch an die eigenen Reihen gerichtet waren, denn ich habe vor einigen Tagen ein Interview mit Herrn Dr. Kreisky gehört, in dem er gesagt hat, er mußte sich eine Generalvollmacht im SPÖ-Parteivorstand ausstellen lassen, weil es in einer großen Partei wie der SPÖ eben vielfach zu langsam geht. Mit einer kleinen habe er noch keine Erfahrung, hat er noch hinzugefügt. Das, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Braun, gilt also auch für Ihre eigenen Reihen. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie haben weiter davon gesprochen, daß Herr Vizebürgermeister Busek bei einem Vortrag vor der Schweizer Handelskammer die Verschwendung im öffentlichen Bereich kritisiert hätte. Sie haben — das war Ihr Ausdruck — diese Kritik als Skandal bezeichnet.

Herr GR. Braun! Sie haben später in Ihren Ausführungen gesagt, Sie würden Matzner besser kennen. Dann lesen Sie bitte nach in seinem Buch „Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise — Österreichs Sozialisten suchen einen Ausweg“. (GR. Braun: Ist der Vizebürgermeister von Wien?) Das ist ein Genosse, er war Gemeinderatskandidat, ist Professor für Finanzwissenschaft, hat, bitte, das SPÖ-Parteiprogramm redigiert. Also ich nehme schon an, daß das ein Sozialist ist, der nicht ganz zu übersehen ist, wenn er zuständig war für die Redaktion des Programms. Außer Sie nehmen Ihr Programm nicht ernst, Herr GR. Braun! (Beifall bei der ÖVP. — GR. Braun: Nachdem Sie jetzt den Herrn Dr. Busek auf die Ebene der Kandidaten gestellt haben: Wir wissen ohnehin schon Ihre Einstellung zum Herrn Professor Matzner!) Herr Kollege Braun! Sie verwechseln einiges. Sie wollen hier Ihren Kollegen Matzner irgendwie hinunterspielen. Er hat etliches gesagt, was Ihnen unangenehm ist. Sie wollen ihn daher ein bißchen abwerten. (GR. Braun: Nein, im Gegenteil!) Aber vergessen Sie nicht, als sogenannte Sozialdemokraten, als Sozialistische Partei haben Sie immer gesagt, Sie sind Ihrem Programm so sehr verbunden und Sie nehmen das so ernst. Matzner war Programmkoordinator. Wenn Sie Matzner nicht ernst nehmen, nehmen Sie Ihr Programm nicht ernst! Dann weiß der Wähler, was er von Ihnen zu halten hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Matzner hat in seinem Buch im Kapitel über die öffentlichen Finanzen, über die Ausweitung der Finanzen und über die Problematik als einen Punkt die — wie er schreibt — öffentliche Vergeudung angeführt. Das ist genau das, was Dr. Busek angezogen hat. Aber es gibt in der SPÖ offenbar zwei Maßstäbe: Wenn es ein Genosse sagt, dann ist es in Ordnung. Wenn es jemand von der ÖVP sagt, dann ist es ein Skandal. Bitte, wenn schon Appell an die Zusammenarbeit, wenn schon Appell an Verantwortung, dann darf man nicht so gravierend mit zweierlei Maßstäben messen! (Beifall bei der ÖVP.)

Man kann sich auch, wenn man hier zugehört hat, des Eindrucks nicht erwehren, daß man offenbar immer den Splitter im Auge der ÖVP sucht, im eigenen SPÖ-Auge aber nichts entdeckt und dann einerseits von Zusammenarbeit spricht und andererseits den politischen Gegner gerne diffamiert.

Sie haben von einer ernsten Situation gesprochen. Sie haben damit zugegeben, daß wir vor großen und ernsten Problemen stehen. Wir sagen Ihnen das schon seit Jahren. Sie haben es damals nicht glauben wollen. Nun ist es auch Ihnen klar geworden.

Diese Krise, diese ernste Situation, von der Sie gesprochen haben, ist nun — meine Damen und Herren, übersehen Sie das bitte nicht — nach etlichen Jahren sozialistischer Regierung in Österreich. Aber was wären wohl Ihre Worte, gäbe es nach etlichen Jahren ÖVP-Regierung diese Krise? Sie würden nicht mehr sagen: im Ausland, nach dem OECD-Durchschnitt, wo Portugal, Spanien und andere Länder dabei sind, die noch nicht so entwickelt sind, Sie würden sehr wohl diese Regierung verantwortlich machen. Nur, wenn Ihre Genossen dort sitzen, wollen Sie das gerne übersehen. (GR. Braun: Bitte, wo ist denn eine Krise?) Wir haben eine ernste Situation vor uns. (GR. Braun: Aber doch keine Krise!), wir kämpfen um die Beschäftigung, wir kämpfen mit der abnehmenden Investitionslage. (GR. Braun: Aber Sie wollen uns ja kränkbeten!)

Herr GR. Braun, Sie selber haben gesagt, es ist eine ernste Situation. Viele Betriebe, angefangen bei der verstaatlichten Industrie, haben Beschäftigungsprobleme, haben Probleme, am Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Das ist bei Eisen und Stahl genauso wie in der Textilindustrie. Sie selber haben hier Firmen, die insolvent sind, angeführt, und jetzt sagen Sie: Wo ist eine Krise? Sie haben doch selber davon gesprochen. Bitte, verkennen Sie doch nicht die Situation! (Beifall bei der ÖVP. — GR. Braun: Eine ernste Situation, aber keine Krise!)

Es wurde die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erwähnt. Jawohl, hier gibt es Probleme, und diese Probleme liegen sowohl in der sozialistischen Steuer- und Belastungspolitik — ich darf auch hier wieder das 2. Abgabenänderungsgesetz erwähnen — als auch in der Wechselkurspolitik, die Herr Finanzminister Androsch betrieben hat.

Es war ja interessant, vor über einem Jahr zu hören, daß gerade diese Wechselkurspolitik einer der ersten Punkte war, der zu Differenzen zwischen Bundeskanzler Dr. Androsch — entschuldigen Sie: Bundeskanzler Dr. Kreisky; das war offenbar ein Freudscher Versprecher —, zwischen Bundeskanzler Dr. Kreisky und Finanzminister Dr. Androsch geführt haben. Hier waren ja schon die Differenzen innerhalb der SPÖ sichtbar.

Sie wundern sich, meine Damen und Herren, daß die Steuerergiebigkeit nicht Schritt hält mit Ihrer Belastungspolitik. Nun, das ist ja ganz klar: Wenn man die Steuerschraube immer weiter dreht, wenn die Abgaben und Steuern im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt einen immer höheren Prozentsatz ausmachen, dann wird eben vielfach der Tatbestand, der zur Besteuerung führt, vermieden. Bedenken Sie: In den Haushalten macht man sich vieles selber, bevor man einen Handwerker kommen läßt, weil auf einer Handwerkstunde oft schon zu viele Abgaben, zu viele Nebenkosten sind. Man läßt vielleicht den Nachbarn kommen, man kann auch Pfusch dazu sagen. Wenn eben zu viele Kosten auf einer Stunde sind, dann versucht man auszuweichen.

Oder — Dr. Ebert hat Ihnen das in einem Zwischenruf in Erinnerung gerufen —: Wenn im Inland eine Luxussteuer auf diversen Konsumartikeln liegt — und diese Luxussteuer fängt bereits bei Rollfilmen an, das gehört in Österreich schon zum Luxus! — dann wird man sich mit dem einen oder anderen Produkt, wenn man gerade im Ausland ist, dort eindecken. Der Steuertatbestand wird vermieden, das bringt die abnehmende Steuerergiebigkeit.

Wenn Sie Ihre Belastungspolitik weiter betreiben, dann wundern Sie sich nicht, daß nicht so viel, wie Sie glauben, dabei herauskommt. Das hat seine natürlichen Grenzen; man kann die Wirtschaft nicht über Gebühr belasten.

Herr Finanzminister Dr. Androsch hat sich eine Studie vom Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts bestellt. Diese Studie ist eine Untersuchung über die Lage der Finanzen in der Republik Österreich, und in dieser Studie bringt Professor Seidel ganz klar zum Ausdruck: Kurzfristig wird man versuchen, Beschäftigungsschwankungen über das Budget zu sanieren.

Wir haben diese Politik immer vertreten, sie wurde auch im heutigen Bericht des Herrn Finanzstadtrates angezogen. Aber langfristig, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind alle Budgetprobleme, die wir auf Bundesebene, die wir auf Landesebene haben, die die Gemeinden haben, und langfristig sind die Zahlungsbilanzprobleme, die wir immer noch allzu sehr haben, nur lösbar mit einer gesunden Wirtschaft mit konkurrenzfähigen Betrieben. Lassen Sie diese Betriebe leben und wirtschaften und ruinieren Sie sie bitte nicht durch Ihre sozialistische Belastungspolitik! (Beifall bei der ÖVP.)

Das heute vorliegende Budget, der vorliegende Investitionsplan, der Bericht des Herrn Stadtrates und auch das Referat meines Vorredners zeigen



ganz deutlich: Wir befinden uns auch in der Wiener Finanz- und Investitionspolitik, in der Wiener Wirtschaftspolitik in einem neuen Abschnitt.

Als Finanzstadtrat Mayr sein Amt vor Jahren angetreten hat, hat mein Kollege Hoffmann seine Situation treffend mit den Worten charakterisiert: „Heinrich mit der leeren Tasche“. Die Zeit ist aber weitergegangen. Zu den damaligen Problemen sind neue hinzugekommen, Lösungen zeichnen sich nicht ab. Wir fürchten, daß nun von Finanzstadtrat Mayr der Ausweg in schrecklichen Gebührenerhöhungen und in schrecklichen Investitionskürzungen gesucht werden wird. Er wandelt sich vom „Heinrich mit der leeren Tasche“ zu einem „Iwan dem schrecklichen Gebührenerhöher“, zu einem „Iwan dem schrecklichen Investitionskürzer“.

Daß eine solche neue Ära anbricht, ist auch erkennbar in dem Stadtentwicklungsplan, im Teilheft für Wirtschaft und Finanzen, weil auch dort — gleich als Einleitung — zu lesen steht, daß nun eine Periode des Gürtelengerschnallens beginnen muß, weil sich eben die Verhältnisse in den letzten Jahren grundlegend geändert haben. Aber das waren eben die Jahre, meine Damen und Herren, die geprägt waren durch die sozialistische Regierung.

Als Stadtrat Mayr sein Amt 1973 antrat, übernahm er ein Erbe. Dieses Erbe war durch die Politik seiner Vorgänger gekennzeichnet, im wesentlichen durch den langjährigen Finanzstadtrat und späteren Bürgermeister mit nur kurzer Amtsperiode Felix Slavik. Stadtrat Mayr muß das zu Ende bringen, was vor ihm beschlossen, was vor ihm begonnen worden ist.

Bürgermeister a. D. Felix Slavik hat uns ein Buch hinterlassen. Dieses Buch hat den Titel: „Wien, am Beispiel einer Stadt“. Er versucht, die verschiedenen Entwicklungsperioden der Stadt Wien nach 1945 zu charakterisieren. Das Kapitel für die Periode ab 1964 hat die Überschrift „Startzeichen für Großprojekte“, das Kapitel für die Periode ab 1969 hat die Überschrift „Ein Mammutprogramm“.

Und genau das ist es, was uns heute noch zu schaffen macht, meine Damen und Herren. Es wurde von den Sozialisten des Rathauses ein Mammutprogramm begonnen, aber ohne genügende Vorbereitung, ohne genügende Finanzplanung, ohne genügende Kostenrechnung.

In diesem Mammutprogramm findet sich in einem die UNO-City mit ihren gigantischen Kostenüberschreitungen, es findet sich dort die Wiener Internationale Gartenschau mit ihren gigantischen Kostenüberschreitungen, der Neubau des AKH mit noch nicht absehbaren endgültigen Baukosten und mit noch nicht absehbaren Betriebskosten, es findet sich das Projekt Donauinsel an Stelle eines günstigeren Projekts, es findet sich die U-Bahn, die nur allzu langsam gebaut werden kann, weil zu viel gleichzeitig begonnen wurde.

Die Eröffnungsbilanz, die Stadtrat Mayr 1973 vorgelegt hat, lautete schlicht: Kein Platz für Neuinvestitionen. Er war damit von Haus aus belastet mit der Rolle des — wie wir gesagt haben — „Heinrich mit der leeren Tasche“.

Professor Matzner charakterisierte die Phase Mayr in seinem Buch und in seinem Vortrag im Museum des 20. Jahrhunderts, der auch in der „Zukunft“ nachzulesen ist, mit den Worten, daß die Phase Mayr in der Wiener Stadtentwicklung eine Phase der Stagnation ist. Aber es ist nicht nur die Phase Mayr eine Phase der Stagnation, es bedeutet natürlich auch die Ära des Bürgermeisters Gratz in der Wiener Kommunalpolitik eine Stagnation.

Die Phase der Stagnation der sozialistischen Kommunalpolitik wird uns noch deutlicher nach dem Wahlergebnis im vergangenen Herbst, wo ersichtlich war, daß viele Wiener mit der Politik der SPÖ nicht mehr einverstanden sind. Es sollen 100.000 Mitglieder der SPÖ ihre Partei am Wahltag nicht unterstützt haben, nicht zur Urne gegangen sein. Das Fazit daraus ist wohl ein Plakat „Wir nehmen Kritik ernst“. Aber der Mut zu programmatischer und personeller Erneuerung fehlt Ihnen, meine Damen und Herren.

Stadtrat Mayr ist nicht nur in seiner Finanzpolitik mit den Kosten dieser Großprojekte im Budget belastet, die Entwicklung ist nunmehr geprägt durch immer weniger Bundesmittel für Wien. Die Ertragsanteile aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, der Anteil am Finanzausgleich für Wien geht Jahr für Jahr zurück, gemessen an seiner Finanzkraft zur Finanzierung des Wiener Budgetvolumens. 1967 war dieser Anteil, aus dem wir das Wiener Budget noch finanzieren konnten, der Anteil des Finanzausgleiches für das Wiener Budget noch 40,2 Prozent. Das war in der Zeit der von Ihnen vielgeschmähten ÖVP-Regierung. Fünf Jahre später, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren es nur mehr 38,7 Prozent, mit denen aus dem Finanzausgleich das Wiener Budget finanziert werden konnte. Weitere fünf Jahre später, 1977, sind es nur mehr 32,9 Prozent, mit denen man aus dem Finanzausgleich das Wiener Budgetvolumen finanzieren kann. So fällt die Wiener Quote aus dem Finanzausgleich Jahr für Jahr.

Auch 1979 wird sie wieder geringer sein als im Budget 1978. Gemessen am bereinigten Budgetvolumen sind es nur mehr schwache 32 Prozent, welche als Einnahmentangente zu erwarten sind. Gemessen an den gesamten Einnahmen, also inklusive der Erlöse aus Investitionsanleihen, inklusive der Erlöse aus Wertdurchführungen usw., gemessen an diesen Gesamteinnahmen fällt die Finanzierungsquote des Finanzausgleiches für die Wiener Einnahmen von 27,6 Prozent 1978 auf 27,1 Prozent für das vorliegende Budget 1979.

Aber auch hier, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, die Frage an Sie: Was würden Sie zu dieser Entwicklung sagen, säßen nicht Ihre Genossen in der Bundesregierung?

Der Finanz- und Investitionsplan liegt uns ebenfalls vor; der Finanzstadtrat hat darauf Bezug genommen. Es ist dies der fünfte derartige Plan, der uns vorliegt. Im ersten Finanz- und Investitionsplan, der für die Jahre 1975 bis 1979 erstellt worden war und der uns im Dezember 1974 erstmals vorlag, wurde für das, was uns in Zukunft bevorstehen sollte, eigentlich nur die Ouvertüre gespielt.

Es hieß damals, daß wohl für Neubeginne in den kommenden Jahren kein Platz sei, daß man aber die Großbauvorhaben weiterführen werde. Wenn man allerdings neue Investitionen in Angriff nehmen sollte, dann müßte man Bauraten verschieben und Bauraten kürzen.

Wir wissen alle, meine Damen und Herren, daß solche Kürzungen und Verschiebungen letztlich zu weit höheren Kosten in den nächsten Jahren führen. Und das war ja dann auch der Fall.

Im zweiten Investitionsplan, der die Jahre 1976 bis 1980 umfaßte und im Dezember 1975 vorgelegt wurde, war schon deutlicher zu lesen, daß wir mit einer empfindlichen Schrumpfung des Investitionsspielraumes zu kämpfen haben, daß wir damit zu gravierenden Problemen kommen, die auch große Fragen für den wirtschaftspolitischen Prozeß der Stadt aufwerfen werden.

Im Kommentar des Investitionsplanes, den wir vor drei Jahren debattiert haben, ist zu lesen, daß diese Entwicklung der Wiener Investitionen weder von einem verantwortungsbewußten Politiker noch vom Standpunkt der Wiener und auch nicht vom Standpunkt der österreichischen Wirtschaft zu vertreten ist. Das waren damals nicht nur die Worte und die Warnungen der Opposition, nein, Stadtrat Mayr selbst mußte diesen Offenbarungseid vor dem Gemeinderat ablegen.

Es wurde auch deutlich darauf hingewiesen, wie heute in der Debatte schon zum Ausdruck kam, daß diese Investitionen für die Lebenskraft der Stadt von ungeheurer Wichtigkeit sind. Wir brauchen sie für die soziale und technische Infrastruktur, wir brauchen sie als Multiplikatoreffekt, damit für die übrige Wirtschaft Impulse gesetzt werden, damit die Beschäftigung weitergeht. Wir brauchen sie für den so wichtigen Bausektor, der ganz wesentlich ist für die Erhaltung der Steuerkraft.

Und es hieß vor drei Jahren: Der für Investitionen zur Verfügung stehende Rahmen sinkt bis 1980 trotz erheblicher jährlicher Fremdmittelaufnahmen für Investitionszwecke auf knapp 6 Milliarden ab. Damit ist es jedoch nicht einmal möglich, die gezielte Fortsetzung der bereits begonnenen Projekte zu gewährleisten, abgesehen davon, daß ein Absinken in diesem Ausmaß für einen verantwortungsvollen Politiker vom Standpunkt der Wiener und auch der österreichischen Wirtschaft aus nicht zu vertreten wäre. — So, bitte, der von Stadtrat Mayr vor drei Jahren vorgelegte Investitionsplan.

Meine Damen und Herren! Es wurde ein Absinken auf 6 Milliarden nicht für vertretbar gehalten. Nun haben wir aber einen Investitionsplan, der fortgeschrieben ist auf ein Abfallen der Investitionen bis auf 4,3 Milliarden bei sonst steigenden Aufwänden für alles übrige.

Man hoffte vor drei Jahren noch auf den Finanzausgleich, doch nun muß man feststellen: Dieser hat für Wien nichts Zusätzliches gebracht. Nunmehr bleibt offenbar nur die Flucht in die schrecklichen Investitionskürzungen. Aber es ist kein Wort mehr davon zu lesen, wie man das Absinken in diesem

Ausmaß als verantwortungsbewußter Politiker und vom Standpunkt der Wiener aus vertreten kann.

Offenbar und leider Gottes dürften sich das Verantwortungsbewußtsein und die Fähigkeit zur Selbstkritik inzwischen parallel zum fallenden Investitionsrahmen entwickelt haben. Wie anders wäre es sonst erklärbar, daß nunmehr im Gegensatz zum Plan vor drei Jahren kein Wort darüber verloren wird, ob und wie diese Wirtschaftspolitik verantwortet werden kann. Von einem verantwortungsbewußten Finanzstadtrat hätte man gerade jetzt klare Worte über seine beabsichtigten Maßnahmen und zielführende Lösungsvorschläge erwarten können. (Beifall bei der ÖVP.) Doch leider müssen wir in der Budgetdebatte beobachten, daß sich inzwischen Herr Finanzstadtrat Mayr auf die Position zurückzieht, auf Vorschläge und Anträge der ÖVP mit einem etwas verlegenen Lachen und Lächeln hinter dem Rednerpult zu reagieren. Lieber wären uns Konzepte.

Der dritte Finanz- und Investitionsplan, der vor zwei Jahren vorgelegt wurde, sprach klar und deutlich aus, daß für die Errichtung von Schulen in Gebieten mit starker Neubautätigkeit, daß für Erfordernisse auf dem Wohnbausektor und für unaufschiebbare Investitionen in den Wiener Spitälern kein Platz mehr ist. So der Text des Planes vor zwei Jahren. Und wieder hoffte man auf den Finanzausgleich. Es hieß dort, vor allem bei den Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich wird diese Tatsache entsprechend zu berücksichtigen sein. So damals die Hoffnung.

Im heurigen Investitionsplan und auch im Bericht des Herrn amtsführenden Stadtrates mußten wir hören, daß aus dem Finanzausgleich nichts Zusätzliches für die Wiener Finanzen zu erwarten ist; man muß mit einem Minus von 70 Millionen Schilling rechnen. Dem stehen etwas mehr Kreditmöglichkeiten aus dem Wasserwirtschaftsfonds gegenüber, aber das sind ja Kredite und keine Einnahmen.

Es bleibt also nur ein Fluchtweg: schreckliche Investitionskürzungen, schreckliche Gebührenerhöhungen. Der Herr Stadtrat Mayr hat auch einen Antrag auf Erhöhung folgender Gebühren eingebracht: Beistellgebühren der Feuerwehr, Prüfgebühren der städtischen Prüf- und Versuchsanstalt, Friedhofs- und Feuerbestattungsgebühren, Eintrittspreise für Sommerkonzerte, Bäderbesuchgebühren, Entgelte für Rundfahrten, Elternbeiträge für Schüleressen, Pflegegebühren in städtischen Heimen für Kinder und Jugendliche, Elternbeiträge für Kindertagesheime, Entgelt für die „Stadt des Kindes“, Gebühren für Untersuchungen der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt, Gebühren für Desinfektionen und Entwesung, Ersätze für kieferorthopädische Behandlungen, Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst.

Das, meine Damen und Herren, ist eine Latte von Gebührenerhöhungen, weit über der Entwicklung des Geldwertes, in einer Zeit, wo man mit Stolz auf 3 Prozent Inflation verweist. Von meinem Vorredner war ja zu hören, daß man die Geldent-



wertung auf 3 Prozent zurückgeführt hat. Freilich gab es schon einmal diese 3 Prozent. Damals, unter der ÖVP-Alleinregierung, haben Sie ein Preissultimatum gestellt. Es war der sozialistischen Politik vorbehalten, daß die Inflationsrate gegen 10 Prozent marschiert ist. Das war aber nicht aufrechtzuerhalten, nicht durchzustehen, und Sie mußten eine Stabilisierungspolitik einleiten.

Diese Politik der Gebührenerhöhung ist eine Politik, von der Ihr Programmkoordinator Prof. Matzner sagt, daß sie, selbst nach herkömmlichen Kriterien gemessen, eine schlechte Politik ist und daß sie die soziale Dimension vermissen läßt. Wir, meine Damen und Herren, lehnen diese Politik und diesen Antrag auf Gebührenerhöhungen ab.

Auch im Vorjahr hofften Sie, etwas ändern zu können, wenn Sie den neuen Finanzausgleich einbringen. Dies ist nicht geschehen. Im Vorjahr haben Sie darauf hingewiesen, wie wichtig der Multiplikatoreffekt der Investitionen ist. Stadtrat Mayr hat auch angeführt, daß eine Million, die in Wien zusätzlich ausgegeben wird, 14,9 Arbeitsplätze, also die Beschäftigung, induzieren würde. Aber nun müssen wir feststellen, daß die Investitionen im Budget 1979 nur mehr 9,9 Milliarden Schilling betragen, während sie 1978 laut Voranschlag noch 10,8 Milliarden Schilling ausmachten. Also ein absoluter Rückgang um über 900 Millionen Schilling und ein relativer Rückgang, gemessen am Budgetvolumen, von 22,2 Prozent auf 19,4 Prozent.

Analysiert man die Investitionspläne, die bisher vorgelegt worden sind, reiht man sie aneinander, so muß man feststellen: Die Finanznot der Gemeinde Wien wird immer größer, der Mut, diese Probleme aufzuzeigen und Lösungen vorzuschlagen, wird immer kleiner. Diese Resignation, diese Ermüdungserscheinungen der verantwortlichen Wiener Sozialisten sind für die Stadt, für ihre Bürger und für ihre Wirtschaft nichts Gutes. Ihre bisherigen Berichte mit der Hoffnung auf den neuen Finanzausgleich haben sich leider als Fehlspekulation erwiesen.

Die Entwicklung auf dem Investitionssektor wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß von den Wiener Budgetausgaben vor zehn Jahren noch 30 Prozent für die Investitionen zur Verfügung standen. Vor fünf Jahren, und zwar laut Rechnungsabschluß 1975, betrugen diese Investitionen, gemessen an den Gesamtausgaben, noch 27,4 Prozent, und nun sind wir bei traurigen 19,5 Prozent gelandet. Aber es soll noch weiter bergab gehen!

Was fehlt, sind Lösungsvorschläge. Wir urgieren sie seit Jahren, zuletzt bei der Debatte über den Rechnungsabschluß im Sommer dieses Jahres. Doch Herr Stadtrat Mayr ist als verantwortlicher Ressortchef die Antwort dem Wiener Gemeinderat und den Wiener Bürgern bis heute schuldig geblieben.

Es stehen uns aber noch weitere Probleme bevor. Die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 1981 werden zeigen, daß wir noch weniger aus dem Finanzausgleich bekommen werden. Vermutlich wird eine weitere Milliarde fehlen.

Das eigentliche Problem liegt darin, daß wir die Ausgaben auf den anderen Sektoren, insbesondere auf dem Sektor der Verwaltung, zu sehr als Naturgesetz hinnehmen und, wenn wir Ausgaben und Einnahmen in einen gewissen Einklang bringen wollen, sozusagen als Ultima Ratio nur die Investitionskürzung sehen, so wie das durch die Politik der verantwortlichen Sozialisten hier wieder deutlich gemacht worden ist. Für uns ist das aber keine Gegebenheit, die man ganz einfach hinnehmen muß.

Wir wissen schon: Im Schlußwort wird der Herr Finanzstadtrat wieder, statt Konzepte vorzulegen, eher gegen die heutigen Beiträge, gegen unsere Vorschläge und gegen die Oppositionsparteien polemisieren. Aber auch in der Untersuchung, die Professor Seidel über die Situation der Bundesfinanzen gemacht hat, ist zu lesen, daß die Ausgaben des Staates, die Ausgaben der öffentlichen Hand sehr wohl einer kritischen Untersuchung zu unterziehen sind. Und Staatssekretär Professor Nußbaumer, der schließlich als Kenner der öffentlichen Finanzen in die Bundesregierung berufen worden ist, hat in einem Aufsatz in den Quartalsheften der Girozentrale 1976 geschrieben: „Einmal bewilligte Ausgaben werden fast automatisch von den Ressorts als Mindestansatz für die Anforderungen des folgenden Jahres übernommen, und es gelingt selten, sie wieder zu reduzieren oder sie gar abzubauen.“

Das trifft nach unseren Beobachtungen auch im Wiener Rathaus zu. Denn trotz großer Ausgaben auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung ist es Ihnen bis heute nicht gelungen, zu Verwaltungsvereinfachungen und zu Rationalisierungen zu kommen.

Wir bringen daher einen Beschlußantrag der ÖVP-Gemeinderäte Dr. Wöber und Josef Hoffmann betreffend Einsetzung einer Einsparungskommission und stellen uns vor, daß diese Einsparungskommission die Aufgaben eines Einsparungskommissärs wahrzunehmen hätte. Unser Antrag lautet:

„In einer Zeit immer knapper werdender Mittel der öffentlichen Haushalte soll jede Gelegenheit von Einsparungen genutzt werden. Besonders in der öffentlichen Verwaltung gibt es immer wieder Koordinationsprobleme, Reibungsverluste und nicht ausgenützte Kapazitäten. Eine Entlastung der öffentlichen Hand kann sowohl durch Rationalisierungsmaßnahmen als auch durch Einsparungen nicht notwendiger Ausgaben erzielt werden.“

Die gefertigten ÖVP-Gemeinderäte stellen gemäß § 30 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden Beschlußantrag:

Der Wiener Gemeinderat möge gemäß § 60 der Wiener Stadtverfassung eine Kommission einsetzen, der auch unabhängige Fachleute angehören, die Vorschläge für eine wirksame Rationalisierung der Stadtverwaltung und für ein Sparprogramm zur Verringerung der Ausgaben ausarbeitet.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung dieses Antrages an den Herrn Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien.“

Weiter bringen wir einen Abänderungsantrag ein, der für die Ermächtigung, entsprechend der Konjunkturlage Ausgaben zu sperren, die Mitwirkung und den Beschluß des jeweiligen zuständigen Ausschusses vorsieht, weil wir der Meinung sind, daß die Ausschüsse einen höheren Informationsstand haben.

Dieser Antrag betrifft den Punkt 8 auf Seite XVIII. Wir schlagen vor, daß dieser Punkt 8 wie folgt zu lauten hat:

„Auf Vorschlag des amtsführenden Stadtrates für Finanzen und Wirtschaft können die Ermessenskredite entsprechend den Erfordernissen der jeweiligen Konjunkturlage und unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit durch Beschluß des zuständigen Ressortausschusses bei nachstehenden Posten bis zum Ausmaß von 15 Prozent gesperrt werden:

Post 20, Erhaltung der baulichen Anlagen; Post 22, Inventarerhaltung; Post 30, Subventionen und Beiträge; Post 51, Bauliche Herstellungen (Hochbau); Post 52, Bauliche Herstellungen (Tiefbau); Post 54, Inventaranschaffungen.

Die Berichterstattung darüber im Stadtsenat und im Gemeinderat hat analog den Bestimmungen über die Vorlage der periodischen Berichte zu erfolgen.“

Des weiteren beantragen wir bezüglich der formellen Abstimmung, daß diese Punkte, die die eigentliche Grundlage für die Budgetbeschlußfassung gemäß Seite XVIII sind, getrennt abgestimmt werden mögen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Tagen war in den Zeitungen sehr viel von einer eventuellen Ablöse von Dr. Androsch als Finanzminister zu lesen. Im Gespräch, so war den Zeitungen zu entnehmen, war auch Herr Stadtrat Mayr. Ich habe einem Interview in der Zeitung „Die Presse“ entnommen, daß Herr Stadtrat Mayr für den Fall einer Berufung als Finanzminister sich ein Gnadengesuch ausgedacht hat. Offenbar ist er der Meinung, daß bei der gegebenen Situation der Bundesfinanzen und der Situation der SPÖ-Regierung nur mehr ein Gnadengesuch eingebracht werden kann.

Doch mit einem Gnadengesuch kann man keine Probleme lösen. Mag sein, daß Stadtrat Mayr eine Berufung in die Himmelfahrtsgasse als eine Art Himmelfahrtskommando betrachtet hätte. Ob aber Finanzstadtrat in Wien oder Finanzminister auf Bundesebene, die Probleme bleiben die gleichen: Finanz- und Geldnot hier in Wien, Finanz- und Geldnot dort auf Bundesebene. Beides ist das Ergebnis einer sozialistischen Verwaltung hier in Wien wie dort auf Bundesebene. Ob man Finanzstadtrat bei Leopold dem Zauderer ist oder Finanzminister bei Bruno dem generalbevollmächtigten Plauderer, die Probleme bleiben ähnlich: Wir haben in Wien ein großes Investitionsdefizit, wir haben ein großes Staatsfinanzdefizit auf Bundesebene.

Die Notwendigkeit der Regierungsumbildung in der Wiener Landesregierung ist gegeben. Von Bür-

germeister Gratz wurde sie terminisiert und für den kommenden Fasching angekündigt. Die Notwendigkeit der Regierungsumbildung auf Bundesebene wurde von Bundeskanzler Dr. Kreisky mehrfach avisiert. Aber trotz Generalvollmacht kann sich Dr. Kreisky in der letzten Zeit nur mehr sehr schwer zu Entscheidungen durchringen. Hoffentlich nehmen die Wähler Herrn Dr. Kreisky diese Entscheidung im Herbst 1979 ab. Das wäre gut für Österreich. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Notwendigkeiten für Wien fasse ich so zusammen: Gut wäre weniger Sozialismus und weniger Bürokratie und dafür mehr Bürgernähe. Besser wäre weniger SPÖ-Parteipolitik und dafür mehr tun für die Wiener. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Frau GR. Franziska Fast zum Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Franziska Fast: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Das Wiener Budget wurde mit einem hohen Maß an Verantwortung für diese Stadt mit einer entsprechenden Vorsicht unter Zugrundelegung von Prognosen erstellt. Jeder weiß, daß Prognosen auf Erfahrungswerten der Vergangenheit basieren und auf die Zukunft transferiert sind.

Die Wiener Politik ist auf Vollbeschäftigung ausgerichtet. Ich darf also gleich auf die Bedeutung Wiens, insbesondere auf die Bedeutung der Wiener Wirtschaft, zu sprechen kommen: 0,5 Prozent der Fläche von ganz Österreich entfällt auf Wien, aber 21,7 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung leben und wohnen laut Zählung aus 1973 in dieser Stadt. 28,8 Prozent aller Beschäftigten haben einen Arbeitsplatz in dieser Stadt. Dieser Stadt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten, ist das Bemühen aller interessierten Wirtschaftskreise und Interessensvertretungen. Wenn also Lohnverhandlungen durch Gewerkschaften und Bundeswirtschaftskammer geführt werden, dann können wir Gags, wie sie jetzt mein Vorredner angebracht hat, völlig beiseite lassen, denn da zählen die Zahlen, und dabei gilt immer: zwei mal zwei ist vier.

Lassen Sie mich zur Vollbeschäftigung ein paar Worte sagen. Behauptungen aufzustellen ist relativ einfach; man muß auch Beweise anführen. Wir gestehen der Wiener Wirtschaft ohne Zweifel zu, daß es aufgrund ihrer günstigen Strukturen — es gibt in Wien Kleinbetriebe, Mittel- und Großbetriebe — gelungen ist, einen Rückschlag zu vermeiden. Die im Bundesdurchschnitt schon geringe Arbeitslosenrate ist in Wien noch niedriger.

Jetzt könnte man selbstverständlich fragen: Ist das nur der Wirtschaft zu danken, oder sind es die sinnvoll gesetzten Maßnahmen dieser Stadt? Ich werde den Beweis führen, daß sowohl das eine wie auch das andere maßgeblich ist, und daß es nicht richtig ist zu meinen, es wären gar nicht so sehr die sinnvollen Maßnahmen dieser Stadt, sondern primär sei es der Mittelstand, der die Vollbeschäftigung sichert. Den Beweis zu führen, daß das nicht stimmt, kann man sehr einfach, indem man mit anderen Bundesländern vergleicht. In der Wirt-



schaft ist es ja durchaus legitim, Wirtschaftsräume zu vergleichen.

Die Arbeitslosenziffer in Wien vom Jänner 1976 betrug 1,8 Prozent, in Niederösterreich war sie im Jänner 1976 3,8 Prozent. In der Steiermark, ebenfalls im Jänner 1976, waren es 4,8 Prozent.

Im Jänner 1977, ein Jahr später, ist es gelungen, in Wien die ohnehin bereits geringe Arbeitslosenrate noch zu senken, und zwar auf 1,3 Prozent. Sie sank auch in Niederösterreich, nämlich von 3,8 auf 3,4 Prozent, und in der Steiermark von 4,8 auf 4,3 Prozent. Damit ist der Beweis geführt, daß diese Stadt zweifellos ihren Anteil daran hat, daß die Vollbeschäftigung gesichert worden ist.

Noch besser zeigen sich die Ergebnisse bei der Beschäftigung der Frauen. Es war immer unser Anliegen, allen, ob Mann oder Frau, einen Arbeitsplatz bereitzustellen. Der Frau soll es überlassen bleiben, ob sie einen Arbeitsplatz in Anspruch nimmt oder nicht. Wieder ist es diese Stadt, die zeigt, daß sie sehr wohl imstande ist, für alle, im besonderen auch für die Frauen, den Arbeitsplatz zu sichern. Zur Beweisführung seien wieder Wien, Niederösterreich und die Steiermark verglichen. In Wien betrug die Arbeitslosenrate bei den Frauen im Jänner 1976 2,9 Prozent, in Niederösterreich 4,89 Prozent und in der Steiermark 4,44 Prozent. Im Jänner 1977 verringerte sich diese Rate in Wien auf 1,55 Prozent, in Niederösterreich auf 4,36 Prozent und in der Steiermark auf 3,89 Prozent.

Meine Damen und Herren! Das sind die nackten Fakten einer Wirtschaft, die beweisen, wie man in einer Stadt versteht, die Arbeitsplätze zu sichern.

Sehr großen Raum in der Diskussion hat alles das, was sich rund um die Investitionstätigkeit bewegt, eingenommen. Ich habe hier die „Wiener Wirtschaft“, das Organ der Kammer der gewerblichen Wirtschaft. Selbst die Dienstgeberseite hat offensichtlich auch Sorgen, daß man Investitionen nicht immer gut überlegt. Wie anders wäre es zu verstehen, daß die „Wiener Wirtschaft“ am 1. Dezember 1978 auf Seite 12 schreibt: „Investitionen müssen gut überlegt sein. Es handelt sich um den Ersatz alter Anlagen, es kann sich um das Aufheben von Kostensteigerungen handeln oder um die Erzielung von Kostensenkungen durch höheren Mechanisierungs- oder Automatisierungsgrad, Abbau von Engpässen, Ausbau des Produktionsprogramms, Umweltschutz.“ Dann kommen zwei Punkte, die auch der Bundeswirtschaftskammer bedenklich erscheinen, nämlich rein steuerliche Erwägungen oder Prestige Gründe.

Wenn selbst die Bundeswirtschaftskammer sich mit diesem Problem beschäftigt, dann stimmt das doch, was hier bereits von Herrn Stadtrat Mayr gesagt worden ist, nämlich daß es auch des geistigen Know-hows bedarf und nicht nur der Zurverfügungstellung von Mitteln. Das heißt aber, daß man mit einem hohen Verantwortungsbewußtsein die Mitteln einsetzen und bei Investitionen nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgehen soll.

Wie irrig auch Ihre Meinung betreffend die UNO-City ist — seit Jahren wird in diesem Raum darüber diskutiert —, zeigt uns wiederum die Bun-

deswirtschaftskammer. Es ist begrüßenswert, daß man auf der Wirtschaftsebene die Dinge viel sachlicher behandeln kann, als das hier in diesem Hause manchmal der Fall ist. Ich spreche niemandem ab, daß Oppositionen das Recht haben zu kritisieren. Aber diejenigen, die die Verantwortung tragen, haben die Pflicht zu handeln. Wie recht wir mit unserer Politik in den vergangenen Jahren gehabt haben, beweist in der gleichen Nummer der „Wiener Wirtschaft“ der Satz: „Kongreßförderung unerlässlich.“ Sehr zum Unterschied von den politischen Mandatären meint die Wirtschaft: „Voraussichtlich wird 1979 ein sehr gutes Kongreßjahr werden, wobei auch die Eröffnung der UNO-City ins Gewicht fallen dürfte.“

Meine Damen und Herren! Das, was wir immer gesagt haben, nämlich daß wir dieses Kongreßzentrum sowohl als internationale Drehscheibe als auch aus wirtschaftlichen Gründen brauchen, wird uns aus Kreisen der Wirtschaft bestätigt, weil man dort eben viel sachlicher darüber denkt.

Ein weiteres Problem: Es geht immer wieder um die Förderung von Gewerbe und Industrie. Wir bedauern auch, daß die Pro-Kopf-Produktion in Wien geringer ist. Warum ist sie es? Weil in dieser Stadt immer eine Überhitzung der Konjunktur vorherrscht und es dadurch einen Mangel an Arbeitskräften gegeben hat. Das war der Grund, daß Betriebe aus Wien abgewandert sind. Keineswegs aber waren es, wie hier irrtümlicherweise immer wieder behauptet wird, andere Gründe.

Ich möchte Ihnen die Bedeutung des sekundären Sektors zur Kenntnis bringen. In 18,6 Prozent aller Arbeitsstätten des sekundären Sektors in Wien haben wir 31,6 Prozent aller Beschäftigten. Da kommen bereits Prioritäten zutage. Ich verstehe schon, daß sich auch das Klein- und Mittelgewerbe rühren muß. Natürlich! Aber ich bitte auch die Folgewirkungen von Ansiedlungen von Industriebetrieben zu sehen, ganz abgesehen davon, daß die Wertschöpfung eine ganz andere ist.

Ich stelle noch einmal fest: Wir brauchen den Kleinbetrieb, den Mittelbetrieb und den Großbetrieb. Aber bei der Setzung von Prioritäten bitte ich Sie auch die Folgeerscheinungen zu berücksichtigen. Deshalb wurden gezielte Wirtschaftsmaßnahmen getroffen. 250.000 Quadratmeter Grundfläche pro Jahr soll den Betrieben zur Verfügung gestellt werden, damit sie umsiedeln, sich vergrößern und verändern können.

Mir ist noch sehr gut in Erinnerung, als wir vor vier Jahren eine Glühlampenerzeugung nach Strebersdorf umgesiedelt haben, daß die dort beschäftigten Menschen viel glücklicher waren als an ihrem alten Arbeitsplatz. Vorher waren sie beengt, es gab keine Möglichkeit der Ausweitung und unter anderem auch große Schwierigkeiten bei der Entlüftung der Räumlichkeiten. So sollte man eine Wirtschaftsentwicklung in einer Stadt sehen, die versucht, allen Rechnung zu tragen. Allerdings gelingt das nicht immer, weil jeder seine Probleme weit wichtiger sieht als alles andere. Die verstärkte Wirtschaftsförderung wird sich aber zweifellos positiv auswirken.

Nun möchte ich zu den durchschnittlichen Budgetsteigerungen der letzten Jahre einen Satz sagen. Von 1970 bis 1978 haben sich die Ausgaben im Durchschnitt pro Jahr um 14,1 Prozent erhöht, die Einnahmen erhöhten sich um 13,3 Prozent. Das heißt, daß ein Manko vorhanden ist. Man hat sehr bewußt im Interesse der Vollbeschäftigung ein Defizit-spending auf sich genommen, also ein Budget, das Defizite vorsieht.

Die Vollbeschäftigung ist etwas, was man erst schätzt, wenn man den Arbeitsplatz verloren hat. Wir Gewerkschafter haben immer gesagt, daß wir niemandem denselben Arbeitsplatz auf Lebenszeit garantieren können. Das lassen weder geänderte Strukturen noch geänderte Technologien zu. Aber es soll „ein“ Arbeitsplatz zur Verfügung stehen, und das haben wir in dieser Stadt und darüber hinaus in ganz Österreich in hohem Maße erreicht.

Mein Vorredner hat gemeint, daß die Gebühren-erhöhungen schrecklich wären. Darf ich darauf hinweisen, daß die Gebühren und Betriebsentgelte im gleichen Zeitraum, in dem die Ausgaben um 14,1 Prozent gestiegen sind, um 11 Prozent gestiegen sind. Hier zu sagen, daß das schrecklich sei, scheint eine subjektive Empfindung zu sein, denn die objektive Wahrheit sieht anders aus. Daher muß man sich auch um Gebühren und Betriebsentgelte kümmern.

Nun zu der Frage, daß das Steueraufkommen in Wien besonders hoch und belastend wäre. Wie weit trifft das zu? Ich habe hier eine Graphik, die mehr als Worte zeigt, wie sehr diese Behauptung jeglicher Grundlage entbehrt. Die dunkelroten Flecken in dieser Graphik, die sie hier sehen (Rednerin weist sie vor), sind jene Orte in Österreich, die die höchsten Steuerbelastungen zu tragen haben. Und diese liegen eigenartigerweise mehr im Westen als im Osten und schon gar nicht in Industriestädten. So hat zum Beispiel eine Tiroler Gemeinde den höchsten Pro-Kopf-Steuersatz, nämlich 27.572 S jährlich. Wien hat pro Einwohner 5.900 S. (Zwischenruf des GR. Hahn.) Ich weiß schon, Herr Präsident, es sollte noch weniger sein. Es stimmt aber jedenfalls nicht, wenn man sagt, in Wien gäbe es die höchsten Steuern. Freilich, wenn man Dinge sachlich darstellt, hat man es immer schwer, jene zu überzeugen, die eine sachliche Darstellung ablehnen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Darüber hinaus geht es auch um die soziale Sicherheit. Was wir Sozialisten unter sozialer Sicherheit verstehen, umfaßt nicht nur den Arbeitsplatz, sondern alles, ob das nun die Gesundheit, die Schule oder den Kindergarten betrifft. So haben wir für alle Wechselfälle des Lebens — Pflege bei Krankheit, Auskommen für das Alter usw. — im Budget vorgesorgt und die Aufwendungen für Gesundheit und Soziales von 1974 bis 1979 mehr als verdoppelt. Das ist ein Beweis dafür, daß das Budget Möglichkeiten für eine soziale Umverteilung einschließt.

Es ist genauso ein Verdienst der Bundesregierung und der Wiener Stadtverwaltung, daß die weltweit aufgetretene Rezession bei uns nicht so

spürbar wurde. Das kommt nicht von allein. Lassen Sie mich Ihnen daher ein paar Wohlstandsindikatoren mitteilen, gegen die man nichts sagen kann, denn sie sind weltweit und international anerkannt.

1970 wurde zum erstenmal eine Bundesregierung unter völliger Verantwortlichkeit der Sozialisten gestellt, die seither verantwortlich ist. Hat man nun eine gute oder schlechte Politik gemacht? Das kann man nur bei einem Vergleich feststellen. Darf ich es anders formulieren: Ob ich groß oder klein bin, kann ich nur feststellen, wenn ich mich neben jemand anderen stelle. Ähnlich ist es auch mit Österreich: Man kann Österreich nur anderen Ländern gegenüberstellen, um zu sehen, ob die Politik positiv oder negativ war.

Es geht also um die Wachstumsraten. Wir haben immer gesagt, daß wir Europalöhne wollen. Wir Gewerkschafter haben uns ob dieser Forderung nie geniert. Und auch die Dienstgeberseite war damit einverstanden und hat gesagt, daß sie, soweit es möglich ist, mittun werde. Es ist ja nicht so, daß es eine Feindschaft zwischen den Interessenvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gibt; da hört man oft viel vertraulichere Töne, als es hier der Fall ist.

In Österreich ist es dank einer guten wirtschaftlichen Entwicklung gelungen, die Wachstumsrate im Durchschnitt von 1970 bis 1978 auf 4,47 Prozent zu halten. Der europäische OECD-Durchschnitt lag im gleichen Zeitraum bei 3,4 Prozent, also um mehr als 1 Prozent niedriger.

Nun gibt es weitere Wohlstandsindikatoren, die zeigen, wie die Wirtschaft läuft. Die Anzahl der Beschäftigten konnte im selben Zeitraum von 2,3 auf 2,8 Millionen erhöht werden. Rund 500.000 Menschen haben zusätzlich einen Arbeitsplatz in Anspruch genommen. Wichtig ist, daß ein solcher Arbeitsplatz auch zur Verfügung steht. Wir wußten, daß es Zuwächse geben wird, und wir wissen, daß wir auch in Zukunft pro Jahr für etwa 15.000 Menschen Arbeitsplätze schaffen müssen.

Niemand hat uns das zugetraut. Auch in den eigenen Reihen gab es die Frage, ob es gelingen werde, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Preissteigerungsrate in den Griff zu bekommen. International spricht man von einem Wunder in Österreich, daß dies gelungen ist. Die Preissteigerungsrate stieg zwar bis auf 9,5 Prozent, das war die obere Grenze, aber es ist im Oktober gelungen, sie auf 3,6 Prozent zurückzuführen, während in den anderen europäischen Ländern die Preise wieder gestiegen sind.

Nun zum Bruttonationalprodukt, zum Volkseinkommen pro Kopf. Noch 1955 lagen wir um 28 Prozent hinter dem Durchschnittseinkommen der Menschen in den OECD-Staaten. 1976 — jüngere Berichte gibt es nicht — liegen wir mit 17 Prozent vor den OECD-Staaten.

Meine Damen und Herren! Das ist langfristig eine Politik, die bewiesen hat, daß wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Für uns umfaßt die soziale Sicherheit alles: das wirtschaftliche, psychische und physische Wohl des Menschen.



Wie sehr es in Österreich gelungen ist, auf wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Ebene ein hohes Maß an Übereinstimmung zu erreichen, möchte ich an einem Beispiel dokumentieren.

Wir wissen, wir gehen in eine schwierigere Zeit. Sind wir dafür gewappnet? Natürlich, wenn wir alle zusammenstehen.

Ich möchte hier etwas klarstellen. In meinen Augen ist ein Vizebürgermeister dieser Stadt ein Repräsentant dieser Stadt. Das ist also nicht irgendwer. Und wenn hier ständig auf Dr. Matzner verwiesen wird: Sie haben das richtig ausgedrückt, er war Koordinator, Aufgabe des Koordinators ist das Zusammentragen und das Verarbeiten aller Meinungen. Das war nicht immer seine eigene Meinung. Aber selbst wenn er sie hat, soll er sie haben; es muß nicht immer unsere sein. Aber hier Matzner mit einem Repräsentanten der Bundeshauptstadt gleichzustellen, heißt entweder den einen aufzuwerten oder den anderen abzuwerten. Aber das ist Ihr Kaffee, das ist uns gleich.

Zweifelloos ist es jedoch unsinnig, wenn man sich im Kreise von Menschen, die vielleicht in Wien ins Geschäft kommen könnten, so negativ ausdrückt. Mich wundert, daß sich die Wirtschaft das gefallen läßt.

Der ÖVP-Vizebürgermeister sagte dort: Soundsoviel Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, daß man nicht alle Einkünfte dem Finanzamt bekanntzugeben braucht. Einverstanden. Aber wer hat denn Einkünfte dem Finanzamt bekanntzugeben? Der unselbständige Erwerbstätige sicherlich nicht, sondern es sind die Selbständigen. Daher werden in Wirklichkeit die Selbständigen als sehr unmoralisch hingestellt. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen: Sicherlich gibt es solche, aber zweifellos ist der Großteil der Arbeitgeber nicht unanständig, sondern entrichtet seine Steuern, wie es das Gesetz verlangt.

Die Aufforderung zur Staatsverdrossenheit, was soll die bringen?

Hier darf ich noch kurz auf meinen Vorredner eingehen. Herr GR. Wöber hat hier einmal gemeint, es kommt nicht darauf an, was man finanzieren kann, sondern es kommt darauf an, was die Wirtschaft braucht. Er hat damit nicht einmal unrecht, denn wir haben Defizite in Kauf genommen, einfach deshalb, um die Wirtschaft in Schwung zu halten. Es ist aber ein Wunschdenken, wenn er sagt, er sieht hier eine bestimmte Resignation. Ich darf Ihnen versichern: Von Resignation ist bei uns weit und breit keine Spur, weil wir wissen, daß wir den richtigen Weg gewählt haben. Die Zahlen geben uns recht.

Aber ich möchte noch eines hinzufügen: Es nützt gar nichts, wenn Herr Vizebürgermeister Dr. Busek in der Handelskammer so negative Aussagen macht. Positive wären viel gescheiter gewesen. Was wir brauchen, ist sicherlich mehr Wirtschaftsbewußtsein, das wir aber bei der ÖVP vermissen. Wir müssen versuchen, unseren Menschen zu sagen, daß es in Österreich sehr gut arbeitende Betriebe gibt, die hohe Qualifikation aufweisen.

Das ist geschehen, und man hat einen Verein gegründet, den ich außerordentlich begrüße und der uns mehr bringen wird als lange Diskussionen: die Vereinigung zur Förderung des Inlandsabsatzes. Hier haben sich die Interessenvertretungen wieder getroffen. Nur so können wir vernünftige Wirtschaftspolitik machen.

Die Wienerinnen und Wiener haben von theoretischen Überlegungen sehr wenig. Für die Menschen, die den Arbeitsplatz brauchen, ist entscheidend: Habe ich die Gewähr, daß er erhalten bleibt, ja oder nein? Hier können wir als Sozialisten sagen: So wie in der Vergangenheit — das ist unser Zeugnis dafür — werden wir Sozialisten auch in Zukunft dafür eintreten, daß die Menschen in dieser Stadt nicht nur den Arbeitsplatz behalten, sondern sich auch in ihrer Umwelt, in ihrer Wohnung, in ihrer Freizeit wohlfühlen können! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Fürst zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Fürst: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Hoher Gemeinderat! Meine Kollegin Vorrednerin hat sehr eindrucksvoll über das Wachstum in Österreich gesprochen, und sie hat auch Graphiken mitgebracht, um alles mögliche zu erläutern. Ich habe hier auch ein paar Graphiken (Redner weist vier Graphiken vor), und an diesen Graphiken können Sie das Wachstum erkennen, wo es vorhanden ist. Diese Graphik hier zeigt das Wachstum der Bundesschulden; Sie sehen, wie steil die Kurve bergauf geht. — Diese Graphik zeigt das Wachstum der ÖBB-Defizite, diese das Wachstum des Bundestheater-Defizits und diese die Entwicklung der Defizite zwischen 1966 und 1978. Meine Damen und Herren, da ist das Wachstum vorhanden, und das sind die Dinge, die wir und unsere Kinder in den nächsten Generationen werden bezahlen müssen.

Das Wachstum ist nicht im selben Ausmaß gegeben etwa bei der Erhöhung der Pensionen, wo Sie deutlich feststellen können, daß die realen Zuwachsraten weit unter den Werten liegen, wie sie beispielsweise zwischen 1966 und 1970 zur Zeit einer ÖVP-Alleinregierung gewesen sind.

Frau GR. Fast hat eine Eloge auf die Vollbeschäftigungspolitik der Gemeinde Wien gehalten und gesagt, daß diese Vollbeschäftigungspolitik auch weit über die Grenzen Wiens hinaus wirksam geworden sei. — Ich würde Ihnen einen Rat geben, Frau GR. Fast: Sagen Sie das den gekündigten oder von der Kündigung bedrohten Arbeitnehmern von Eumig, der „Vöslauer“ und von „Rella“, die werden sich über Ihr Eigenlob freuen!

Was Sie gemacht haben, ist unter anderem auch Indexkosmetik, denn Sie wissen ganz genau, daß Sie aus der Arbeitslosenstatistik die Zehntausenden karenzierten Mütter oder die Tausenden Pensionsanwärter herausgenommen haben. Mit Indexkosmetik werden Sie jedenfalls keine Arbeitsplätze erhalten und schon gar nicht neue Arbeitsplätze schaffen! (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist heute vom Herrn Finanzstadtrat auch

über Stagnation und Krise gesprochen worden. Ich möchte auf eine Stagnation und eine Krise hinweisen, die bisher mit keinem Wort erwähnt wurde, auch nicht vom Herrn Berichterstatter.

In den vergangenen Jahren ist immer wieder darauf hingewiesen worden, welch gutes Verhältnis zwischen dem Bund und der Stadt Wien bestehe und wie gut man seit Beginn der sozialistischen Regierung mit dem Bund sprechen könne. Man muß heute feststellen, daß eine Stagnation der Unterstützung des Bundes für seine Hauptstadt eingetreten ist und daß es eine Krise im Verhältnis zwischen dem Bund und der Gemeinde Wien gibt.

Es findet sich im Finanz- und Investitionsplan für die nächsten fünf Jahre kein Hinweis auf diese Bundesleistungen, mit Ausnahme des lapidaren Satzes, daß irgendwann einmal anfangs der achtziger Jahre der Bundesbeitrag für die U-Bahn auslaufen wird. Es findet sich aber ein Indiz, nämlich in der Steigerung der sonstigen Einnahmen der Gemeinde Wien während der nächsten Jahre, die nur 2,6 Prozent beträgt gegenüber einer erwarteten Steigerung der Gesamteinnahmen von 5,3 Prozent; das heißt, genau die Post, wo die Bundesmittel für Wien enthalten sind, steigt nur halb so stark wie die übrigen Einnahmen und um vieles weniger als die Summe der Ausgaben.

Das beweist, daß die Bemühungen um Bundesleistungen für die Bundeshauptstadt in den letzten Jahren und vor allem im letzten Jahr erfolglos waren. Es beweist eine deutliche Verschlechterung des Klimas zwischen der Bundesregierung und der Gemeinde Wien, und es beweist, daß offensichtlich das Kronprinzenduell Gratz-Androsch — denn hier finden ja die Hauptgespräche statt oder sollten es zumindest — zu Lasten der Bundeshauptstadt geht. Die Entwicklung steht jedenfalls im Widerspruch zu zahlreichen Ankündigungen während der letzten Jahre, und ich möchte das anhand einiger Beispiele erläutern.

Erstes Beispiel: Der Problembereich S-Bahn-Ausbau und Verkehrsverbund wurde bereits im Nationalratswahlkampf 1971 von der SPÖ angekündigt. Am 23. September 1971 erklärte Verkehrsminister Fröhbauer laut „Rathaus-Korrespondenz“, der Ausbau des S-Bahn-Netzes sei vordringlich, und zwar unter besonderer Berücksichtigung des geplanten Verkehrsverbundes. Dann ist zwei Jahre nichts geschehen, und 1973 hat Verkehrsminister Lanc, der nächste Verkehrsminister, laut „Rathaus-Korrespondenz“ vom 19. September 1973 erklärt: Das Grundsatzkonzept für den Verkehrsverbund ist genehmigt. — Wir stehen heute, meine Damen und Herren, im Jahre 1978, und es ist in dieser Hinsicht nichts weitergegangen. Es wurde zwar 1974 eine Verkehrsverbundorganisation gegründet, es wurde weiters von Bürgermeister Gratz im Nationalratswahlkampf 1975 angekündigt, daß es bereits bis April 1976 eine erste Etappe des Verkehrsverbundes geben würde, aber es hat sich in dieser Sache nichts getan.

In diesem Zusammenhang ist ein Leserbrief sehr interessant, ein Leserbrief des Generaldirektors der Österreichischen Bundesbahnen, Dr. Pycha, in der

„Presse“ vom 19. November 1977, also vor einem Jahr. Da heißt es: „Die seit Gründung der Verkehrsverbundorganisationsgesellschaft im Herbst 1974 aufgenommenen Vorarbeiten für einen künftigen Verkehrsverbund schreiten unter Mitwirkung der beteiligten Verkehrsunternehmen planmäßig fort.“

Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir heute die Frage: Was schreitet fort, und wo gibt es einen Plan für diese Fortschritte? Ich kann Ihnen nur sagen, und jeder Wiener sieht es täglich, daß es den Verkehrsverbund nach wie vor nicht gibt und daß man in der letzten Zeit auch nichts mehr davon hört.

Es wurde sogar ein Koordinator für Kontakte mit den Österreichischen Bundesbahnen und bei den Österreichischen Bundesbahnen ein Generalbevollmächtigter — das ist überhaupt ein Modewort geworden — für den Nahverkehr bestellt, der die Verbindung mit den Vertretern der Stadt Wien zu halten hat. Dann heißt es im Leserbrief des ÖBB-Generaldirektors weiter: „Diese beiden Herren halten auch selbst monatlich zu fixen Terminen freie Besprechungen ab, wobei jede Verwaltung mit aktuellen Problemen an die andere Verwaltung herantreten kann. Diese Einrichtung hat sich sehr gut bewährt und zu brauchbaren Ergebnissen geführt.“

Meine Damen und Herren! Wenn Bundeskanzler Dr. Kreisky als Generalbevollmächtigter seiner Partei genauso gut funktioniert wie der Generalbevollmächtigte für den Verkehrsverbund, dann muß uns um die Zukunft unseres Landes bange sein, denn auf dem Gebiet des Verkehrsverbundes ist nichts weitergegangen.

Es wird übrigens in diesem Leserbrief darauf hingewiesen, daß hinsichtlich der Flughafenbahn — auch ein Teilprojekt des Ausbaues des Schnellbahnnetzes — der weitere Ausbau nach Maßgabe der jeweiligen Anträge der Stadt Wien durchgeführt wird. Es erhebt sich die Frage: Entweder wurden von der Stadt Wien keine Anträge gestellt, oder der ÖBB-Generaldirektor lügt. Ich wäre sehr interessiert daran, wenn Sie uns aufklären könnten, was hier wirklich vor sich geht. Tatsache ist jedenfalls, daß es die Flughafenschnellbahn bis heute nicht gibt und daß auch hier keine wesentliche Bautätigkeit festzustellen ist.

Es ist nichts geschehen, es ist Tatsache, daß in den letzten Jahren nur geredet und nichts erreicht wurde. Ob Gratz oder Slavik, ob Fröhbauer, Lanc oder Lausecker, man kann sagen, die sozialistischen Politiker kommen und gehen, aber mit dem Verkehrsverbund und mit dem Ausbau des Schnellbahnnetzes geht nichts weiter. Die Frage Schnellbahnnetz und Verkehrsverbund ist zu einem Wahl-dauerbrenner geworden, und wir werden sehr kritisch und aufmerksam verfolgen, ob nicht im Nationalratswahlkampf im kommenden Jahr neuerlich wieder mit Versprechungen gearbeitet wird, denn zumindest nach den letzten Wahlen hat sich gezeigt, daß diese Wahlversprechungen über die Bundesunterstützung für Wien im Bereich S-Bahn und Verkehrsverbund leere Worte waren. Bürgermeister Gratz hat sich offensichtlich gegenüber der



Bundesregierung, gegenüber Finanzminister Androsch nicht durchgesetzt.

Ein zweites Beispiel: Der Verschiebebahnhof Kledering ist die Voraussetzung für einen S-Bahn-Verkehr auf der Verbindungsbahn und auf der Vorortelinie, wozu Sie sich auch erst jetzt im Frühjahr 1978 bekannt haben. Bereits im Jahre 1971 hat der damalige Verkehrsminister Fröhbauer in einer Wahlversammlung in der Leopoldstadt erklärt: „So wie die Vollaufführung der Elektrifizierung wird auch die geplante Auflösung von 16 Rangierbahnhöfen in Wien ein Beitrag zum Umweltschutz sein. An ihrer Stelle soll ein großer Rangierbahnhof südlich von Wien bei Kledering errichtet werden.“ — 1975, vier Jahre später, heißt es dann in der „Wiener Zeitung“: „Der Bau des Zentralverschiebebahnhofes für Wien-Kledering wird vorgezogen werden.“

Bürgermeister Gratz hat dem Bund sogar Finanzhilfe zugesagt, wenn Wien für die freiwerdenden Bahnhofsgelände eine Option erhielte. Inzwischen sind sieben Jahre ungenutzt vergangen, acht Jahre Bauzeit würden noch bevorstehen. Das Wort des Bürgermeisters, das Wort des Leopold Gratz scheint jedenfalls beim Bund wenig Gewicht zu haben. Auch hier hat sich der Bürgermeister gegenüber dem Bund nicht durchgesetzt.

Drittes Beispiel: Der Problemkreis U-Bahn und Hochwasserschutz, die größten und kostspieligsten Projekte der Gemeinde Wien für die nächsten Jahre.

Am 7. April 1975 hat die neukonstituierte Stadtplanungskommission den Herrn Finanzstadtrat Mayr beauftragt, für die zweite U-Bahn-Phase und einen Bundesbeitrag für den Hochwasserschutz mit dem Bund zu verhandeln. Es hat ja schon im Jahre 1971 einen Vorschlag gegeben, wonach sich der Bund mit einem Drittel der Gesamtkosten am Hochwasserschutzprojekt, also auch an der Donauinsel, beteiligt, wenn ihm dafür ein Drittel der Grundflächen überlassen wird.

Im Jahre 1975, wenige Tage nach dieser Sitzung der Stadtplanungskommission, hat Bürgermeister Gratz in einem „Kurier“-Interview erklärt: „Androsch ist gesprächsbereit, sowohl über eine Valorisierung des derzeitigen Zuschusses als auch über die zweite Etappe des U-Bahn-Baus.“

Und am 5. Dezember 1977 heißt es in der amtlichen „Rathaus-Korrespondenz“: „Zwischen Bund und Stadt Wien werden derzeit Finanzierungs-gespräche über die U3 geführt. Finanzstadtrat Hans Mayr erklärte in einem Pressegespräch, daß diese Gespräche sehr zügig geführt werden und bald positive Ergebnisse erwarten lassen.“

Das ist jetzt ein Jahr her, meine Damen und Herren, und ich bin gespannt auf den Bericht des Herrn Finanzstadtrates, welche positive Ergebnisse diese Gespräche gezeitigt haben. (Stadtrat Neusser: Es ist ein gutes Klima geschaffen worden! — GR. Hahn: Ein Reizklima!)

Inzwischen ist wieder ein Jahr vergangen. Der Finanz- und Investitionsplan enthält nur den lapidaren Satz, daß die Beitragszahlungen des Bundes

für die U-Bahn auslaufen. Keine Rede von einer Valorisierung, keine Rede von einer Bundesleistung für die zweite U-Bahn-Etappe. Gratz scheint wieder einmal bei Androsch auf taube Ohren gestoßen zu sein. Gratz hat sich offensichtlich nicht gegenüber der sozialistischen Regierung durchgesetzt.

Viertes Beispiel: Es wurde in der letzten Zeit immer wieder über Grundstücksprobleme und Bodenbeschaffungsprobleme der Stadt Wien gesprochen. Es haben sich auch zwei Anfragen sozialistischer Gemeinderäte in der heutigen Fragestunde damit befaßt.

Es wurde über Probleme der Bodenbeschaffung diskutiert, über Probleme mit privaten Grundeigentümern und über Probleme mit Spekulanten. Die Grundstücksaffäre hat im heurigen Sommer einen breiten Raum in der Diskussion der Öffentlichkeit eingenommen.

Die Frage erhebt sich jetzt: Gibt es solche Probleme mit Grundeigentümern und Spekulanten, auch mit der Bundesregierung, mit Ihrer sozialistischen Bundesregierung? Ich darf darauf hinweisen, daß seit vielen Jahren Verhandlungen geführt werden über die Zurverfügungstellung von Kasernengründen an die Stadt Wien. Es handelt sich konkret um die Karls-Kaserne im 22. Bezirk, nicht weit von den Tamariskengründen, die Ihnen ja sicherlich aus der Grundstücksdiskussion ein Begriff sind, weiters um die Starhemberg-Kaserne im 10. Bezirk und um die Radetzky-Kaserne im 16. Bezirk. Diese beiden Kasernen nehmen zusammen eine Grundfläche von rund 66.000 Quadratmetern ein. Dazu kommen noch Projekte für die Überbauung von Bahnanlagen. (Amtsf. Stadtrat Heller: Die Rennweg-Kaserne haben Sie vergessen! Der Herr Präsident Hahn ist schon fortgegangen!) Sehr richtig, Herr Stadtrat! Die gehört noch dazu. Dort soll ja auch etwas geschehen.

Es kommt noch etwas dazu, Herr Stadtrat, nämlich die Überbauung von Bahnanlagen, die ebenfalls seit vielen Jahren von den Bundesbahnen in die Diskussion geworfen wird. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß allein die Überbauung des Aspang-Bahnhofes eine zusätzliche Fläche von 128.000 Quadratmetern bringen würde.

Meine Damen und Herren! Wenn wir diese Grundflächen zusammenrechnen, dann hätten wir uns sicherlich die ganze Grundstücksaffäre um die Marco-Polo- und Tamariskengründen ersparen können, denn dort hätten wir uns beim Bund die Grundflächen holen können, die wir um teures Geld den Spekulanten abgekauft haben. (Beifall bei der ÖVP.) Dort hätten wir verzichten können, wenn wir auf der anderen Seite diese Grundflächen hätten erwerben können. Jedenfalls hat man sich mit den privaten Grundstücksspekulanten rascher geeinigt als mit der sozialistischen Bundesregierung. Auch das ist ein Beweis dafür, daß sich der Bürgermeister offensichtlich nicht gegenüber der sozialistischen Bundesregierung durchsetzen kann. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Man könnte die Zahl dieser Beispiele noch weiterführen. Beispielsweise mit dem Allgemeinen

Krankenhaus, worüber die „Arbeiter-Zeitung“ am 15. September 1971 berichtete: „Zurzeit wird von Stellen des Bundes und der Stadt Wien untersucht, ob die Bauzeit für das Allgemeine Krankenhaus um rund fünf Jahre verkürzt werden kann, wenn Bund und Wien bereit sind, mehr Mittel als bisher aufzuwenden.“

Das einzige, was bisher geschehen ist: Die Gemeinde Wien mußte mehr Kosten aufwenden, die Kosten steigen ins Gigantische, aber von einer Bauzeitverkürzung ist jedenfalls bisher nicht die Rede. Auch hier: Kein Durchsetzungsvermögen der Stadt Wien bei den Bundesdienststellen.

Oder bei der Spitalsfinanzierung, die heute der Herr Finanzstadtrat erwähnt hat. Dazu muß man sagen, daß in Wien 50 Prozent der Spitalsdefizite entstehen, daß es aber Wien aufgrund einer schwachen Verhandlungsbasis gegenüber dem Bund nur gelungen ist, 25 Prozent aus dem Krankenhaushaus des Bundes zu erhalten. Das heißt, daß sich auch hier die Stadt Wien gegenüber der sozialistischen Bundesregierung nicht durchsetzen wollte oder nicht durchsetzen konnte.

Ein weiteres Beispiel sind etwa die Telefonlisten: Immer noch warten Zehntausende Wiener auf einen Telefonanschluß!

Weiteres Beispiel: Die Wiener Symphoniker und die Wiener Festwochen, wo die Beiträge des Bundes nicht nur eingefroren sind, sondern jetzt noch weiter zurückgegangen sind.

Oder beim Nahverkehr, wo der Bund die Bemühungen Wiens um eine Verbesserung des Nahverkehrs unterläßt, indem er beispielsweise mit 1. Februar 1978 die Bahntarife erhöht hat, um 11 Prozent im Durchschnitt, aber im Nahverkehr zwischen 1 und 15 Kilometer um 25 bis 33 Prozent. Das ist kein Beitrag zur Förderung des Nahverkehrs! Auch diesbezüglich hat sich offensichtlich die Stadt Wien gegenüber dem Bund nicht durchgesetzt.

Ein weiteres Beispiel: Die Nahverkehrsmilliarde des Bundes, für die die Bundeskraftfahrzeugsteuer eingeführt wurde. Es wurden zwar 300 Millionen Schilling im Wiener Raum eingesetzt, aber nicht für die Verbesserung des Nahverkehrs, sondern zur Tieflegung der Eisenbahnlinie von Wien nach Schwechat, was bestimmt kein wesentlicher Beitrag zum Nahverkehr ist, sondern eine widmungswidrige Verwendung von Nahverkehrsmitteln, wie wir sie einfach nicht unterschreiben können. (Beifall bei der ÖVP.)

Signifikant für das Verhandlungsklima zwischen Wien und dem Bund ist das Vorgehen der Gemeinde im Zusammenhang mit der Floridsdorfer Brücke. Sie erinnern sich: Am 24. Februar 1977 wurde im Parlament ein Antrag unseres derzeitigen Vizebürgermeisters Busek eingebracht, wonach die Floridsdorfer Brücke in das Bundesstraßennetz übernommen werden sollte. Es war dann eine längere Denkpause, nämlich bis zum 25. April 1978, und das hat die ÖVP-Fraktion hier im Gemeinderat zum Anlaß genommen, einen Antrag zu stellen, damit in dieser Sache weiter etwas geschieht.

Es hat daraufhin wieder eine Denkpause von zwei Monaten gegeben, und dann hat die Magistratsabteilung 4 — und das ist bezeichnend — am 22. Juni 1978 an den Finanzstadtrat eine Anfrage gerichtet, ob denn schon eine Zusage des Bundes vorhanden sei, die Floridsdorfer Brücke zu übernehmen. Es wurde mitgeteilt — das ist auch im zuständigen Gemeinderatsausschuß am 31. August 1978 zur Sprache gekommen —, daß keine Zusage vorliegt, und daraufhin lehnten die sozialistischen Gemeinderäte in diesem Ausschuß den Antrag ab.

Das heißt: Es wartet offensichtlich die sozialistische Fraktion mit einer Forderung, mit einer berechtigten Forderung an den Bund so lange, bis eine fixe Zusage da ist, um überhaupt an die Öffentlichkeit zu gehen. Solange diese Zusage nicht da ist, wird einfach nicht weiter verhandelt, und es geschieht weiter nichts.

Es ist klar, daß derzeit die öffentlichen Geschäfte des Finanzministers zumindest nicht so florieren wie seine privaten. Aber die Auswirkungen der Regierungspolitik auf die Bundeshauptstadt sind unübersehbar.

Kennzeichnend für das Verhältnis zwischen Wien und dem Bund ist auch, daß nur mehr dann Leistungen übernommen werden, wenn die Stadt Wien das Geld vorstreckt.

Es hat heuer, im April 1978, ein Pressegespräch, ein gemeinsames Auftreten von Androsch und Gratz stattgefunden — in der Öffentlichkeit zeigen sie sich ja noch manchmal zusammen, was die Verhandlungen um die Wiener Interessen anlangt, scheinen sie aber nicht mehr oft zusammenzukommen —, und da wurden Zusagen vom Finanzminister für Autobahnen, Bundesstraßen und Brücken in der Höhe von rund 3 Milliarden Schilling gemacht, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Stadt Wien diese Vorhaben vorfinanziert. Das bedeutet, daß die Stadt Wien fast 1 Milliarde Schilling für die Vorfinanzierung, für den Zinsendienst an Kosten übernehmen muß.

Schon vorher, bei den Mittelschulen, bei den Telefonanschlüssen, bei S-Bahn-Garnituren, wurde die Gemeinde Wien immer wieder zur Vorfinanzierung herangezogen. Dabei hat sich heute in der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderates herausgestellt, daß das ja noch der bessere Weg ist, denn der Herr Finanzstadtrat hat uns heute gesagt, wie das mit dem Wasserwirtschaftsfonds ausschauen wird. Die Stadt Wien hat um 70 Millionen Schilling weniger Einnahmen aus dem Finanzausgleich. Diese 70 Millionen zahlt sie aber in den Wasserwirtschaftsfonds ein und hat die Chance, vom Wasserwirtschaftsfonds, dessen Auswurf sozusagen um 700 Millionen Schilling steigen wird, diese 10 Prozent nämlich diese 70 Millionen Schilling, wieder hereinzubekommen, jedoch als Darlehen. Das heißt, die Stadt Wien muß jetzt dem Bund sogar schon Geld geben, damit sie es sich nachher vom Bund wieder ausborgen kann.

Das bedeutet eine Aushöhlung unserer Landesfinanzen, die wir einfach nicht in Kauf nehmen können. Wir haben eine Verantwortung gegenüber



der Gemeinde, und die müssen wir auch gegenüber dem Bund wahrnehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Man könnte diese Beispiele noch weiter fortsetzen. Ich möchte aber betonen, daß es nicht nur um Dinge geht, die den Bund zusätzliches Geld kosten, sondern daß es auch andere Möglichkeiten gibt, zu Leistungen des Bundes, die im Interesse der Hauptstadt liegen, zu kommen.

Was zum Beispiel das Bundesstraßennetz anlangt, so hat sich in den letzten Jahren herausgestellt, daß zahlreiche Stadtautobahnen, die durch Wohn- und Erholungsgebiete führen, nicht mehr zeitgemäß sind. Die Zeit ist vorbei, wo etwa Bürgermeister Slavik eine Alwegbahn an den Wohnfenstern vorbeiführen wollte oder wo eine Gürtelautobahn auf Stelzen an den Wohngebieten am Gürtel vorbeigehen sollte. Diese Zeit ist vorbei, und wir sollten umdenken. Dieses Umdenken sollte aber auch im Bundesstraßengesetz seinen Ausdruck finden. Einmal hat es einen Ausdruck gefunden: anlässlich der Übernahme der Floridsdorfer Brücke in das Bundesstraßennetz, wo die nördlichere Lobauschnellstraße gestrichen wurde.

Wir haben in unserem „Pro Wien“-Konzept auch andere Autobahnen und Schnellbahnen angeboten, die durch Wohn- und Erholungsgebiete gehen und auf die Wien ohneweiters verzichten könnte: beispielsweise die Autobahn durch die Brigittenau, die Autobahn über die Alte Donau, die bereits erwähnte Gürtelautobahn oder die B 222 durch Hietzing.

Das alles insgesamt aus dem „Pro Wien“-Konzept entnommen ... (GR. Dr. Hirschall: Was ist mit der A 1 und mit der A 3?) Man kann über alle diese Dinge diskutieren, Herr Gemeinderat. Das habe ich ja gerade heute angeregt. Unserer Meinung nach können 50 Kilometer Stadtautobahnen und Schnellstraßen ohneweiters aus dem Bundesstraßennetz herausgenommen werden; und die Wiener Bevölkerung wäre dafür im Hinblick auf Wohn- und Erholungsgebiete dankbar. Statt dessen wäre es notwendig, das Schnellbahnnetz mit der Vorortelinie und der Verbindungsbahn auszubauen, die Verlängerung der Gürtelstadtbahn nach Meidling in Angriff zu nehmen und den U-Bahn-Bau zu beschleunigen. Hier könnten Sie mit dem Bund ein Tauschgeschäft machen nach dem Motto: Tausche Stadtautobahn gegen Schnellbahn. Die Wiener wären Ihnen sicherlich dankbar. Vielleicht könnte sich Bürgermeister Gratz wenigstens mit dieser Forderung von „Pro Wien“ bei Androsch durchsetzen. (Beifall bei der ÖVP. — Amtsf. StR. Hans Mayr: Das geht nicht!) Sagen Sie nicht, Herr Finanzstadtrat, das geht nicht; jede Vereinbarung geht. Es hat ja auch schon andere Vereinbarungen mit dem Bund gegeben. Und daß man das Bundesstraßennetz ändert, dort Autobahnen streicht und dafür andere Mittel für Wien flüssig macht, das ist sicher auch möglich. Sie haben selbst auch schon ähnliche Vorschläge, was die Bundesmineralölsteuer anlangt, an den Bund herangetragen, nur haben Sie sich bisher leider auch nicht damit durchgesetzt.

Ich möchte zusammenfassen, daß zahlreiche Bundesleistungen vom Bürgermeister mit stärkerem Nachdruck vertreten werden müßten. Der Bund hat eine Verpflichtung gegenüber seiner Hauptstadt, vor allem auch auf dem Gebiet des regionalen Verkehrs. Als Hauptpunkte möchte ich nennen die Verbesserung der regionalen Verkehrsverhältnisse unter Bedachtnahme auf den öffentlichen Verkehr mit Ausbau des Schnellbahnnetzes unter Einbeziehung der Vorortelinie, Verbindungsbahn und auch unter Einbeziehung des Ausbaues des U-Bahn-Netzes sowie Herstellung des Verkehrsverbundes, der seit vielen Jahren angekündigt wird, aber bis heute nicht realisiert wurde.

Zweitens: eine Neubewertung des Bundesstraßennetzes in Wien, drittens: Maßnahmen zur Verbesserung der Krankenhaussituation, insbesondere Vorlage eines Finanzierungskonzeptes für das Allgemeine Krankenhaus für die Zeit nach 1981 und außerdem eine rasche Entscheidung über die städtebauliche Nutzung der Liegenschaften des Bundes in Wien, wie beispielsweise die Absiedlung der Starhemberg-Kaserne, der Karls-Kaserne und der Radetzky-Kaserne aus dem dichtverbauten Stadtgebiet auf weniger wertvolles Land, und die Überbauung der Bahnanlagen.

Wir wenden uns gegen eine „Wien-Weglegung“ aus innerparteilichen Gründen, nur weil der eine SPÖ-Kronprinz mit dem anderen Kronprinzen nicht reden kann und der andere dem einem nicht unter die Arme greifen will. Wir stellen fest, daß die Stadt Wien in den letzten Jahren von der Bundesregierung als Bittsteller behandelt worden ist. Das ist eine Vorgangsweise, die wir als Wiener im Bewußtsein unserer Landesfunktion und Hauptstadtfunktion einfach nicht auf uns nehmen können. Die Gesprächstermine werden immer wieder verschoben, und die Verpflichtungen Wien gegenüber werden zwar angekündigt, aber nicht eingehalten.

Wir wollen einen Bürgermeister, der nicht nur das gute Verhältnis zwischen Bund und Wien in Sonntagsreden betont, sondern der auch die berechtigten Wünsche gegenüber der Bundesregierung wirklich durchsetzt. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Herr StR. Mayr zum Wort. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Hans Mayr: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin begeistert von jeder politischen Diskussion, und ich nehme jede politische Diskussion mit großer Freude auf. Allerdings stört es mich bei einer Diskussion, die politisch sein will, wenn die dargelegten Daten und Fakten nicht stimmen.

Ich darf der Einfachheit halber mit den Ausführungen des Herrn GR. Fürst und all seinen Beispielen beginnen, die er hier aufgeführt hat.

Das erste war die Frage des Verkehrsverbundes. Wir haben weitgehende Übereinstimmung in Fragen des Verkehrsverbundes erzielt. Bisher ist aber jede Vereinbarung daran gescheitert, daß Niederösterreich erklärt hat, es nehme zwar die Vorteile

in Anspruch, sei aber nicht bereit, auch nur einen Groschen dafür zu bezahlen.

Das kann man jetzt als Schuld des Bundes oder sonst jemandes sehen. Für mich ist es eindeutig: Man kann für die Bürger eines Landes nicht die Vorteile eines Verkehrsverbundes in Anspruch nehmen, jedoch nicht bereit sein, sich entsprechend an den Kosten zu beteiligen.

Zur Flughafenschnellbahn: Von der Stadt Wien wurde kein Antrag gestellt. Wir haben in diesem Sinn keine Anträge zu stellen, vor allem dann nicht, wenn ein erheblicher Teil der Flughafenschnellbahn auf niederösterreichischem Gebiet liegt. Es sei denn, Sie meinen damit, wir sollen auch die Kosten übernehmen, die Niederösterreich zu tragen hätte.

Der nächste Punkt der so rasch heruntergesprochenen Aufzählung: Kledering. Glaubt man denn wirklich, daß der größte Vershubbahnhof Österreichs in einigen wenigen Monaten vorgeplant ist? (GR. Hahn: Von 1971 bis 1978!) Der Baubeginn für Kledering ist für nächstes Jahr vorgesehen. Wenn Sie bitte in das Budget des Bundes sehen, werden Sie dort die notwendigen Budgetraten finden. (GR. Fürst: Notwendig würde ich nicht gleich sagen!) Wir werden auf „notwendig“ und „unterbudgetiert“ noch zu sprechen kommen. Nur, glaube ich, sollte man es sachlich und mit allem Nachdruck tun.

Nächster Punkt: U-Bahn-Bau, Androsch ist gesprächsbereit. Ja, Androsch war nicht nur gesprächsbereit, sondern er hat ein Viertel der sogenannten Nahverkehrsmilliarde, das sind in Wirklichkeit 25 Prozent der Kfz-Steuer, für den U-Bahn-Bau zur Verfügung gestellt. Das, was Sie als 300 Millionen angegeben haben, ist völlig falsch. Ich darf Ihnen das erklären.

Von den gesamten Mehreinnahmen der Erhöhung der Kfz-Steuer, 100 Prozent gleichgesetzt, gehen 60 Prozent für Ausbauten der Österreichischen Bundesbahnen für den Nahverkehr. Davon sind diese 300 Millionen Schilling genommen. 25 Prozent kommen dem Wiener U-Bahn-Bau zugute und 15 Prozent den Nahverkehrseinrichtungen der Gemeinden, wobei diese 15 Prozent nach den Nahverkehrszuschüssen des Finanzausgleiches aufgeteilt werden, so daß Wien von diesen 15 Prozent 55 Prozent bekommt. (Widerspruch bei der ÖVP.) Entschuldigen Sie, ich bringe es noch einmal. Wenn die Gesamtsumme der Kfz-Steuer 100 Prozent sind, gehen 60 Prozent an die Bundesbahnen für Nahverkehrsprojekte. 25 Prozent davon gehen an den Wiener U-Bahn-Bau, und 15 Prozent sind für die Nahverkehrseinrichtungen der Gemeinden. Von diesen 15 Prozent sind mehr als die Hälfte, 55 Prozent, für die Wiener Verkehrsbetriebe. (StR. Neusser: Rund 80 Millionen!)

Meine Damen und Herren! Wir haben derzeit ein Aufkommen bei der Erhöhung der Kfz-Steuer, das bei rund 1,2 Milliarden Schilling liegt. Das heißt, Wien bekommt für den U-Bahn-Bau zirka 320 Millionen Schilling. (GR. Hahn: 326 Millionen waren es!) Da unterscheiden sich die Schätzungen ein klein wenig. Für den gesamten Bereich der gemeinde-

eigenen Nahverkehrsmittel steht ein weiterer Betrag von rund 150 Millionen Schilling zur Verfügung, davon für Wien 80 Millionen.

Mit den 300 Millionen Schilling, die Sie angeführt haben, hat das überhaupt nichts zu tun. Diese 300 Millionen Schilling stammen aus den 60 Prozent, die der Bund für die Österreichischen Bundesbahnen, für die Nahverkehrseinrichtungen zugrundelegt. Hier gibt es allerdings die Bedingung, daß die Länder, die solche Leistungen wünschen, ein Fünftel dazuzahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe das deswegen ein bißchen ausführlicher gesagt, weil es so deutlich zeigt, von welcher „profunden Sachkenntnis“ diese Ausführungen getragen waren und wie schwer es aufgrund dieser „Sachkenntnis“ ist, darüber die politische Diskussion zu führen.

Mit der Bundesstraßenvorfinanzierung in Höhe von fast einer Milliarde Schilling an Kosten ist es genauso. Ich habe damals nicht nur einmal, sondern in einigen Gremien vorgerechnet, daß die gesamte Vorfinanzierungsquote von 3 Milliarden Schilling die Stadt Wien voraussichtlich einen Betrag von 600 Millionen Schilling kosten wird. Ich sage deswegen voraussichtlich, weil erst nach Ende der Kreditlaufzeit die genauen Kosten feststellbar sind. Bei den derzeitigen Kosten sind es 600 Millionen Schilling, und diese 600 Millionen Schilling entsprechen in der Größenordnung jenen Kosten, die der Bund für die Übernahme der Floridsdorfer Brücke aufzubringen hatte. Er hat die Floridsdorfer Brücke sogar rückwirkend, obwohl wir den Baubeginn bereits durchgeführt hatten, übernommen. (GR. Hahn: Das war ein ÖVP-Antrag vom Busek! — Heiterkeit bei der SPÖ.)

Bitte, ich verstehe das jetzt nicht, ich verstehe Ihre Argumentation nicht ganz: Erstens war es ein ÖVP-Antrag, und zweitens war es schlecht. Das verstehe ich nicht.

Ich darf noch einiges zu den Debattenbeiträgen sagen, meine Damen und Herren. Bundesstraßenvorfinanzierung, Verzicht auf Autobahnen in Wien: Wir leben bekanntlich in einem Bundesstaat, manchmal hört man, wir haben einen kooperativen Bundesstaat. Der Ausbau der österreichischen Bundesstraßen erfolgt überwiegend aus zweckgebundenen Mitteln. Ich möchte eine Frage an Sie stellen: Glauben Sie ernsthaft, wenn eines der acht Bundesländer, die an diesen zweckgebundenen Mitteln partizipieren, von sich aus und freiwillig auf hohe Kosten aus diesem Topf verzichtet, daß die anderen dann sagen: Diese zweckgebundenen Mittel darfst du für etwas ganz anderes verwenden! Lassen Sie mich doch eines offen sagen: Der Verzicht Wiens auf Bundesstraßen in diesem Ausmaß würde von allen anderen Bundesländern dazu benutzt werden — von ihrem Standpunkt aus durchaus mit Recht —, diese Mittel für Bundesstraßen in ihren Bundesländern zu reklamieren.

Meine Damen und Herren! Wieder stehe ich vor einer Informationslücke, deren Weite ich gar nicht abschätzen kann: Wien war das letzte Bundesland,



nicht nur in zeitlicher Reihenfolge, sondern auch in sachlicher Hinsicht, das Bundesstraßen vorfinanziert hat. Alle anderen haben es längst vor uns getan. Ich habe nichts dagegen, daß Sie es kritisieren, aber wissen sollten Sie es zumindest. Die Kritik sollte doch wenigstens teilweise auf Sachwissen aufgebaut sein und nicht nur auf Wunschvorstellungen. (StR. Neusser: Was ist mit den Kasernen!)

Ich darf Ihnen generell zu den Verhandlungen mit dem Bund den Vorschlag machen, den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen, das ich bereits weitgehend kenne, dessen Formulierungen lediglich ausständig sind, abzuwarten und dann Stellung zu nehmen. Ich glaube, das wäre eine viel zweckmäßigere Vorgangsweise, als zu versuchen, etwas zu erraten, und das, was man gar nicht erraten hat, dann zu kritisieren. (StR. Dr. Goller: Wann kommt dieser Bericht, Herr Finanzstadtrat?) Das wird, meine Damen und Herren, so zeitgerecht sein, daß in allen unseren Bemühungen kein Zeitverlust auftreten wird, und das wird so sachlich ausdiskutiert sein, daß diese Übereinkunft nach jeder Richtung hin hält.

Nehmen Sie bitte ein Beispiel dafür. Ich habe selbst in meinen Einleitungsworten gesagt, daß es notwendig werden wird, in absehbarer Zeit über die Frage des U-Bahn-Baues eine grundsätzliche weitere Entscheidung zu treffen. Ich darf dazu bitte feststellen: Sowohl beim U-Bahn-Bau als auch beim Hochwasserschutz laufen die Zuschüsse des Bundes noch bis ins Kalenderjahr 1981.

Heute wurde von zwei Seiten her, von den beiden Oppositionsparteien, die Frage nach der U6 statt der U3 gestellt. Mir ist natürlich auch bekannt, daß die U3 das wesentlich teurere Bauvorhaben ist. Ich weiß aber nicht, ob den beiden Debattenrednern bekannt ist, daß bei einer Umstellung der Gürtellinie der Stadtbahn auf U-Bahn-Betrieb die vorhandenen Betriebsbahnhöfe nicht mehr ausreichen würden. Den nächsten Betriebsbahnhof, der ausreicht, erreiche ich erst mit der U3. (GR. Hahn: Wir sind ohnehin für die U3!) Nein, bitte. Sowohl beim Kollegen Hirnschall als auch beim Kollegen Wöber ist diese Frage aufgetaucht. (GR. Hahn: Ich habe darüber gesprochen. Herr Stadtrat!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube daher, man soll sich sehr gut ... (GR. Hahn: Sie wissen, daß wir einen Bahnhof brauchen, weil sonst die Garnituren einfrieren! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich weiß nicht, welchen Prozentsatz von Fehlleistungen man akzeptieren kann. Wenn ich Sie falsch verstanden habe, stehe ich nicht an, mich dafür ausdrücklich zu entschuldigen. Ich freue mich, daß Sie sich auf einer sachlichen Basis bewegen. Ich habe genügend Gelegenheit gehabt, andere Punkte festzustellen. Ich kann, wenn Sie wollen, die Diskussion beliebig weiterführen.

Herr GR. Hahn hat gefragt, ob die Hypothekarkredite für die Wohnbauförderung auch gegeben werden können, weil wir bekanntlich im nächsten Jahr die Zahl der Förderungen deutlich erhöhen. Ich bin da optimistisch, möchte aber Herrn GR.

Hahn ein Angebot machen: Wenn er mit seinen Genossenschaften Schwierigkeiten hat, so verwende ich mich dafür, daß die Finanzierung über die der Stadt Wien nahestehenden Kreditinstitute erfolgen kann. Ich würde mich dafür verbürgen, daß die notwendigen Kredite gegeben werden können.

Der fünfjährige Wohnbauplan wurde erstmals vorgelegt. (Zwischenruf bei der ÖVP: In einer neuen Form!) Richtig, erstmals in einer neuen Form. Aber an sich ist der fünfjährige Plan eine Vorschrift des Wohnbauförderungsgesetzes, und er ist daher immer wieder erarbeitet worden. (GR. Hahn: Nur hat es keiner gemacht! — StR. Neusser: Einjährig war er bisher und nicht fünfjährig!)

Ich freue mich auch, daß es in einer Rede gelungen ist, zwei Dinge gleichzeitig zu verlangen. Ich habe mir zwei Sätze aus der Rede des Herrn GR. Hahn wörtlich mitgeschrieben. Einmal meinte er, Hauptursache für die Schwierigkeiten der Betriebe sei die sozialistische Belastungspolitik, die die Erzielung von Gewinnen unmöglich macht. Ich hoffe, ich habe sinngemäß richtig zitiert. Etwas später meinte er dann: Private Betriebe sollen nicht zu Subventionsempfängern gemacht werden. Gleichzeitig stellte er fest, daß die Subventionen für private Betriebe, die in diesem Voranschlag wesentlich höher als bisher angesetzt sind — und das ist entscheidend —, noch immer zu gering sind. (GR. Dkfm. Dr. Wöber: Es sind ja Förderungsmittel und keine Subventionen! Das muß man sehr genau unterscheiden!) Also diesen feinen Unterschied überlasse ich Ihrer Beurteilung. (GR. Hahn: Zwischen einem Zinsenzuschuß und einer Subvention ist doch ein Unterschied!) Wir sind in weiten Bereichen längst vom Zinsenzuschuß abgegangen und auf den einmaligen Förderungsbeitrag oder zur zehnprozentigen Subvention — wie Sie das immer nennen wollen — übergegangen. (GR. Dkfm. Dr. Wöber: Förderungsbeitrag!) Ich frage mich, wo der Unterschied beim Förderungsbeitrag für den Betrieb X und bei der Subvention für den Verein Y liegt. Beide könnten ohne Unterstützung ihre Aufgaben nicht erfüllen. (StR. Neusser: Den Unterschied scheinen Sie vergessen zu haben. Warum sind Hunderte Betriebe abgewandert? Wegen der Steuerpolitik des Androsch!)

Ich habe vor kurzem jene Zwischenrufe nachgelesen, die anlässlich einer Budgetdebatte in der Ersten Republik gemacht worden sind. Damals haben Ihre Vorgänger ähnliche Zwischenrufe gemacht. Wenn es in Wien Betriebe gegeben hat, die abgesiedelt wurden, dann nicht aufgrund unserer Steuerpolitik und unserer Gebührenpolitik, sondern deshalb, weil es aufgrund unserer Politik durch Jahre und Jahrzehnte zu wenig Arbeitskräfte gegeben hat. Das ist die Wahrheit!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nehmen wir als anderes Beispiel die Gebrauchsgebühr für die Gaswerke, die mit 3 Prozent festgesetzt ist und 62 Millionen Schilling ausmacht. Ich erinnere mich an die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Stadtsenates über die Wirtschaftspläne der Stadtwerke. Damals haben Sie einen Antrag eingebracht. Der bezweckte jedoch nicht,

wie Sie es heute verlangt haben, diese 62 Millionen Schilling den Gaswerken zugutekommen zu lassen, sondern die notwendige Preiserhöhung bei den Gaswerken um diesen Betrag zu vermindern.

Meine Frage ist nun: Wie logisch ist denn diese Argumentationskette? Die Gaswerke hätten diese 62 Millionen Schilling so oder so nicht bekommen. Wenn diesen Betrag aber die Hoheitsverwaltung bekommt, dann hat sie — das hat sie in den letzten Jahren nicht nur einmal bewiesen — immer wieder die Möglichkeit, entweder auf die Bezahlung der Gebrauchsgebühr zu verzichten, sie zu stunden oder den Stadtwerken direkt Gelder zukommen zu lassen. (GR. Hahn: Das ist aber ein Mißtrauen gegen den Stadtrat Nekula. Der weiß doch auch, was er mit den 62 Millionen Schilling anfangen soll!) Die Sie ihm nicht gegeben hätten. Er hätte ja um 62 Millionen Schilling weniger bekommen, wenn die Gaspreiserhöhung nach Ihrem Antrag durchgegangen wäre. (StR. Neusser: Zugunsten der Gasabnehmer wäre das gewesen, Herr Stadtrat!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Während Sie auf der einen Seite ununterbrochen ein Mehr an Leistungen verlangen, verlangen Sie auf der anderen Seite ununterbrochen, daß die Einnahmen dieser Stadt beschnitten werden sollen. Das zieht sich wie ein roter Faden durch alle Ihre Diskussionsbeiträge.

Sie haben sehr oft von den Belastungen der Betriebe gesprochen und die Bundespolitik in der Diskussion erwähnt. Fragen Sie Ihren Arbeiter- und Angestelltenbund, welche Belastungen er den Betrieben in der nächsten Zeit zumuten will. Fragen Sie ihn, und Sie werden erfahren, daß man sich in sozialen Forderungen nicht stark genug machen kann, daß man sich auf den Weg des Linksüberholens ohne Rücksicht auf Verluste begibt. Machen Sie sich das in Ihren Reihen aus, und verlangen Sie es nicht von den anderen. (Beifall bei der SPÖ. — StR. Dr. Goller: Ein reiner Demagoge sind Sie!)

Die logischen Unvereinbarkeiten gehen aber weiter. Während man auf der einen Seite sagt, es muß mehr getan werden, damit der öffentliche Haushalt für die Arbeitsplatzsicherung wirksam wird, kreidet man es dem ehemaligen Bürgermeister und Finanzreferenten Slavik als schlecht an, daß er ein Kapitel seines Buches mit Mammutprogramm überschrieben hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie diese Diskussion aufnehmen wollen, können wir es gerne tun, denn dort, wo wir verantwortlich sind, ist dadurch keiner zu Schaden gekommen. (Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP. — StR. Neusser: Nur der Steuerzahler. Wir alle sind drangekommen!)

Meine Damen und Herren! Dort, wo wir eine Milliarde Schilling in den Betrieb der Schöllerbank hineingesteckt haben ... (Zwischenruf bei der ÖVP: Wer ist wir?) Die Steuerzahler! Dort, wo die Präsidenten der Industriellenvereinigung tätig sind, die so viele gute Ratschläge für uns haben, dort gibt es eine Pleite nach der anderen, von der Vöslauer Kammgarnfabrik bis zum Abkauf eines Grundstückes für einen bekannten Wiener Lebensmittelbetrieb. (StR. Dr. Goller: Lautstärke ist überhaupt

kein Argument! — StR. Neusser: Der will seinen Kopf retten, deshalb schreit er so polemisch! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie halbwegs objektive Maßstäbe anlegen würden, dann würde sich manches in dieser Diskussion leichter besprechen lassen. Darf ich Ihnen wieder ein Beispiel für die Objektivität der Maßstäbe bringen. Wir haben vor einigen Jahren die Prozentangaben über die Höhe der Ausgaben und der Einnahmen umgestellt. Wir haben bis vor einigen Jahren die sogenannten kassenunwirksamen Durchführungen bei der Berechnung der Prozentsätze herausgenommen. Um eine Verwaltungsvereinfachung zu erreichen, wurde das umgestellt, das heißt, die Basis für die Prozentberechnung ist völlig anders geworden. Trotzdem werden die beiden Prozentsätze ohne Kommentar miteinander verglichen.

Meine Damen und Herren! Auch das zeigt, wie schwer wir uns tun in einer Diskussion, wo man nicht einmal die Basis für die Berechnung der Prozentsätze gleich sieht.

Wenn wir heute davon reden, daß die Summe der Investitionen abgesunken ist, dann ist das richtig. Ich sage aber noch einmal: Diese Investitionen sind nicht der nachfragewirksame Teil unserer Ausgaben, sie sind nur ein kleiner Teil der nachfragewirksamen Ausgaben unseres Budgets. Ein erheblicher Teil steckt im Sach- und Erhaltungsaufwand, den wir bewußt angehoben haben.

Eines darf ich aber mit allem Nachdruck feststellen: Mit den für Investitionen vorgesehenen Summen wird die Stadt Wien in den nächsten Jahren die begonnenen Bauprojekte nicht in irgendeinem Tempo weiterführen können, sondern in einem optimalen Tempo. (Zwischenruf bei der ÖVP: Was ist optimal?) Das ist eine philosophische Frage. (GR. Zörner: In der Philosophie gibt es auch eine Richtung des Nihilismus!) Ich danke für diese Belehrung. Ich habe sie gerne zur Kenntnis genommen.

Ich darf aber doch eines sagen: Gerade bei einem Projekt, nämlich beim Allgemeinen Krankenhaus, wo immer wieder das Bautempo kritisiert wird, können wir sehr wohl feststellen, daß die zur Verfügung gestellten jährlichen Bauraten in einer Größenordnung waren, die nicht nur die Weiterführung des Baues ermöglicht haben, sondern sogar jährlich nicht voll ausgeschöpft werden konnten. Die Technik war also nicht in der Lage, dem zu folgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind stolz darauf, mit diesem Budget die im technisch möglichen Ausmaß gegebene Weiterführung der Projekte absolut gesichert zu haben. Das Budget 1979 wird dazu beitragen, daß die positive Entwicklung der Stadt, die positive Entwicklung auf unserem Arbeitsmarktsektor, die positive Entwicklung unserer Projekte weiterhin gesichert ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Zu einer Berichtigung hat sich Herr GR. Dr. Wöber gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.



GR. Dkfm. Dr. **Wöber**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme Stellung zu dem Punkt der fallenden Investitionsquoten, wo Herr Stadtrat Mayr meinte, für die Prozentzahlen, die ich genannt habe, wurde eine andere Basis verwendet. Das stimmt bitte nicht. Ich möchte richtigstellen: Die Prozentsätze, die ich Ihnen genannt habe, waren gemessen am Budgetvolumen, und zwar am bereinigten Wiener Budgetvolumen. Diese Zahlen sind aus dem amtlichen Rechnungsabschluß, der für die Jahre 1967 bis 1977 die gleiche Basis hat.

1967 waren es 40,2 Prozent des Wiener Budgetvolumens, die aus dem Finanzausgleich finanziert wurden, 1972 waren es 38,7 Prozent, 1977 waren es 32,9 Prozent.

Es ist richtig, daß die Darstellung, was wir aus dem Finanzausgleich bekommen, ab 1978 umgestellt ist. Wenn ich aber in meiner Rede berichtet habe, daß es nur mehr schwache 32 Prozent sind, so habe ich diese Zahl selbst auf die alte Basis umgerechnet. Es ist eine Eigenheit der Wiener Budgettechnik, daß man die Vergleichbarkeit erschweren will. Ich habe das selbst umgerechnet, und dann habe ich gesagt: Gemessen an den gesamten Einnahmen, also inklusive der Erlöse aus Investitionsanleihen, aus Wertdurchführungen usw., fällt die Quote des Finanzausgleiches für die Wiener Einnahmen von 27,6 Prozent 1978 auf 27,1 Prozent des vorliegenden Budgets 1979. Ich betone ausdrücklich, daß ich für die Zahlen 1972 und 1977 gesagt habe, daß das bereinigte Budgetvolumen als Maßstab für die 100 Prozent dient; so ist es auch im Rechnungsabschluß zu finden.

Für die Jahre 1978 und 1979 habe ich ausdrücklich gesagt, daß es an den Gesamteinnahmen gemessen ist, und ich habe auch erläutert, daß hier die aufgenommenen Investitionsanleihen, die Wertdurchführungen usw. hinzugerechnet werden. Daß diese Vergleichbarkeit erschwert wird, liegt an der Art der Darstellung und der Präsentation des Budgets. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. **Hofstetter**: Zur allgemeinen Beratung des Voranschlagsentwurfes 1979 und zum 3. Hauptstück, Finanzen und Wirtschaft, liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nunmehr zur Beratung des 1. Hauptstücks, Personal und Sport. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dr. **Hirnschall**. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. **Hirnschall**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausgaben für Sportangelegenheiten werden im nächsten Jahr fast die 200 Millionen Schilling-Marke erreichen. Man müßte eigentlich annehmen, daß ein derartiger Ausgabenrahmen die Möglichkeit bietet, neben der Erhaltung der bestehenden Anlagen auch Jahr für Jahr neue Sportstätten in den Bezirken zu schaffen. Leider wird das 1979 ebensowenig der Fall sein wie in den vergangenen Jahren.

Wir haben bei früheren Budgetdebatten immer gehofft, daß nach Fertigstellung der Großprojekte Hallenstadion, Weststadion und Hohe Warte jetzt endlich auch neue Anlagen für den Breitensport in

den Bezirken zum Zug kommen werden. Wie wir dem Investitionsausweis des Budgets 1979 entnehmen müssen, war das ein Irrglaube. Von den 46 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen entfallen mehr als 20 Millionen auf Reparaturen an der Stadthalle bzw. im Wiener Stadion und im Stadionbad mehr als 10 Millionen fließen als 10. Baurate in das Weststadion, und für das Hallenstadion im Prater werden auch noch 5,8 Millionen abgezweigt; ich nehme an, es handelt sich dabei um die Finanzierung des Magistratsantrages, der unter Post 8 auf der Tagesordnung der heutigen Gemeinderats-sitzung steht, wonach unter anderem bisher vergessene Architektenhonorare nunmehr nachträglich bewilligt werden sollen.

Für neue Anlagen bleiben von den 46 Millionen Schilling nur 2,5 Millionen Schilling für einen Jugendspielfeldplatz in der Eibesbrunnengasse in Meidling übrig.

Bei der Verwendung der Förderungsmittel schaut es ähnlich aus. Aus dem Topf von 86 Millionen wandert der Großteil zur Stadthallengesellschaft, ein weiterer Brocken geht an die Spitzenvereine des Wiener Fußballs; für die notwendige Breitenarbeit der vielen kleinen Vereine bleibt eigentlich immer nur ein schäbiger Rest übrig.

Die Wiener Sportöffentlichkeit hat diese, wie wir meinen, verfehlte Weichenstellung lange Zeit, wenngleich immer murrend, so doch immerhin zur Kenntnis genommen. In den letzten Monaten hatten wir nun den Eindruck, daß sich hier ein Widerstand von der Basis her formiert, den man nicht übersehen sollte. Es entstehen Bürgerinitiativen, und, das ist sehr erfreulich, diesmal nicht mit der Zielsetzung, etwas zu verhindern, sondern mit der positiven Zielsetzung, etwas für die Bevölkerung eines Bezirks zu schaffen.

Eine Bürgerinitiative im 21. Bezirk, die von kleinen Floridsdorfer Vereinen getragen wird, hat vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß allein in Floridsdorf in den letzten Jahren sieben Sportplätze stillgelegt oder verbaut worden sind. Diese Frage hat heute auch in der Fragestunde eine Rolle gespielt. Sie war Gegenstand einer Anfrage von Kollegen Landsmann, auf die Herr Stadtrat Heller geantwortet hat. Er hat gesagt, daß für einige dieser Plätze, die auch in Zeitungsartikeln erwähnt waren, Ersatzanlagen geschaffen wurden. Allerdings hat er dann bei Präzisierung hinzugefügt, daß die Ersatzanlagen, die in einigen Fällen tatsächlich gekommen sind, eine Verbauung der früheren Fußballplätze etwa mit Tennisplätzen waren.

Das ist eine Entwicklung, die wir allüberall feststellen, weil natürlich, wie man ohneweiters konzedieren kann, die Verwendung als Tennisplätze wesentlich lukrativer ist als die Verwendung als Fußballplatz, obwohl der Fehlbestand gegeben ist und weiterhin besteht, was ja von der Bürgerinitiative zum Anlaß ihres Vorstoßes genommen wurde, wobei neue Sportanlagen gerade für Floridsdorf verlangt werden, und zwar solche, die der Bevölkerung eigentlich schon längst versprochen worden sind.

Es ist kein Wunder, daß dieser Protest gerade aus einem Bezirk kommt, der einen starken Bevölkerungszuwachs aufweist und in dem es einen großen Anteil junger Menschen gibt.

Darüber hinaus stellt sich dann allerdings die Frage, wenn schon in einem Randbezirk die Jugend heute keine Trainingsmöglichkeiten mehr vorfindet und die Bezirksvereine keinen Platz finden, wo sie eine Meisterschaft durchführen können: Wie sieht es dann erst in den übrigen Bezirken aus? Bei der Großfeldsiedlung war zum Beispiel in der Planung ein Sportplatz vorgesehen, der bisher auf dem Papier geblieben ist. Der Herr Stadtrat hat heute gesagt, daß es Projekte gibt für den 21. Bezirk, wo die Absicht besteht, Anlagen zu schaffen, daß das aber bis jetzt daran gescheitert ist, daß die erforderlichen Liegenschaften nicht zur Verfügung stehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das etwa auch für den in der Großfeldsiedlung geplanten Platz zutreffen würde. (Amtsf. StR. Heller: Leider ja!)

Die Folge ist nun die, daß beispielsweise Zehnjährige, die bei einer Schülermannschaft mitspielen wollen, derzeit, wie ich mir habe erläutern lassen, gezwungen sind, von der Großfeldsiedlung bis nach Stadlau zu fahren. Viele kleine Vereine sind ständig auf der Suche nach Plätzen, wo sie ihren Trainings- und Meisterschaftsbetrieb durchführen können. Die Platzmieten auf den wenigen vorhandenen Plätzen sind für die kleinen Vereine unerschwinglich geworden. Ich habe zum Beispiel unlängst gehört, daß für das Rasenspielfeld auf dem WAT XX-Platz pro Spiel immerhin 1.400 Schilling verlangt werden. Das sind Beträge, die für den normalen Spielbetrieb eines kleinen Vereins natürlich nicht finanzierbar sind.

Hier muß man objektiv feststellen, daß die Situation der kleinen Vereine in den benachbarten Bundesländern eine ungleich bessere ist, weil dort auch ein kleiner Verein mit der vollen Unterstützung seiner Heimatgemeinde rechnen kann. Gerade in den Randbezirken drängt sich natürlich so ein Vergleich auf.

Das Problem des Wacker-Platzes in Meidling hat den Gemeinderat im heurigen Jahr schon mehrfach beschäftigt. Ausgerechnet in der Woche, in der der Wiener Landtag ein Sportstättenchutzgesetz beschlossen hat, ist vom Gemeinderat die endgültige Flächenwidmung festgesetzt worden, die die nunmehrige Verbauung ermöglichen soll.

Ich will beim Beispiel Wacker-Platz gar nicht behaupten, daß die Gemeinde die ganze Schuld an dieser Entwicklung trifft. Es hat, wie wir wissen, eine alte Bauwidmung auf dem Areal gegeben, die man allerdings im Sinne einer vorausschauenden Planung in den vergangenen Jahrzehnten längst der tatsächlichen Verwendung als Sportplatz hätte anpassen können. Es ist auch zweifellos so — das muß man durchaus einräumen —, daß die Vereinsorgane des SC Wacker für den Platz nicht gekämpft haben, sondern lieber in die innere und äußere Emigration gegangen sind.

Es geht hier aber gar nicht so sehr um den Traditionsverein selbst und um nostalgische Ge-

fühle, sondern vielmehr darum, daß das unverbaute Areal des Wacker-Platzes die einzige und überhaupt die letzte Chance darstellt, im Kernbereich von Meidling eine Sport- und Erholungsfläche für die Bevölkerung zu schaffen, egal, wie immer die Vereine dann heißen, die sich aufgrund einer solchen Maßnahme wieder entwickeln könnten.

Diese Chance muß von der Gemeinde und auch von der Bezirksvorstehung gesehen und erkannt werden. Es ist klar, daß eine Rettung des Wacker-Platzes im heutigen Stadium nicht einfach ist, weil es bestehende Rechte gibt und ein derartiger Schritt oder derartige denkbare Schritte Opfer erfordern würden. Im Frühjahr ist in diesem Zusammenhang von möglichen Ablöseforderungen von 30 Millionen Schilling die Rede gewesen. Man müßte die Angemessenheit derartiger Forderungen natürlich genau prüfen, aber eigentlich müßte in einem Sportbudget von 200 Millionen Schilling jedes Jahr für eine derartige Rettungsaktion und für einen derartigen deutlich sichtbaren Schwerpunkt die finanzielle Möglichkeit gegeben sein. Es wären das immerhin viel geringere Ausgaben, als allein die Stadthalle Jahr für Jahr aus dem Sportbudget für sich in Anspruch nimmt.

Nun zu einem anderen Thema, für das es in den Budgetzahlen des 1. Hauptstücks ebenfalls einen Anknüpfungspunkt gibt. Ich habe vor vierzehn Tagen in der Fragestunde des Wiener Gemeinderates die 50prozentige Steigerung der Ausgabenansätze für Dienstkraftwagen zur Sprache gebracht; es handelt sich konkret um Kostensteigerungen in der Rubrik 101 von 4,4 auf 6,4 Millionen Schilling und bei der Rubrik 102 von 5,6 auf 8,5 Millionen. Der Herr Finanzstadtrat hat damals auf meine Zusatzfrage mitgeteilt, daß die durchschnittlichen Kosten eines Dienstkraftfahrzeuges der Kategorie III pro Jahr mit 600.000 Schilling zu beziffern sind. Wir glauben — und stehen in dieser Auffassung sicher nicht allein da —, daß monatliche Aufwendungen von 50.000 Schilling pro Auto, wie sie das Kontrollamt nach einer Überprüfung immerhin für richtig befunden hat, ganz einfach nicht vertretbar sind und zu Konsequenzen führen müssen.

Der Herr Finanzstadtrat hat zu meinem konkreten Vorschlag, den ich in der zweiten Zusatzfrage gemacht habe, nämlich künftig nur mehr Autos solcher Marken bzw. Typen einzustellen, die sowohl in der Anschaffung wie auch im Betrieb billiger sind, erklärt, daß dabei keine besonderen Ersparnisse erzielt werden könnten, weil eben ein beträchtlicher Teil dieser 600.000 Schilling auf Personalausgaben entfallen würde.

Dieser Auffassung sind wir nicht. Wir glauben, daß ein Abgehen von den bisher fast ausschließlich verwendeten Mercedes-Typen zu namhaften Einsparungen führen würde. (Stadtrat Neusser: Das glaube ich nicht!), und zwar ohne daß die Sicherheit darunter leiden würde. — Nun, ich glaube, es ist eine Erfahrungstatsache, die ein Mercedes-Fahrer ohneweiters bestätigen wird, daß gerade der Mercedes im Betrieb, bei den Servicekosten, von der Anschaffung überhaupt nicht zu reden,



teurer ist als etliche andere Typen. Ich möchte hier keine Firmenwerbung betreiben, sonst wäre ich schon in der Lage, etliche aufzuzählen, auch was das Sicherheitsproblem — das ist ja in den Diskussionen immer angesprochen worden — anlangt. Es gibt eine ganze Reihe von Marken, wo man das ohneweiters durchtesten könnte. Ich glaube, eine derartige Marke ist ja bereits in Verwendung. Ein Stadtrat hat sich schon entschlossen. Da wird man vielleicht nach einem Jahr eine Vergleichsbasis schon zur Verfügung haben.

Zu den hohen Personalkostenanteilen wäre zu sagen, daß es interessant wäre, zu prüfen, wieviel an Überstunden deswegen bezahlt werden muß, weil zum Beispiel der Fahrer bis Mitternacht oder noch später in der Garage sitzen muß, bis der Anruf einlangt, daß der Betreffende von irgendeiner späteren Abendveranstaltung abgeholt werden soll. Da, muß ich Ihnen sagen, lobe ich mir — um einen Namen zu nennen — den Minister Rösch, den ich schon sehr oft beobachtet habe, wie er nach derartigen Anlässen mit der Straßenbahn oder auch mit dem Taxi die Heimfahrt angetreten hat. Ich habe das bei Empfängen hier im Hause, aber auch bei anderen Anlässen wiederholt registriert und es als ganz vorbildlich empfunden. Ich kann das, weil hier von den hohen Personalkosten, von den hohen Überstundenkosten die Rede ist, ruhig sagen, weil es sich dabei um einen Funktionär aus den Reihen der SPÖ handelt. Sie sollen sehen, daß es mir durchaus nicht darum geht, gegen Ihre Partei Attacken zu reiten, sondern es gibt auch Beispiele in Ihren Reihen, die man hervorheben kann.

Prinzipiell halten wir die Zuteilung eines Dienstkraftwagens dann für begründet, wenn es die Ausübung der dienstlichen Funktion und nicht etwa das Repräsentationsbedürfnis des einzelnen Funktionärs erfordert. Dieses zwingende Erfordernis, allerdings, wie gesagt, nicht in bezug auf eine bestimmte Marke, wird zweifellos bei den amtsführenden Stadträten und bei zwei, drei leitenden Beamten gegeben sein. In allen anderen Fällen ist die ständige Zuteilung eines Dienstkraftfahrzeuges unserer Auffassung nach ein reiner Luxus. Hier würde es in den meisten Fällen möglich sein, Taxis zu verwenden, wie das der Herr Bundeskanzler, allerdings, glaube ich, vor seinem Regierungsantritt, im Parlament vorgeschlagen hat, oder aber, wie das in der Wirtschaft üblich ist, ein Kilometergeld an leitende Angestellte zu bezahlen.

Wir haben aus dieser Überlegung heraus einige konkrete Abänderungsanträge sowohl zum Systemisierungsplan für Kraftfahrzeuge als auch zu den beiden zitierten Budgetposten vorbereitet. Es handelt sich hier um zwei Anträge, die auf Kürzung der Rubriken 102 und 101 des Voranschlages hinauslaufen, und ferner um einen Abänderungsantrag zum Systemisierungsplan für Kraftfahrzeuge der Stadt Wien, wo wir der Auffassung sind, daß die Kraftfahrzeuge der Kategorie III von 24 auf 12 reduziert werden könnten. Ich darf Sie bitten, diese Anträge einer geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Der Herr Kollege Braun, der leider nicht zu-

gegen ist, hat sich in seinem Debattebeitrag in der Generaldebatte vorhin den Kopf des sozialistischen Finanzreferenten von Graz zerbrochen, offensichtlich, um von der tristen Situation in der Bundeshauptstadt abzulenken. Ich möchte darauf replizieren, weil hier von der Sozialistischen Partei eine neue und nicht uninteressante Argumentationslinie aufgebaut wird, zu der man gerade, wie ich meine, beim Personalkapitel etwas sagen muß.

Den Anfang hat die „Arbeiter-Zeitung“ am Freitag gemacht, die sich mehr über die Grazer Schulden alteriert als über die ungleich ernstere Wiener Budgetsituation. In der „Arbeiter-Zeitung“ findet sich nämlich auf Seite 3 in einem Artikel über die Grazer Budgetlage ein sehr bemerkenswerter Satz, den ich Ihnen vollinhaltlich zitieren möchte. Es heißt hier:

„Bürgermeister Götz stand bei den Verhandlungen mit den Gemeindebedienstetenpersonalvertretern schon nach einer der ersten Runden im Eck. Eine einzige Streikdrohung genügte bereits, um die vom steirischen Landesobmann der Gewerkschaft, SPÖ-Landtagsabgeordneten Georg Hammerl, gestellten Forderungen durchgehen zu lassen.“

Ich hätte gerne, wenn er dagewesen wäre, den Gewerkschaftsfunktionär Braun gefragt — nun muß ich zwangsläufig dem Gewerkschaftsfunktionär Pöder diese Frage unterbreiten —: Was hätte eigentlich der Dr. Götz tun sollen? Hätte er es etwa auf einen Streik ankommen lassen sollen? Was hätte dann der Kollege Braun gesagt, und was hätte vor allem der Kollege Pöder sowohl in Graz als auch hier bei der Personaldebatte gesagt?

Kollege Braun ist aber heute in seinem Debattebeitrag noch einen Schritt weitergegangen und hat die hohe Personalkostentangente von Graz mit einem Anteil von 50 Prozent an den Ausgaben erwähnt. Sie werden sich vielleicht erinnern, daß auch ich schon bei Debattebeiträgen zum Personalkapitel die hohen Personalkosten in Landeshauptstädten, namentlich in Graz, aber auch in Linz erwähnt habe. Ich habe das durchaus auch schon in früheren Jahren hier getan.

Ausgehend von dieser hohen Personaltangente hat dann Kollege Braun auf einen Zwischenruf von mir erklärt, daß der Bürgermeister Dr. Götz jetzt eigentlich einige Jahre Zeit gehabt hätte, diese hohen Personalkosten zu reduzieren. Ich möchte ihn dazu fragen: Was hätte Götz nach Ihrer Meinung tun sollen? Die Grazer Gemeindebediensteten sind, glaube ich, in einem noch höheren Ausmaß als die Wiener Gemeindebediensteten pragmatisiert. Hätte er die Pragmatisierung antasten sollen? Das werden Sie doch als Gewerkschafter nicht allen Ernstes in diesem Hause vorschlagen wollen.

Wir können Ihnen versichern, daß sich die FPÖ von Ihnen zu keinen unsozialen Maßnahmen hier ermuntern lassen wird. Und wir können Ihnen auch versichern, daß die schlechte Politik des sozialistischen Finanzstadtrates Dr. Edler von Graz sicherlich nicht die Gemeindebediensteten von Graz werden bezahlen müssen.

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Arthold zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Arthold: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Das Sportbudget 1979 wird von vier Merkmalen gekennzeichnet: erstens vom Rückgang der Ansätze für bauliche Herstellungen, nachdem die Großprojekte fertig sind, zweitens dadurch, daß keine Ansätze für die versprochene Sanierung von kleinen Sportplätzen vorhanden sind, drittens dadurch, daß keine Schwerpunkte zu erkennen sind, nach denen der Wiener Sport gefördert werden soll. Dafür liegt die Ursache wohl in dem fehlenden Sportstättenkonzept. Und viertens sind in diesem Budget noch immer die Subventionen an die Wiener Stadthalle, die hohen Erhaltungskosten für die Großanlagen enthalten, obwohl wir in der Zwischenzeit Verträge abgeschlossen haben, denen zufolge eine andere Verrechnung erfolgen sollte.

Wir haben ein eigenes Sportamt in Wien eingerichtet, haben aber auf die Art der Budgetierung dieses Sportamtes bis heute nicht Rücksicht genommen.

Ein Vergleich der budgetierten Ausgaben mit dem Jahr 1978 ist sehr schwierig; ich muß daher auf das Jahr 1977 zurückgreifen. Dabei zeigt sich — ich habe das beim Rechnungsabschluß des vergangenen Jahres auch schon betont —, daß wir gerade im Sportbudget immer wieder enorme Differenzen zwischen den Ansätzen und den tatsächlichen Ausgaben haben.

Ich war an sich immer der Meinung, daß man in einem Budget möglichst genau vorausplanen kann — darin würde sich die Qualität eines Budgets zeigen —, wie hoch die Ausgaben sind. Aber gerade auf dem Sportsektor ist das nicht möglich gewesen. Ich kann also noch nicht genau feststellen, wie hoch die tatsächlichen Ausgaben für 1978 sind. Gegenüber dem Jahr 1977 haben wir allein bei den baulichen Herstellungen einen Rückgang um 47 Prozent. Aber auch bei der Sportförderung haben wir gegenüber 1977 einen Rückgang um 7 Prozent.

Die tatsächliche Gebühr 1977 ist gegeben, der Rückgang gegenüber 1977 steht auch fest. Gegenüber 1978 haben wir auch bei den baulichen Herstellungen einen Rückgang um 15 Prozent, bei der Sportförderung haben wir — das muß ich zugehen — eine Steigerung.

Wenn ich mir nun die Ansätze näher ansehe, dann stelle ich fest, daß wir bei den Investitionsansätzen 8 Millionen Schilling Restzahlungen für das West- und Hallenstadion haben, 13 Millionen Schilling Dauerbelastung für das Wiener Praterstadion, 7 Millionen Schilling für die Stadthalle bzw. das Stadthallenbad. Daher bleiben von den baulichen Herstellungen letzten Endes nur mehr 18 Millionen Schilling. Davon gehen 7,5 Millionen Schilling für die Westtribüne des Weststadions ab. Wir haben dem zugestimmt, wir wissen, daß wir diesen Sportplatz als einen Ersatz des Hütteldorfer AC-Platzes brauchen.

Eine positive Bemerkung: Positiv ist zu vermerken, daß der Jugendspielfeldplatz Eibesbrunner-

gasse um 2,2 Millionen Schilling errichtet und die Sporthalle Jedlesee saniert wird. Für verschiedene Renovierungen bleiben 1,3 Millionen Schilling. Sie werden einsehen, daß uns diese Zahlen doch etwas niedrig angesetzt erscheinen. Es fehlt überhaupt eine Budgetpost, wie sie früher vorhanden war, für die Renovierung von Sportstätten.

Meine Aufmerksamkeit darf ich noch einer Post widmen, die mit 150.000 Schilling ausgewiesen ist, das ist die Post für die Neue Donau. Es handelt sich dabei um die Regattastrecke am Steinsporn. Sie wird im Ausbau 60 Millionen Schilling kosten. Die Bauzeit wird drei Jahre betragen. Ich darf heute schon darauf aufmerksam machen, daß wir im Jahre 1983 die Weltmeisterschaften im Rudern haben werden. Allerdings brauchen wir bereits im Jahre 1982 eine fertige Regattastrecke, denn wir müssen 1982 eine Probeveranstaltung haben. Bei einer dreijährigen Bauzeit müßten wir mit dem Bau eigentlich im Jahre 1979 voll einsetzen. Mit 150.000 Schilling werden wir aber, wie ich glaube, nicht sehr weit kommen. Ich frage daher, ob wir hier wieder Überschreitungen zu erwarten haben, ob eine kurzsichtige Planung die Ursache dafür ist, daß der Ausbau der Regattastrecke für die Ruderer nicht rechtzeitig berücksichtigt ist. An diesem Problem allein erkennt man, daß wir uns viel zu wenig intensiv vorausschauend mit den Problemen des Sportes beschäftigen.

Bei Post 111/41 ist mir klar, daß wir in der Sportförderung erfahrungsgemäß immer wieder die Beträge heranziehen, mit denen wir die Sportplätze fördern.

Herr Stadtrat, Sie werden jetzt sagen: Natürlich werden wir nicht mit baulichen Herstellungen Sportplätze renovieren. Auch die Sportförderung wird dazu herangezogen, daß wir Sportplätze sanieren, da drin steckt etwas. Es sind insgesamt 86 Millionen Schilling. Von diesen 86 Millionen Schilling sind 6 Millionen Schilling aus dem Sportgroschen und 5 Millionen aus der Vergnügungssteuer. Bei diesen zwei Beträgen ist von vornherein festgelegt, wie sie verwendet werden. Hier haben wir genaue Richtlinien, und hier sind wir uns auch einig.

Bei den Subventionen und sonstigen Beiträgen — 19 Millionen und 56 Millionen Schilling — fehlt mir die Zielsetzung. Ich halte es nicht für richtig, wenn wir aus diesen Beträgen ad hoc Beträge herausnehmen und damit Sportplätze sanieren, also eine sogenannte Freihandvergabe. Ich glaube, daß damit immer jene Leute zum Zug kommen, die einen stärkeren Rückhalt haben, jene, die lauter schreien, hinter denen die Presse steht oder die sonstige Privilegien haben. Außerdem stecken in diesen 86 Millionen Schilling zirka 35 Millionen jährliche Subvention an die Wiener Stadthalle und die Erhaltung der Großsportanlagen.

Wir haben am 30. Jänner dieses Jahres Geschäftsführungsverträge mit der Wiener Stadthalle abgeschlossen. Sie, Herr Stadtrat, waren damals sehr böse auf mich, als ich gemeint habe: Nun hätten wir endlich Klarheit, wir könnten dem noch einmal zustimmen, aber in Zukunft wollten wir hier eine klare Budgetierung. In diesen Geschäfts-



führungsverträgen steht nämlich, daß die Stadthallenbetriebsgesellschaft uns von vornherein kundzutun hat, wie hoch die Abgänge im kommenden Jahr sein werden.

Nun meine ich: Entweder haben sie uns die Abgänge bereits bekanntgegeben, dann könnte man das budgetär festhalten, oder sie haben es nicht getan, dann haben sie eindeutig gegen diese Verträge verstoßen. Wir werden also wieder eines Tages vor der Situation stehen, daß uns Anträge vorgelegt werden und wir zu zahlen haben, was uns das West-, das Hallen- und das Praterstadion kostet, ohne daß wir vorher die entsprechenden Unterlagen von der Stadthallenbetriebsgesellschaft erhalten haben.

Es ist eine Unsitte, die eingerissen ist, daß wir einfach immer zum Handeln gezwungen werden, denn letzten Endes kann weder die SPÖ noch die ÖVP sagen, wir sind dagegen, wenn einmal die Kosten aufgelaufen sind. Auch die SPÖ muß sich dagegen wehren, daß wir immer im nachhinein mangels entsprechender Unterlagen, die uns die zuständigen Stellen schon vorher liefern sollten, gezwungen werden, Mittel für etwas herzugeben, obwohl wir glauben, daß wir diese Mittel für noch wertvollere Dinge verwenden könnten, nämlich zur Sanierung der desolaten Sportplätze, die es nach wie vor noch gibt.

Was mir in diesem Sportbudget fehlt, ist, daß sich schon aus den Budgetansätzen klare Schwerpunkte erkennen ließen, nach denen der Wiener Sport gefördert wird. Einfach zu sagen, 59 Millionen gebe ich für die Sportförderung das ist mir zu wenig. In einem solchen Budget, wenn es übersichtlich und für die Bevölkerung verständlich abgefaßt worden ist, muß man zumindest erkennen: Welcher Betrag aus diesen 59 Millionen Schilling plus 19 Millionen Schilling Subventionen steht dem Spitzen- und Leistungssport zur Verfügung, wieviel Millionen stehen dem Breitensport zur Verfügung, wo liegt der Schwerpunkt der Sportplatzsanierung, welche Sportplätze werden im kommenden Jahr saniert werden, wofür werden wir unsere hauptsächlichsten Mittel verwenden, gibt es besonders förderungswürdige Sportarten im kommenden Jahr?

Ich kann mir etwa vorstellen, daß der Herr Handelsminister sagt, vom Bund wird im nächsten Jahr das Bergwandern gefördert werden. Ich will ja nicht sagen, daß wir auch das Bergwandern fördern müssen. Aber wir könnten Schwerpunkte setzen und sagen: Im kommenden Jahr wollen wir diese und jene Sportart schwerpunktmäßig fördern, wir warten nicht darauf, bis uns irgendeine Sportart erpreßt und sagt: Wir haben jetzt Weltmeisterschaften, jetzt müßt ihr uns das Geld geben! — Ich meine also, daß wir nicht ganz einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Solange das in den Ansätzen nicht klar ersichtlich ist, können wir uns nicht entschließen, diesen Ansätzen unsere Zustimmung zu geben.

In dem Programm der SPÖ, das wir vom Herrn Bürgermeister Gratz bekommen haben, hat der Herr Bürgermeister sehr wohl Schwerpunkte ge-

setzt. Hier steht ganz klar, daß wir die Instandsetzung und Modernisierung der kleinen Sportanlagen in den Bezirken wollen. Aber ich erkenne aus dem Budget diesen Schwerpunkt nicht. Außerdem steht hier: neue Bezirksanlagen, und zwar wollen wir die Unterschiede, die heute bestehen, ausgleichen. Wir stehen da völlig auf gleicher Ebene, nur aus dem Budget erkenne ich diesen Schwerpunkt nicht.

Die volle sportliche Nutzung der Schulsportanlagen: Wir sind derselben Meinung, ich habe wiederholt die Ausnutzung der Schulsportanlagen urgiert. Darüber müssen noch Gespräche geführt werden, es ist nicht alles optimal. Es ist einiges mit den Freitagen geschehen, es ist auch einiges mit den Samstagen geschehen, aber viele Turnsäle entsprechen nach wie vor nicht der Ausstattung, wie sie sich Erwachsene vorstellen, wenn sie am Abend vom Arbeitsplatz in den Turnsaal kommen und dort Duschen und geeignete Garderoberräume vorfinden wollen. Ich will das Fehlen dieser Einrichtungen in diesem Zusammenhang nicht kritisieren, ich möchte hier nur den Schwerpunkt aus dem Budget erkennen, darum geht es mir. Daß wir nicht alle Turnsäle in einem Jahr sanieren können, verstehe ich schon. Aber ich hätte gerne den Schwerpunkt aus dem Budget erkannt, Herr Stadtrat.

Ich habe am 25. Oktober 1974, also vor vier Jahren, einen Zeit- und Finanzplan für die Modernisierung der Sportplätze verlangt. Ich wiederhole das, weil ich glaube, daß Sie bereits damals erkannt haben, daß dieses Thema und dieses Problem auf uns zukommen wird, daß es also vorhanden ist.

Die Antwort des Finanzstadtrates vom 29. November 1974 hat gelautet, es wäre nicht sinnvoll, in eine übergeordnete Zielsetzung einzugreifen. Wir stünden vor der Fertigstellung eines Sportstättenkonzeptes, es wäre in Ausarbeitung. — Ich sehe durchaus ein: Wenn ich vor der Fertigstellung eines Sportstättenkonzeptes stehe, ich es also fast schon habe, so wäre dieses Sportstättenkonzept bereits eine solche Schwerpunktdarstellung für ein Sportbudget, nach dem ich mich richten kann. Ich würde mich danach richten — aber leider haben wir es nicht!

Ich habe daher beim Budget 1974, also vier Wochen darauf, folgendes verlangt, und das deckt sich meiner Meinung nach mit dem, was der Herr Bürgermeister in seiner Regierungserklärung dargelegt hat: Zunächst Feststellung des Sportstättenbedarfes, Feststellung der vorhandenen Anlagen, Überprüfung des Zustandes der vorhandenen Anlagen, des Fehlbestandes von Sportstätten und letzten Endes das Wesentliche, was wir brauchen, nämlich eine Dringlichkeitsreihung: Was muß zunächst renoviert werden bzw. was ist an Anlagen neu zu errichten, damit die Wiener jene Sportstätten haben, die sie gerne haben möchten und die sie auch brauchen. Aber, meine verehrten Damen und Herren, bis heute gibt es nichts in dieser Hinsicht.

Ich frage mich: Wie sinnvoll kann die Bürgermeisterankündigung verwirklicht werden, wenn es

diese einfachen Unterlagen, diese einfachen Bestandsaufnahmen bis heute nicht gibt?

Zum Sportstättenplan darf ich weiter ausführen: Im Mai 1973, also vor fünfeinhalb Jahren, schrieb Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner: „Schon seit längerer Zeit beschäftigen wir uns mit der Ausarbeitung eines Wiener Landesleitplanes für den Sportstättenbau.“ 1973 war das! In der ersten Regierungserklärung von Herrn Bürgermeister Gratz vom 23. November 1973 steht abermals: „Die Erstellung eines Wiener Sportstättenplanes ist in Arbeit. Mit seiner Fertigstellung ist in naher Zukunft zu rechnen.“

Im Februar 1974, in der ersten Sitzung des Wiener Landessportrates, der in dieser Legislaturperiode ins Leben gerufen wurde und der jetzt auch wirklich Leben hat, wurde uns vom Herrn Stadtrat angekündigt, noch heuer 1974, wird der Landessportstättenleitplan vorgelegt werden. Im Jahre 1975 wird in „Die Verwaltung der Stadt Wien“ auf Seite 146 sehr ausführlich beschrieben, was in diesem Sportstättenleitplan enthalten sein wird und daß dieser Sportstättenleitplan sehr bald fertiggestellt werden soll. Im Jahre 1976 wurde auf eine Anfrage am 26. März 1976 erklärt: „Nach Erhebung des Bestandes an Sporteinrichtungen und Feststellung der Bedürfnisse der Wiener Bevölkerung nach sportlicher Betätigung sind die Arbeiten am Wiener Sportstättenplan nunmehr so weit gediehen, daß eine Befassung der zuständigen Körperschaft mit den erarbeiteten Vorschlägen noch heuer möglich ist.“ Das war im Jahre 1976!

Wir stehen jetzt am Ende des Jahres 1978, am Beginn des Jahres 1979, und von allen diesen Dingen ist wieder nichts geschehen.

Herr Stadtrat! Damit die Förderung des Sportes nicht dem Zufall überlassen bleibt, damit keine ungerechtfertigte Bevorzugung einzelner Sportarten erfolgt und nicht die Beziehungen einzelner Funktionäre ausschlaggebend sind, sondern eine solide, objektive Vergabe gewährleistet wird, stellen die GR. Josef Arthold und Prof. Bittner folgenden Beschlußantrag:

„Die Arbeiten an einem gültigen Sportstättenkonzept und einem Sportstättenleitplan für Wien sind so rasch wie möglich abzuschließen und dem zuständigen Gemeinderatsausschuß vorzulegen.“

Ich meine, daß künftig aufgrund solcher Unterlagen jeder Wiener und jeder Sportler, vor allem aber die Sportvereine erkennen sollen, nach welcher Rangordnung und nach welchen Zielsetzungen Budgetmittel für den Sport vergeben werden. Letzten Endes ist es ja ihr Geld, das Geld der Wiener Steuerzahler. Ich bin ganz sicher, Herr Stadtrat, daß es auch in Ihren Intentionen liegt, so zu handeln. Uns fehlt heute nur, daß diese Unterlagen tatsächlich vorhanden sind, daß sie auf den Tisch gelegt werden.

Nun zu einem anderen Thema, zum Thema Eigenveranstaltungen. Immer wieder können wir Hinweise auf Aktionen vernehmen, die die Magistratsabteilung 51, das Wiener Sportamt, selbst durchführt: die Fahrt in den Schnee, die Schwimm-

aktion, das Jugendeislaufen und vieles andere. Es gibt da eine nette Broschüre, aus der kann man das alles herauslesen.

Nun fallen zum Beispiel die Veranstaltungen Sportplatz der Offenen Tür und Jugendeislaufen, weil die Stadt Wien dafür ihre eigenen Anlagen hat, sicherlich auf fruchtbaren Boden, und das ist zu begrüßen. Es gibt aber andere Veranstaltungen, die ich zwar nicht ablehne, wo ich aber glaube, daß sich dabei unsere Ansichten scheiden. Wenn ich mir zum Beispiel bei der Fahrt in den Schnee genauer anschau, wie viele Jugendliche und Teilnehmer sie heute mit Autobussen hinausführt, und wenn ich das mit dem Aufwand vergleiche, dann, finde ich, sind diese Fahrten in den Schnee nicht wesentlich billiger, als wenn irgendein Sportverein, ein Sportgeschäft oder jemand anderer diese Fahrt in den Schnee aufgrund von Privatinitiativen durchführt.

Was ich damit sagen wollte: Wir verlieren immer mehr das Gefühl für die Privatinitiative bei solchen Veranstaltungen. Ich erinnere mich, daß ich selbst durch Jahre jeden Samstag, jeden Sonntag in einer Initiative mit der Wiener Schulgemeinde, mit meiner Schule vier, fünf, sechs Autobusse mit Lehrlingen hinausgeführt habe. Schauen Sie sich heute diese Fahrten an: wenn es sie überhaupt noch gibt, dann in verschwindender Anzahl. Würden wir die Gelder für die von uns selbst geleiteten Aktionen für eine Ausfallbürgschaft privater Initiativen verwenden, dann, so glaube ich, könnten wir mit diesen eingesetzten Mitteln ein Vielfaches der heutigen Effizienz erreichen.

Ich möchte ein zweites Beispiel anführen. Da gibt es die Aktion „Vom Hallenspaß ins kühle Naß“. Herr Stadtrat, Sie wissen aus den Ausführungen im Wiener Landessportrat, daß gerade diese Veranstaltung hemmend für alles andere ist. Durch diese Aktion wird sogar wertvolle Trainingszeit in der größten Halle Wiens, in der Wiener Stadthalle, den Vereinen entzogen, nur um dem Breitensport zu dienen, dem man auf der anderen Seite vorwirft, daß er in hochwertigen Hallen stattfindet.

Es wäre zu überlegen, ob wirklich alle diese Veranstaltungen sinnvoll sind. Ich wehre mich nicht gegen sie, aber ich meine, daß man überdenken sollte, wie dieses Geld sinnvoller verwendet werden kann.

Ich denke weiter an den „Tag des Sportes“. Ich habe dem „Tag des Sportes“ im Landessportrat zugestimmt. Wenn aber der „Tag des Sportes“ nicht dem Ansehen der Wiener Sportler und dem Herausstellen der Wiener Sportvereine, die den täglichen Sport aus großem Idealismus betreiben, dient, sondern nur dazu, die Wiener Sportorganisation hervorzukehren, dann muß ich dazu sagen, daß es nicht Sinn der Sache ist, Hunderttausende Schilling dafür auszugeben.

Ein weiteres Problem ist die Wiener Landessportschule. Dazu darf ich sagen: Die Wiener Landessportschule ist tot. Als ich zum erstenmal in den Wiener Landessportrat entsandt wurde und damals die Diskussionen über die Wiener Landessport-



schule erlebt habe, habe ich mich eigentlich darüber gefreut, einer Institution anzugehören, bei der ich erlebe, daß etwas Neues geschaffen wird. In der Zwischenzeit ist die Wiener Landessportschule in erster Linie den Prestigebauten zum Opfer gefallen, denn es war letzten Endes das Wiener Weststadion, das die Landessportschule umgebracht hat.

Ich bekenne mich natürlich dazu, daß wir heute eine neue Form der Wiener Landessportschule planen, wo wir neue Leistungszentren schaffen, die auf ganz Wien verstreut sind. Das mag eine neue Form sein. Nur glaube ich, wir sollten sie vorantreiben und einen Plan haben, es aber nicht dem Zufall oder dem Umstand überlassen, welche Sportart lauter ist und welche mehr Einfluß hat, ein solches Zentrum zu bekommen. Sportarten, von denen wir glauben, daß sie vor allem der Gesundheit der Jugend dienen, sollten nicht ins Hintertreffen geraten. Wir sollten doch Zielsetzungen haben und von diesen Zielsetzungen nicht oder nur dann abgehen, wenn es notwendig ist.

Was uns in der Landessportschule vor allem fehlt, das können nur jene feststellen, die mit dem Sportbetrieb in den Vereinen täglich in Verbindung stehen. Was uns heute fehlt, ist, daß wir viel zu wenig pädagogisch, psychologisch und auch turnerisch gebildete Lehrwarte und Betreuer direkt im Turnsaal haben. Fast alle Turn- und Sportvereine leiden unter diesem Problem, wirklich gute, für die Jugend faszinierende Persönlichkeiten zu haben.

Ich meine, daß wir dazu kein großes Gebäude brauchen. Hier müssen wir helfend eingreifen, denn uns nur auf die Bundessportorganisation zu verlassen, daß sie uns Trainer und Lehrwarte ausbildet, ist zu wenig. Hier wäre ein echter Schwerpunkt, wo wir ansetzen und dem Wiener Sport behilflich sein sollten.

Ähnlich ist das Problem Sportfunktionäre. Ich weiß, daß der Sportfunktionär in der Öffentlichkeit sehr häufig abgelehnt wird. Es herrscht die Meinung vor, daß Sportfunktionäre jene seien, die sich drängen, wenn es darum geht, eine Fahrkarte zu Olympischen Spielen zu bekommen, daß es jene seien, die sich bei Weltmeisterschaften usw. breit machen. Das ist das Image dieser Menschen. Daß aber heute Sportvereine mit Hunderten Sportlern oft nur mehr von einem oder von zwei Idealisten getragen werden, die viele Tage und alle Wochenenden nur für diesen Verein opfern, ohne einen Groschen dafür zu bekommen, darauf vergessen wir.

Ich glaube, daß eine Landessportschule auch dazu da sein muß, um Menschen die Möglichkeit zu geben, in einfachen Dingen der Vereinsführung ausgebildet zu werden. Das würde nicht allzuviel Geld kosten, und wir könnten den Vereinen damit große Dienste erweisen.

Ich darf diese Gelegenheit dazu benützen, allen diesen Sportlern und vor allem den Sportfunktionären, die in Wien Tag für Tag und Woche für Woche ehrenamtlich tätig sind, meinen herzlichsten Dank auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Abschließend möchte ich noch eine typische Situation des Wiener Sports schildern. Wir haben

vor wenigen Wochen 23 Millionen Schilling für die Renovierung des Franz Horr-Stadions bewilligt. Es handelt sich um einen Fußballverein, der Vollprofi hat. Ich darf mir einen kurzen Hinweis erlauben: Ich habe im Planungsausschuß darauf hingewiesen, daß der Franz Horr-Platz nicht der Flächenwidmung entspricht und daß wir in größte Schwierigkeiten kommen, sollten wir die B 225 tatsächlich ausbauen. Dann gäbe es Kollisionen mit den zuständigen Stellen. Darauf habe ich hingewiesen und gebeten, man möge dies bedenken, bevor man den ersten Schilling aus dieser Subvention in Anspruch nimmt.

Ich habe nichts dagegen, daß man heute diesem großen Fußballverein, diesem Profi-Klub diese Beträge zur Verfügung stellt. Grotesk ist aber, daß es kaum einen Kilometer Fluglinie entfernt eine sogenannte Sporthauptschule gibt — ich glaube, daß es etwas überheblich ist, wenn wir diese Schule als Sporthauptschule bezeichnen —, die keinen eigenen Sportplatz besitzt, den sie für Übungszwecke benützen könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich betrachte es einfach als eine Hochstapelei in dieser Stadt, eine Schule als Sporthauptschule zu bezeichnen, die keinen Freiplatz besitzt, die auch nicht die Möglichkeit hat, einen solchen Freiplatz zu benützen. Wir haben in der Per Albin Hansson-Siedlung noch riesige als Sportplatz gewidmete Grünflächen zur Verfügung und bringen die 100.000 Schilling für einen Sportplatz für die Sporthauptschule nicht auf.

Ein kleines Beispiel: Am Hebbelplatz hat die Erste österreichische Spar-Casse in einen Platz, der bisher sozusagen als zweitgrößtes Hundeklo des Bezirkes gedient hat, nur 10.000 Schilling investiert und dort einen provisorischen Fußballplatz hergerichtet. Sehen Sie sich an, wie dieser Fußballplatz frequentiert wird. Mit einfachen Mitteln, mit 10.000 Schilling hat man etwas für die Jugend geschaffen.

Ich bin der Meinung, daß wir noch gehörig umdenken und vor Erstellung des Budgets gründlicher planen müssen, damit wir erkennen, wo die Zielsetzungen im Sportgeschehen dieser Stadt sind.

Ein Budget, das wie das Sportbudget ein intensives Zusammenwirken mit verschiedenen Stellen außerhalb der Stadt, zum Beispiel mit Sportvereinen, verlangt, muß so abgefaßt werden, daß es die Menschen, die von diesem Sportbudget profitieren wollen, verstehen können. Die Zielvorstellungen sollten dort ausgewiesen werden, dies umso mehr, als wir die Mitarbeit und Mitverantwortung der betroffenen Bürger erwarten. Ich glaube, daß sie dann auch ein Recht darauf haben, daß wir ihnen entgegenkommen.

Trotz der verschiedenen Auffassungen über die Probleme des Sports können wir in den letzten Jahren doch eines mit Befriedigung feststellen: Diese verschiedenen Auffassungen haben zumindest dazu geführt, daß der Sport in den letzten Jahren bei den Budgetdebatten doch immer mehr in den Vordergrund gerückt ist. Und es ist an und für sich

schon ein Positivum, wenn wir feststellen, daß wir uns mit dem Sport in der Gemeindestube viel intensiver als früher beschäftigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächster Redner ist Herr GR. Ludwig zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Ludwig: Herr Vorsitzender! Herr Bericht-erstatte! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Das Sportbudget hat, wie schon erwähnt, auf der Ausgabenseite eine stolze Summe zu verzeichnen: es sind 195 Millionen Schilling, gegenüber einem Ansatz 1978 von 174 Millionen. Wir wissen aber bereits, daß diese Summe sicher überzogen werden wird, wobei ich es grundsätzlich nicht für schlecht ansehe, wenn die Ausgaben für ein Kapitel, wie es der Sport ist, dann, wenn die Gebühr feststeht, höher liegen. Es wird ja nicht ausgegeben, weil irgendwo Geld übrigbleibt, sondern weil Notwendigkeiten vorhanden sind, die dann gedeckt werden.

Das Budget ist kein Arbeitsprogramm. Die Zielvorstellungen stehen in einem Arbeitsprogramm, das Budget hingegen soll für ein Jahr festlegen, was mit welchen Beträgen finanziert werden soll. Es ist auch nicht per Zufall zustande gekommen. Wir wissen alle — das gilt nicht nur für den Sport, sondern auch für alle anderen Ansätze —, daß Kostenerfahrungswerte, entsprechende Kalkulationen, Absprachen, vorhergehende Abschlüsse von Budgets, Baufortschritte bei Großbauten oder auch bei kleineren Bauten usw. maßgebend sind, um die Ansätze eines Budgets zu erstellen.

Ich meine auch, daß das Budget gerade beim Sport etwas flexibel gestaltet werden soll. Wir alle, die wir im Landessportrat tätig sind, wissen, daß es während des Jahres Wünsche von Verbänden oder Vereinen gibt, die man nicht schon eineinhalb Jahre vorher, wenn man beginnt, die Budgetverhandlungen einzuleiten, ganz genau planen kann. Daher sollen gewisse Posten eine Flexibilität zulassen, und das, glaube ich, ist gut so.

Nach den letzten Worten meines Vorredners hätte ich eigentlich erwartet, daß er zum Schluß sagen wird, daß die Fraktion der ÖVP den Ansätzen des Sportbudgets oder der Geschäftsgruppe zustimmt. Er hat sich wohlweislich schon am Beginn geäußert. Manchmal kommt mir vor, daß man Kritik oft etwas kleinkariert Art nur anbringt, um dann eine Ausrede, eine scheinbare Begründung zu haben, dem Budget nicht zuzustimmen.

Der Rückgang bei den baulichen Herstellungen ist, wenn man es genau verfolgt, nicht aus dem Budget herauszulesen. Daß keine Mittel für die Sanierung kleinerer Anlagen vorhanden sind, entspricht auch nicht dem, was im Budget steht.

Wenn von den Subventionen an die Stadthalle gesprochen wird, weiß ich manchmal nicht, bin ich Fisch oder Fleisch. Da wird verlangt, daß man Sportverbände und Vereine unterstützt, daß man ihnen in großzügiger Art möglichst moderne und gut ausgestattete Hallen zur Verfügung stellt — Sie haben das hier selbst gesagt und begrüßt —,

aber auf der anderen Seite müssen die entsprechenden Mittel für all diese Tätigkeiten dann auch im Sportbudget sein. Wo wollen Sie sie denn hingeben: zur Wiener Rettung, zu den Stadtwerken oder sonstwo? (GR. Arthold: Das ist ein Unsinn, was Sie da sagen!) Diese Ansätze müssen, wenn sie für die Sportförderung zur Verfügung stehen, im Sportbudget untergebracht sein.

Wenn man im Landessportrat die Debatte führt, daß irgendwo eine Trainingszeit ausfällt, dann wird, zum Teil mit Recht, geklagt, daß man den Sport kürzt, dann ist das Sport. Aber wenn die Ausgaben gerade für diese Zwecke unterzubringen sind, dann soll das nicht im Sportbudget sein. Ich glaube, eine solche Demagogie sollte man hier nicht bringen. Sie wurde ja schon einige Male versucht, um die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß man für die Förderung des Sportes in Wien ist. (GR. Arthold: Das ist der teuerste Turnsaal der Welt, um 35 Millionen Miete!) Sie sagen, das ist der teuerste Turnsaal, und Sie reden — verzeihen Sie, wenn ich hier etwas heraushöre — etwas geringschätzig von dieser Gruppe von Hallen, die dem Sport zur Verfügung steht.

Herr GR. Dr. Hirnschall — er ist gerade nicht hier — hat vorhin gesagt: Der schäbige Rest verbleibt dann für den Breitensport. Ich habe das überschlagen: Dieser schäbige Rest sind ungefähr 40 Millionen, die dem Breitensport an Förderungsbeiträgen zur Verfügung stehen. Da habe ich jene Summen nicht eingerechnet, die etwa für Stadthalle und Bäder zur Verfügung gestellt werden. (GR. Arthold: Woher wissen Sie das?) Ein bißchen kann ich kopfrechnen, und wenn es mir da zu kompliziert wird, nehme ich meinen kleinen Taschencomputer und rechne weiter. (GR. Arthold: Woher wissen Sie, was an die Stadthalle geht? Wo steht das?)

Hier gibt es Berechnungen, hier gibt es Erfahrungswerte. Ich will jetzt nicht streiten, ob das heuer oder im nächsten Jahr um eine halbe Million mehr oder weniger sein wird. Aber gerade wir zwei haben ja schon verschiedene Debatten etwa im Zusammenhang mit der Subventionierung der Stadthalle in Sportangelegenheiten ausgetragen.

Um aber zu den konkreten Ziffern des Budgets zurückzukehren: Wir haben bei den baulichen Herstellungen eine doch sehr stolze Summe. Vielleicht darf ich bei dieser Gelegenheit aufzählen, was in den letzten Jahren an größeren Sportstätten in Wien gebaut wurde: das Hallenstadion als international anerkannte Mehrzwecksportanlage, das Weststadion mit zwei Fußballfeldern, denen Sie nach einem Hin und Her in den verschiedensten Ausschüssen hier im Gemeinderat letztlich doch zugestimmt haben, meine Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion, den LAC-Platz, den Helfort-Platz, den Auto-Platz, die Sportstätte in der Laxenburger Straße, die Brigittenauer Lände, den Elektraplatz, den Ringelseeplatz in Floridsdorf, einen Jugendspielfeldplatz in der Kennergasse, die Tribüne auf der Hohen Warte, Rundturnhallen, die Mittel, die von Ihnen apostrophiert wurden, für die entsprechende



Gestaltung des Horr-Stadions; ich könnte noch einiges mehr nennen.

Das alles ist in den letzten Jahren geschehen, und ich muß feststellen: Noch nie zuvor ist von der Stadtverwaltung und überhaupt in Wien so viel für den Wiener Sport geschehen wie in den vergangenen Jahren. (Beifall bei der SPÖ. — GR. Hahn: Aber nicht immer für den Breitensport!) Dazu komme ich auch noch.

Mit den Bezeichnungen Breitensport, Spitzensport und Leistungssport wird manchmal Schindluder getrieben. Man müßte das einmal wissenschaftlich analysieren. Aber selbst die Sportwissenschaftler unterscheiden ja nicht ganz klar, was noch Leistungssport und was schon Spitzensport ist. (GR. Arthold: War das ein Vorwurf an die Frau Vizebürgermeister, daß noch nie vorher so viel geschehen ist?) Nein! Ich könnte jetzt noch weiter zurückgehen, will es Ihnen aber nicht antun. Ich könnte anführen, was in den letzten 20 bis 25 Jahren in Wien für den Sport geleistet wurde. Wir sind jedenfalls stolz darauf, daß man die Ausgaben für den Sport von Legislaturperiode zu Legislaturperiode steigern konnte. Das ist auch der Ausdruck einer entsprechenden Gesinnung.

Diese Bauten sind historisch nur vergleichbar etwa mit der Errichtung des Wiener Praterstadions oder mit der Wiener Stadthalle, die Sie hier so oft und so gerne kritisieren, auch im Zusammenhang mit Sportangelegenheiten.

Aber zurück zum Budget. Glauben Sie denn, daß die Arbeitskräfte in der Stadthalle oder die Platzwarte auf den Sportplätzen der Stadt Wien um die Hälfte oder um ein geringeres Entgelt arbeiten als andere Beschäftigte und Bedienstete der Stadt Wien oder auch privater Betriebe? (GR. Arthold: In Graz arbeiten sie nach eurer Ansicht um die Hälfte!) Vielleicht ist die Gewerkschaft dort nicht in Ordnung. Das wäre ein Hinweis an meinen Kollegen Pöder, sich vielleicht dieser Dinge anzunehmen, wenn dort Verträge nicht eingehalten werden.

Aber die Sportanlagen bedürfen auch einer baulichen Instandhaltung. Ich möchte Sie sehen, wenn Sportstätten nicht entsprechen; zum Teil ist es ja so. Wir wissen, daß wir etwa Turnsäle haben, die nicht dem modernsten Standard entsprechen. Es wurde im Jahre 1977 erstmalig ein sehr großer Betrag außerhalb des Budgets aufgewendet, um zusätzlich Einrichtungen für Turnsäle zu schaffen.

Sie reden nur immer von der Stadthalle. Aber hinter dem, was Sie Stadthalle nennen, verbergen sich ja einige Hallen der Stadthalle: die Donauparkhalle, das Wiener Stadion, das Stadionbad und das Stadthallenbad; vielleicht habe ich sogar irgend etwas vergessen. Das alles meinen Sie unter Stadthalle. Das kostet viel Geld. Dieses Geld ist gut angelegt auch im Sinne eines Breitensports. Denn Sie können mir nicht nachweisen, daß etwa in der Donauparkhalle, in allen Hallen der Stadthalle oder auch in den Bädern nur Spitzensport betrieben wird.

Wien hat — darauf sind wir sehr stolz — heute für alle wesentlichen Sportarten, ja man kann fast

sagen, für alle Sportarten, Wettkampfstätten mit internationalem Standard, eine Leistung der sportfreundlichen Stadt Wien, wenn ich das hier erwähnen darf.

Es sind im Budget auch ungefähr 5,5 Millionen Schilling vorgesehen, die zur Sanierung von — wie Sie sagen — kleinen Sportanlagen bestimmt sind. (GR. Arthold: 1,3 Millionen!) Rechnen Sie nach! Man wird im Laufe des Jahres dann noch im Detail in Zusammenarbeit mit Vertretern der Verbände feststellen, welche Sportanlagen zuerst saniert werden können. (GR. Hahn: Das fordern wir schon seit ein paar Jahren!)

Wissen Sie, daß für Förderungsbeiträge im Laufe der Jahre 1973 bis 1977 471 Millionen Schilling von der Stadt Wien ausgegeben wurden?

Ich darf einen Ausspruch des Vertreters des Allgemeinen Sportverbandes — ich nenne absichtlich keinen ASKÖ-Vertreter; ich will nicht eigene Fraktionskollegen als Beweismittel anführen. — zitieren, der unlängst in einer Sitzung des Landessportbeirates ganz offiziell festgestellt hat, daß der Wiener Sport sehr stark aufgewertet wurde. Ich habe mir das damals notiert, weil es so symptomatisch und bezeichnend war für das, was auf Sportebene vorgeht. (GR. Arthold: Zum Dank dafür, daß Sie ihre Anlage saniert haben!) Und wenn! Wenn Anlagen saniert wurden, dann ist das ja etwas Positives. (GR. Arthold: Der, der mehr bukkelt, der kriegt es! Das ist immer so!)

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich einmal das Wort an den Herrn GR. Arthold richte. Dann müßten Sie sehr viel buckeln, denn ich glaube, Ihnen ist auch schon manches gelungen — das ist auch richtig so — als einem der Vertreter des Sports. Natürlich, für die „Union“ wurde auch, genau wie für alle anderen Sportverbände und Sportvereine etwas, ja sogar sehr viel gemacht.

Daß die Mittel für den Leistungssport nach Vorschlägen eines Komitees aufgeteilt und nachher vom Landessportbeirat genehmigt werden, das hat es früher auch nicht gegeben. Das ist wieder keine Kritik — um das gleich vorwegzunehmen — gegenüber früheren Legislaturperioden, aber es hat sich eben weiterentwickelt. Es hat vorher einen Sportbeirat gegeben, der wurde dann aufgrund eines Gesetzes geschaffen; heute gibt es den Landessportbeirat, der die Beratung der entsprechenden Körperschaften und Personen, also auch des Stadtrates, zur Aufgabe hat. Aber ich darf doch hier feststellen und Sie stimmen sicherlich mit mir überein, daß diese Beratung oft sehr weit über das bloße Beraten hinausgeht und daß die Vorschläge mit geringen Ausnahmen dann doch so genehmigt werden.

Wir haben auch heuer im Budget für Förderungsbeiträge wieder einen sehr großen Betrag enthalten.

Ich habe mir noch viel notiert, aber ich will Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch nehmen. Es gäbe über Sport noch sehr viel zu sagen. Feststeht, daß die Zusammenarbeit auf Sportebene mit öffentlichen Stellen, mit den Verbänden und Vereinen, mit Betriebssporteinrichtungen, auch mit privaten

Einrichtungen des Sports, aber auch mit Kinder-, Jugend- und neuerdings mit Pensionistenorganisationen eigentlich sehr gut floriert.

Wenn Sie etwa den „Tag des Sports“ kritisieren: Auch für uns waren es zuwenig Teilnehmer. Man lernt natürlich im Laufe der Jahre, es wurde ja erst das zweitemal eine solche Veranstaltung durchgeführt. Man hat aus der ersten Veranstaltung im Jahr 1977 eine Reihe von Konsequenzen in der Art und in der Form der Abwicklung dieses „Tages des Sports“ gezogen und hat ihn heuer anders angesetzt.

Es soll aber auch gleichzeitig eine Werbung für die Sportverbände, für die Sportvereine sein.

Mehr Zuschauer auf unseren Sportplätzen sind natürlich auch erstrebenswert. Ich glaube aber, das wesentliche an der Sportförderung ist, daß mehr aktiv Sport betrieben wird.

Das beginnt bereits in den Schulen. Sie kennen die Diskussionen in Sportgremien, daß manche Sportvereine heute klagen, nicht mehr entsprechend Zeit in den Schulen zu haben, weil man dort heute mehr auf dem Sektor Sport macht. Das ist nicht angenehm für die Sportverbände, aber doch ein Beweis dafür, daß die Wünsche aller jener, die mit Sportfragen zu tun haben, bereits in jungen Jahren in den Schulen den Sport etwas mehr in den Vordergrund zu stellen, akzeptiert wurden und sich nun eben in der Praxis auswirken.

Ich darf in diesem Zusammenhang ebenfalls allen Bediensteten der Stadt Wien, die auf dem Gebiet des Sports arbeiten — das sind nicht nur jene, die in den Schreibstuben der Magistratsabteilung 51 sitzen, sondern wir haben Sportlehrer und andere Beschäftigte —, aber auch den Vereinen und Verbänden danken, die für den Sport in Wien tätig sind.

Ich möchte aber an diesen Dank doch auch eine Bemerkung anschließen. Es soll und kann nicht Aufgabe öffentlicher Stellen sein, in jeder Angelegenheit, auch dann, wenn es Schwierigkeiten in Vereinen und Verbänden gibt, diese Schwierigkeiten und diese Arbeiten abzunehmen, denn dann würden wir schließlich und endlich, über längere Zeitstrecken gesehen, zu einem reglementierten Sportgeschehen kommen, das wir sicher alle ablehnen. Es kann nur so sein, daß die öffentliche Hand, der Steuerzahler, die Sportvereine und Verbände und alle jene, die sich mit Sport beschäftigen, eine entsprechende ideelle und finanzielle Unterstützung geben.

Meine Fraktion ist gerne bereit, den Ansätzen dieses Budgetkapitels zuzustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächster Redner ist Herr Prof. Zörner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Prof. Zörner: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich möchte versuchen, die Wogen wieder etwas zu glätten, die beim Herrn GR. Ludwig etwas hochgegangen sind, und zum Problem Stadthalle noch eine Aussage machen.

Das Unbehagen unserer Fraktion und insbesondere des verantwortlichen Sprechers, des Kollegen Arthold, entsteht dadurch, daß in der Stadthalle, obwohl besonders auch bei den baulichen Herstellungen und Renovierungen die Gelder über die Geschäftsgruppe für Sport gegeben werden, nicht ausschließlich Veranstaltungen erfolgen, die dem Sport dienen. Im Augenblick findet dort der Festival mit Winnetou statt. Der „Schatz im Silbersee“ hat mit Ausnahme der Reiter, die dort herumhüpfen, auch nichts mit Sport zu tun. Es hat auch „Candide“ in der Stadthalle gegeben, das hat sehr viele Millionen Defizit verursacht. Dieses Unbehagen haben wir, und das haben Sie durch diese Regelung, die Sie getroffen haben, sicherlich nicht aus der Welt geschaffen. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Zunächst möchte ich mich einigen kleineren Problemen zuwenden, und zwar kleineren Personalproblemen, die für uns, die wir hier im Gemeinderat sitzen, sicherlich nicht viel Bedeutung haben, aber für die betroffenen Bediensteten an der Stelle, wo sie arbeiten, ein zentrales Problem darstellen und daher einer Lösung zugeführt werden müssen. Ich kann nicht alle diese Probleme, die mir bekannt sind, aufzählen und möchte daher nur einige wenige exemplarisch herausgreifen.

In den Pflegeheimen der Stadt Wien werden neben den leitenden Stationsschwestern ausschließlich Bedienstete des Sanitätshilfsdienstes beschäftigt. Diese haben aber selbstverständlich alle Verpflichtungen zu erfüllen, die normalerweise Personen mit c-wertiger Einstufung zukommen. Ich glaube, daß man gerade bei der Betreuung unserer alten, pflegebedürftigen Wienerinnen und Wiener nicht kleinlich sein sollte, weil sich das alle jene Menschen, die sich in diesen Heimen befinden, nicht verdient haben. Ich stelle daher zusammen mit Kollegen GR. Traindl folgenden Antrag:

„In den Pflegeheimen der Stadt Wien sind außer den Stationsschwestern ausschließlich Bedienstete des Sanitätshilfsdienstes beschäftigt. Dieser Hilfsdienst hat daher einen Tourendienst mit allen einschlägigen anfallenden Arbeiten zu versehen.

Es scheint daher unberechtigt, daß dieser Sanitätshilfsdienst ‚c-wertige‘ Arbeiten verrichtet, ohne diese entsprechend abgegolten zu bekommen.

Die gefertigten ÖVP-Gemeinderäte stellen daher gemäß § 30 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden Beschlußantrag:

Die im Sanitätshilfsdienst beschäftigten Bediensteten in den Pflegeheimen der Stadt Wien sollen eine Ausgleichszulage erhalten, die ihnen die ‚c-Wertigkeit‘ ihrer Arbeit in ausreichendem Maße abgilt.“

Es müßte sicherlich auch eine gesetzliche Änderung nicht nur im Bereich der Stadt Wien — darauf möchte ich hinweisen, aber man kann auch in Wien einmal Anfangspunkte zu einer solchen Lösung setzen —, die Kündigung provisorisch Pragmatisierter betreffend, eintreten. Mitunter kann man feststellen — das sind sicherlich keine Einzelfälle —, daß Vertragsbedienstete provisorisch pragmatisiert



werden, weil sie in diesem Zustand leichter kündbar sind und weil vor allem die ganze Prozedur mit den Arbeitsgerichten wegfällt.

Besonders unvereinbar mit den gepriesenen Vorzügen eines Sozialstaates ist aber der Umstand, daß bei der Beendigung der Dienstverhältnisse provisorisch Pragmatisierter diesen keine Arbeitslosenunterstützung zusteht. Das gehört geändert. Wo bleibt die in der Verfassung garantierte Gleichheit der Bürger?

Ein langjähriger Wunsch der durch die Stadt Wien über die Magistratsabteilung 56 angestellten Lehrer ist es, analog den Landes- und Bundeslehrern Dienstitel zu führen. Ich darf auch in dieser Richtung einen entsprechenden Beschlusantrag der ÖVP-Gemeinderäte Zörner und Arthold einbringen:

„Die bei der Stadt Wien beschäftigten Lehrer haben im Gegensatz zu ihren Kollegen, die im Bundes- oder Landesdienst stehen, nicht die Möglichkeit, einen ihrer Berufsausbildung entsprechenden Dienstitel zu führen.“

Weder Schüler noch Eltern machen im allgemeinen einen Unterschied, um welche Gruppe von Lehrern es sich handelt. Daher fühlen sich die bei der Magistratsabteilung 56 beschäftigten Lehrer durch das Fehlen eines entsprechenden Dienstitels benachteiligt.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher folgenden Beschlusantrag:

Der Herr amtsführende Stadtrat für Personal und Sport wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß auch für die bei der Stadt Wien beschäftigten Lehrer gemäß ihrer dienstrechtlichen Stellung analog der Dienstitel für Landes- und Bundeslehrer entsprechende Titel geschaffen werden.“

Einige Probleme gibt es auch im Bereich der städtischen Büchereien. In den Jahren 1970 bis 1978 ist eine Steigerung der Entlehnungen von Büchern um 32,2 Prozent eingetreten, genauer gesagt, von rund 1,671.000 auf rund 2,208.000 Entlehnungen. Die Anzahl der Dienstposten wurde aber nur um 9,8 Prozent von 262 auf 277 erhöht.

Da außerdem, was bei den erhöhten Anforderungen an alle Mitarbeiter in diesen Büchereien und auch bei den geringen Aufstiegschancen kein Wunder ist, eine starke Fluktuation bei den Mitarbeitern ununterbrochen zu beobachten ist, hat die Einschulung neuer Angestellter dazu beigetragen, daß die Personalsituation noch verschärft wird. Es wäre daher eine Aufstockung des Dienstpostenplanes dringendst notwendig.

Die meisten Bibliothekare müssen in ihrer Freizeit außerdem noch Buchbesprechungen durchführen, eine sehr zeitaufwendige Arbeit. Bei anderen Institutionen wie bei Zeitungen oder beim ORF wird für diese Buchbesprechungen eine Lektoratsgebühr von rund 500 Schilling bezahlt, bei den städtischen Bibliotheken sind es erst seit dem 1. Jänner dieses Jahres 284 Schilling. Warum sollen die städtischen Beamten schlechter gestellt sein als die in der Privatindustrie Beschäftigten? Wo bleibt die berühmte Leistungsgerechtigkeit?

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß die Notwendigkeit besteht, die Oberarztposten grundsätzlich mit der Dienstklasse VII zu systemisieren. Es sollen nicht nur Auserwählte, sondern alle Oberärzte diese Dienstklasse erreichen.

Es ist aber auch — das ist eine Feststellung, die ich schon einige Male hier getroffen habe — nicht zu verstehen, warum es im Bereich der Stadt Wien noch kein Personalvertretungsgesetz gibt. In der Resolution der 9. Wiener Landeskonferenz der Gemeindebediensteten, die im September dieses Jahres stattgefunden hat, steht ausdrücklich, daß die Gewerkschaft bedauert, daß die Wahlen im Jahre 1978 noch immer kein Personalvertretungsrecht für die Gemeindebediensteten gebracht haben, daß eine grundsätzliche Übereinstimmung besteht auf seiten aller dafür zuständigen Institutionen, insbesondere auch bei den Verhandlungen mit dem Städtebund und dem Gemeindebund, die verfassungsmäßigen Schranken zu überwinden. Und wörtlich kann man hier lesen: „Die Delegierten der 9. Landeskonferenz vertreten nach wie vor die Auffassung, daß nur ein für alle Gemeindebediensteten gleichermaßen anwendbares Personalvertretungsrecht eine wirksame Personalvertretung garantiert. Die dazu notwendige Änderung des Artikels 21 der österreichischen Bundesverfassung ist mit unveränderten Anstrengungen anzustreben.“

Mir persönlich erscheint es unverständlich, wenn diese Übereinstimmung mit Städtebund und Gemeindebund gegeben ist, wenn hier im Rathaus und drüben im Parlament Sozialisten die Verantwortung tragen, daß dann immer noch nichts geschehen ist. Langsam kommt man zu der Auffassung, daß diese Aussagen der sozialistischen Fraktion nur ein Lippenbekenntnis, sicherlich aber kein Herzensbedürfnis sind. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Wenn irgendwo etwas danebengeht, sucht man Schuldige. Bei der Wiener Sozialistischen Partei ist es am 8. Oktober danebengegangen. Sie haben die Wahl verloren und dann überlegt, wer unter anderem schuld daran sein könnte. (Widerspruch bei der ÖVP. — StR. Dr. Goller: Gewonnen haben Sie vielleicht?)

Unter anderem sind Sie auch mit sehr gewichtigen Aussagen auf die Rathausbeamten gekommen. So könnte man von dem Versagen der sozialistischen Politik und der Politiker ablenken und für diese Rathausmisere, die wir in der letzten Zeit immer wieder feststellen müssen, nicht ausschließlich die sozialistischen amtsführenden Stadträte, nicht nur die Wiener Sozialistische Partei verantwortlich machen, nein, die Rathausbeamten sollen die Schuld daran haben.

Diese Auslegung liegt genau auf der gleichen Linie, die wir auch auf Bundesebene immer wieder in den Aussagen des Bundeskanzlers und in den Aussagen des Finanzministers beobachten können, die auch gerne damit Emotionen gegen die Beamten in der Öffentlichkeit wecken, um von ihren eigenen Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten ablenken zu können. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

So geht das aber nicht, meine Herren! Ich glaube, daß ein Großteil der Beamten der Stadt Wien korrekt und pflichtbewußt seinen Verpflichtungen nachkommt, und dafür gebührt diesen Beamten der Dank, den ich ihnen hiemit im Namen meiner Fraktion ausspreche. (Beifall bei der ÖVP.)

Für diese Zustände im Wiener Rathaus, für die Fehlleistungen, die Skandale, die groben Unzulänglichkeiten sind Sie verantwortlich, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, Sie und niemand anderer. Niemand kann Ihnen diese Verantwortung abnehmen. Aber Sie haben ja aus dem Debakel vom 8. Oktober nichts gelernt. Sie suchen überall anders, nur nicht in Ihren eigenen Reihen die Schuld. Sie ziehen keine Konsequenzen aus der Niederlage, sondern Sie prolongieren das Unbehagen, dieses Unbehagen, das mit dazu beigetragen hat, daß es so viele Wahlenthaltungen bei dieser Wahl zum Wiener Gemeinderat gegeben hat.

Weder der längst schon fällige Personenwechsel von amtsmüden oder unfähigen Stadträten ist durchgeführt worden, noch ist die Geschäftseinteilung geändert worden, deren Unzulänglichkeit schon oft dargestellt wurde und die ein großes Hindernis für Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung der Stadt Wien darstellt. Nein, mehr ist passiert: Ein Zentralismus in Magistratsdirektion und Bürgermeisterbüro ist eingetreten, der eine Verzögerung des Aktenlaufes herbeiführt, der Sand ins Getriebe bringt, der die Entscheidungsfreudigkeit der leitenden Beamten hemmt und gerade das Gegenteil von Verwaltungsvereinfachung bringt.

Eines ist sicher: Diese Verwaltung kostet mehr. Innerhalb von vier Jahren — das können Sie in den Voranschlägen im Dienstpostenplan selbst eindeutig und klar feststellen — ist es zu einer ungeheuren Personalvermehrung gerade in diesen zentralen Bereichen der Magistratsdirektion und des Bürgermeisterbüros gekommen.

Im Jahre 1975 gab es im Dienstpostenplan für das Büro der Magistratsdirektion 30 Posten, für 1979 sind bereits 61 vorgesehen, also eine Vermehrung um mehr als 100 Prozent. In der automatisierten Datenverarbeitung gab es 1975 158 Dienstposten, für das nächste Jahr sind 206 vorgesehen. In den sonstigen zentralen Stellen wie Amtsinspektion, Büro des Bürgermeisters und andere, die jetzt anders gegliedert sind, aber im Prinzip das gleiche behandeln, gab es 1975 105 Dienstposten, für nächstes Jahr sind es 136.

Dazu kommt noch die Einführung der Bereichsleiter, deren Effizienz fraglich ist, besonders dann, wenn es sich um Rathausfremde handelt, und deren Bezahlung fragwürdig ist, weil allein der Bürgermeister und der Magistratsdirektor die Höhe der Zulagen zu bestimmen haben.

Ich habe mir von verschiedenen Seiten folgendes sagen lassen: Es gibt Beschwerdeführer, die sich über irgendeine Angelegenheit, eine Magistratsabteilung betreffend, schriftlich an verschiedene Institutionen wenden. Meistens geht der gleiche Brief mit gleichem Inhalt sowohl an den Herrn Bürger-

meister als auch an den Bundespräsidenten und eventuell auch noch an den Bundeskanzler.

Die zuständige Magistratsabteilung wird dann zu einer Stellungnahme aufgefordert. Von dem Brief, der an den Herrn Bundespräsidenten gegangen ist, wird die Stellungnahme zuerst, nach kurzer Zeit verlangt. Dann dauert es schon einige Wochen, bis das Verlangen nach der Stellungnahme von dem Brief kommt, der an den Herrn Bundeskanzler gegangen ist. Und erst lange Zeit später — mitunter ist das ganze schon in Vergessenheit geraten — wird auch eine Stellungnahme von der gleichen Magistratsabteilung über den Brief verlangt, der an den Herrn Bürgermeister gegangen ist.

Sehen Sie, das ist Ihre Vorstellung von Verwaltungsvereinfachung, die diese Stadt so schwer getroffen hat, weil Sie allein dafür zuständig sind. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich möchte abschließend folgendes feststellen: Die selbstverordnete Denkpause — hoffentlich wird sie nicht noch länger dauern, als man zunächst angenommen hat, und über den Fasching hinaus bis in die Fastenzeit gehen — verunsichert die Beamten dieser Stadt. Dies kann man den Wienern nicht länger zumuten. Die Weitergeltung der Geschäftseinteilung ebenfalls bis zu dieser Zeit und darüber hinaus, einer Geschäftseinteilung, von der bei der letzten Reform im Jahre 1976 von Rednern Ihrer Fraktion behauptet wurde, daß sie sicher in einem halben Jahr wieder geändert werden muß, weil sie noch Unzulänglichkeiten aufweist, diese Weitergeltung verhindert die Entbürokratisierung und die Rationalisierung, die so dringend notwendig wären.

Das Delegieren von Aufgaben, von Verantwortung ist unserer Auffassung nach besser als der Zentralismus, den wir im Bürgermeisterbüro und in der Magistratsdirektion erleben. Wir von der Österreichischen Volkspartei vertreten die Auffassung, daß wir mit den Wienern und nicht gegen die Wiener arbeiten wollen. Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Schließen Sie sich dieser Auffassung endlich an und handeln Sie in diesem Sinn. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächster Redner hat sich Herr GR. Pöder zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Pöder: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wiener Gemeinderat beschließt Jahr für Jahr anlässlich der Beratungen des Haushaltsplanes der Stadt Wien und des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke für das kommende Jahr auch das Personalbudget. In Wien ist das etwas mehr als ein Viertel der Gesamtausgaben des Wiener Budgets und somit eine Summe, die 17,3 Milliarden Schilling ausmachen wird.

Alljährlich aber entbrennt mehr oder minder heftig in der Öffentlichkeit ein Meinungsstreit über die enormen Belastungen, denen sich die Gebietskörperschaften auf dem Personalsektor gegenübersehen. Es kommt nun schon regelmäßig zu einem Schlagabtausch zwischen jenen, die da meinen, die Beamten fressen den Staat, und jenen, die nicht mit



vorgefaßten und beamtenfeindlichen Argumenten in die Meinungsschlacht ziehen.

Jene, die das Problem sachlich und realistisch sehen, merken, daß der Bürger immer mehr Leistungen von der öffentlichen Hand fordert, der Gesetzgeber im zunehmenden Maße diesem Verlangen Rechnung trägt und daher den Gebietskörperschaften, im besonderen den Städten und Gemeinden, immer mehr Aufgaben auferlegt werden! Ich werde im Verlauf meiner Ausführung noch darauf zurückkommen. Zuerst aber ein Überblick über die Personalsituation der Stadt Wien.

Der Dienstpostenplan für die Bundeshauptstadt Wien weist im Jahr 1979 43.458 Dienstposten aus, das sind um 291 Dienstposten mehr als im Jahr 1978.

Entgegen der Meinung des Herrn Kollegen Zörner ist klar ersichtlich, daß von diesen 291 Dienstposten im Bereich der Kindertagesheime 79 Posten und in den Wohlfahrtsanstalten sowie in den Krankenanstalten 165 Dienstposten neu geschaffen werden, so daß von diesen 291 Dienstposten allein 244 auf die Bereiche Kindertagesheime, Spitäler und Wohlfahrtsanstalten entfallen.

Sie haben wohl in Ihrem Diskussionsbeitrag, Herr GR. Zörner, die Personalbewegungen über vier Jahre hindurch beleuchtet, aber wohlweislich nicht erwähnt, daß es im Bereich der Verwaltung gerade in den letzten zwei Jahren zu nicht unbeträchtlichen Einsparungen gekommen ist. So wurden mit den Mitteln der Rationalisierung und eines verbesserten Organisationsablaufes fast 200 Posten in der Verwaltung eingespart, ohne daß dadurch eine Überbelastung der betroffenen Dienststellen hervorgerufen worden ist. Das sollte man der Gerechtigkeit halber auch erwähnen. Aber Sie haben sich natürlich nur ein paar negative Fakten herausgesucht, sich im wesentlichen in Ihrem Diskussionsbeitrag mit kleinen Dingen abgegeben und ein bißchen den sogenannten Haustratsch publiziert, ohne auf die wirklichen Probleme des Personalbudgets einzugehen.

Die Angaben wären unvollständig, würde man nicht auch gleich die Personalsituation der Wiener Stadtwerke mit einbeziehen. Der Dienstpostenplan der Wiener Stadtwerke weist für das Jahr 1979 15.764 Dienstposten auf. Dazu kommen noch 65 Teilbeschäftigte oder fallweise Beschäftigte und 297 Lehrlinge. Das sind um 294 Dienstposten weniger, Herr Kollege Zörner, als im Jahre 1978.

Wenn man aber den Stellenplan der Wiener Stadtwerke genau studiert, dann findet man, daß für das Jahr 1979 nur mit 14.779 Bediensteten gerechnet werden kann, was dadurch hervorgerufen wird, daß im Bereich des Fahrdienstes noch immer ein nicht rasch behebbarer Personalunterstand gegeben ist. Voriges Jahr waren es 1.080 unbesetzte Posten, heuer werden es etwa 900 sein, so daß wir wieder damit rechnen müssen, daß dieses Fehlen von Fahrpersonal durch nicht unbeträchtliche Überstundenleistungen ausgeglichen werden muß. Somit werden bei der Stadt Wien im Jahr 1979 58.398 Bedienstete beschäftigt sein, obwohl 59.287 Dienstposten ausgewiesen sind.

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Zörner, möchte ich gleich auf eine Frage eingehen, die ich später noch einmal behandeln werde. Sie haben im Bereich der Bibliotheken kritisiert, es wäre dort die Zuteilung an Fachpersonal zu gering. Man darf dabei aber nicht übersehen, daß wir uns auch in diesem Bereich einiger, unserer Meinung nach guter technischer Hilfsmittel bedienen. Ich verweise etwa auf die dort in Betrieb befindliche EDV-Anlage in der Zentralstelle.

Es mutet etwas seltsam an, Herr Kollege Zörner, daß Sie so ganz entgegen Ihrer Parteimeinung auf Bundesebene die Auffassung vertreten, man könnte ohne weiteres Personalvermehrungen vornehmen, während Ihre Partei sonst der Meinung ist, daß es eher zu einem Beamtenabbau kommen müsse, da ja die Absicht besteht, ein Prozent Bundespersonal jährlich einzusparen. Das bedeutet immerhin den Entfall von etwa 13.000 Dienstposten. (GR. Zörner: Büchereien sind meiner Auffassung nach doch Dienstleistungen und keine Verwaltungsstellen!)

Darf ich feststellen, Herr Kollege Zörner, daß im budgetpolitischen Konzept der ÖVP keine Ausnahmen für Dienstleistungsbetriebe getroffen worden sind. Es ist nur hinzugefügt worden, es darf nicht bei den Lehrern sein, nicht beim Bundesheer, nicht bei der Sicherheitswache, nicht bei der Gendarmerie, nicht bei der Zollwache. Aber wo wollen Sie denn dann 13.000 Dienstposten einsparen, frage ich Sie. So kann man die Dinge denn doch nicht betrachten.

Nun zurück zu Ihrem Diskussionsbeitrag hinsichtlich der Bibliotheksbediensteten. Es ist richtig, daß die Lektoratszulage in Verhandlung steht. Ich weiß, daß diesbezüglich zielführende Verhandlungen geführt werden und daß diese Zulage angehoben werden soll.

Ich bestreite keineswegs, daß es immer noch Bereiche gibt, in denen manches verbesserungswürdig ist. Zweifellos ist das Lektorat von Büchern eine geistige Anstrengung, die auch ihren entsprechenden Lohn finden soll. Sie werden in dieser Frage auch bei uns sicherlich ein offenes Ohr finden, und wir werden sie einer guten Lösung zuführen.

Was die Stationsgehilfinnen betrifft, bin ich schon etwas vorsichtiger, denn daß wir Sanitätshilfspersonal, das in der Regel schon sehr lange in den Heil- und Pflegeanstalten und in den Altersheimen beschäftigt ist, besoldungsmäßig einfach dem diplomierten Pflegepersonal gleichstellen, birgt in sich ungeheure Konfliktstoffe. Der finanzielle Unterschied ist ohnehin nicht sehr groß, denn die Stationsgehilfen, der Sanitätshilfsdienst ist in Verwendungsgruppe D gereiht, das diplomierte Pflegepersonal in Verwendungsgruppe C. Es fällt etwa in den Bereich des mittleren Fachdienstes. Bei den Zulagen und Nebengebühren gibt es eine völlige Gleichstellung; diesbezüglich ist die Stationsgehilfin nicht schlechter gestellt als die im „Radl“ eingeteilte diplomierte Krankenschwester. Würden wir diesen geringen Unterschied, der immerhin auf der einen Seite ein vierjähriges intensives Studium erfordert und auf der anderen Seite einen Kurs, der in der

Regel in acht bis neun Monaten absolviert werden kann, beseitigen, dann würden wir das vor einigen Jahren gut gelöste Problem einer leistungsgerechten Besoldung des diplomierten Krankenpflegepersonals neuerlich auf die Tagesordnung setzen, und wir kämen damit in die größten Schwierigkeiten.

So begreiflich dieser Wunsch ist, steht mehr dahinter, als man allgemein annehmen darf. Daher ist hier die nötige Vorsicht geboten. Ich möchte Ihnen das nur sagen, um nicht Hoffnungen zu erwecken, die aus gesamtpersonalpolitischen Überlegungen einfach unerfüllbar sind und eine Welle von neuen Forderungen auslösen könnten, die nur dem Prestige nach erfüllbar wären, aber in Wirklichkeit mit der Leistungsbezogenheit der Besoldung kaum mehr in Zusammenhang stünden. Daher also ein bißchen Vorsicht, und ich bitte Sie um Verständnis dafür.

Natürlich erhebt sich die Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren, was die Bediensteten dem Steuerzahler, den Wienerinnen und Wienern kosten. Der Magistrat der Stadt Wien wird für seine Bediensteten 1979 13,7 Milliarden Schilling, das sind 26,9 Prozent der Gesamtausgaben, also um ein Prozent mehr als im Vorjahr — damals waren es nur 25,9 Prozent —, und die Wiener Stadtwerke werden 3,6 Milliarden Schilling für die Bediensteten der Wiener Stadtwerke aufzubringen haben. Somit ergeben sich die schon erwähnten 17,3 Milliarden Schilling. Das sind dann 27 Prozent der Gesamtausgaben der Stadt Wien, deren Gesamtbudget, Magistrat und Stadtwerke zusammen, sich auf 63,8 Milliarden Schilling beläuft.

Dazu allerdings noch einige Bemerkungen: Klammern wir die Besoldung der Landeslehrer, deren Kosten wir zur Gänze vom Bund refundiert bekommen, aus dem Personalaufwand aus, so verringert sich der Betrag von 17,3 Milliarden Schilling um rund 2,6 Milliarden Schilling auf 14,7 Milliarden Schilling. Wenn man diese 2,6 Milliarden Schilling auf der Ausgabenseite des Budgets herausnimmt, dann ist das Verhältnis des Personalaufwandes zum Budget nur 24 Prozent. Das würde aber kein echtes Bild ergeben, denn selbstverständlich kommen noch, um ein richtiges Bild zu erhalten, 1.022 Millionen Schilling dazu, die der Magistrat für die Pensionen der Wiener Stadtwerke-Pensionisten aufwendet, so daß sich dann tatsächlich die echten Ausgaben mit 61,2 Milliarden Schilling im Gesamtbudget, davon 25,8 Prozent Personalausgaben, ergeben.

Hier eine Anmerkung zum Beitrag des Kollegen Dr. Hirnschall: Ich bin mir dessen bewußt, Herr Doktor, daß die Grazer Gemeindeverwaltung sich in einer sehr schwierigen Situation befindet. Das Personalbudget beträgt dort 50 Prozent; es lag sogar schon einmal bei 51 Prozent, wenn ich mich richtig erinnere. Es kommt dort zweifellos bei dieser angespannten Finanzlage, wenn die Bediensteten berechtigende Wünsche haben — das möchte ich gleich mit aller Deutlichkeit sagen —, immer wieder zu Spannungen und zu Auseinandersetzungen.

Nur glaube ich doch sagen zu müssen, daß eine so schwierige Situation nicht oder nicht wesentlich

von den Dienstnehmern her verbessert werden kann und daß die Sanierung einer Gebietskörperschaft nicht auf dem Buckel der Bediensteten ausgetragen werden darf.

Wenn es in Graz im Zuge des Interessenausgleiches manchmal zu größeren Spannungen kommt, dann liegt das eher im politischen Bereich. Denn eines darf ich doch feststellen: Soweit ich informiert bin, unternimmt der derzeitige Bürgermeister aus sicherlich opportunistischen und politischen Gründen herzlich wenig, um Mehreinnahmen in der Stadt Graz zu erzielen, und das stößt zunehmend auf Kritik von allen Seiten.

Ich gebe schon zu, daß viel Mut dazu gehört — wir erleben das immer wieder im Wiener Gemeinderat —: Wenn man seine Finanzen einigermaßen in Ordnung hält, dann stößt man automatisch an das politische Spannungsfeld der Meinungen, ob eine Tarifierhöhung eine Erhöhung von Entgelten angebotener Leistungen auch wirklich gerechtfertigt ist. Und da höre ich immer wieder, daß der derzeitige Grazer Bürgermeister Dr. Götz solchen Spannungen sehr gerne ausweicht und sich nicht gerade sehr mutig zu notwendigen Maßnahmen stellt, die die Finanzen der Stadt Graz doch ein bißchen verbessern sollen. Das gehört eben auch zur Kommunalpolitik. Wenn man glaubt, so maßgeblich in der österreichischen Politik tätig sein zu müssen, dann darf einem auch nicht der Mut zu solchen Maßnahmen fehlen. Ich sage das ohne böseartige Kritik und meine es wirklich so, wie ich es ausspreche.

In dem Zusammenhang noch ein offenes Wort: Wenn dann diese kommunale Führung in Graz der Meinung ist, es wäre, um Geld zu beschaffen, notwendig, Gemeindeeinrichtungen zu verkaufen, wie das gegenwärtig im Streit um den Grazer Schlachthof geschieht, der erst vor wenigen Jahren mit einem Kostenaufwand von etwa 20 Millionen Schilling neu erbaut worden ist und nach meinen Informationen zu den modernsten Schlachthäusern der Steiermark gehört — allerdings eingekreist von genossenschaftlichen und privaten Schlachthöfen und sozusagen von der Struktur her ausgehöhlt —, dann ist es eine berechtigte Sorge der dort beschäftigten Bediensteten, wie sich ihr Schicksal in Zukunft gestalten wird. Dann kommt es eben zu Zusammenstößen, weil die Meinung vorherrscht, daß dieser Schlachthof durchaus funktionsfähig ist und es gar nicht angebracht wäre, ihn privaten Händen zu übergeben. Das sind also Konfliktstoffe, von denen wir immer wieder hören, über die ich immer wieder informiert werde.

Herr Dr. Hirnschall, ich bin der Meinung, daß Graz sicherlich nicht der Modellfall für Wien ist. Wenn ich an die 26 Prozent Personaltangente in Wien denke, dann glaube ich sagen zu können, daß wir doch sehr geordnete und gesunde Verhältnisse haben und sicherlich — das möchte ich auch noch betonen — die Personaltangente der Grazer nicht über Gebühr belasten. Sie wissen bestimmt genauso gut wie ich, daß alle Forderungen, die dort gestellt worden sind, gleichzeitig mit großen Rationalisie-



rungsmaßnahmen einhergegangen sind und daß in den letzten Jahren an die 400 Dienstnehmer durch Nichtbesetzung von frei gewordenen Dienstposten eingespart wurden. Allerdings nicht nach der Art, jeder zehnte wird erschossen, — wie es nach dem Budgetplan der ÖVP der Fall wäre —, sondern es wurden schon die Schwächen aufgespürt, Personalüberhänge aufgespürt und abgebaut, so wie sich das in einem geordneten Gemeinwesen gehört. Ich habe mir berichten lassen, daß das dort ohne Schwierigkeiten über die Bühne gegangen ist und sich daher ein Teil der Verbesserungen durch diese Einsparungen selbst finanziert hat und sogar noch gewisse Vorteile für die Stadt Graz selbst zum Tragen gekommen sind. Soviel zu Ihrem Beitrag, Herr Dr. Hirnschall.

Für den Sozialaufwand hat der Magistrat der Stadt Wien 52,2 Millionen Schilling aufzubringen — ich denke hier an den Zuschuß zum Mittagessen usw., an Sozialversicherungsbeiträgen 709 Millionen und an Unfalleistungen nicht ganz 22 Millionen.

Die Aktivbezüge der Bediensteten der Wiener Stadtwerke betragen 2,7 Milliarden Schilling. Dazu kommen noch der freiwillige Sozialaufwand von rund 45 Millionen Schilling und 300 Millionen Schilling für die gesetzlichen Sozialaufwendungen, also Sozialversicherungsbeiträge usw., so daß an Gesamtkosten für das aktive Personal 11,7 Milliarden Schilling bezahlt werden müssen.

Dem stehen die Kosten für die Beamten des Ruhestandes und für die versorgungsberechtigten Hinterbliebenen gegenüber. Die Ruhe- und Versorgungsbezüge des Magistrats betragen 2,35 Milliarden Schilling, die Ruhe- und Versorgungsbezüge der Beamten der Wiener Stadtwerke rund 1,7 Milliarden Schilling, so daß für die Gesamtkosten der Pensionen und Versorgungsgenüsse rund 4 Milliarden Schilling aufzuwenden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun möchte ich ein paar Worte über die Einkommens- und Lohnverhältnisse der Wiener Gemeindebediensteten sagen. Auch dazu einige Zahlen, die uns ein wenig zu denken geben sollten und zeigen, daß die Stadt Wien nicht nur gute Leistungen auf dem Gebiet der Kommunalpolitik erbringt, sondern daß sie auch ein guter, sozialer und fortschrittlicher Dienstgeber ist.

Alle Behauptungen, die Löhne und Gehälter der Dienstnehmer der öffentlichen Hand seien gegenüber der Privatwirtschaft wesentlich zurückgeblieben, sind nämlich unrichtig. Nimmt man den Zeitraum der letzten fünf Jahre, also die Jahre 1974 bis 1978, dann ergibt sich folgendes Bild:

Die Löhne und Gehälter haben sich allgemein um 39,2 Prozent erhöht, in den Anfangsbezügen sogar um 44,75 Prozent. Vergleicht man die Gehaltserhöhungen mit den Gehaltserhöhungen der Kollektivvertragslöhne — hier muß man mit vergleichbaren Gruppen Vergleiche anstellen, etwa mit den Angestellten oder Arbeitern in der Industrie —, so erkennt man, daß der gesamte öffentliche Dienst in bezug auf die allgemeinen Lohner-

höhungen nicht schlechter gefahren ist als die Dienstnehmer in der Privatwirtschaft.

Stellt man diese Lohnerhöhungen den Teuerungsraten gegenüber, dann zeigt sich sicher ein deutliches Verlangsamen der realen Kaufkraft unserer Löhne, also jenes Teiles, der noch zur Verbesserung der Kaufkraft beiträgt. Denn im selben Zeitraum ist die Teuerung mit rund 34 Prozent einzusetzen.

Dazu möchte ich auch gleich feststellen: In diese Zeit fallen Jahre, in denen es nicht nur kein Wirtschaftswachstum oder nur ein sehr kleines gegeben hat, sondern in diese Zeit fällt auch das Jahr 1975, in dem sogar eine Schrumpfung des Wachstums um zwei Prozent stattgefunden hat. So gesehen ist es sicher so, daß der öffentliche Dienst in eine Phase gekommen ist, in der es nun gilt, in erster Linie das bisher Erreichte abzusichern und abzustützen. Die Lohnbewegungen, die derzeit gemacht werden, dienen in erster Linie dazu, Reallohnverluste hintanzuhalten und die Niedriglöhne etwas besser nachzuziehen, um dort gewisse Härten, die sich in der Lohnpolitik ergeben könnten, weitgehend einzudämmen.

Ich glaube auch, daß damit die Legende, ich möchte fast sagen, die böswillige Behauptung widerlegt wird, daß die Löhne überproportional gegenüber der Privatwirtschaft gestiegen sind. Auch diese Meinung hat man vor kurzem des öfteren gehört, und der Stimmen sind sehr viele, die immer wieder Kritik am öffentlichen Dienst üben und meinen, daß die Beamten auch in der Lohnpolitik privilegiert sind. (GR. Prof. Zörner: Dazu gehört auch der Finanzminister Androsch!) Dazu gehört aber auch der Präsident Igler. Das möchte ich feststellen, denn mich beeindruckt weder die Meinung des einen noch die Meinung des anderen in dieser Frage, sondern die Lohnpolitik wird doch noch ausschließlich von den gewählten Vertretern der Bediensteten des öffentlichen Dienstes gemacht.

Es ist nun einmal so, daß hier ein ständiger Interessenausgleich stattfinden und man alles daransetzen muß, um zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen.

Betrachtet man das Durchschnittseinkommen der Wiener Gemeindebediensteten, dann muß man doch sagen, daß es ein beachtliches Niveau hat. Das Durchschnittseinkommen der Wiener Gemeindebediensteten im Bereich des Magistrats, auf zwölf Monate umgerechnet, weil sich nur so das Durchschnittseinkommen mit der Privatwirtschaft vergleichen läßt, beträgt immerhin 14.998 Schilling. Es ist interessant, daß das Durchschnittseinkommen der Dienstnehmer der Wiener Stadtwerke um einige Schilling höher liegt, nämlich — ebenfalls umgerechnet auf zwölf Monate, wobei die Sonderzahlungen und die Nebengebühren mit einbezogen sind — 15.318 Schilling. Das Durchschnittseinkommen total gesehen beträgt 15.080 Schilling, gleichmäßig auf alle Gemeindebediensteten verteilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist eine Quote, die sich durchaus mit allen anderen Berufsgruppen messen kann. Der Durchschnitts-

bezug der Angestellten und Arbeiter in der Industrie — das ist jenes Niveau, das am weitesten vorne ist — beträgt — allerdings noch mit 1. Juli 1978 — 14.787 Schilling, wird im Laufe des kommenden Jahres sicherlich etwa 15.600 Schilling erreichen, wenn die Kollektivverträge, die derzeit im Auslaufen oder neu abgeschlossen worden sind, voll zur Wirksamkeit kommen. Somit darf ich doch sagen, daß das Gesamteinkommen der Wiener Gemeindebediensteten im Durchschnitt sehr nahe an jenes der Industrieangestellten und -arbeiter herankommt.

Ich habe vorerst von den Besoldungsmaßnahmen gesprochen. Ich möchte dazu sagen, daß die Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bekanntlich nicht nur aus den allgemeinen Lohnbewegungen besteht, sondern dazu gehören noch eine nicht unbeträchtliche Summe von strukturellen und spartenmäßigen Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich doch ein paar Dinge erwähnen, die darüber hinaus noch sehr günstig für die Dienstnehmer der Stadt Wien wirksam geworden sind. In erster Linie sind es die Auswirkungen der ersten Reformschritte bei der Besoldung in Richtung besserer Leistungsbezogenheit. Ich nehme hier nur die wichtigsten, die sehr kurze Zeit zurückliegen und allen noch in Erinnerung sind. Da ist der Wegfall des Überstellungsverlustes für den gehobenen Fachdienst. Wir haben weiter ab 1. Juli des heurigen Jahres ein neues Besoldungsschema für die Dienstnehmer in handwerklicher Verwendung erreichen können und haben schwerpunktmäßig die Bezüge der Facharbeiter angehoben. Wir glauben, daß sie nun in entsprechend gutem Verhältnis zum mittleren Fachdienst stehen. Wir haben sogar zum erstenmal für die Spezialfacharbeiter Richtliniengrundsätze vereinbaren können, die es ermöglichen, besonders gut qualifizierte Facharbeiter etwas besser in die Laufbahn zu bringen.

Wir haben für die C-Beamten des mittleren Dienstes, Werkmeister und Betriebsbeamte, eine Dienstzulage geschaffen, die zu einer wesentlichen Verbesserung der besoldungsmäßigen Situation geführt hat. Gleichzeitig haben wir, wirksam ab 1. Jänner des kommenden Jahres, die Laufbahnen des mittleren Fachdienstes im C-Bereich im allgemeinen um zwei Jahre verkürzt und so eine bessere Ausnützung der Laufbahnchancen auch für jüngere Bedienstete geschaffen. Ich glaube, daß das genügt, um sicherzustellen, daß sich die Einkommenssituation der Wiener Gemeindebediensteten in weiten Bereichen wesentlich verbessert.

Lassen Sie mich nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein paar Worte auch zur Frage der sozialen Sicherheit im Wiener Gemeindedienst sagen. Ich habe schon erwähnt, daß der Magistrat 18.467 Pensionisten und Bezieher von Versorgungsgenüssen zu betreuen hat, wozu noch 3.955 Pensionisten und Versorgungsberechtigte bei den Landeslehrern kommen, die ich aber außer Betracht lasse, weil sie ja Landesbedienstete sind. Es ist eine leicht sinkende Tendenz der Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger feststellbar, denn wir werden um

282 Pensionisten und versorgungsberechtigte Hinterbliebene weniger haben als im heurigen Jahr. Das ist eine Tendenz, die zu einer leichten Entlastung der Pensionstangente führen kann. Die Stadtwerke haben 15.789 Pensionisten und versorgungsberechtigte Hinterbliebene.

Ich darf Ihnen hier eine gute Zahl nennen: Es gibt beim Magistrat der Stadt Wien nur mehr 209 Pensionsempfänger, die noch eine Ausgleichszulage zu den Mindesttrichsätzen, die dem ASVG angeglichen sind, beziehen müssen. Ich erinnere daran, daß ich vor etwa drei oder vier Jahren noch eine Zahl von über 550 nennen mußte. Es ist also das eingetreten, was wir damals schon vorausgesehen haben, daß die Entwicklung der Lohn- und Gehalts-situation zu einer immer geringeren Zahl von Ausgleichszulagenempfängern führt, was ebenfalls ein sehr sichtbares Zeichen einer besseren sozialen Sicherheit im Gemeindedienst ist.

Der Durchschnitt der Magistratspensionen beträgt immerhin 9.176 Schilling, der Durchschnitt der Witwenpensionen 5.603 Schilling und der Durchschnitt der Waisenpensionen 1.790 Schilling. Wenn man diese Zahlen mit jenen vergleicht, die bei der Sozialversicherung ausgewiesen sind, sieht man, daß wir auch hier im guten Mittelfeld liegen, und ich glaube, daß auch hier sichtbar wird, daß sich die soziale Sicherheit im Gemeindedienst wieder wesentlich verbessert hat.

Ich möchte noch eine sehr interessante Zahl nennen, nämlich die Zahl der Pensionisten und Versorgungsberechtigten, die eine Ruhegenußzulage beziehen; das ist eine Zulage, die in der Pension vierzehnmals bezahlt wird und deren Bemessung sich aus der Gesamtsumme der in der Aktivzeit bezogenen Nebengebühren und Zulagen ableitet. Von den rund 18.000 Magistratspensionisten und Versorgungsberechtigten sind das immerhin 10.753 Personen, um 323 mehr als im Vorjahr, und der Durchschnitt dieser Zulage beträgt 744 Schilling; bei der Witwenversorgungszulage beträgt der Durchschnitt 398 Schilling, die Zulage, die den Waisen gebührt, etwa 140 Schilling.

Es gibt 2.194 Personen beim Magistrat — das sind immerhin 12 Prozent aller Pensionisten und Versorgungsberechtigten —, die eine Hilflosenzulage beziehen. Dazu möchte ich ein paar Worte sagen. Wir werden uns in der nächsten Zeit in der Frage der Systematik der Hilflosenzulage den Kopf zerbrechen müssen. Die Entwicklung im allgemeinen Sozialversicherungsrecht geht zweifellos in die Richtung eines einheitlichen, vom früheren Einkommen unabhängigen Hilflosenbezuges. Derzeit leitet sich die Hilflosenzulage nach dem ASVG noch von den Lohnklassen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ab, aber es gibt bereits eine verhältnismäßig hohe Untergrenze und eine verhältnismäßig niedrige Obergrenze. In einigen Novellen wird dieser Raum immer schmaler werden, und es wird sicherlich zu einer einheitlichen Hilflosenzulage kommen. Ich gebe aber zu, daß das System, das der öffentliche Dienst hat, nämlich die Hilflosenzulage nach dem Grad der wirklichen Hilflosigkeit in Staffeln zu teilen, die gerechtere Lösung ist. Es



wird also in der nächsten Zeit einiger Überlegungen bedürfen, um auch für den öffentlichen Dienst einigermaßen vernünftige Lösungen zu finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nun noch eine Verbesserung des Dienstrechtes bzw. des Besoldungsrechtes erwähnen. Der Landtag wird noch in dieser Woche die 16. Novelle zur Besoldungsordnung beschließen, die auch eine Verbesserung der Anspruchsberechtigung für die Haushaltszulage bringen wird. Es werden etwa 15.000 Anspruchsberechtigte neu um diese Haushaltszulage ansuchen. Ich möchte bei der Gelegenheit den Kollegen in der Personalverwaltung recht herzlich danken, daß wir ein Verfahren gefunden haben, das praktisch ausschließt, daß jemand durch Fristversäumnis gewisser Rechte verlustig geht. Es werden alle Anspruchsberechtigten angeschrieben bzw. in Kenntnis gesetzt, sie werden innerhalb der Frist ein einfaches Formblatt auszufüllen haben, und es wird praktisch keine Fristenverluste durch Überschreitung der Fallfrist geben. Herzlichen Dank dafür! Ich glaube, daß hier neben den Aufgaben, die die Stadt auch gegenüber dem Personal zu erfüllen hat, eine gute Vorgangsweise gewählt wurde.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte überhaupt zur Gestaltung des Dienstrechtes sagen. Wir haben im heurigen Jahr das Urlaubsrecht wesentlich verbessert. Alle jene, die im Jahre 1977 keine Verbesserung ihres Urlaubsrechts bekommen haben, weil eine Verbesserung 1977 nur für die Mindesturlaube wirksam geworden ist — das ist jene Dienstnehmergruppe, die sich in den ersten fünf Dienstjahren befindet; sie kam heuer nicht zum Zug —, haben zwei Tage Gebührenurlaub mehr erhalten.

Wir haben somit ein Urlaubsrecht, das, so glaube ich sagen zu können, vorbildlich ist. Ich will nicht verhehlen, daß diesem ersten Schritt, allerdings nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Stadt, noch weitere Schritte folgen werden. Erklärtes Ziel ist es, nach 25 Dienstjahren den Sechs-Wochen-Urlaub zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Worte nun zur Frage des pragmatischen Dienstverhältnisses, weil das auch im Diskussionsbeitrag des Herrn GR. Dr. Hirschall angeklungen ist. Er hat nämlich gemeint: Was soll denn der Bürgermeister von Graz tun? Soll er seine Bediensteten alle entpragmatisieren?

Wenn ich ihn beraten dürfte, würde ich ihm sagen, er soll die Hände davon lassen, denn das kostet ungeheuer viel Geld. Abgesehen davon kommt der Vertragsbedienstete im Durchschnitt um rund 22,5 Prozent teurer als der Pragmatisierte, denn es ergeben sich ja verhältnismäßig hohe Dienstgeberbeiträge. (StR. Dr. Goller: Beim Obersenatsrat nicht!) Auch beim Obersenatsrat! — Wo bei allerdings das angebliche Gesunden einer Gebietskörperschaft sicherlich nicht von der Entpragmatisierung eines Obersenatsrates abhängt, Herr Stadtrat. Das wäre unfinanzierbar, denn abgesehen davon, daß die laufenden Lohnkosten sich wesentlich verteuern, müßten auch die Nachversicherungsbeiträge an die Sozialversicherung ent-

richtet werden. Das sind unfinanzierbare Größen, für Graz noch viel schlimmer als für jede andere Stadt.

Also der Grazer Bürgermeister wird sich mit der Pragmatisierung abfinden müssen, und er sollte eigentlich heilfroh sein, daß er sie — wenn sie richtig angewendet wird — hat.

Man wird sich einmal — das sage ich ganz offen in diesem Haus — von den Klischeevorstellungen lösen müssen. Man hört ja immer nur, alles Üble kommt vom öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis. (Widerspruch bei der ÖVP.) Es sei das teuerste und außerdem auch noch jenes, das die Steuerzahler am meisten belastet. Darf ich Ihnen sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade in Ihren Reihen sitzen eine Reihe jener, die diese Meinung immer wieder in die Öffentlichkeit tragen. Ich habe einen Namen heute schon genannt, aber das ist nicht der einzige ÖVP-Mandatar, der diese Meinung vertritt. (GR. Hahn: das ist kein Mandatar!) Aber ein prominentes ÖVP-Mitglied. Ich werde das gerne berichtigen: ein prominentes ÖVP-Mitglied und ein Wirtschaftskapitän, der in der Berufsorganisation eine wesentliche Position einnimmt. Womit ich das jetzt richtiggestellt habe.

Ich sage noch einmal: Man wird sich in aller Sachlichkeit, ohne daß man die Emotionen hochspielt, mit dieser Frage einmal echt beschäftigen müssen. Ich persönlich glaube nicht, daß das pragmatische Dienstverhältnis das teuerste ist, wenn es richtig angewendet wird. Natürlich, so wie es vielfach gemacht wird, daß man den jungen Bundesbeamten, Landes- oder Gemeindebediensteten viele Jahre, oft 15 Jahre und länger Vertragsbediensteter sein läßt, um ihn dann zu dem für die Gebietskörperschaft ungünstigsten Zeitpunkt in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis zu übernehmen, das ist die teuerste Lösung.

Eine noch teurere Lösung wäre es, wenn man entpragmatisiert und dann noch mit Zusatzpensionen zu operieren beginnt. Dann wird nämlich die Lösung fast noch unfinanzierbarer. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Beispielen sagen, wo Gebietskörperschaften schon in des Teufels Küche gekommen sind, weil sie einfach nicht den Rechenstift zur Hand genommen haben, sondern der Diskussion kritiklos erlegen sind.

Ich glaube daher, daß es notwendig ist, daß man sich in aller Sachlichkeit mit diesem Problem auseinandersetzt, um wirklich aufzuspüren, ob das pragmatische Dienstverhältnis das teurere ist oder ob es nicht andere Formen gibt, die so angepriesen, in Wirklichkeit noch viel kostenaufwendiger sind als das pragmatische Dienstverhältnis. Mehr möchte ich heute dazu nicht sagen.

Ich komme nun schon zum letzten Teil, meine sehr verehrten Damen und Herren, und möchte dort anknüpfen, wo der Herr Präsident Hahn aufgehört hat. Der Herr Präsident Hahn hat heute, ich möchte sagen, eine Pflichtinterpretation des budgetpolitischen Konzepts der ÖVP vorgetragen. Das hat themenmäßig natürlich zur Finanzpolitik und zum Haushaltsplan gepaßt. Und er hat etwa, wenn ich

das auf einen ganz einfachen Nenner bringe, gesagt: Die Finanzpolitik der SP-Regierung ist grundfalsch (StR. Dr. Goller: Richtig!), eine hohe Steuerbelastung und eine gelenkte Subvention der Wirtschaft. Allerdings sind Sie, wie ich dann gehört habe, sehr froh, daß die Stadt Wien fördert. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Ich habe schon das andere Wort gebraucht. Mir ist allerdings der Unterschied noch immer nicht klar geworden, aber die Frau GR. Dr. Schumayer wird es mir dann erklären. Ich bin ein sehr gelehriger Schüler, ich verspreche Ihnen das. (Beifall bei der ÖVP.) Das etwa war der Tenor der Aussage des Herrn Präsidenten Hahn.

Ich möchte auch ein paar Worte zu diesem budgetpolitischen Konzept sagen, weil ich der Meinung bin, daß auch noch andere, ich möchte fast sagen, Ungeheuerlichkeiten in diesem budgetpolitischen Konzept stehen.

Da kommt einmal wieder in einigen Passagen nicht versteckt, sondern fast unverblümt die Meinung zutage, daß man nun doch wieder mehr privatisieren müsse. Das wird sehr schön umschrieben, da heißt es so schön in einer Passage: Es ist gar keine Frage, daß der öffentliche Sektor wegen des weitgehenden Mangels an Kontrollinstrumenten und Sanktionsmöglichkeiten dazu neigt, Leistungen ineffizient, das heißt nicht mit dem sparsamen Einsatz der öffentlichen Mittel, zu erbringen. Aus diesem Grund ist dringender eine umfassende Verwaltungsreform erforderlich, die den wirkungsvollen sparsamen Einsatz öffentlicher Mittel zum Ziel hat. Dafür ist der Aufbau einer Nicht-Marktökonomie im öffentlichen Bereich erforderlich. Die Kriterien für die Wünschbarkeit, Brauchbarkeit und Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen, für deren wirtschaftliche und sparsame Erbringung muß entwickelt werden und dergleichen mehr. Es gibt einige solcher Passagen.

Ich sage noch einmal mit aller Deutlichkeit: Solange die Frage der Privatisierung von Dienstleistungen, Einrichtungen und Betrieben die Meinung einzelner Privatpersonen war, auch wenn sie politisch tätig sind und politisch agieren, solange, glaube ich, sollte man sich darüber nicht besonders aufregen. Wenn aber solche Meinungen in kommunalpolitischen Konzepten einerseits und in budgetpolitischen Alternativen andererseits anklingen, dann ist es höchste Zeit, daß man hellhörig wird, daß man allgemein zu der Meinung kommt, daß diese Fragen nicht einfach so leichtfertig ausgesprochen werden dürfen und daß es keinesfalls dazu kommen darf, daß Einrichtungen und Betriebe der privaten Hand überantwortet werden, die daraus Gewinn zieht und deren Gewinne der Bürger ebenfalls noch finanzieren muß.

Zurück bleiben dann die nicht gewinnträchtigen Einrichtungen und Betriebe, die der Bürger auch sanieren und finanzieren muß, was zu einer neuerlichen Belastung führt, abgesehen davon, daß es zu ganz schwerwiegenden Einbrüchen im Dienstrecht kommt und daß es daher mit aller nötigen Vorsicht betrachtet werden muß. (GR. Zörner: Es gibt aber Beispiele der Reprivatisierung kommunaler Betriebe, die früher schwer defizitär waren und jetzt

aktiv arbeiten!) Sicher, auf Kosten der Tarife und auf Kosten der Leistungsqualität. (StR. Dr. Goller: Sie kriegen dann ein zweites Aufklärungsprivatissimum!) Mir ist jedenfalls kein eklatantes derartiges Beispiel bekannt, im Gegenteil, es gibt einige Gemeinden in Österreich, bei denen es schon wieder eine rückläufige Tendenz gibt und die Betriebe, die sie seinerzeit an Private verkauft haben, wieder in kommunale Verwaltung übernehmen müssen, weil diese Betriebe nicht zur vollen Zufriedenheit der dort ansässigen Bewohner funktionieren. (StR. Dr. Goller: Wo ist denn das? Das möchte ich wissen!)

Die zweite Aussage, die ich fast noch mehr werte als die erste, ist ein sehr stark im Vordergrund stehender Beamtenabbau. Ich möchte dazu folgendes sagen:

Da wird folgende Behauptung aufgestellt: Die Personalausgaben für die aktiven Bundesbediensteten steigen wegen der beträchtlichen Personalausweitung wesentlich stärker als die Investitionsausgaben. Die Ausgaben für den Schuldendienst erhöhen sich viel stärker als das Gesamtbudget. Die Budgetpolitik der letzten Jahre hat dazu geführt, daß die Aufwendungen für die Bürokratie und die Zahl der Bundesbediensteten stark gestiegen sind. Im Voranschlag 1979 sind um rund 12.000 Planstellen mehr, als 1970 zugrundegelegt waren.

Wenn ich gleich hier sagen darf: Der tatsächliche Stand ist genau 9.895 Posten. Es ist allerdings eine unbestreitbare Tatsache, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der Personalstand in Bereichen des Bundesdienstes stark erhöht worden ist. (GR. Zörner: Die vielen Sondervertragsbediensteten in den Ministerien und Ministerbüros, zum Beispiel im Sekretariat Sinowatz!)

Nein, nicht dort sind diese Vermehrungen anzutreffen, anzutreffen sind diese Vermehrungen etwa bei den Landeslehrern, bei den Bundeslehrern, in Bereichen der Hochschullehrer. Dort überall sind sicherlich sehr bedeutende Erhöhungen des Personalstandes festzustellen. (GR. Zörner: Auch die Schülerzahl hat sich fast verdoppelt!)

In diesem Konzept wird auch gesagt, es ist Vorsorge dafür zu treffen, daß pro Jahr ein Prozent Personal eingespart wird, um 1984 etwa den Personalstand des Jahres 1970 erreicht zu haben. Dazu möchte ich doch noch ein paar Worte sagen.

1970 war jenes Jahr, Herr Professor Zörner und meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP, wo es in Österreich um rund 10.000 Pflichtschullehrer zuwenig gegeben hat, wo noch viele Jahre nach dem Krieg in vielen Schulen Wechselunterricht stattgefunden hat. 1970 war jenes Jahr, wo allein in Wien 2.500 Krankenschwestern gefehlt haben.

Wir haben dann das Krankenpflegegesetz geändert — übrigens gegen den Widerstand der ÖVP (StR. Dr. Goller: Sie wissen ganz genau, aus welchen Gründen!); es tut mir leid, daß Kollege Lehner nicht da ist, der immer wieder dazu gesprochen hat —, und es wurde gegen den Widerstand der ÖVP im Parlament trotzdem beschlossen, daß man in die Krankenpflegeschule schon mit 15 Jahren



eintreten kann. Seitdem sind die Wiener Schulen voll der Studienwilligen, sie gehen uns über, und wir haben weitgehend, wenn auch noch nicht vollständig, diesen Unterstand auffüllen können.

1970 war jenes Jahr, als es in Wien — auch eine Kritik, die Sie bei jeder Gelegenheit, passend oder unpassend, anbringen — nur 3.600 Sicherheitswachebeamte im Straßendienst gegeben hat. Damals hat es noch das „Dreieradl“ gegeben: Davon waren immer nur 1.200 im Dienst. In der Zwischenzeit haben wir 5.000 Werbungen durchgeführt und 3.000 Sicherheitswachebeamte aufgenommen. Wir verfügen heute über einen Stand von etwa 6.000 Leuten, haben das Dienstradl, übrigens im Einvernehmen mit der Gewerkschaft, geändert und haben doch etwas Wesentliches, wenn es auch noch nicht zufriedenstellend ist, zu besseren Sicherheitsverhältnissen in dieser Stadt beigetragen. Ich könnte diese Beispiele bis zu Ihrer Ermüdung fortsetzen. (GR. Zörner: 1970 wurden auch 110 neue Dienstposten in den Ministerbüros geschaffen!)

Ich habe das Problem deswegen angeschnitten, weil man Personalpolitik nicht so machen kann, wie sich das die ÖVP in diesem Konzept vorstellt: einfach jeder Hundertste, ein Prozent pro Jahr, hat auszuscheiden, jeder Hundertste hat keine Berechtigung mehr, im öffentlichen Dienst zu sein. (GR. Zörner: Das stimmt auch nicht! Von den hundert sind mindestens elf in Pension gegangen!) Und gleichzeitig sagt man ein bißchen scheinheilig, das kann für viele Bereiche — ich habe das schon aufgezählt — nicht gelten. Ich weiß nicht, was dann übrigbleibt, wo man diese 13.000 Posten einsparen will. (GR. Hahn: Wie ist es denn mit dem Postgeneraldirektor, wann der Oberhammer Generaldirektor wird?) Aber das habe ich schon gesagt, ich möchte das nicht wiederholen, sondern nur sagen: Ernst zu nehmen sind solche Aussagen nicht.

Wenn man es wirklich ehrlich mit einer Verwaltungsreform, mit der Personalsituation des gesamten öffentlichen Dienstes meint, dann wird man sich anderer Methoden befleißigen müssen, als einfach zu sagen: Es muß gelingen, im Jahr ein Prozent der Dienstposten einzusparen. Dann wird man sich eines Instrumentariums bedienen müssen und auch die Dienstnehmer mitwirken lassen müssen, um echte Personalüberstände aufzuspüren und um andererseits auch wirkliche Engpässe in der personellen Besetzung aufzuspüren.

Man wird vielleicht — das gebe ich offen zu — die Mobilität des öffentlichen Dienstes ein bißchen fördern müssen. Vielleicht wird man sich wirklich einmal — ich sage hier etwas ganz Gewagtes — mit dem § 67 der Dienstpragmatik auseinandersetzen müssen, der vorsieht, daß niemand nur um einen Zentimeter verrückt werden darf, um diese Mobilität zu erreichen, um wirklich Verwaltungsreform durchführen zu können.

Das sind alles Dinge, wo Sie in den Sozialisten und in den Gewerkschaftern gesprächsbereite Partner finden werden. Die Methode allerdings, daß jeder Hundertste eingegraben wird, kann nicht unsere Zustimmung finden. Wir werden das mit

aller Vehemenz bekämpfen und nicht müde werden, die Beamtenfeindlichkeit der Österreichischen Volkspartei anzuprangern. (Beifall bei der SPÖ. — Heiterkeit bei der ÖVP.)

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, komme ich zum Schluß und möchte an Sie die Aufforderung richten, daß Sie den vorgeschlagenen Ansätzen des Kapitels Personal und Sport Ihre Zustimmung erteilen. Meine Fraktion wird diese Zustimmung gerne geben. (Beifall bei der SPÖ. — GR. Hahn: Die Rede schicken wir dem Kreisky!)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Eberhardt zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Eberhardt: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Gerade die Ausführungen meines Vorredners haben bewiesen, daß es in dieser Geschäftsgruppe sehr viele Probleme gibt. Ich möchte hier auf ein Problem ganz besonders hinweisen, ohne daß ich Sie, meine verehrten Damen und Herren, damit ermüden möchte. (GR. Johanna Dohnal: Das werden wir erst sehen!) Eben deshalb werde ich versuchen, mich kurz zu fassen.

Wenn heute im Wiener Gemeinderat über das Kapitel Personal beraten wird, möchte ich auf die Gruppe der Bediensteten der Wiener Rettung ganz besonders hinweisen. Es sind dies immerhin rund 450 Bedienstete und 49 Rettungsärzte, deren verantwortungsvolle Tätigkeit in vielen Fällen lebensrettend für verunfallte und plötzlich Erkrankte ist.

Obwohl die Einsätze des Rettungsdienstes Jahr für Jahr erheblich steigen, ist das Personal bzw. die Zahl der eingesetzten Rettungsfahrzeuge gleich oder fast gleich geblieben. So brachte das Jahr 1976 48.371 Einsätze, während im Jahre 1977 bereits 51.305 Einsätze notwendig waren. Die Zahl der eingesetzten Rettungsambulanzen und somit natürlich auch des Personals war jedoch im Jahre 1976 genauso hoch wie im Jahre 1977 und ebenso wie heuer im Jahre 1978. Sie betrug nämlich 13 Rettungsdienstwagen mit Personal. Es kommen zwar noch zusätzlich je ein durch Funk steuerbarer Ambulanzwagen des Roten Kreuzes und des Arbeiter-samariterbundes hinzu, aber die Einsätze dieser beiden Ambulanzen sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Wie Sie aus diesen Zahlen sehen, steigt die Zahl der Einsätze laufend. Vom Jänner bis August dieses Jahres betrug die Zahl der Einsätze bereits 34.482, bis Ende dieses Jahres wird man mit rund 59.500 Ausfahrten rechnen müssen, wobei, wie schon erwähnt, diese 13 Rettungsdienstwagen zur Verfügung stehen werden.

Um einen Vergleich dazu zu ermöglichen, eine Zahl: Im Jahre 1968 gab es nur — unter Anführungszeichen, bitte! — 31.549 Ausfahrten, wobei zehn Rettungsdienstwagen mit Personal zur Verfügung standen. Während sich also die Zahl der Einsätze seit dem Jahre 1968 fast verdoppelte, hat sich die Zahl der eingesetzten Rettungsambulanzen lediglich von zehn auf dreizehn erhöht.

Dabei werden die Einsätze von Jahr zu Jahr schwieriger und vor allem zeitraubender. Außer dem immer dichter werdenden Straßenverkehr, der zeitweise in der Verkehrsspitze zum totalen Chaos ausartet, sind es auch andere Umstände, die diese Einsätze erschweren. So nehmen die sogenannten Wohnungseinsätze immer mehr zu und betragen schon annähernd 45 Prozent. Besonders ist dies am Wochenende der Fall, wo es einem nur mit sehr viel Glück gelingt, einen praktischen Arzt aufzustöbern, um einen akut Erkrankten zu behandeln. Man hört dann meistens das Tonband: bitte warten, bitte warten. Das geht unendlich lang so, und dazwischen windet sich ein plötzlich an einer Kolik oder sonst akut Erkrankter. Hier hat der Rettungsdienst praktisch auch die Aufgabe übernommen, diesen plötzlich Erkrankten zu verarzten und, wenn es notwendig ist, in das Spital einzuliefern.

Auch eine andere Schwierigkeit, besonders in den Rettungsstationen Aspern und Floridsdorf, ergibt sich, wenn zum Beispiel das Wilhelminenspital den sogenannten Unfalltag hat, denn eine Fahrt zum Wilhelminenspital ist dann fast eine Fahrt quer durch Wien, mit der praktisch fast zwei Stunden verbunden sind.

In diesem Zusammenhang muß auch der Bettenmangel für die Bezirke jenseits der Donau im Floridsdorfer Krankenhaus erwähnt werden; dort stehen lediglich 200 Spitalbetten zur Verfügung. Das heißt natürlich wieder, daß der Transport des Verunfallten oder plötzlich Erkrankten über die Donau zu erfolgen hat.

Eine Erleichterung und eine Vermehrung der Einsatzfahrzeuge wäre bereits möglich, wenn man den Einsatz der Reservefahrzeuge zentral steuern würde. Bis jetzt ist die Situation so, daß jeder Chauffeur seinen Einsatzwagen hat und daher, wenn er außer Dienst ist, dieser Einsatzwagen brachliegt.

Eine zweite Erleichterung könnte man schaffen, wenn man einen Teil des ausgebildeten Rettungsdienstpersonals nicht zur Wagenpflege oder zur Garagenreinigung einsetzen würde, was nebenbei für diese Bediensteten noch eine finanzielle Schlechterstellung gehaltlicher Natur bedeutet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Jede Wienerin und jeder Wiener kann in die Lage kommen, die Hilfe der Wiener Rettung in Anspruch nehmen zu müssen. Ich möchte es daher nicht dabei bewenden lassen, den Männern des Rettungsdienstes und den Ärzten für ihren oft unter schwierigsten Bedingungen geleisteten Einsatz rund um die Uhr im Dienste des Nächsten recht herzlich zu danken (Beifall bei der ÖVP und bei Gemeinderäten der SPÖ), sondern gleichzeitig darauf hinweisen, daß umgehend geeignete Schritte zu unternehmen wären, um die Zahl der für den Einsatz zur Verfügung stehenden Rettungsdienstwagen sowie des notwendigen Personals zu erhöhen. Dies liegt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sowohl im Interesse der Verunfallten als auch im Interesse des Personals.

Ich hoffe abschließend, daß das offene Ohr, das mein Vorredner für die Erledigung gewisser Pro-

bleme angekündigt hat, auch für diese für uns alle wichtigen Probleme offensteht. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Zum Wort gemeldet ist Herr StR. Heller. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Heller: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich möchte meinen Beitrag zur heutigen Diskussion über das 1. Hauptstück des Voranschlags für das Jahr 1979 mit einem Dank beginnen, mit einem Dank an alle unsere Bediensteten, die auch im Jahre 1978, wie ich glaube, ausgezeichnet gearbeitet haben. Der überwiegende Teil unserer mehr als 58.000 aktiven Bediensteten im Magistrat und in den Stadtwerken, nämlich mehr als 90 Prozent, erbringen Dienstleistungen für die Wienerinnen und Wiener. Erst ihre Arbeit, die zum Teil rund um die Uhr erfolgt, ermöglicht das Leben in unserer Stadt. Das müssen wir anerkennen, und dafür haben wir ihnen meiner Meinung nach zu danken.

Ich bin auch sehr dankbar darüber, daß wir trotz vieler Probleme, die es natürlich auch in der Personalverwaltung dieser großen Stadt gibt, auf eine ruhige Entwicklung im Jahre 1978 zurückblicken können und daß es keinerlei ernsthafte Auseinandersetzung auf dem Personalsektor gegeben hat. Das ist, wie Sie wissen, nicht überall, das ist nicht in allen Städten unseres Landes und Großstädten Europas der Fall.

Es wurde heute schon gesagt, daß der Personalaufwand im Jahre 1979 etwa 13,7 Milliarden Schilling betragen wird. Ich weiß, man kann das auf verschiedene Weise errechnen. Das sind etwa 26,9 Prozent des Gesamtbudgets, um rund eine Milliarde mehr als 1978. Die Gründe dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegen darin, daß wir ab 1. Jänner 1979 eine Gehaltserhöhung haben, die etwa 4,2 Prozent, bei den niedrigeren Einkommen aber rund sechs Prozent betragen wird. Das ist darauf zurückzuführen, daß wir im Jahre 1978 eine ganze Reihe von Einkommensverbesserungen für unsere Bediensteten durchgeführt haben, daß es auf dem Urlaubssektor Verbesserungen gegeben hat und daß schließlich auch die Dienstposten vermehrt wurden.

Ich bitte Sie um Entschuldigung, daß ich Sie nun mit einigen wenigen Zahlen behelligen muß.

Wir haben — ich wiederhole das, weil im Laufe des Jahres immer wieder verschiedene Zahlen genannt werden — im Jahre 1979 im Dienstpostenplan einschließlich der Wiener Stadtwerke 58.237 Bedienstete. Das sind um 368 Dienstposten mehr als im Budget des Jahres 1978.

Im Bereich des Magistrats haben wir 43.458 Bedienstete, das sind um 291 mehr als im Budget des Jahres 1978. Von diesen 291 Dienstposten, die wir mehr haben, entfallen allerdings 97 auf Kindergärtnerinnen und 165 auf die Krankenanstalten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich das meiner Ansicht nach segensreiche Wirken unserer Verwaltungsrevision ganz besonders herausstreichen. Wir haben nämlich im Jahre 1978 insgesamt 162 Dienst-



posten eingespart. Ich weiß schon, daß das manchmal in einer nicht gerade sanften Gangart vor sich geht. Aber der Erfolg, nämlich diese Verringerung um 162 Dienstposten, gibt der Verwaltungsrevision recht. Von diesen 162 Dienstposten sind nur 68 im sogenannten Schema I, alle übrigen im Schema II, darunter auch 10 Akademiker- und 24 B-Beamten-Posten. Es wird also nicht nur bei den kleinen Leuten eingespart, wie manchmal behauptet wird, sondern wir haben auch bei den Akademikern und bei den B-Beamten nicht unerhebliche Einsparungen zu verzeichnen. Ich möchte der Verwaltungsrevision für diese Arbeit heute ganz besonders Dank sagen.

Daß wir dort, wo es notwendig ist, in der letzten Zeit nicht unbeträchtliche Personalvermehrungen durchgeführt haben, mag Ihnen die Tatsache beweisen, daß wir in der Magistratsabteilung 17, also im Anstaltenamt, seit dem Jahre 1973 die Anzahl der Ärzte um 23,95 Prozent auf insgesamt 1.935 erhöht haben, daß wir den Stand des Pflegepersonals und der medizinisch-technischen Dienste um 29,5 Prozent auf 9.385 Personen erhöht haben und daß wir das Verwaltungs- und Hauspersonal in unseren Krankenanstalten um 10,5 Prozent auf 7.714 Personen angehoben haben. Ich glaube, daß es notwendig war, das durchzuführen, und es ist sehr gerne geschehen.

Wir haben, meine Damen und Herren, um noch einige wenige Zahlen zu sagen, derzeit 3.285 Teilbeschäftigte. Ich sage das, weil immer wieder der Wunsch geäußert wird, daß wir auch Teilbeschäftigte einstellen. Es sind bereits 3.285 Personen, 1.177 Angestellte und 2.108 Arbeiter.

Im Jahre 1978 haben wir insgesamt 4.739 Bedienstete und 2.095 Saisonbedienstete neu aufgenommen. Derzeit haben wir mehr als 20.000 Bewerbungen im Aufnahmendienste der Stadt Wien liegen. Sie sehen also, daß der Gemeindedienst in den letzten Jahren doch wieder etwas attraktiver geworden ist.

Mit besonderer Sorge sind wir immer wieder um die Wünsche von Behinderten bemüht. In der letzten Zeit versuchen sehr viele Behinderte, Aufnahme in den Dienst der Stadt Wien zu finden. Ich habe manchmal den Eindruck, als ob überhaupt nur die Stadt Wien dafür da wäre, Behinderte aufzunehmen. Wir haben das in der Vergangenheit in einem sehr großen Ausmaß gemacht, wir haben in der letzten Zeit sogar rund zehn Behinderte über den Dienstpostenplan hinaus aufgenommen. Aber meiner Ansicht nach müßten auch andere Gebietskörperschaften und andere Organe — ich denke hier an die Sozialversicherung — in Hinkunft imstande sein, Behinderte aufzunehmen und in den Beruf einzugliedern. Die Stadt Wien allein wird nicht in der Lage sein, das Problem dadurch zu lösen, daß sie diese Leute, die ja nur bedingt einsatzfähig sind, in den Dienst der Stadt Wien aufnimmt.

Derzeit, meine Damen und Herren, bilden wir, wie ich glaube, mit Erfolg 780 Lehrlinge, 192 männliche und 588 weibliche, aus. Ich möchte in diesem Kreise nicht verschweigen, daß wir auch auf diesem Sektor einige Sorgen haben, weil wir nur sehr

schwer in der Lage sind, die Lehrlinge nach Absolvierung ihrer Lehrzeit in den ordentlichen Dienst, in den Dienstpostenplan einzugliedern. Wir können diese fertiggestellten Lehrlinge erst in ein oder zwei Jahren aufsaugen, sie also in den Dienst der Stadt Wien einführen. Wir stehen vor der sehr schwierigen Frage, ob wir nur mehr Kanzleilehrlinge, die wir selbst ausbilden, in den Dienst der Stadt Wien aufnehmen, oder ob wir nicht doch auch anderswo ausgebildete Lehrlinge in den Dienst der Stadt Wien aufnehmen können. Das ist ein sehr schwieriges Problem, mit dem wir uns seit ungefähr zwei Jahren sehr intensiv beschäftigen.

Ich darf darauf hinweisen — Herr GR. Pöder hat das schon gesagt —, daß es im Jahre 1978 gelungen ist, entscheidende Verbesserungen für unsere Bediensteten vor allem im handwerklichen Schema sowie eine bessere Urlaubsregelung zu erreichen. Im Detail hat Herr GR. Pöder darauf schon verwiesen, ich brauche daher nicht mehr näher darauf einzugehen.

Sie wissen wahrscheinlich, meine Damen und Herren, daß wir die jugendlichen Bediensteten unserer Stadt, das sind Bedienstete bis zum 21. Lebensjahr, besonders betreuen. Wir haben ein eigenes Referat für die Jugendbetreuung, das im Jahre 1978 203 Veranstaltungen mit etwa 8.000 Teilnehmern durchgeführt hat. Wir haben derzeit 3.436 Bedienstete, die im Rahmen dieser Jugendbetreuung betreut werden.

Zur besseren Aus- und Weiterbildung haben wir die Verwaltungsakademie, die in 200 Veranstaltungen, Seminaren und Fortbildungskursen im Jahre 1978 etwa 5.000 Teilnehmer geschult hat.

In der Verwaltungsakademie wird auch sehr intensiv an einer Rechtsbereinigung gearbeitet. Der Herr Bürgermeister hat im Jahre 1976 dazu den Auftrag gegeben. Es ist momentan eine Bestandsaufnahme aller Rechtsvorschriften im Gange. Bisher wurden bereits insgesamt 11.000 Rechtsvorschriften überprüft.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich ganz kurz über jene drei Magistratsabteilungen sprechen, die die Personalverwaltung ausmachen und von denen man, wie ich sage, zu unserem Glück, fast nie etwas hört, weil sie, wie ich meine, ganz ausgezeichnet funktionieren.

In der Magistratsabteilung 1 wurden im Jahre 1978 fünf Landesgesetze erarbeitet. Zwei davon, die 5. Pensionsordnungs-Novelle und die 16. Besoldungsordnungs-Novelle, werden morgen im Landtag zur Diskussion stehen. Durch 26 weitere Maßnahmen, größtenteils in Form von Gemeinderatsbeschlüssen, wurden weitere Maßnahmen zur Besserstellung unserer Bediensteten durch die Magistratsabteilung 1 durchgeführt.

Die Magistratsabteilung 2 hat Zehntausende Einzelpersonalangelegenheiten bearbeitet.

In der Magistratsabteilung 3, die so ganz im Schatten des Magistrats lebt, wurden im Jahre 1978 900.000 Gehaltsabrechnungen durchgeführt, eine Million Änderungsfälle bearbeitet, und das alles

in beiden Magistratsabteilungen ohne irgendeine nennenswerte Reklamation.

Ich glaube schon, daß das eine außergewöhnliche Leistung dieser drei Abteilungen ist, und ich möchte ihnen heute von diesem Platz aus ganz besonders herzlich für ihre Tätigkeit danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr GR. Dr. Hirnschall hat wie bereits im Vorjahr die Frage der Dienstkraftwagen angeschnitten. Ich leugne nicht, daß die Beantwortung für mich beinahe einer Zwölferfrage gleichkommt, und zwar deshalb, weil im Budget des 1. Hauptstückes nur die Ansätze dafür vorhanden sind. Die Verwaltung selbst erfolgt teils durch die Magistratsdirektion, teils durch die Magistratsabteilung 48. Ich möchte trotzdem versuchen, einige Mißverständnisse aufzuklären.

Es wurde in der letzten Zeit einige Male davon gesprochen, daß wir im Zuge der Einsparungen auf diesem Sektor sechs neue Dienstkraftwagen der Kategorie III, also der besten Kategorie, angeschafft haben. Das entspricht nicht den Tatsachen. Vielleicht ist das Mißverständnis dadurch zustande gekommen, daß in einer Anfragebeantwortung des Herrn Bürgermeister vom Februar dieses Jahres darauf hingewiesen wurde, daß in der Kategorie III 18 Kraftfahrzeuge vorhanden sind, daß aber im Systemisierungsplan des Voranschlages für dieses Jahr insgesamt 24 Kraftfahrzeuge dieser Kategorie aufscheinen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist darauf zurückzuführen, daß wir noch einige alte 250er Mercedes besitzen, die in der Regel nicht eingesetzt sind, die abgestoßen werden sollen, was allerdings nicht ganz leicht möglich ist, und die nur dann eingesetzt werden, wenn Besucher der Stadt Wien hier sind. Die werden dann mit diesen alten Wagen der Kategorie III herumgeführt. Wir werden sie aber in Kürze abgestoßen haben, und dann werden die Zahlen, die der Herr Bürgermeister richtigerweise bekanntgegeben hat, auch statistisch einwandfrei den Tatsachen entsprechen.

Was nunmehr die verhältnismäßig hohen Kosten der Dienstkraftwagen ausmacht — es wurde von fast 600.000 Schilling pro Jahr und Kraftfahrzeug gesprochen —, darf ich mitteilen, daß das darauf zurückzuführen ist, daß die Magistratsabteilung 48 eine betriebsmäßig verrechnete Magistratsabteilung ist, die mit einer wunderbaren Akribie sämtliche Kosten, die irgendwo auftauchen, auf unsere Dienstkraftwagen aufgerechnet hat. (StR. Neusser: Für den Magistratsdirektor anteilig!) So wurden die Personalkosten anteilig von allen Leuten, die irgendwo an diese Dienstkraftwagen anstreifen, angegeben. Sie betragen allein 326.000 Schilling. Wie gesagt, da sind vom Magistratsdirektor über den Garagenmeister bis zum Chauffeur und zum letzten Hilfsarbeiter alle Kosten enthalten. (StR. Dr. Goller: Auch die Kosten für die künftige Witwe! — Heiterkeit.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weiter ist die gesamte Garagierung und die Abschreibung der Garage am Friedrich Schmidt-Platz in diesen Kosten beinhaltet. Es ist also eine Rechnung,

die nach den derzeitigen Vorschriften zwar den Tatsachen entspricht, aber mit den tatsächlichen Kosten dieser Dienstfahrzeuge in keiner Weise in Einklang steht. Der Herr Magistratsdirektor ist momentan dabei, die echten Kosten feststellen zu lassen, die wir dann natürlich sehr gerne den Fraktionen bekanntgeben werden.

Ich hoffe, daß damit die Frage der hohen Kosten der Dienstkraftwagen, die nur fiktive Kosten sind, weil die Beträge, die genannt werden, de facto von einer Dienststelle zur anderen wandern und keinesfalls den Magistrat tatsächlich verlassen, aufgeklärt ist. Was die Überstunden der Lenker betrifft — weil hier die Meinung vertreten wurde, diese Überstunden würden die Kosten so besonders erhöhen —, darf ich darauf aufmerksam machen, daß die Lenker ein monatliches Pauschale für ihre Tätigkeit bis 22.00 Uhr bekommen. Nur eine Tätigkeit nach 22.00 Uhr wird durch eigene Überstunden honoriert. Wie ich aber aus Erfahrung weiß, werden Fahrten nach 22.00 Uhr ganz selten vorgenommen, und wenn sie vorkommen, lenken die Herren das Auto meistens selbst und verwenden dafür nicht die Kraftfahrer unserer Garage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Prof. Zörner hat auf den Wunsch nach einer Ausgleichszulage für Sanitätshilfsdienste in Pflegeheimen aufmerksam gemacht. Herr GR. Pöder hat sich dazu bereits geäußert. Es ist ein sehr heikles Problem.

Bezüglich der Dienstitel für Gemeindelehrer habe ich erstmals im Vorjahr anlässlich der Budgetdebatte oder der Debatte über den Rechnungsabschluß — das weiß ich nicht mehr so genau — von diesem Wunsch nach Dienstiteln für Lehrer der Magistratsabteilung 56 gehört. Ich habe mit einigen dieser Lehrer gesprochen, die darüber ganz verwundert waren und meinten, sie hätten diesen Wunsch nicht. Sollte es aber tatsächlich ein Wunsch von irgend jemand sein, dann sind wir natürlich gerne bereit, über diese Frage zu sprechen, obwohl ich persönlich der Auffassung bin, daß wir lieber einige Titel abschaffen und nicht neue einführen sollten.

Was die Probleme der Wiener Rettung betrifft, so habe ich das Gefühl, daß Herr GR. Eberhardt der Zeit schon etwas voraus ist. Es handelt sich nämlich um ein Problem, das morgen hätte abgehandelt werden sollen, nämlich die Organisation der Rettung. Was das Personal und die Einsatzfahrzeuge betrifft, darf ich Ihnen sagen, daß wir vor gar nicht allzulanger Zeit von zehn auf dreizehn Touren erhöht haben. Wenn Sie sich die Erhebungen der Verwaltungsrevision in dieser Frage ansehen, dann können Sie feststellen, daß diese etwas anders aussehen als die Darstellungen, die von der Rettung selbst kommen. Es sind aber seither keinerlei offizielle Wünsche an mich herangetragen worden, diese Touren neuerdings zu erhöhen. Sollte das der Fall sein, werden wir selbstverständlich gerne darüber sprechen.

Was die Organisation betrifft, das Zusammenwirken mit dem Roten Kreuz usw., so ist das eine Frage des Gesundheitswesens, und ich bitte Sie,



das nötigenfalls morgen noch einmal zur Sprache zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun noch ein paar Worte zu den Dingen, die hier über den Sport gesagt wurden. Es ist schon erwähnt worden, daß wir ein Budget von beinahe 200 Millionen Schilling erstmals auf dem Sportsektor erreichen. Es sind genau 20,7 Millionen oder 12 Prozent mehr als im Vorjahr, und das zu einer Zeit, zu der eine ganze Reihe von Großbauten ausgearbeitet sind. Ich darf an das Sportzentrum West, an das Hallenstadion, aber auch an die Finanzierung der Bauten auf der Hohen Warte, an den Horr-Platz, den Sportklub-Platz, den Elektra-Platz und den Helfort-Platz erinnern. Wir haben also wirklich wesentlich mehr Mittel im Jahr 1979 für den Sport zur Verfügung. Oder, anders gesagt: Wir können uns ein wenig mehr rühnen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Ziel ist nach wie vor die aktive körperliche Betätigung aller Menschen, aller Alterskategorien das ganze Leben hindurch. Was die öffentliche Hand dazu tun kann, um diese Dinge zu ermöglichen, ist, Voraussetzungen dafür zu schaffen, nämlich Sportanlagen zur Verfügung zu stellen.

Weil sehr viele neue Damen und Herren im Hause sind, möchte ich wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe und was Sie auch in der Broschüre über das Sportwesen in Wien nachlesen können. Ich glaube kaum, daß es noch andere Städte in Europa gibt, die derartiges aufweisen können. Wir haben derzeit ein Sportstättenangebot, das so aussieht: 96 Sportplätze, 32 Spezialanlagen, darunter auch eine Skianlage auf der Hohen Wand-Wiese, auf die ich noch kurz zu sprechen kommen werde (GR. Arthold: Die nicht funktioniert!). 38 Eislaufplätze, davon vier Kunsteisbahnen, 91 Tennisanlagen mit einer Unzahl von Tennisplätzen, 93 Schwimmbäder, 16 Hallenschwimmbäder, 40 Sommerschwimmbäder, 32 Kinderschwimmbäder, 5 städtische Sporthallen, 3 weitere befinden sich in Bau, fast 400 städtische Turnsäle und 82 Tischtennishallen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das alles wird dem Wiener Sport kostenlos zur Verfügung gestellt. Ich glaube, das sollte nicht unterschätzt werden.

Da der Zwischenruf gekommen ist, daß die Anlage auf der Hohen Wand-Wiese nicht funktioniert, möchte ich folgendes sagen: Sie kann zurzeit nicht in Betrieb sein, weil die hohen Temperaturen auch die Erzeugung von Schnee nicht möglich machen. Ich darf Ihnen aber dazu sagen, daß tatsächlich am 8. Dezember, einem Freitag, um 10.00 Uhr Vormittag ein Seilriß am Schleplift eingetreten ist. Ich möchte vorsorglich darauf aufmerksam machen, daß es sich dabei nach Meinung des technischen Sachverständigen um einen Gewaltbruch durch Einklemmung an einer oberen Rolle handelt, daß also keine Ermüdungserscheinung des Seiles vorliegt. Ich möchte weiters mitteilen, daß diese Schlepliftanlage so wie alljährlich am 10. August dieses Jahres eine Hauptuntersuchung erfahren

hat, daß eine Überprüfung ebenfalls im August durch einen behördlichen Sachverständigen stattgefunden hat, der sowohl die völlige Betriebsfähigkeit der Anlage als auch die Einhaltung der Betriebsvorschriften bestätigt hat. Es liegt also Gott sei Dank kein Verschulden irgendeines Organes der Stadt vor. Die jährliche Hauptuntersuchung hat die Firma Seilbahn-Debetis aus Villach durchgeführt, der technische Sachverständige ist Herr Dipl.-Ing. Edwin Engel von der Technischen Universität Wien.

Es ist also etwas vorgekommen, was vorkommen kann, und ich hoffe — wir haben die Dinge schon wieder alle bestellt —, daß wir in Kürze den Betrieb auf der Hohen Wand-Wiese, wenn es die Temperatur und die sonstigen Wetterverhältnisse erlauben, wieder aufnehmen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind sehr bemüht — dieses Bemühen ist nicht leicht durchzusetzen —, möglichst viele Sportanlagen und auch Sporthallen der Stadt Wien für die breite Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, und zwar auch vereinsungebunden. Es gibt dabei allerdings eine ganze Reihe von Problemen. Wir haben vor wenigen Wochen erlebt, daß die Verbände und Vereine gegen die Nutzung durch nicht vereinsgebundene Personengruppen Stellung genommen haben. Es hat sich nämlich gezeigt, daß man, wenn in den Turnsälen und Hallen, die gratis zur Verfügung gestellt werden und in denen von den Vereinen und Verbänden ehrenamtliche Funktionäre, ehrenamtliche Lehrwarte und Trainer tätig sind, private Personengruppen tätig sein wollen, immer wieder versucht, diese Hallen kommerziell auszunutzen. Kommerziell tätige Sportlehrer engagieren sich so eine private Personengruppe, die dann mit großer Vehemenz in die Halle hineindrängt, und gegen nicht wenig Honorar wird dort Sport betrieben. Die Vereine und Verbände sagen da mit einer gewissen Berechtigung: Um Gottes willen, wir stellen alles gratis zur Verfügung, wir stellen unsere ehrenamtlichen Funktionäre, unsere Trainer und Lehrwarte gratis zur Verfügung, und dann kommt jemand daher und sagt, wir leben in der Umgebung in einem bestimmten Haus, und daher müssen wir auch in diese Halle hineinkommen, und das wird dann kommerziell ausgenutzt. Da gibt es jetzt einige Probleme. Ich bin trotzdem der Auffassung, daß wir uns weiter bemühen müssen, möglichst viele Sportanlagen auch vereinsungebundenen Wienerinnen und Wienern zur Verfügung zu stellen.

Diese Probleme gibt es bei der Benützung der Turnsäle, bei der Benützung der Sporthallen, aber auch bei der Benützung unserer Schwimmballen.

Auch hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Reihe nicht unbedeutender Probleme. Stadtrat Nittel ist mit Recht bemüht, unsere Schwimmballen möglichst dann einem breiten Kreis der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, wenn die arbeitenden Menschen in der Lage sind, schwimmen zu gehen, also in den späten Nachmittags- und in den Abendstunden. Zur gleichen Zeit wollen aber die Schwimmvereine die Hallen benützen. Hier hat es in der letzten Zeit eine Reihe

von Kollisionen gegeben. Ich bin immer baß erstaunt: Wir haben jetzt wesentlich mehr Hallenbäder als je zuvor, aber das Problem der Benützung dieser Hallenbäder durch Sportvereine wird immer schwieriger. Auch bei den Hallen ist es so. Je mehr Hallen wir bekommen, desto größer werden die Probleme der Benützung, weil immer mehr Vereine und Verbände, aber auch immer mehr Private diese Hallenturnsäle und die Schwimmhallen benützen wollen.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß unsere Tätigkeit auf dem Gebiete der Zurverfügungstellung von Sportanlagen doch zu einigem Erfolg geführt hat. Die Zahl der aktiven Sportler wächst von Jahr zu Jahr, und wir haben auch immer wieder die erfreuliche Feststellung zu machen, daß die Leistungen der Wiener Leistungs- und Spitzensportler ebenfalls von Jahr zu Jahr besser werden. Ich möchte es mir versagen, hier auf einige Leistungen hinzuweisen, weil ich sonst vielleicht der Einseitigkeit geziehen werden könnte.

Der „Tag des Sportes“ ist in diesem Jahr, wie ich glaube, in einer guten Atmosphäre und mit einer Rekordbeteiligung abgelaufen. Wir haben vor allem am Vormittag in insgesamt 117 Schulen 30.000 Kinder aktiv sportlich tätig gehabt, in 35 Schulen haben gleichzeitig auch die Eltern mitgetan. Etwa 2.500 Wienerinnen und Wiener, Alt und Jung, vom Kleinkind bis zum Großvater, haben sich am Volkslauf vom Schwarzenbergplatz zum Rathausplatz beteiligt, und die Spitzenveranstaltung im Sportzentrum West war von etwas mehr als 13.000 Menschen besucht — ein gewisser Erfolg. Es hat noch immer kleine Mängel gegeben. Wir werden uns bemühen, diesen „Tag des Sports“ zu einer ständigen Einrichtung in Wien zu machen, weil ich glaube, daß von ihm eine große Werbekraft für den Sport ausgeht. Wir werden uns natürlich gemeinsam mit den Mitgliedern des Landessportrates bemühen, die notwendigen Verbesserungen auf diesem Sektor durchzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahre 1979 werden eine ganze Reihe von baulichen Investitionen durchgeführt. Es ist richtig, was Herr GR. Arthold gesagt hat, daß es nicht sehr leicht ist, im vorliegenden grünen Budgetheft die Dinge im Detail auszumachen. Es ist sicherlich sehr schwierig, aber ich darf Ihnen sagen, daß wir selbstverständlich gerne bereit sind, sowohl das Landessportamt als auch ich, mit allen Details, die gewünscht werden, aufzuwarten. Einige dieser Details möchte ich schon hier bekanntgeben.

Wir werden unter anderem, wie schon gesagt wurde, provisorische Spielplätze auf einem Teil der sogenannten Wienerberger Gründe an der Eibesbrunnnergasse schaffen. Ich möchte das nicht als Ersatz für den Wacker-Platz gewertet wissen, obwohl es sich dabei um Anlagen im 12. Bezirk handelt. Ich glaube aber doch, daß sich auf diesen provisorischen Spielplätzen in der Eibesbrunnnergasse viel mehr Meidlinger Buben und Mädchen körperlich betätigen können, als das auf dem alten Wacker-Platz der Fall gewesen wäre. Ich komme

dann noch ganz kurz auf den Wacker-Platz zu sprechen.

Wir werden eine seit Jahren brachliegende wunderbare alte Sporthalle im Karl Seitz-Hof im 21. Bezirk endlich renovieren und wieder dem Betrieb zur Verfügung stellen können — ein Wunsch, den ich seit vielen Jahren immer wieder vorgebracht habe. Wir werden auch mit der Planung und, wie ich hoffe, mit dem Bau der Regattastrecke am Umfluter beginnen können. Diese Regattastrecke muß, wie heute schon richtig gesagt worden ist, im Jahre 1982 fertiggestellt sein, weil im Jahre 1983 Ruderweltmeisterschaften in Wien stattfinden werden. Wir haben erstmals einen Ansatz von 150.000 Schilling für Planungen im Budget. Ich hoffe, daß die Planungen rasch genug fortschreiten und daß vor allem die Donaukommission eine endgültige Entscheidung über den Standort der notwendigen baulichen Einrichtungen trifft. Hier gibt es nämlich noch Auseinandersetzungen, ob diese baulichen Einrichtungen auf der Insel oder, wenn ich so sagen darf, auf dem Festland errichtet werden sollen. Ich hoffe, daß es mir, wenn das geklärt ist und die Planungen rasch voranschreiten, gelingen wird, den Herrn Finanzreferenten dazu zu bewegen, auch noch eine wenn auch bescheidene Baurate für die notwendigen Bauwerke zur Verfügung zu stellen. Die Baudauer für diese Baulichkeiten kann nicht sehr lang sein, weil es sich um sehr einfache Bauten handelt, die dort errichtet werden müssen.

Was die Erhaltung der Wiener Sportanlagen betrifft, werden wir erstmals einen größeren Betrag dafür aufwenden können. Ich habe bereits im Vorjahr berichtet, daß wir schon vor langer Zeit eine Aufstellung jener Sportanlagen gemacht haben, die erhaltungs- bzw. erneuerungsbedürftig wären, und wir haben gemeinsam mit den Dachverbänden und dem Wiener Fußballverband auch schon eine Art Reihung der Erhaltungsarbeiten vorgenommen. Wir haben bisher wegen der großen Bauvorhaben die dafür nötigen Mittel nicht zur Verfügung gehabt. Wir werden jetzt erstmalig für diesen Zweck 5,5 Millionen Schilling zur Verfügung haben, zusammen mit den sogenannten Staffelmitteln, die derzeit den plutzerhaltenden Vereinen und Verbänden zur Verfügung gestellt werden, insgesamt 11,6 Millionen. Ich glaube, daß wir damit die Aktion zur Erneuerung und Erhaltung der Sportanlagen in Wien in einer zügigen Art und Weise werden beginnen können.

Über die Förderungsbeiträge hat Herr GR. Arthold sehr ausführlich gesprochen. Ich möchte sehr deutlich darauf hinweisen, daß es dafür sehr wohl ein Konzept gibt, ein Konzept, das die Landessportorganisation zum größten Teil selbst ausgearbeitet hat, und daß es nicht so ist — ich weiß schon, daß das eine kleine Übertreibung war —, daß derjenige, der mehr buckelt, mehr bekommt. Bei uns braucht niemand zu buckeln. Die Beträge, die wir für diesen Zweck zur Verfügung haben, werden, wie gesagt, nach Richtlinien der Landessportorganisation vergeben. Ich kann Ihnen, wenn Sie wollen, einige der Kriterien nennen.



Für die Aufteilung der Förderungsmittel für den Fachverband Sport ist ein Punktesystem vorhanden, auf das im Jahre 1979 wieder zurückgegriffen werden wird, und zwar werden diese Mittel nach der Zahl der Vereine und ihrer Mitglieder, den sportlichen Erfolgen und Aktivitäten, der Durchführung von Lehrgängen, der Entsendung von Landesauswahlen zu internationalen Wettkämpfen und der Durchführung von Meisterschaften sowie nationaler und internationaler Wettkämpfe vergeben. Das sind Normen, die der Landessportrat selbst beschlossen hat.

Bei der Leistungssportförderung werden vor allem Vereine und Mannschaften gefördert, die an gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnehmen. Diese erhalten etwa 65 Prozent der Fahrtkosten rückvergütet. Die Fachverbände machen es sich nämlich auf diesem Sektor sehr leicht: Sie treffen Bestimmungen, daß zum Beispiel schon Jugend- und Schülermannschaften gesamtösterreichische Meisterschaften im Eishockey durchführen, ohne zu berücksichtigen, daß es dabei lange Reisen, Aufenthalte und Kostenersätze gibt, die die öffentliche Hand natürlich nicht ohneweiters zur Verfügung stellen kann. Ich glaube, es ist auch nicht ihre Aufgabe, derartige Beschlüsse dann zu exekutieren.

Bei der Teilnahme an Europacupbewerben wird rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern werden im Jahre 1979 500.000 Schilling aufgewendet, und auch die Förderung von Spitzensportlern, also eine sogenannte Subjektförderung, wird mit 300.000 Schilling im Jahr 1979 bedacht werden. Ich komme darauf noch etwas später zurück.

Meine Damen und Herren! Wir werden auch im Jahre 1979 wieder eine ganze Reihe von Großsportveranstaltungen internationaler Art durchführen. Wien ist nämlich in den letzten Jahren in einem immer stärkeren Maße zu einem Treffpunkt der Spitzensportler der Welt geworden; ich glaube, das ruhig sagen zu können. Ich bin immer wieder überrascht darüber, wie gerne internationale Fachverbände ihre Europameisterschaften und Weltmeisterschaften in Wien durchführen.

Wir werden im Jahre 1979 neben den Sporttagen des ASKÖ und der internationalen Sportwoche der Union eine große internationale Tanzsportveranstaltung, ein großes internationales Tennisturnier und schon im Februar die Hallen-Leichtathletik-Europameisterschaften und im März dann die Eiskunstlaufweltmeisterschaften durchzuführen haben.

Natürlich werden wir wie in der Vergangenheit auch im Jahre 1979 die eigenen Sportaktionen vor allem während der Semesterferien in verstärktem Maße fortsetzen.

Es wurde heute kritisch vermerkt, daß der Bund zuwenig für die Stadt tut. Ich gebe dem recht, es ist sicherlich immer zu wenig, wir bräuchten immer mehr. Ich darf aber doch, wie ich das bereits vor einiger Zeit getan habe, darauf aufmerksam machen, daß der Bund seit einiger Zeit den Sport in

Wien nicht unwesentlich mitsubventioniert. Wir haben in der Vergangenheit kaum etwas von diesen Sportsbventionen gewußt. Wir haben im Jahr 1978 vom Bund immerhin Sportförderungsmittel in der Höhe von 5,4 Millionen Schilling erhalten.

Weil ich schon beim Geld bin, darf ich mich auch mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien befassen, die nach den Gemeinderats- und Landtagswahlen in einem langen Brief ihre Wünsche und Forderungen an die Gemeinde bekanntgegeben hat. Unter diesen Wünschen befindet sich auch ein Wunsch nach Abschaffung des Sportgroschens.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kammer ist anscheinend der Meinung, daß dieser Sportgroschen von der Finanzverwaltung inkameriert wird und in dem allgemeinen Finanztopf der Stadt verschwindet. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß die Einnahmen aus dem Sportgroschen auf Heller und Pfennig direkt den Sportverbänden und Vereinen zufließen (GR. Art. hold: Der Heller bleibt uns! — Heiterkeit), daß dieser Sportgroschen keinesfalls von der Stadt für andere Zwecke verwendet wird.

Und ich darf weiter darauf hinweisen — auch diesbezüglich scheint die Kammer falsche Vorstellungen zu haben —, daß dieser Sportgroschen nach den Bestimmungen des Sportgroschengesetzes auf den Eintrittskarten gesondert auszuweisen ist. Ich weiß, daß das leider Gottes nicht geschieht. Aber wenn er gesondert ausgewiesen werden würde, wie es dem Gesetz entspricht, dann könnte man ihn, wenn er eines Tages abgeschafft wird, auch nicht mehr einheben. Also wenn einige gewerbliche Sportanlagenbetreiber der Auffassung sind, daß sie dann die gleichen Beträge inklusive Sportgroschen einheben und den Sportgroschen, der nicht mehr dem Sport zufließt, für sich behalten könnten, dann sind sie auf dem Holzweg, und wir werden uns daher gegen diesen Wunsch der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Wenn ich dabei „wir“ sage, so meine ich damit den gesamten Wiener Sport.

Im Jahre 1978 hat dieser Sportgroschen doch immerhin für den Wiener Sport einen Betrag von fast 9,5 Millionen Schilling erbracht. Das ist darauf zurückzuführen, daß eine ganze Reihe von Fußballländerspielen mit großen Besucherzahlen in Wien stattgefunden haben. Wir haben im Jahre 1979 einen Betrag von 6 Millionen Schilling eingesetzt. Ich hoffe aber, daß wir doch etwas mehr erreichen, als derzeit im Budget vorgesehen ist.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein paar Worte zum Sportstättenleitplan. Ich fühle mich, ehrlich gestanden, nicht ganz wohl bei der Behandlung dieses Problems, weil ich schon einige Male die baldige Fertigstellung angekündigt habe. Das ist richtig, nur gestatten Sie mir darauf hinzuweisen, daß dieser Sportstättenleitplan im Jahre 1964 von der Stadtplanung in Auftrag gegeben wurde, daß eine Gruppe von jungen Wissenschaftlern am Institut für Freizeitgestaltung sich mit großer Vehemenz in diese Arbeit gestürzt hat,

daß hochwissenschaftliche Arbeiten zu diesem Sportstättenleitplan durchgeführt wurden. Ich habe erst im Vorjahr darauf hingewiesen, daß sich diese jungen Herren, die vom Sport selbst sehr wenig Ahnung gehabt haben, dazu aufgerafft haben, die einzelnen Sportarten zu qualifizieren und zu kategorisieren und daß sie dann zu der Meinung gekommen sind, daß zum Beispiel Gymnastik oder Leichtathletik unbedeutend ist, die wichtigste Sportart sei Reiten.

Wir mußten leider, als wir im Frühjahr bzw. im Sommer dieses Jahres mit dem Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau die vorliegenden Unterlagen durchbesprochen haben, zu der Erkenntnis kommen, daß diese Arbeiten des Instituts leider nicht den Wünschen des Österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau entsprechen, daß sie auch unseren Wünschen nicht entsprechen und daß zum Teil mit völlig falschen Zahlen gearbeitet wurde.

Die Herren sind nämlich in einen Turnsaal gegangen und haben dort gesehen, daß einige Leute Ball gespielt haben. Daraufhin haben sie gefragt: Was machen Sie? — Die haben geantwortet: Wir spielen Volleyball. — Daher haben die sofort aufgeschrieben, das ist eine Volleyballanlage, ohne zu berücksichtigen, daß der Turnsaal gar nicht die nötige Höhe für das Volleyballspiel hat. (GR. Prof. Zörner: Das heißt, es ist viel Geld unnötig hinausgeschmissen worden!)

Wir waren also leider dazu gezwungen — bitte, mir dieses Geständnis nicht übel zu nehmen —, daß wir diese Bestandsermittlung nunmehr durch das Landessportamt, durch Fachleute des Landessportamtes neuerlich durchführen mußten. Sie ist vor dem Abschluß. Wir haben dabei die große Hilfe des Österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau, das uns auch den Schulcomputer für diese Arbeit zur Verfügung gestellt hat.

Wir werden in etwa eineinhalb bis zwei Monaten die notwendigen Richtwerte festzusetzen haben, was auch nicht ganz leicht sein wird. Wir werden hier mit dem Landessportamt zusammenarbeiten, weil die Richtwerte in einer Großstadt doch etwas anders sein müssen als irgendwo in einem kleinen Dorf. Und wir werden dann, nachdem diese Richtwerte festgelegt sind, den Landessportleitplan ausfertigen und den zuständigen Organen zur Beschlußfassung vorlegen. Ich wage momentan nicht, einen genauen Zeitpunkt zu sagen, ich hoffe aber diesmal doch, das letztmal prophezeit zu haben, daß es in Kürze der Fall sein wird.

Ich darf vielleicht noch ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Arthold zu sprechen kommen, der festgestellt hat, daß wir keine Ansätze für die Erhaltung der Anlagen haben. Das habe ich bereits klargestellt, auch daß es ein von der Landessportorganisation beschlossenes Gesetz für die Förderung gibt.

Daß während des Jahres immer wieder Ausgabensteigerungen eintreten, ist vom Standpunkt der Budgetwahrheit sicherlich nicht erfreulich, vom Standpunkt des Sportreferenten dieser Stadt aus

aber sehr erfreulich, und ich hoffe, daß es auch im nächsten Jahr wieder solche Ausgabensteigerungen geben wird. Es treten nämlich auch während des Jahres immer wieder Bedürfnisse auf, und ich bin sehr glücklich darüber, daß sowohl der Herr Finanzreferent als auch der Wiener Gemeinderat in all diesen Fragen sich bisher immer als sehr großzügig erwiesen haben.

Bezüglich der Kostenermittlung für die Anlagen, die von der Wiener Stadthalle verwaltet werden, darf ich Ihnen sagen, daß diese Kosten uns natürlich, und zwar schon im August bis spätestens September, von der Stadthalle bekanntgegeben werden, daß diese Kosten vom Kontrollamt — ich habe das bereits einige Male gesagt — geprüft werden und daß die Ansätze im Budget auf den Kostenermittlungen der Stadthalle, die vom Kontrollamt geprüft sind, basieren.

Was nun die Kosten betrifft — Herr Prof. Zörner hat darauf hingewiesen —: Die große Halle, verehrter Herr Professor, haben wir überhaupt nicht gemietet. Dort kann ohneweiters „Winnetou“ und anderes aufgeführt werden. Die große Halle hat die Stadt nicht gemietet (GR. Prof. Zörner: Die bauliche Herstellung!), und wir haben darüber hinaus mit der Stadthalle eine Vereinbarung, wonach wir immer dann, wenn die Trainingshallen, die wir gemietet haben, für andere Zwecke verwendet werden, die anteiligen Mietkosten rückvergütet erhalten.

Ich habe keine Freude damit, weil sehr oft vom Standpunkt des Sports diese Trainingshallen zweckwidrig verwendet werden. Es finden dort Mitgliederversammlungen und alles mögliche statt, und ich habe daher vor kurzem angeordnet, daß diese anderweitigen Verwendungen nicht von der Stadthalle selbst genehmigt werden können, sondern daß sie mir vorzulegen sind, damit wir uns das etwas näher ansehen können.

Die Ausnützung der Schulsportanlagen ist auch mein großes Anliegen. Ich glaube nur nicht, daß wir Umbauten in Turnsälen, auch dann, wenn sie technisch möglich wären, in Hinkunft im Wege des Sportbudgets durchführen können. Ich habe schon einmal berichtet, daß ich in direkten Gesprächen mit den Schulwarten zu erreichen versuchte, daß der Freitag zur Gänze den Sportvereinen und -verbänden zur Verfügung gestellt wird. Das ist vereinzelte bereits geschehen. Die Schulwarten haben allerdings eine ganze Reihe von Forderungen an dieses Zugeständnis geknüpft, die nicht so ohneweiters erfüllt werden können.

Was die Samstage und Sonntage betrifft, hat eine Bedarfserhebung des Landessportamtes ergeben, daß an Samstagen und Sonntagen kaum ein Bedarf zur Benützung sämtlicher Turnsäle besteht, daß es aber vielleicht gut und zweckmäßig wäre, in einzelnen Bezirken einige wenige Turnsäle für die sportliche Betätigung der Bevölkerung auch am Wochenende zur Verfügung zu stellen.

Die Lehrwarteausbildung ist ein wirklich großes Anliegen auch der Stadtverwaltung. Auf diesem Sektor ist vor allem der Bund, die Bundesanstalt



für Leibesübungen, tätig, es gibt dazu ein Bundesgesetz, und es ist seit längerer Zeit ein Streit zwischen einigen Bundesländern und dem Bund im Gange. Die meisten Bundesländer stehen auf dem Standpunkt, daß nach dem Gesetz des Bundes ausgebildet werden soll und daß keine eigenen Ausbildungsgesetze für Lehrwarte und Trainer geschaffen werden sollen.

Bezüglich der Sporthauptschule im 10. Bezirk steht dieser nicht nur eine ganz ausgezeichnete Halle zur Verfügung, sondern auch eine Sportanlage, nämlich der Horr-Platz, der ja, wie GR. Arthold selbst gesagt hat, nur ganz wenig entfernt von der Sporthauptschule liegt. Ich habe selbst einige Sportveranstaltungen der Sporthauptschule auf dem Horr-Platz miterlebt. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist doch nicht zumutbar, daß wir bei jeder Schule, die wir bauen, neben Turnhallen und Turnsälen jetzt auch noch Sportplätze, also Fußballplätze und Leichtathletikanlagen, mit dazubauen. (GR. Arthold: Das habe ich nicht gesagt!)

Sie müssen mich ausreden lassen. Schön wäre es vom Standpunkt des Sportreferenten aus schon, aber ich halte es für unreal zu glauben, daß wir das in naher Zukunft durchsetzen können.

Um nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, nochmals kurz zur Frage der Förderungen zurückzukommen: Ich habe schon gesagt, daß nach einem Konzept und nach einem Plan der Landessportorganisation gefördert wird. Ich gebe zu, daß die Post 41 des Voranschlags im Voranschlag selbst nicht aufgliedert ist. Diese Aufgliederung steht aber jederzeit zur Verfügung. Ich möchte Sie nicht lange aufhalten. Wir haben diese Förderungsbeträge genau nach Sportgroschen, Vergnügungssteuer und nach den Subventionen aufgeteilt (GR. Arthold: Das hätte ich gerne!) — das können Sie gerne haben — und hier auch wieder im Detail.

Ich bedaure, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es nicht möglich sein wird, das 1. Hauptstück des Voranschlags für das Jahr 1979 einstimmig zu beschließen. Ich glaube, daß die Ablehnung auch nach der heutigen Diskussion sachlich nicht gerechtfertigt ist.

Lassen Sie mich zum Schluß nochmals allen Bediensteten meiner Verwaltungsgruppe ganz besonders herzlich danken. Ich möchte auch den Funktionären und Mitarbeitern im Rahmen der Landessportorganisation meinen herzlichen Dank sagen, und ich möchte schließlich allen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die im Rahmen des Wiener Sports tätig sind — es sind ja einige Tausend —, die eine vielfach unbedankte, aber sehr aufwendige, vor allem zeitaufwendige Arbeit leisten, meinen ganz besonderen Dank zum Ausdruck bringen. (Beifall bei der SPÖ und bei Gemeinderäten der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Zur Beratung des 1. Hauptstückes ist kein Redner mehr vorgeordnet. Wir kommen zur Beratung des 2. Hauptstückes, Inneres und Bürgerservice.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Bauer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Der gegenständliche Voranschlag, über den wir heute und bis Donnerstag debattieren und beraten, ist der erste einer neuen Verwaltungsperiode. (GR. Hahn: Deswegen ist er nicht besser geworden!) Darauf werden wir noch zu sprechen kommen. Nicht zuletzt aufgrund der von der sozialistischen Fraktion dieses Hauses nach dem 8. Oktober abgegebenen Versicherung, daß sie Kritik ernst nimmt, dürfte und müßte eigentlich angenommen werden, daß sich zumindest erste Ansätze eines Umdenkens, eines neuen Beginns selbstverständlich und zu allererst in den Zahlen dieses ersten Budgets eines neuen Verwaltungsabschnittes niederschlagen.

Hier springt einem gleich auf der ersten Seite des gegenständlichen Kapitels unweigerlich ins Auge, daß der Ansatz für den Umweltschutz von 19,1 Millionen Schilling auf 18,4 Millionen Schilling fällt. Das ist nach freiheitlicher Auffassung ein schlechter neuer Anfang, denn das heißt nichts anderes, als daß in Hinkunft noch weniger als bisher in Sachen Umweltschutz geschehen soll.

Wir halten das schlicht gesagt für verantwortungslos, denn an der teilweise bedrohlichen Beeinträchtigung unserer Umweltsituation durch Abgase, Lärm, Staub und Abwässer hat sich ja nichts zum Besseren verändert.

Wir könnten eine Kürzung der Ansätze beim Umweltschutz aber nicht einmal dann hinnehmen, wenn sie Ausdruck einer derzeit durchaus begrüßenswerten allgemeinen Spargesinnung wäre. Aber das ist ja auch in diesem Falle nicht so.

Deutlich wird das bei einem Vergleich der Ansätze für das Informationswesen der Bundeshauptstadt. Im Voranschlag 1979 sind 67,4 Millionen Schilling unter der Rubrik 215 veranschlagt. Im Vergleich zum Ansatz des Jahres 1978 ist das ein Plus von 2,4 Millionen Schilling. Hinzugerechnet werden muß die Rubrik 216, Bürgerservice; hier sind 18 Millionen Schilling budgetiert. Wir halten damit bei einer Gesamtsumme von 85,8 Millionen Schilling. Die Ansätze der Rubrik 216, Herr StR. Schieder, sind mit 18 Millionen gleichgeblieben. Die Summe aus beiden Ansätzen — und die muß man ja wohl zusammenzählen — ergibt das besagte Plus von 2,4 Millionen Schilling.

Interessant für mich zumindest ist in diesem Zusammenhang, daß die entsprechende Rubrik, also die Rubrik 216, noch im Voranschlag 1978 Bürgerservice und Presseunterstützung geheißen hat, während sie nun lediglich als Bürgerservice figuriert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist nun die zweite Umbenennung an und in dieser Verwaltungsgruppe. Sie hieß ja ursprünglich, das darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, Umwelt und öffentliche Einrichtungen und heißt jetzt, nachdem man offenbar eingesehen hat — wir haben uns darüber schon des öfteren hier unterhalten, Herr StR. Schieder (Amtsf. StR. Schieder: Das war eine neue Geschäftseinteilung, ein Beschluß des Ge-

meinderates!) —, daß die Kennzeichnung als Umweltressort tatsächlich und keineswegs der dort entfalteten Tätigkeit entspricht, Inneres und Bürgerservice. (Amtsf. StR. Schieder: Das hat der Gemeinderat beschlossen!)

Ich darf daher auch mit Sicherheit annehmen, daß das an sich richtige Vorhaben der Presseförderung bereits wieder zu Grabe getragen wurde, bevor es überhaupt zum Leben erweckt worden ist.

Wir Freiheitlichen bedauern dies, weil wir wissen, daß zur Aufrechterhaltung beziehungsweise zur Sicherung der Meinungsvielfalt und eines entsprechend ausgewogenen Informationsangebotes für unsere Bürger die Förderung der Presse notwendig und richtig ist. Wir haben auch seinerzeit die diesbezügliche Aufnahme in den Voranschlag begrüßt.

Die sozialistische Fraktion dieses Hauses scheint hingegen nichts von dieser Förderung der Meinungsvielfalt zu halten. Sie scheint nunmehr ganz auf die rathauseigene Propagandaabteilung abzustellen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses, ich bitte Sie, sich eines vor Augen zu führen: Informationseinstopf und allmächtige Propagandaministerien waren noch nie der Ausdruck einer gelebten und wahrhaftigen demokratischen Gesinnung. Ausdruck dessen ist viel mehr immer die Förderung der Informationsvielfalt, die Förderung der Presse in ihren unterschiedlichen, grundsätzlichen gesinnungsmäßigen Richtungen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, weil es eben die völlig wertneutrale Information und Berichterstattung nicht gibt und nicht geben kann, also gewertet und ausgewählt werden muß.

Es hat ein sehr kluger Mann vor mehr als 300 Jahren, nämlich der Herr John Milton, folgendes gesagt: „Wahrheit und Verständnis sind keine Ware, deren Monopol man an sich reißen kann. Die Wahrheit bedarf einer ständigen Rechtfertigung. Sie muß ihre Kraft in einem offenen, unbehinderten Kampf ständig neu erweisen.“ (Amtsf. StR. Schieder: Aus welchem Buch von ihm stammt das?) Sie scheinen von dieser Erkenntnis nicht sehr viel zu halten, denn nicht anders ist es zu erklären, daß Sie die Ausgaben für die Propagandaabteilung seit dem Jahre 1974 von damals 35 Millionen Schilling auf die jetzt bereits erwähnten 85,4 Millionen Schilling im Voranschlag 1979, also um fast 150 Prozent, erhöht haben.

Selbst wenn man hier die allgemeine Inflationsrate, die Preissteigerungsrate abzieht, die sich etwa auf 37 Prozent stellt, kommt man zu einer mehr als hundertprozentigen Ausweitung der diesbezüglichen Tätigkeiten. Auf den Inhalt, nämlich was man damit gemacht hat, werde ich im Verlaufe meines weiteren Debatebeitrages noch eingehen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese 85 Millionen sind beileibe ja noch nicht alles, was für die PR-Arbeit der Bundeshauptstadt vorgesehen ist. Unter der Rubrik 203, Stadtbauverwaltung, werden unter der verschämten Bezeichnung

Sondererfordernisse weitere 5,5 Millionen Schilling für derartige Zwecke bereitgestellt.

Ich glaube auch, daß man korrekterweise den Aufwand für die jährliche PR-Veranstaltung „Tag der offenen Tür“ ebenso dazurechnen muß. Diesen finden wir im 1. Hauptstück, unter Personal und Sport, ebenfalls unter der Rubrik Sondererfordernisse. Ich weiß nur nicht, was der „Tag der offenen Tür“ mit Personal und Sport zu tun hat. Das scheint mir darüber hinaus und nebenbei angemerkt ein Verstoß gegen die wünschenswerte und zu praktizierende Budgetklarheit zu sein. Hier sind jedenfalls für das Jahr 1979 für den „Tag der offenen Tür“ 3,7 Millionen Schilling veranschlagt. Wir halten damit bei einer Zwischensumme von 94,6 Millionen Schilling.

Gleich oberhalb dieser Rubrik Sondererfordernisse unter Personal und Sport, nämlich zwei Zeilen weiter oben, sind die Ausgaben für die Personalwerbung mit 1,3 Millionen Schilling zu finden.

Zu den PR-Ausgaben einer Stadt zählen sicherlich auch — ich nehme an, Sie stimmen mir hier zu — jene Ausgaben, die für Empfänge, Feierlichkeiten und Repräsentation bereitgestellt werden. Das sind für das kommende Jahr 12 Millionen Schilling, und das ergibt somit eine neue Zwischensumme von 108 Millionen Schilling für den PR-Aufwand dieser Stadt. (Amtsf. StR. Schieder: Was, das gehört auch zum PR-Aufwand? Rechnen Sie das auch zum PID?) Ich spreche hier nicht vom PID, sondern vom allgemeinen PR-Aufwand, der für das kommende Jahr budgetiert worden ist.

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese 108 Millionen Schilling, ist alles noch ohne die entsprechenden Personalaufwendungen (Amtsf. StR. Schieder: Ihr Gehalt, ist das auch PR?) — jetzt komme ich schon wieder auf Ihr Lieblingskind, auf die Magistratsabteilung 53, zurück —, diese ganzen 108 Millionen Schilling enthalten noch keinerlei Personalkosten für die Mitarbeiter dieser Magistratsabteilung. Der Dienstpostenplan des Jahres 1979 weist dort 52 Mitarbeiter aus, nebenbei bemerkt, 21 mit Sondervertrag.

Sie gestatten mir nun, daß ich eine Durchschnittsrechnung anstelle und den durchschnittlichen Bruttodienstgebераufwand für die dort beschäftigten 52 Mitarbeiter mit brutto 12.000 Schilling annehme. Das ist sehr, sehr großzügig gerechnet. Selbst dann, wenn ich das mit diesem geringen Bruttobetrag in Ansatz bringe, ergibt das einen Personalaufwand allein für die Mitarbeiter der Magistratsabteilung 53 von weiteren 9 Millionen Schilling. Das ergibt die nächste Zwischensumme von 117 Millionen Schilling. (Amtsf. StR. Schieder: Beleuchtung, Telephon!) Selbstverständlich, Herr StR. Schieder, auch das könnte man in einer Art Kostenstellenrechnung — davon werden Sie hoffentlich etwas gehört haben — entsprechend zurechnen.

Aber, wie gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese 117 Millionen Schilling sind immer noch nicht alles. Ich habe aufgrund einer



Anfragebeantwortung vom Herrn Bürgermeister eine Aufstellung aller jener Zeitschriften, Informationsbroschüren und Werbeprospekte erhalten, die von den übrigen Dienststellen, also außerhalb des PID und außerhalb der Magistratsabteilung 53, im Jahre 1977 herausgegeben worden sind; ein aktueller Vergleich steht mir naturgemäß noch nicht zur Verfügung. Die Kosten dafür belaufen sich auf weitere rund 10 Millionen Schilling.

Damit bin ich endgültig, zu Ihrer Beruhigung, Herr StR. Schieder, bei der Endsumme. Sie beläuft sich auf 126 Millionen Schilling. Das also ist etwa jener Betrag, den die Bundeshauptstadt, sehr großzügig gerechnet, im kommenden Jahr für den PR-Aufwand, für die Propaganda aufwenden wird.

Ganz genau genommen, Herr StR. Schieder und meine sehr geehrten Damen und Herren, ist selbst das noch nicht die Endsumme, denn hierin sind noch nicht jene Aufwendungen enthalten, die etwa Vereine, Institutionen und Unternehmungen ausgeben, die mit der Stadt Wien identisch sind, an denen die Stadt Wien maßgeblich beteiligt ist oder an deren Finanzierung und Subventionierung sich die Stadtverwaltung beteiligt oder beteiligen muß. Man kann auch hier, wenn man will, noch eine Globalsumme hinzufügen. Ich mache es der Einfachheit halber mit 4 Millionen, damit ich bei der runden Summe von 130 Millionen Schilling nun endgültig halten kann.

Zu diesem Propagandamaterial, das nicht direkt von der Stadtverwaltung oder einer ihrer Dienststellen herausgegeben wird, gehört auch der Jahresbericht der Wiener Stadthalle. Er zählt, nebenbei bemerkt, zu den aufwendigsten Broschüren, die mir unter dem ganzen Wust an Propagandamaterial untergekommen sind: Hochglanzpapier, Mehrfarbendruck, mehr als 50 Prozent Bildmaterial, wenig Text.

Ich frage mich, ob ein chronisch defizitäres Unternehmen Jahr für Jahr einen der aufwendigsten Jahresberichte herausbringen muß. Es scheint mir nämlich überhaupt so zu sein, daß diejenigen Bereiche, die sonst wenig Erfreuliches zu melden haben, ihren Ehrgeiz darein setzen, wenigstens das meiste Papier und dieses möglichst aufwendig bedrucken zu können.

Das gilt auch für die Wiener Stadtwerke. Hier fängt es beim sogenannten Stadtwerkemagazin an, nach dessen Sinn und Zweck ich hier schon einmal nachgefragt habe, ohne eine befriedigende Antwort erhalten zu haben. Mit einer Auswahl der darin erschienenen Beiträge habe ich ja auch schon hier zu Ihrer Heiterkeit beitragen können. Ich möchte mir und Ihnen das heute ersparen.

Es setzt sich fort in einem sehr aufwendig gemachten Verwaltungsbericht der Wiener Stadtwerke. Auch hier wieder Hochglanzpapier, Mehrfarbendruck, viel Bildmaterial, wenig Text.

So wie es mit dem Text in diesen von mir jetzt erwähnten Berichten und Broschüren bestellt ist, so ist es auch mit dem Informationswert der meisten der erstellten Broschüren und Publikationen bestellt — der meisten, ich sage nicht aller —: Er

ist relativ gering bis null. Wo er vorhanden ist, ließe er sich vielfach mit 10 oder 20 Prozent des derzeitigen Aufwandes erreichen.

Das Ungleichgewicht zwischen der reinen Propaganda oder der Imagepflege für die Stadt und die darin tätige politische Mehrheit und der Information, sprich Bürgerservice, ist in den meisten Fällen zuungunsten der Information gegeben. Vieles, was von den verschiedenen Stellen publiziert wird, ließe sich meiner Meinung nach in „Wien aktuell“ einbauen. Es muß ja nicht jeder Bereich unserer Stadt seine eigene Zeitschrift oder seine eigene Broschüre herausgeben. Das gilt für das Allgemeine Krankenhaus, es gilt für eine eigene Informationsschrift — unter Anführungszeichen — für die Rudolfsstiftung, für den Arbeitskurier und dergleichen mehr.

Manchmal kommt mir vor, daß die Herausgabe solcher Broschüren nicht nach Maßgabe des Informationsbedürfnisses erfolgt, sondern ganz einfach deswegen, weil ein anderer Stadtrat, der vielleicht wirklich etwas an Information zu bieten hatte, eine solche Broschüre erhalten hat. Gleich kommt der nächste und sagt, bitte ich auch, und der nächste wünscht es auch. Das hat bei Ihnen begonnen, und es hat sich dann über den Herrn Stadtrat Stacher fortgesetzt. Ich könnte Ihnen aufzählen, wie der Reihe nach, eigenartigerweise zeitlich gestaffelt, fast jeder der amtsführenden Stadträte mit einer solchen Informationsschrift beglückt worden ist.

Ich habe Ihnen heute eine sehr unvollständige Auswahl dessen mitgebracht, was in wenigen Monaten an Propagandamaterial von der Bundeshauptstadt Wien zur Verfügung gestellt oder herausgegeben wird. Es ist, wie gesagt, sehr, sehr unvollständig. Ich bin davon überzeugt, wenn der Herr Stadtrat Schieder sein Archiv öffnete, dann könnte er diesen Berg sicherlich verdoppeln bis verdreifachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, echte Information muß nicht unbedingt aufwendig gestaltet sein. Sie wird auch in einem etwas schlichteren Kleid gerne angenommen, wenn sie etwas zu bieten hat, nämlich tatsächlich Information.

Ich behaupte weiter, daß meistens ein innerer Zusammenhang zwischen der Darbietung und dem Inhalt der Information besteht. Damit Sie nicht sagen, ich kritisiere nur und finde überhaupt nichts Positives: Ein positives Beispiel, Herr Stadtrat, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Handbuch der Stadt Wien „Bürgerservice“. Es ist sehr einfach, sehr schlicht, wenig aufwendig und bietet so viel an Information: jede der 220 Seiten enthält echte Information. Das ist eine echte Fundgrube für jeden, der Rat, Hilfe oder Information sucht. Dabei bin ich überzeugt, das gehört zu jenen Publikationen, die am wenigsten gekostet haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch eines deutlich machen. Es ist auch in der kommerziellen Werbung so: Je aufdringlicher, je aufwendiger angeboten wird, desto weniger ist meistens dahinter. Ich will gar nicht mit der Binsenweisheit kommen: Gutes verkauft sich von selbst.

Die freiheitliche Fraktion in diesem Hause ist der Auffassung, daß die 130 Millionen für Propagandaarbeit, für PR-Arbeit, um es etwas freundlicher auszudrücken, und auf der anderen Seite der äußerst bescheidene Ansatz für Umweltschutz für die Denkmalpflege oder für die Geschäfte der Bezirksvertretung nicht zu verantworten sind. Ich erlaube mir daher, so wie üblich, möchte ich beinahe sagen, wieder den Antrag zu stellen, den Ansatz der Ausgabenpost 42 der Rubrik 215 des Voranschlags von 38 Millionen Schilling um 23 Millionen Schilling auf 15 Millionen Schilling herabzusetzen. Es bleiben dann immer noch summa summarum 107 Millionen für PR-Arbeit übrig. Ich glaube, das müßte genügen. Ich darf Ihnen, Herr Stadtrat, den diesbezüglichen Antrag überreichen.

Zum Schluß möchte ich noch einen weiteren Antrag einbringen und ihn Ihrer wohlwollenden Beratung empfehlen. Es handelt sich dabei um die Erhöhung der Ausgabenpost 35 der Rubrik 221, Geschäfte der Bezirksvorsteher. Wir schlagen im Zusammenhang mit der einstimmig beschlossenen Aufwertung der Bezirksvertretungen und der Bezirksvertretungen bei dieser Post, um rein äußerlich diesem Willen, diesem Bestreben Ausdruck zu verleihen, eine Umbenennung in „Geschäfte der Bezirksvertretungen und der Bezirksvorsteher“ vor und erlauben uns weiter vorzuschlagen, den Ansatz von 5 Millionen Schilling auf 10 Millionen Schilling zu erhöhen. Die Bedeckung dieser Mehrausgabe ist in Einsparungsanträgen der gefertigten Gemeinderäte zu diversen anderen Budget-Kapiteln gegeben.

Ich glaube, daß es nur recht und billig wäre, wenn wir das sozusagen im Vorgriff auf die nunmehr in Beratung zu nehmende Aufwertung der Bezirksvertretungen tun, weil es ja notwendig ist, daß wir dafür die entsprechenden Mittel rechtzeitig bereitstellen. Ich kann nur hoffen, daß die diesbezüglichen Beratungen möglichst bald aufgenommen werden.

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner gelangt Frau GR. Dkfm. Dr. Schaumayer zum Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zu publizitätsunwirksamer Abendstunde sind wir beim Kapitel Inneres und Bürgerservice gelandet. Wenn Kollege Bauer Millionen zitierte, dann hat er wahrscheinlich ans „Verlorene Paradies“ gedacht. (GR. Dkfm. Bauer: Kollegin Schaumayer, wollen Sie die Eva sein? — Heiterkeit.) Nein. Es haben sich aber offenkundig gewisse Vorstellungen über die Zeitgestaltung aufgedrängt.

Meine Damen und Herren! Nimmt man den Voranschlag 1979, Informationswesen und Bürgerservice, unter die Lupe, so findet man bei der Magistratsabteilung 53 eine nicht näher erklärte Umschichtung von der Rubrik Sonderfordernisse zur Rubrik Information. Für mein Empfinden ist damit eine geringere Flexibilität bei den beabsichtigten Ausgaben gegeben, eine Tendenz, die ich im Hinblick auf die Qualität der Informationsprodukte für verfehlt halte.

In der Summe ist natürlich ein neuerlicher Anstieg der Ausgaben für PR der Rathausmehrheit zu verzeichnen. Vielleicht hat man, was das Personal betrifft, bei den Kanzleibeamten ein bißchen gespart. Die Zahl der Angestellten mit Sondervertrag will man aber 1979 jedenfalls wieder erhöhen.

Wir müssen also den Schluß ziehen, die SPÖ läßt alles beim alten in der Sparte Information, sie bleibt bei unverändert hohen Ausgaben, sie bleibt beim geringen Informationsgehalt der Druckwerke, es wird unverändert am Bürger vorbeiproduziert.

Wenn Sie es mir nicht übelnehmen, möchte ich gerne einen Blick auf den November dieses Jahres zurückwerfen. Da erschien die Sondernummer 10 a von „Wien Aktuell“ zur Volksabstimmung vom 5. November. Ich glaube, man kann es nur als blamabel qualifizieren, wenn der Presse- und Informationsdienst nicht einmal bei einem historischen Ergebnis — siehe Begleittext des Herrn Bürgermeister — in der Lage ist, den Gesetzestext, über den der Bürger abstimmen soll, richtig und vollständig wiederzugeben. Ein teures Druckwerk dieser Art, meine Damen und Herren von der SPÖ, ist wirklich überflüssig.

Ich bin daher sehr geneigt, der SPÖ zu empfehlen: Geben Sie es auf, ersparen Sie den Steuerzahlern diese jährlich mehr als 100 Millionen Schilling und führen Sie das Geld einer sinnvolleren Verwendung zu. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Sozialistische Partei wiegt sich gern im Vollgefühl ihrer Macht. Sie sieht auch die Public Relations unter diesem Aspekt. Aber nicht einmal bei dieser Einschätzung kann sie sich der Schlamperei enthalten. Diese Schlamperei gehört leider überhaupt zur Verwaltungspraxis bei der Magistratsabteilung 53, zur Praxis nämlich, daß die Antragsakte zu spät und unvollständig vorgelegt werden, daß Vergleichsofferte auch dann nicht eingeholt werden, wenn es zwingend notwendig wäre. Der zuständige Stadtrat scheint mit anderen Dingen beschäftigt zu sein, denn für eine Besserung der Mißstände hat er bisher nichts Sichtbares unternommen.

Das liegt wohl ein bißchen auf der gleichen Linie wie seine Stellungnahme in der letzten Fragestunde, die seinen Parteifreunden in Döbling offenbar so bedeutsam erschien, daß sie sie im Wortlaut der Döblinger Bevölkerung im „Volksboten“ zur Kenntnis brachten. In jener Fragestunde nämlich, als Herr Stadtrat Schieder seinem Parteifreund Holub nicht einmal sagen konnte, warum zur unerwünschten Terrassierung in Grinzing das verlangte Gutachten der Universität für Bodenkultur nicht eingeholt wurde oder ob es vielleicht noch eingeholt werden wird. Diese Details, meine Damen und Herren, hier eine Fehlinformation, dort eine Uninformiertheit, ergeben in Summe das Bild einer SPÖ, die ihrer Verantwortung gegenüber dem Bürger und gegenüber einer ordentlichen Verwaltung nicht gerecht wird.

Nun könnten Sie sagen, es kann der Opposition nur recht sein, wenn die Mehrheit sich so verhält, keine Konsequenzen zieht und es dem Bürger überläßt, selbst diese Konsequenzen am Wahltag zu ziehen.



Meine Damen und Herren! Der Zustand der SPÖ macht uns aber dennoch wenig Freude, weil Sie, gerade in diesem Kapitel sichtbar, mit Ihrer Verwaltungsschwäche allen Bürgern dieser Stadt das Leben ständig erschweren und verteuern. Umdenken und Reform schienen uns daher überfällig.

Die Rubrik 216, lassen Sie mich dies abschließend noch anmerken, hieß im Voranschlag des Jahres 1978 Bürgerservice und Presseunterstützung. Die Presseunterstützung ist 1979 aus dem Titel — wie Kollege Bauer ebenfalls registrierte — ganz verschwunden, und zwar nicht über Beschluß des Gemeinderates. Man weiß auch da nicht: Ist es Absicht oder ist es Schlamperei?

Die Österreichische Volkspartei hat sich schon vor Jahren für eine Presseförderung in Wien im Wege einer Rückvergütung von Anzeigenabgaben ausgesprochen. Das Bundesland Vorarlberg geht diesen Weg. Wir würden vom zuständigen Herrn amtsführenden Stadtrat gerne eine Klarstellung seiner Haltung erwarten.

Dem Budgetkapitel werden wir nicht zustimmen, da es unverändert Propaganda forciert und echte Information schuldig bleibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Landsmann zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Landsmann: Herr Vorsitzender! Frau Stadtrat! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich kann ganz gut verstehen, daß meine Vorrednerin sehr mißbilligend über die Information der Stadt Wien spricht. Ich weiß, daß es die ÖVP nicht sehr gerne hat, daß die Wienerinnen und Wiener über die Leistungen in dieser Stadt Bescheid wissen. Ich möchte jedoch nicht, so wie die ÖVP es immer tut, polemisieren, sondern ich möchte Ihnen Berichte bringen, die wie immer sachlich ausgerichtet sind auf die Dinge, die in nächster Zeit an uns herankommen.

Meine Damen und Herren! Die Fragen der Umwelt und ihres Schutzes gehören in unserer Zeit zu den vordringlichsten Problemen jeder Stadt. Die Verunreinigung der Luft, die Verschmutzung von Wasser und Gewässern, der Lärm, das Wachsen der Müllberge und die Zerstörung der Landschaft und Erholungsräume sind imstande, das Leben in den Ballungsgebieten unerträglich werden zu lassen.

Über unsere Umwelt, ihre Zerstörung, über Umweltprobleme und Umweltkrise wird heute sehr viel gesprochen und geschrieben.

Was heißt eigentlich Umwelt? Umwelt ist ein am Anfang dieses Jahrhunderts von dem Biologen Jakob von Uexküll gebildeter Begriff. Nach seiner Definition umgibt den Menschen eine dreifache Umwelt:

die physische Umwelt mit den natürlichen Bedingungen, wie Klima, Luft, Wasser, Oberflächenformen, Gesteine und Boden, Pflanzen- und Tierwelt, die wir im ganzen als Landschaft bezeichnen;

die kulturelle Umwelt als Ergebnis der technischen Werke, die der Mensch vor allem in unseren Städten und Dörfern selbst geschaffen hat;

die soziale Umwelt unserer Gesellschaft, deren Glieder die Menschen sind.

Da der Mensch im technischen Zeitalter neue Bedingungen der Umwelt schafft, ändert er auch die gesellschaftlichen Bedingungen. Damit sind Umweltprobleme auch soziale und politische Probleme.

Unter Umweltschutz versteht man die Bemühungen, Vorhaben und gesetzlichen Maßnahmen, um

1. dem Menschen eine Umgebung zu sichern, die für seine Gesundheit und für ein menschenwürdiges Dasein auch der folgenden Generation notwendig ist,

2. die Natur — also Boden, Wasser, Luft, die Pflanzenwelt und die Tierwelt — vor dem Menschen zu schützen, dessen Eingriffe durch die Auswirkungen des technischen Fortschritts und der Bevölkerungszunahme das biologische Gleichgewicht auf dem Erdball stören,

3. jene Gefahren, Nachteile und Belästigungen zu beheben, die aus solchen Eingriffen entstehen,

4. durch eine weit vorausschauende Planung die Umweltqualität insgesamt zu verbessern.

Meine Damen und Herren! Bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Umweltfragen sind Aussagen sehr vieler anderer Wissenszweige notwendig. Es gilt daher, auf dem Gebiete des Umweltschutzes entsprechende Schwerpunkte zu setzen, neue Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln und die bisherige Arbeit in verstärktem Ausmaß fortzusetzen.

Aus diesen Gründen stellt die Magistratsabteilung 22, Umweltschutz, im Jahr 1979 spezielle Untersuchungen auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes an.

In diesem Zusammenhang sei die rechnerische Erstellung des Immissionsprognosemodells unter Einbeziehung meteorologischer Parameter, die mobile meßtechnische Erfassung von Immissionsdaten zur Eichung des Immissionsprognosemodells erwähnt.

Auf Grund der Emissionserhebung wird in Abhängigkeit von der meteorologischen Situation eine Vorausberechnung der Immissionskonzentration angestrebt. Ihre Anwendung findet sie zum Beispiel bei der Smogwarnung.

Wichtige Punkte sind die Erstellung eines Katasters für verkehrsbedingte Abgase, ein sogenannter CO-Kataster zur schadstoffmäßigen Beurteilung von verschiedenen Verkehrsvarianten, sowie Lärmprognosen bei Planungsvorhaben an Hand von akustischen Lärmmeßmodellen und Lärmmessungen bei belasteten innerstädtischen Bereichen.

Weitere Aktivitäten sind Anfertigungen von Akustikmeßmodellen, eine Lärmkarte für stark frequentierte bzw. Hauptdurchzugsstraßen, die Zusammenfassung, Auswertung und Aufbereitung der

Meßdaten für den „Umweltbericht Wasser“, welcher ein Gesamtgütebild aller Oberflächengewässer samt Erläuterungen darstellt.

Folgende Naturschutzmaßnahmen sind vorgesehen:

Die Pflege, Sanierung und Präsentation von Schutzgebieten nach dem Naturschutzgesetz, welche zunächst eine ausführliche Beschilderung des Naturschutzgebietes Lobau und des Naturdenkmalgebietes Mauthnerwasser-Krebsenwasser verlangen.

Die schwerpunktmäßige Präsentation der Lobauverordnung an Schulen und Bezirksämtern und die Wiederansiedlung ausgestorbener Tierarten in der Lobau; zunächst sind Biber vorgesehen.

Zu den Naturschutzmaßnahmen zählt auch die Präsentation des Naturschutzgesetzes 1979 in einer kommentierten Gesetzesausgabe sowie in Wandzeitungen und Faltprospekten vor allem für den Schulgebrauch.

Die Lebensqualität der Wiener Bevölkerung steht im Vordergrund. Eine Untersuchung, die die Stadt Wien über die Präferenzen der Wiener Bevölkerung in Auftrag gab, zeigt eine deutliche Reihung. Massiv gefordert wurden Umweltschutz- und Katastrophenschutzmaßnahmen. Die Angst vor Schädigungen und vor dem Verlust der natürlichen Lebensqualität rangiert an erster Stelle. Den Wienern liegt vordringlich daran, eine gesunde und sichere Stadt zu haben. Für den Ausbau von Parks und Erholungsgebieten treten 80 Prozent „sehr“ und 15 Prozent „eher“ ein; fast niemand spricht sich dagegen aus.

Diese nur zu verständliche Einstellung der Wiener Bevölkerung schlägt sich auch im Programm der Magistratsabteilung 42, Stadtgartenamt, nieder. Generell kann man von einer Verbesserung bzw. Erneuerung von Parkanlagen sprechen, welche sich auf alle Wiener Bezirke erstreckt. Schwerpunkte sind die Verbesserung der Grünanlagen im Prater, die Vollendung der Arbeiten zur Ausgestaltung des Karlsplatzes und der angrenzenden Flächen, die Schaffung neuer Grünflächen mit Ruhe- und Sitzplätzen im Planquadrat Margaretenstraße 30 bis 40, die Errichtung einer neuen Grünanlage in Wien 5, Rechte Wienzeile, die Errichtung der Großerholungsanlage Hohe Warte sowie die Wiederherstellung bzw. Umgestaltung der Grünflächen im Bereich Floridsdorfer Hauptstraße und Wasserpark. Auch am Kinzerplatz werden die bestehenden Anlagen neu gestaltet.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Fortsetzung der Uferausgestaltung im Bereich der Oberen und Unteren Alten Donau, wobei ich als Floridsdorfer Gemeinderat diese Arbeit besonders begrüße, obwohl wir in Floridsdorf keinen Mangel an Erholungsflächen haben; es wird aber eine weitere Bereicherung des Erholungsangebotes für die Floridsdorfer und darüber hinaus für alle Wienerinnen und Wiener, die ja in den Sommermonaten diese Gebiete gerne besuchen, bringen.

Selbstverständlich wird die Neupflanzung von Bäumen in verschiedenen Straßen und Plätzen Wiens auch 1979 fortgesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Im Programm der Magistratsabteilung 49, Stadtforstamt, steht für das nächste Jahr die Wiederaufforstung der ausgedehnten Windwurfflächen und die Errichtung von Kulturschutzzäunen zur Vermeidung von Wildverbiß.

Die Verbesserung des Erholungsangebotes im Wiener Naherholungsbereich wird fortgesetzt. Dies bedingt die weitere Anlage von Wanderwegen, Rastplätzen, Spielwiesen und Lagerwiesen. Das Schwergewicht liegt hier einerseits im Lainzer Tiergarten einschließlich seines Vorlandes als Wandergebiet, andererseits in der Lobau als Badegebiet mit Wildbadeplätzen.

Im Rahmen der Erholungs- und Schutzfunktionen wären der Ausbau von Grünzungen, die Anlage von Wohlfahrtsaufforstungen sowie die Errichtung und Betreuung von Erholungseinrichtungen im Wald zu erwähnen.

Die Versuche betreffend den biologisch-dynamischen Landbau, bei dem auf mineralischen Dünger und auf die Anwendung von Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln verzichtet wird, werden auch im Jahre 1979 fortgesetzt. Bislang wurde festgestellt, daß beim Weizen nur geringfügig weniger Erträge gegenüber den mit Handelsdünger gedüngten Flächen erzielt wurden.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, einige Aufgabengebiete aus dem Ressort Inneres und Bürgerservice anschaulich darzustellen, und darf zusammenfassend sagen, daß die Sozialisten gerade die Fragen des Umweltschutzes sehr ernst nehmen. Dies, obwohl unsere Stadt Wien bei weitem bessere Lebensqualitäten besitzt als fast alle Großstädte der Welt. Die Wienerinnen und Wiener wissen das sehr wohl und leben, entgegen der Meinung der ÖVP, die Wien immer als so ziemlich das letzte, was es überhaupt gibt, darstellt, sehr gerne in unserer schönen Stadt. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Meine Damen und Herren! Ich werde mir jetzt sehr schwer tun, mit den Ausführungen des Herrn GR. Landsmann zuzukommen. Ich beginne gleich beim Grün, mit dem mein werter Vorredner aufhörte. Wir meinen, daß die Bäume, Sträucher und Grünflächen in einem Häusermeer wie Wien für die Gesunderhaltung der Bevölkerung von größter Bedeutung sind. Es ist wohl unbestritten, daß dieses Grün nicht nur für die Augen gut ist, sondern vor allem für die Lunge, sind doch Bäume und Sträucher, aber auch die grüne Wiese in der Lage, luftfremde Stoffe aus der Atemluft durch ihre Filterwirkung zu entfernen. So sind zum Beispiel dichte Sträucher in der Lage, an Straßenrändern das aus den Kraftfahrzeugen stammende Blei zu 50 Prozent zu reduzieren; das können bis zu einem gewissen Grad auch Wiesen, nur in etwas geringerem Maßstab.

Die Bedeutung des Grün in der Stadt wird noch unterstrichen durch seine Sauerstoffproduktion. Dafür ein Beispiel: Eine einzige fünfzigjährige



Buche ist in der Lage, mit ihren 100.000 Quadratmetern Blattfläche soviel Sauerstoff zu produzieren, wie 8 bis 10 erwachsene Menschen benötigen. Diese einzige Buche ist also eine echte Sauerstofffabrik.

Darf ich, was das Grün anlangt, ein Zitat aus dem Arbeitsprogramm des Herrn Bürgermeisters für 1978 bis 1983 bringen. Er sagt darin: „Die Errichtung von neuen Parks und Spielbereichen für die Kinder und zusätzliche Erholungsflächen innerhalb des Stadtbereiches durch Ausbau der Grünflächen und Öffnung von Innenhöfen sollen den Erholungswert benachteiligter Stadtgebiete verbessern.“

Ich bleibe bei den benachteiligten Stadtgebieten. Wie will der Herr Bürgermeister das machen, wenn ich so fragen darf, wenn auf der Post 212/20 Wege, Grünflächen und Parkeinrichtungen mit ganzen 4,963 Millionen dotiert sind. (Amtsf. StR. Schieder: Die Baumschutzabgabe steht nicht hier drinnen!) Das weiß ich. Der Großerholungsraum Hohe Warte zählt hier nicht. (Amtsf. StR. Schieder: Verein Wien-Niederösterreich, das gehört auch dazu!) Ja, dagegen ist nichts einzuwenden.

Dazu kommt, daß die Verbesserung der Parks usw. in der Form, wie sie bisher vor sich gegangen ist, untauglich war, denn das war keine echte Durchgrünung. Wir haben ein solches Durchgrünungskonzept für den 16. Bezirk, und ich habe den zuständigen Stadtrat darauf aufmerksam gemacht, auch auf das Architektenteam; anscheinend hat sich der Herr Stadtrat aber nicht sehr dafür interessiert. Das Konzept war doch sehr gut, wie Sie zugeben müssen. (Amtsf. StR. Schieder: Es gibt nächstes Jahr Gespräche darüber!) Danke vielmals! Dann hoffe ich, daß endlich in Ottakring mit der Begrünung begonnen wird. (GR. Edlinger: Für was die Debatten gut sind!) Alles beim alten, nichts ist geschehen! Einstweilen zumindest. Werden wir sehen, wie sich das weiter abspielt. (Amtsf. StR. Schieder: Drei Wünsche sind schon erfüllt!) Ich höre mit großer Freude diese Worte von Ihnen, nur glaube ich es nicht ganz.

Wir möchten aber ganz sicher gehen. Wir haben uns doch die Schaffung eines Grünlandfonds vorgenommen. Eine sinnvolle Grünlandpolitik müßte dem Erfordernis nach Schaffung von mehr Grünflächen, Grünkeilen usw. Rechnung tragen. Es wird zwar mehrfach versichert, daß das geschehen wird, wir sind aber der Meinung, daß man diese Schaffung der Grünflächen mit einem Abänderungsantrag dokumentieren sollte. Die ÖVP hat die Schaffung eines solchen Grünlandfonds bereits im Jahre 1973 im Realkonzept „Gesundes Wien“ gefordert.

Die GRe. StR. Goller und Strunz stellen daher gemäß § 30 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden Abänderungsantrag:

Die Rubrik 823/57, „Grunderwerbungen und -freimachungen“, ist dahingehend zu ändern und der vorgesehene Ausgabenansatz wie folgt aufzuteilen:

„Rubrik 823/57 a) Grunderwerbungen und -freimachungen 320.930.000 Schilling;

Rubrik 823/57 b) Grünlandfonds 50.000.000 Schilling.“

Nun zu einem zweiten Problem, und zwar zur Umwelt in Wien. Wir hörten ja schon sehr viel von der Umwelt. Und wieder ist es das Arbeitsprogramm des sehr geehrten Herrn Bürgermeisters als Beilage zu seiner Antrittsrede vom 13. November 1978, woraus ich aus Seite 8 zitieren darf: „Die Umweltqualität trotz der zunehmenden Technisierung auf dem Stand von heute zu halten oder, wo dies möglich ist, sogar noch zu verbessern, das sind die großen Aufgaben im Bereich der Umweltpolitik.“ Das wäre das erste Zitat.

Und auf der Seite 9 lesen wir dann: „Grenzwertverordnungen sollen die Höchstmenge von Schadstoffausscheidungen in bestimmten Gebieten beschränken.“

Wie will der sehr geehrte Herr Bürgermeister solche Grenzwertverordnungen schaffen, wenn sein Adlatus, der Herr Stadtrat für Inneres und Bürgerservice, nicht einmal in der Lage ist, ein Luftreinhaltegesetz vorzulegen, geschweige denn die entsprechenden Immissionsgrenzwerte festzulegen? (Amtsf. StR. Schieder: Das liegt aber an der Bundesverfassung, wie Sie wissen!) Warum steht es dann drin, und der Herr Bürgermeister verlangt es? Deswegen habe ich es ja gesagt. Sie können es nicht. Bei wem verlangt er es also? Bei mir? Beim Bund soll er es verlangen! (Beifall bei der ÖVP.)

In diesem Zusammenhang hat der zuständige Stadtrat auch kein Geld zum Beispiel für die wichtigen Messungen von blei- und krebserregenden Substanzen, so hörte ich bis jetzt. Aber jetzt hat er es vielleicht, sagte er mir wenigstens heute im Rahmen der ersten Wortmeldungen zur Fragestunde, um in den stark befahrenen Straßen Messungen vorzunehmen, wo bekannt ist, daß die Grenzwerte von blei- und krebserregenden Substanzen teilweise um das Mehrfache überschritten werden; ich denke zum Beispiel an die Straßenzüge Innerer Ring, Ruckergasse, Penzinger Straße, Nisselgasse und im 16. Bezirk an die Koppstraße. (Amtsf. StR. Schieder: Hadikgasse!) Ich meine ja: Nisselgasse, Penzinger Straße usw.

Einstweilen beschließt der deutsche Bundestag für diese beiden giftigen Substanzen die Grenzwerte. Doch wir haben in dieser Zeit nur Einzelmessungen vorliegen. Ich darf in dem Zusammenhang sagen, sehr geehrter Herr Stadtrat, daß mathematische Modelle wunderschön und großartig sind, aber ich brauche natürlich dazu die entsprechenden Messungen. (Amtsf. StR. Schieder: Völlig richtig!) Habe ich sie nicht, fange ich gar nichts damit an. Die CO-Messungen allein sind, das muß ich leider Gottes sagen, für die Katz, wenigstens nach dem heutigen Stand der Technik und der Wissenschaft. (Amtsf. StR. Schieder: Ganz richtig!) Es nützt nichts, wir können da nicht herumreden.

Zum Blei und zu seiner Giftwirkung nur noch einige Bemerkungen. Ich möchte darauf hinweisen,

daß man das nicht einfach mit der linken Hand abtun kann. Wir haben bereits Arbeiten vorliegen, die Blei im Tierversuch als krebserregend bezeichnen; das ist uns schon aus dem Jahr 1953 bekannt. Bleibenzin soll nach Schweizer Untersuchungen — siehe Schweizerische Medizinische Wochenschrift ex 1976 — die Krebsmortalität in den Straßen erhöhen. „Sollen“, muß ich betonen, denn dies ist noch nicht endgültig signifikant.

Ich darf aber in dem Zusammenhang noch sagen, daß vor allem für Kinder die derzeitigen Grenzwerte mehr als gefährlich sind. Wir müssen immer daran denken, daß das Blei dann ja im Blut aufscheint. Werte über 30 Mikrogramm pro 100 Milliliter sind für Kinder bereits eine äußerste Gefahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben, so hörte ich wenigstens, für Untersuchungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und des Naturschutzes 9 Millionen Schilling. Hier gilt dasselbe, was ich bereits gesagt habe und was heute schon mehrmals gesagt wurde: Für Informationswesen gibt es sehr viel Geld, von 1978 auf 1979 sogar um 2,4 Millionen Schilling mehr. Für die Untersuchungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes sind es nur um ganze 156.000 Schilling mehr. Dieser Betrag erscheint mir sehr gering, das muß ich klar und deutlich sagen.

Es ist also anscheinend doch so, daß man für bedrucktes Papier und ähnliche Scherze im Mehrfarbendruck viel mehr übrig hat als für die Gesunderhaltung der Wiener Bevölkerung.

Nun aber einen positiven Beitrag zur Kraftstoffeinsparung und Atemluftverbesserung in stark von Kraftfahrzeugen befahrenen Straßen. Die Frage lautet, wann sich das Motorabstellen lohnt. Ich habe dazu eine Berechnung aufgestellt und stelle sie hier zur Debatte. Es wäre ganz interessant, wenn man dann entsprechende Untersuchungen in Wien vornehmen könnte. Solche Untersuchungen habe ich selbst in Nordrhein-Westfalen gesehen, und ich bin sehr froh, daß ich diesbezüglich interessante Eindrücke gewinnen konnte.

Voraussetzung ist folgendes: Erstens eine gelbe Ampel, wenn man an die Kreuzung kommt. Zweitens: Man sitzt bei der Stadtfahrt von 100 Minuten 20 Minuten im Leerlauf im Auto. Drittens: Die Ottokraftstoffeinsparung, also die Benzineinsparung durch das Motorabstellen beträgt im Europatest ungefähr 15 Prozent. Das bringt eine Verringerung des Kohlenoxidausstoßes zwischen 11 und 13 Prozent und der Bleiemission von 15 Prozent, ebenso natürlich von 15 Prozent der krebserregenden Substanzen. Beim Dieselöl kann man gesichert ebenfalls mit 15 Prozent Einsparung rechnen, daneben eine Emissionsverminderung von Schwefeldioxid und krebserregenden Substanzen.

Berechnen wir das nun für Wien: In Wien werden im Tag 1,26 Millionen Liter verbleiten Benzins verfahren. Ab 15 Prozent ergibt eine Verringerung des Benzinverbrauches durch das Motorabstellen von 189.000 Liter, das entspricht einem Betrag von 1.247.000 Schilling im Tag. Rechnen Sie das Dieselöl noch dazu, so kommen Sie auf einen Betrag von insgesamt 1.770.000 Schilling.

Das wären die theoretischen Berechnungen, die aber stimmen. Es ist uns klar, daß dieser Vorschlag einer bundesgesetzlichen Regelung bedarf und sich natürlich auch noch andere offene Fragen stellen: Lärmbelästigung beim Starten, Sicherstellung des Verkehrsflusses durch zuverlässiges Anspringen usw. Wenn jemand ein altes fahruntüchtiges Auto hat, dann wird es nicht so leicht wieder anspringen. Diese Kritik habe ich auch schon gehört.

Jedenfalls wäre aber die Durchführung einer derartigen Untersuchung am inneren Ring oder in einer stark verampelten Straße sehr interessant. Denselben Versuch sah ich in Düsseldorf, in Kaiserslautern und in Köln. Es war frappierend, aber andererseits muß man jene Einwände, die ich von der verkehrstechnischen Seite aus machte, sehr, sehr genau betrachten.

Damit darf ich mir erlauben, Ihnen einen Beschlußantrag, der alle diese Überlegungen enthält, zu übergeben, und ich darf nochmals wiederholen:

„Es sind umgehend Messungen in stark befahrenen Straßenzügen, insbesondere an Kreuzungen, auf Bleikonzentrationen und kanzerogene Substanzen in der Atemluft vorzunehmen.“

Die gleichen Messungen sind durchzuführen, wenn bei den Kraftfahrzeugen an diesen Kreuzungen der Motor abgestellt ist.

Der Herr amtsführende Stadtrat für Inneres und Bürgerservice möge diese Ergebnisse umgehend dem zuständigen Ausschuss bekanntgeben und sich bei den zuständigen Stellen des Bundes dafür einsetzen, daß diese Erkenntnisse auch legislativ umgesetzt werden.“ — Ob Sie es schaffen, weiß ich nicht.

In formeller Hinsicht bitte ich um Zuweisung an unseren Gemeinderatsausschuss für Inneres und Bürgerservice.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, Anregungen zu geben. Ich habe auch klar und deutlich gesagt, was mir an diesem Ausschuss und an der Magistratsabteilung 22 bzw. ihrer Dotierung nicht paßt. Ich darf nur eines wiederholen: Viel, sehr viel Geld für bedrucktes Papier, wenig Geld für die bessere Umwelt in unserer Stadt. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Lustig zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Lustig: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Gestatten Sie mir, daß ich an den Beginn meiner Ausführungen jene Tätigkeiten und Leistungen stelle, die im Budget 1979 vorgesehen sind und die im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt ganz einfach gesetzt werden müssen — es hat zwar noch niemand darüber gesprochen, ich möchte aber sagen: ob sie der einzelne braucht oder nicht —, da es sich hier um die Sicherheit unserer Mitbürger handelt. Ich meine die Feuerwehr und den Katastropheneinsatz.

Hier ist eine Aufstockung der budgetären Mittel von 504 Millionen Schilling auf 554 Millionen Schil-



ling, also um nahezu 10 Prozent vorgesehen. Den größten Teil dieser Ausgaben macht der Personalaufwand aus, das gestehe ich ohneweiters zu. Diesbezüglich könnte man aber sagen, daß das Bereitsein der wichtigste Faktor ist.

Von derzeit direkt eingesetzten 1.265 Feuerwehrmännern soll der Personalstand im Jahre 1979 auf 1.319 Mann, das sind etwas mehr als 50 Feuerwehrmänner zusätzlich, erhöht werden. Dieser Überlegung kommt deshalb große Bedeutung zu, weil es in der heutigen Zeit immer schwieriger wird, die erforderlichen Einsätze durchzuführen. Immer mehr technische Einsätze bei Verkehrsunfällen und andere Leistungen stehen den althergebrachten und dem Grundgedanken der Feuerwehr entsprechenden Brandeinsätzen gegenüber. Unser Dank, meine Damen und Herren, gebührt daher den auf die Sicherheit der Wiener bedachten und stets hilfsbereiten Männern der Wiener Berufsfeuerwehr. (Beifall bei der SPÖ.)

Um deren Arbeit zu erleichtern und um im Interesse der Bevölkerung diese Arbeit noch effizienter gestalten zu können, sind eine Reihe von baulichen Herstellungen erforderlich.

In der zentralen Feuerwache wird die Nachrichtenzentrale in eine Katastropheneinsatzzentrale umgebaut. Für 1979 sind hierfür 500.000 Schilling von den 770.000 Schilling Gesamtkosten vorgesehen.

In Fortführung des Notstromkonzeptes ist der Einbau einer Notstromanlage in der Hauptfeuerwache Döbling konzipiert. Der Bau der dringend erforderlichen Containerhalle in der Hauptfeuerwache Floridsdorf soll mit den Mitteln der 2. Bau-rate in der Höhe von 700.000 Schilling fortgesetzt werden. Für die Schaffung zusätzlicher Diensträume — ich glaube, auch das ist notwendig — kommen 700.000 Schilling zum Einsatz.

Uns allen ist die Dringlichkeit des Neubaus der Feuerwache Landstraße bekannt. Die 3. Bau-rate, die 1979 zum Tragen kommen soll, ist mit 5,8 Millionen Schilling veranschlagt, und es läßt sich daraus die Hoffnung ableiten, daß wir damit der Fertigstellung wieder einen Schritt näherkommen. Einige weitere Feuerwachen sollen teilsaniert und modernisiert werden.

Bei den Inventaranschaffungen ist an den Ankauf eines Teleskopkranfahrzeuges, das sowohl auf der Straße als auch im Gelände eingesetzt werden kann, gedacht. Die Kosten werden zirka 5,4 Millionen Schilling betragen. Um rund 1 Million Schilling soll ein Wechselladerkraftfahrzeug als Ergänzung des laufenden Containerprogrammes mit Einrichtung und Ladekran angeschafft werden.

Geplant ist der Ankauf von drei Rüstlöschfahrzeugen zum Betrag von etwas mehr als 5 Millionen Schilling; damit soll ein bewährtes Programm fortgesetzt werden. Bewährt deshalb, weil mit diesem Fahrzeugtyp aufgrund seiner Konzeption eine zirka 70prozentige Risikoabdeckung gegeben ist.

Verschiedene Katastrophenhilfsgeräte sowie die Vervollkommenung beziehungsweise Modernisierung der Ausrüstung durch 21 Atemschutzgeräte, vier

Hitzeschutzanzüge, ein Warn- und fünf Explosionsmeßgeräte runden diese Anschaffungen im Interesse des Personals, aber auch der Wiener Bevölkerung ab.

Diese nur auszugsweise wiedergegebenen und im Budget 1979 aufscheinenden Aktivitäten zeigen, daß es die sozialistische Stadtverwaltung mit der Sicherheit ihrer Mitbewohner ernst meint und zugleich alle Handlungen unternimmt, um die Tätigkeit der Wiener Feuerwehrmänner durch modernste Geräte und Ausrüstungen zu erleichtern.

Nun zu einem von der Wiener ÖVP immer wieder kritisierten — wir haben es heute ja schon vernommen —, weil leistungsaufzeigenden Bereich, nämlich zum Presse- und Informationsdienst. Hier liegt die große und sicherlich nicht leicht zu erfüllende Aufgabe vor, die Wiener Bevölkerung über das Geschehen in unserer Stadt zu informieren. Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, fordern immer wieder die sachliche Information, die meiner Meinung nach hundertprozentig gegeben ist. Denn Sie stört ja immer nur, wenn über die positiven Handlungen und Leistungen eines sozialistischen Stadtrates, eines amtsführenden Stadtrates, berichtet wird. Über Ihre eigenen Aussagen, die sich ebenfalls in der Berichterstattung widerspiegeln — das können Sie nicht abstreiten —, sich jedoch oft nach einigen Tagen in Luft auflösen, über diese Berichterstattung habe ich von Ihnen noch nie eine Kritik gehört.

Daher erscheint es im Interesse der Allgemeinheit unbedingt erforderlich, auch wenn Sie das nicht gutheißen können — ich suche die Frau GR. Schumayer; sie ist leider nicht hier, ich wollte ihr das sagen —, es erscheint unbedingt erforderlich, weiter am Ausbau des Informationswesens zu arbeiten und detaillierte Handlungen zu setzen.

Ich hätte auch gerne dem Kollegen Dkfm. Bauer gesagt, daß das alles eben Geld kostet, auch wenn es ihn nicht freut. Aber ich glaube, man muß eines feststellen: Wenn man Information leistet, wenn man eine Aussage trifft, weil man der Bevölkerung Information geben will, dann muß man sich auch zu den Kosten der Information bekennen und nicht nur die Information verlangen, aber die Kosten reduzieren wollen. (GR. Zörner: Da muß man aber auch eine Informationschancengleichheit geben und nicht nur einseitige Aussagen machen!)

Herr Kollege, ich habe gerade gesagt, daß Ihre Aussagen auch aufscheinen, und zwar manchmal tagelang, und sich dann in nichts auflösen. Und da sprechen Sie von Chancenungleichheit? Sie tun mir ja fast leid! Sie dürften den Presse- und Informationsdienst nicht lesen, Herr Gemeinderat. (GR. Hahn: Das kostet ja nicht so viel! Sie wissen genau, was wir kritisieren!) Sie kritisieren grundsätzlich alles, das weiß ich genau! (GR. Hahn: Nein, das stimmt nicht! Wo löst sich etwas in Luft auf?) Ihre Aussagen, habe ich gesagt, wo Sie leere Forderungen stellen, wo Sie nicht einmal nachweisen können, wie man das erfüllen soll. Aber Sie stellen es ganz einfach in den Raum. (GR. Hahn: Ich möchte einmal über die Mietenbeihilfe in „Wien Aktuell“ etwas

lesen! Das wäre sehr wichtig für die Betroffenen!) Haben Sie das noch nicht gelesen? Ich glaube, das war vor zwei oder drei Jahren. Außerdem gibt es eine eigene Broschüre, die Sie auch bekämpfen. Sie bekämpfen ja alle Broschüren, die es gibt, Sie finden es nicht notwendig, daß man das herstellen soll. Aber ich komme schon zu „Wien Aktuell“.

„Wien Aktuell“ soll im kommenden Jahr wieder mit zehn Heften erscheinen, und zwar in der bewährten gleichen Aufmachung — Sie brauchen nur mit den Fahrgästen in der Straßenbahn zu sprechen, die diese Zeitung lesen und sie gut finden —, wie bisher als Vierfarb-Magazin von gehobenem Standard sowie in gleicher Form als kombinierte Lese- und Diskussionszeitschrift in zwei auch thematisch miteinander zusammenhängenden Teilen (GR. Edlinger: Hervorragend!), dem journalistisch aufgemachten und vierfarbig illustrierten Hauptteil und dem auf gelbem Papier gedruckten Mittelteil „Konfrontationen und Perspektiven“.

Hier darf ich noch etwas dazusagen: Da die neue seit dem Heft 8/9/1978 in einem Teil der Auflage enthaltene, auf grünem Papier gedruckte Beilage mit erweiterter Inhaltsangabe und gesamter Titelgeschichte in englischer Sprache besonders großen Anklang gefunden hat, auch wenn es, wie im „profil“ zu lesen steht, Herrn StR. Dr. Goller nicht gefällt, wird dies auch im Jahr 1979, wie beabsichtigt, weitergeführt und eventuell in Anbetracht — hier sehen Sie, daß man auch weiterdenkt — der UNO-City-Eröffnung auflagemäßig erweitert werden. (GR. Eberhardt: Aber wir haben es ja!)

Die derzeitige Gesamtauflage von „Wien Aktuell“ beträgt rund 58.000 Exemplare, davon 6.500 Exemplare mit englischsprachiger Beilage, die gemeinsam mit dem Mitteilungsblatt von „Wien International“ versendet werden.

Die Rathaus-Korrespondenz, meine Damen und Herren, beabsichtigt, so habe ich mich informiert, im Laufe des Jahres 1979 ihren Fernschreibdienst in Zusammenarbeit mit der APA auf Bildschirmgeräte mit Computerspeicherung umzustellen. Die Vorteile: Durch Wegfall der mechanischen Schreibarbeiten eine bedeutende Papierersparnis sowie noch größere Schnelligkeit in der Übermittlung der Nachrichten an die Massenmedien.

Die Ausstellung „Kommunaler Wohnbau in Wien“, die bisher in Köln, Frankfurt, Berlin und im Sommer 1978 auch in der Volkshalle des Rathauses gezeigt wurde und auf die wir sicher stolz sein können, wird 1979 nach Lausanne, Hagen, München, Moskau und Paris gehen, und man wird auch dort Leistungen der Wiener Stadtverwaltung bewundern können.

In der Schmidthalle — so habe ich mich informiert — sollen wieder Kleinausstellungen präsentiert werden: Im Jänner das Budget, Februar bis Mitte März Energie, Mitte März bis April Universitäten, Mai Nahverkehr, Juni die Gärten Wiens, im Juli die Bäder, August bis September UNO-City, Oktober bis Mitte November Industrie und Gewerbe in Wien sowie Mitte November bis Dezember Spielzeug von gestern.

Aus Anlaß der Woche der Wiener Universitäten, wo es auch eine Ausstellung geben soll, wird Ende März eine Freiluftausstellung für die Fußgängerzone Kärntner Straße hergestellt werden. Thema dieser Ausstellung werden die Leistungen der Wiener Universitäten und Hochschulen auf wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet sein.

Auf der Wiener Frühjahrsmesse und Herbstmesse wird die Stadt Wien wieder mit einer Informationsschau im Diaskop vertreten sein.

Die Wandzeitung „Wien Aktuell“ wird wieder mit Ausnahme einer Doppelnummer August/September monatlich erscheinen.

Im Jahre 1978 — auch das kann man als erfreulich bezeichnen — konnte bei den Rundfahrten „Modernes Wien“ eine Steigerung um rund ein Viertel gegenüber 1977 verzeichnet werden. Das wird Sie von der ÖVP wahrscheinlich auch nicht freuen, aber wir und die Wiener können auf dieses Leistungsaufzeigen stolz sein. (GR. Fürst: Weil Sie von der Stadt Wien subventioniert worden sind, von Ihren Parteilokalen aus, deshalb die Steigerung! — Amtsf. StR. Schieder: Das ist eine ungeheure Behauptung! Das stimmt überhaupt nicht! Nichts wissen und Anschuldigungen erheben!)

Ich glaube, Herr Kollege Fürst, Sie verwechseln hier einige Dinge. Das sind Anschuldigungen, die Sie immer wieder erheben, die Sie nicht beweisen können, weil es das ganz einfach nicht gibt. (GR. Fürst: Sie wollen mir doch nicht weismachen, daß mit zehn Schilling der Aufwand gedeckt ist: Personalkosten, Sprit, Autobuskosten!) Ich muß sagen, es ist typisch für Sie, diese Anschuldigungen hier zu erheben.

Aber wir als Stadtverwaltung glauben, daß diese direkte, anschauliche Information der Wiener Bevölkerung über die Leistungen der Stadtverwaltung besonders geeignet ist, Vorurteile und falsche Informationen abzubauen, auch jene falschen Informationen, die von Ihnen in Ihren Aussagen immer wieder gemacht werden. Es wird daher 1979 versucht werden, das Angebot an Rundfahrten weiter zu verbessern. Vor allem wird wieder die Fahrt mit dem Donaubus, die besonders guten Anklang gefunden hat, ins Rundfahrtenprogramm aufgenommen werden.

Die täglichen Informationssendungen der Stadt Wien, 45 Sekunden im Regionalprogramm „Wien wünscht guten Morgen“ und vor Beginn der Sendung „Autofahrer unterwegs“, werden auch 1979 dem Presse- und Informationsdienst und damit der Stadt Wien und uns allen, möchte ich sagen, meine Damen und Herren, die Möglichkeit geben, auf aktuelle Ereignisse, Veranstaltungen und auf die zahlreichen Serviceeinrichtungen sowie Hilfen der Stadt Wien hinzuweisen.

Nun möchte ich mich mit einem Bereich beschäftigen, der unmittelbar mit dem Kontakt, mit der Information und mit dem Service an unseren Wiener Mitbürgern zusammenhängt. Die Bezeichnung selbst ist in den letzten zwei Jahren unter der Wiener Bevölkerung schon zu einem Begriff



geworden: es handelt sich um das Bürgerservice der Stadt Wien.

Das Bürgerservice arbeitet daran, die Instrumentarien der Direktinformation auszubauen. Die 1977 geschaffenen Voraussetzungen zur Information des Bürgers durch eine plakatahnliche Wandzeitung in den Wohnhausfluren wurden erstmals im Jahre 1978 differenzierter ausgenutzt. Insgesamt sind derzeit rund 17.500 Wandtafeln, auf denen diese Wandzeitung affiziert wird, in Gemeindefohnhäusern, Wohnhäusern von gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen, in Spitälern, Ämtern und zum geringen Teil auch in privaten Wohnhäusern montiert.

Rund 600.000 Wienerinnen und Wiener haben die Möglichkeit, die Information dieser Wandzeitung in ihrem eigenen Wohnhaus zu lesen. Berücksichtigt man den Umstand, daß fast jeder Bewohner durch Besuche auch in andere Wohnhäuser gelangt, in denen eventuell eine solche Tafel angebracht ist, während es sie in seinem Wohnhaus noch nicht gibt, so ist die Zahl jener, die durch die Informationen dieser Wandzeitungen erreicht werden können, noch viel höher.

Für das Jahr 1979 ist eine verstärkte und nach Bezirken differenzierendere Information mit Dienstleistungscharakter auf den Bürgerservice-Wandtafeln beabsichtigt. Nach Abschluß der Verträge mit den gemeinnützigen Bauvereinigungen will man sich im kommenden Jahr verstärkt mit dem Anbieten dieser Servicetafeln für private Wohnhäuser beschäftigen.

Hier, meine Damen und Herren, von mir ein privates Wort. In meiner hauptberuflichen Tätigkeit als Generalsekretär der Mietervereinigung weiß ich, wie wichtig die Information des einzelnen Bürgers ist. Ich kann daher dieses Bemühen der Wiener Stadtverwaltung nur voll unterstreichen und meine persönliche Hilfe, wo immer dies nur möglich ist, hierfür anbieten.

Durch die Produktion und Fertigstellung eines Handbuches für Wiener, das im Juli 1978 erschien, wurde der Versuch unternommen, der Bevölkerung ein umfangreiches Nachschlagewerk über Einrichtungen und Servicestellen der Stadtverwaltung, der Bundesdienststellen und privater Organisationen, aber auch der Interessenvertretungen und Vereine und im weitesten Sinne über die ganze Infrastruktur der Stadt zur Verfügung zu stellen. Ich freue mich, daß wenigstens dieses Handbuch die Zustimmung von Herrn GR. Dkfm. Bauer gefunden hat; die anderen Dinge hat er ja auch zu kritisieren versucht.

Dieses Handbuch erhält jeder Wiener Bürger kostenlos über Anforderung bei der Stadtinformation.

Für das kommende Jahr, für 1979, ist eine neue Auflage des Handbuches für Wiener geplant. Die Neuauflage ist deswegen notwendig, weil die Information jährlich auf den neuesten Stand gebracht werden muß, soll sie tatsächlich hundertprozentig konsumierbar sein.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Produktion einer Broschüre verwiesen, die für nächstes Jahr mit dem Arbeitstitel „Einkaufen in Wien“ geplant ist. Der Herr Kollege Bauer hört mich leider nicht, sonst hätte er wieder eine Broschüre mehr. Diese Broschüre soll jedem Konsumenten wertvolle Tips, Hinweise und Informationen darüber geben, was er beim Einkaufen von Waren aller Art zu seinem eigenen Vorteil beachten soll. Das möchte ich auch erwähnen.

Und hier die Frage, Frau Kollegin Dr. Schuamayer: Ist das vielleicht eine Gefälligkeitsinformation, wenn man den Bürger in der Stadt über eine Übervorteilung aufklärt und ihn auf das hinweist, was er beachten soll? Oder ist es vielleicht Gefälligkeitsinformation, wenn ein Stadtrat der Sozialistischen Partei in diesem Haus, meine Damen und Herren von der ÖVP, über das Angebot in den Semesterferien eine Information weitergibt? Ist es vielleicht Gefälligkeitsinformation, wenn man die Notrufnummern weitergibt, wenn man Informationen über günstiges Heizen weitergibt?

Nein, das gefällt Ihnen nur deshalb nicht, weil eben die Stadtverwaltung in dieser Stadt von Sozialisten gestellt wird, weil die Sozialisten in dieser Stadt die Verantwortung tragen. Darum gefällt es Ihnen nicht. Wären Sie irgendwo mitbeteiligt, nicht nur mit Ihren Aussagen, die, wie ich heute schon erwähnen konnte, manchmal nicht einmal in der Hinsicht beweisbar sind, daß man das auch realisieren kann, dann würde Sie das viel weniger stören. (GR. Hahn: Reden Sie doch keinen Unsinn!)

Ich darf noch auf eine wichtige Neuerung in dem Bemühen hinweisen, den Kontakt mit dem Bürger zu verbessern. Im Jahre 1978 war dies ohne Zweifel die Installierung des mobilen Bürgerservice im Büro für Sofortmaßnahmen in der Magistratsdirektion. Für die Mitarbeiter des mobilen Bürgerservice stehen sechs mit Funk ausgestattete Personenautos zur Verfügung, um bei Anregungen und Beschwerden prompt reagieren und agieren zu können.

Bei der Bevölkerung haben diese orangen Autos schon einen hohen Beliebtheitsgrad erreicht. Steigt einer der Mitarbeiter aus seinem Wagen aus, um sich an Ort und Stelle von der Situation einen Überblick zu verschaffen, so ist er trotzdem jederzeit über ein Taschenfunkgerät erreichbar. (GR. Hahn: In der Krottenbachstraße zum Beispiel wären sie richtig gewesen!) Dadurch ist optimale Mobilität und rasche Aktivität gesichert.

Das mobile Bürgerservice arbeitet eng mit der Stadtinformation zusammen. Die Stadtinformation ist die primäre Kontaktstelle mit dem Bürger und gibt Meldungen an das mobile Bürgerservice weiter, wenn bei einer Beschwerde Sofortabhilfe geboten erscheint oder die Beurteilung einer Situation nur durch einen Lokalausweis möglich ist.

Eine der Hauptaufgaben des mobilen Bürgerservice in diesem Zusammenhang steht vor der Realisierung. Jede Baustelle in Wien, an der eine städtische Dienststelle oder ein Kontrahent der Stadtverwaltung arbeitet, soll am Beginn und Ende

mit Informationstafeln gekennzeichnet werden. Diese Tafeln sollen darüber Auskunft geben, wann mit den Arbeiten begonnen wurde, wie lange die Arbeiten dauern, welchen Zweck sie haben und wer die durchführende Firma ist. Das Bürgerservice verspricht sich davon, die Disziplin der Baufirmen zu erhöhen, weiters wird dadurch eine direkte Kontrolle durch die Bevölkerung in der Richtung erreicht, daß die angegebenen Bauzeiten von den Firmen auch eingehalten werden. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Die Stadtinformation als zentrale Kontakt-, Beschwerde-, Informations- und Beratungsstelle der Stadtverwaltung hat in letzter Zeit sehr stark an Bedeutung gewonnen. Im Jahre 1977 waren es rund 100.000 Wienerinnen und Wiener, die sich telephonisch, persönlich oder in Briefen an diese Stelle gewendet haben. Im Jahre 1978 konnte, soweit bis jetzt feststellbar ist, eine weitere Steigerung verzeichnet werden. Für 1979 ist an eine Erweiterung der Räumlichkeiten, aber auch der Aufgaben der Stadtinformation gedacht. Informationen über rechtsgültige Flächenwidmungs- und Bebauungspläne sollen über diese Kontaktstelle zwischen Bürger und Verwaltung möglich sein. Auch die Einsichtnahme bei öffentlichen Auflagen soll in der Regel in der Stadtinformation erfolgen. Eine räumliche Erweiterung dieser so beliebten Dienststelle ist in diesem Zusammenhang jedoch unbedingt erforderlich.

Eine andere Initiative des Bürgerservice ist über das Versuchsstadium hinaus: das Bespielen von Verkehrsbauwerken, vor allem U-Bahn-Stationen, mit Musik, ergänzt mit Informationsdurchsagen über städtische Dienstleistungen, Freizeitmöglichkeiten und das kulturelle Angebot der Stadt Wien. Dieses Angebot wurde von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen. Der Ausbau dieser Aktion mit Hintergrundmusik und Information soll auf weitere U-Bahn-Stationen ausgedehnt werden. Bisher wurden die Fußgängerpassage und die U-Bahn-Station Karlsplatz, die Passage Stephansplatz und die Station Schwedenplatz errichtet.

Wohl einer der interessantesten Versuche war in der Ambulanz der Krankenanstalt Rudolfstiftung zu verzeichnen. Ein Kassetten-Fernsehprogramm soll einerseits den ambulanten Patienten die Wartezeit verkürzen helfen, andererseits zusätzliche Information über Geschehnisse in der Stadt vermitteln. Das Ergebnis dieses Versuches brachte es mit sich, daß für 1979 der Ausbau dieses Kassetten-Fernsehprogramms geplant ist. Eine Erhebung ergab, daß 67 Prozent aller Patienten sich für die Beibehaltung des Programms aussprachen. Bei jüngeren Patienten liegt der Prozentsatz der Befürworter zwischen 80 und 90 Prozent.

Als erwähnenswert betrachte ich noch die vorgesehene Produktion von zwei Broschüren für Mitarbeiter der Verwaltung. Eine Broschüre soll mit-helfen, das Amtsdeutsch bei Briefkontakten mit dem Bürger auszumerzen, die zweite Broschüre soll den Mitarbeitern der Verwaltung Tips im Umgang mit dem Bürger und für die optimale Ein-

teilung der Arbeit im Sinne einer besseren Effizienz geben.

In diesem Zusammenhang auch ein herzliches Danke an alle Mitarbeiter des PID, der Rathausinformation und des Bürgerservice, die sich diesen Dank für ihre sicherlich nicht leichte Arbeit verdient haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie sehen also, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß es sich jene, die in dieser Stadt die Verantwortung tragen, bei ihrer Arbeit und Tätigkeit nicht leicht machen. Man kann nicht von Kontakt- und Bürgernähe sprechen, ohne die notwendigen Taten zu setzen. Wir Sozialisten werden gemeinsam mit unseren amtsführenden Stadträten im Interesse und im Dienste der Wiener Bevölkerung weiterarbeiten. Es ist mir daher ein leichtes, heute und hier sagen zu können, daß wir den Ansätzen des Budgets 1979 für das 2. Hauptstück gerne unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner gelangt Frau GR. Dr. Flemming zum Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Dr. Marilies Flemming: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Herr Vorredner hat uns sehr viel über die direkte Information und über die große Bedeutung erzählt, die sie sicherlich für die Bevölkerung hat. Erlauben Sie mir, daß ich ganz kurz über ein anderes Thema spreche, das ganz gewiß für die Bevölkerung von ebenso großer Bedeutung ist, nämlich über die direkte Demokratie.

Die in der Verfassung verankerten Möglichkeiten der Volksbefragung, der Volksabstimmung und des Volksbegehrens haben fast so etwas wie einen politischen Frühling bei Wiens Bürgern entstehen lassen. Daß im Budget für 1979 dieser Frühling noch nicht stattgefunden hat, liegt gewiß nicht an einem mangelnden Umdenken bei den Sozialisten, sondern daran, daß wir eben noch keine Ausführungsgesetze haben, die ja nach der Verfassung notwendig sind.

Es erscheint uns aber doch als sehr wichtig zu deponieren, daß wir deshalb nicht für das ganze Jahr 1979 auf dieses Mehr an Demokratie verzichten wollen, das die Österreichische Volkspartei im übrigen ja nur als einen ersten Schritt in Richtung auf mehr Mitspracherecht für Wiens Bürger betrachtet. Ich nehme an, man wird die Volksbefragung und die Volksabstimmungen des Jahres 1979 als Unvorhergesehenes betrachten und sie budgetär auch so behandeln. Oder sollte man von sozialistischer Seite die Hoffnung hegen, es werde sich 1979 in Sachen direkte Demokratie schon nichts tun? Ich bin nicht dieser Ansicht. Ich glaube, man hat es sehr ernst gemeint.

Aber gerade weil ich dies glaube, tut es mir jetzt schon leid, welche herbe Enttäuschung Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei in diesem Hause, mit den Einrichtungen der direkten Demokratie erleben werden. Ganz gegen



Ihre hochgespannten Erwartungen werden sich nämlich nur sehr selten 60.000 Personen zusammenfinden, die gemeinsam eine Volksbefragung oder gar ein in Form eines Gesetzesentwurfes gestelltes Volksbegehren verlangen werden. In der Praxis wird also die Initiative zur Befragung der Bevölkerung, zum direkten Einbeziehen des Bürgers ins Geschehen dieser Stadt wieder von den Repräsentanten ausgehen müssen und nicht von der Bevölkerung selbst.

Bei der Volksabstimmung ist ein solches Tätigwerden der Bevölkerung von vornherein erst gar nicht vorgesehen. Hier müssen also Gemeinderat oder Landtag den Bürgern die Last einer solchen Entscheidung abnehmen. Oder, anders formuliert: Die direkte Demokratie, das sind wir, die sozialistische Mehrheit dieses Hauses.

Es war Kelsen, der 1929 Demokratie so definierte: „Demokratie bedeutet Identität von Führer und Geführten, von Subjekt und Objekt der Herrschaft, bedeutet Herrschaft des Volkes über das Volk.“ — Heute ist der Begriff der Demokratie so vielfältig und als Symbolbegriff für ein gutes menschliches Zusammenleben überdies so unbestritten, daß selbst Diktaturen und totalitäre Systeme sich ihrer als Deckmantel bedienen.

Unser System der repräsentativen Demokratie hat sich ganz gewiß bewährt. Aber der Ruf nach mehr Partizipation, also nach mehr unmittelbarer Mitwirkung des einzelnen auch an Sachentscheidungen, ist in den letzten Jahren auch in Wien nicht mehr zu überhören. Die immer zahlreicher auftretenden Bürgerinitiativen sind ja nur ein Ausdruck der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem System unserer Parteiendemokratie. Umweltschutz-, Verkehrs-, Regional- und Industrieplanung sind die Hauptthemen der Bürgerinitiativen, Themen also, wo die Verwaltung, wo die Politiker offensichtlich versagt haben.

Anton Pelinka schreibt als Erklärung für das Phänomen der Bürgerinitiativen: „Der Parteienstaat hat seinen Scheitelpunkt wahrscheinlich schon überschritten. Die Parteien sind angeschwollen, sie sind amorph und verschwommen geworden. Unterhalb dieser Maschinen, die zur Gewinnung der jeweils nächsten Wahlen in Gang gehalten werden, hat sich bereits ein Hohlraum gebildet. In diesem Hohlraum fehlt es an demokratischer Vertretung.“

Es ist ein sehr häßliches Bild, das Pelinka uns hier malt. Aber Demokratie ist und war nie ein statischer Begriff. Demokratie ist eine Evolution. Heute muß die direkte, die partizipative Demokratie die Zielvorstellung sein, auch dann, wenn sie so manchem von uns noch als ein Fremdkörper in unserer Verfassung erscheinen mag.

In Wien haben wir bereits in der Verfassung den Wünschen der Bevölkerung nach mehr Mitsprache und mehr Mitentscheidung Rechnung getragen. Daß die Verwirklichung dieser Einrichtungen aber große Enttäuschungen bringen wird, wird nur Sie von der Sozialistischen Partei erstaunen, nicht aber meine Fraktion. Wir haben Sie gewarnt,

und wir haben Ihnen eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die diese neuen Instrumente der direkten Demokratie von vornherein wirkungsvoller hätten gestalten können.

Nur ein Beispiel: Fragen, die nur einen Bezirk oder vielleicht sogar nur einen Teil eines Bezirkes betreffen, werden nur 20.000, 10.000 oder weniger Wahlberechtigte betreffen. Aber zur Einleitung einer solchen Volksbefragung bedarf es 60.000 Wahlberechtigter. Wie soll man so etwas nennen? Oder sollte ich diese Frage vielleicht Herrn Anton Pelinka stellen? Vielleicht würde er uns die richtige Antwort geben.

Vielleicht werden Sie, sehr verehrter Herr Stadtrat, mir antworten: Das ist nur die halbe Wahrheit (amtsf. StR. Schieder: Das werde ich sicher nicht sagen!), es genügen ja 51 Personen, um eine solche Volksbefragung, ja sogar, um eine Volksabstimmung einzuleiten. Aber, müßte ich Ihnen dann antworten, eben 51 Gemeinderäte, 51 Landtagsabgeordnete. (Amtsf. StR. Schieder: Ich werde es Ihnen nicht sagen!) Es ist eine Frage von Repräsentation und Identität. Es wäre auch gefährlich, eine solche Antwort zu geben. (GR. Edlinger: Er macht es sowieso nicht!) Gut, Sie tun es nicht. Ich bin aber trotzdem auf Ihre Antwort neugierig, Herr Stadtrat. Vielleicht ist diese Antwort weniger gefährlich, als ich angenommen habe.

Wir alle, Herr Stadtrat, haben es jedenfalls mit dieser Verfassungsreform ernst gemeint, und die Ausführungsgesetze — das hat uns der Herr Bürgermeister versprochen — werden ja demnächst vorhanden sein. Beginnen wir also mit der Zukunft.

Es ist unbestritten, daß in Wien eine fünfte Brücke über die Donau dringend notwendig ist. Uneinigkeit besteht nur über den neuen Standort. Die betroffene Bevölkerung hat bisher sehr lautstark Kritik am derzeit geplanten Standort geübt. Es hat sich in der Brigittenau eine Bürgerinitiative gebildet, die sehr heftig gegen den Standort Traisengasse protestiert. Man befürchtet eine Zerschneidung des Bezirkes in zwei Teile und natürlich auch eine Minderung der Wohnqualität durch Abgase, Lärm usw. Aber auch Naturschützer, Raumplaner und Architekten haben Bedenken. Ich erinnere nur an die allseits bekannte Studie von Potyka. Uneinigkeit somit unter den Fachleuten, den Planern, Unruhe und Besorgnis bei der Bevölkerung. Was also tun?

Ich stelle daher zusammen mit meinen Kollegen Gertrude Härtel und Karl Daller folgenden Antrag:

„Sofort nach der Erlassung der Durchführungsgesetze für die Volksbefragung möge der Herr Bürgermeister veranlassen, daß für den Standort der Traisenbrücke — jetzt Brigittenauer Brücke genannt — vom Magistrat Alternativstandorte ausgearbeitet werden und einer Volksbefragung in den betroffenen Bezirken unterworfen werden.“

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung dieses Antrages an den Herrn Bürgermeister.“ (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist uns also allen Ernst mit der direkten Demokratie in Wien. Am Wort sind jetzt Sie, Herr Stadtrat, am Wort ist der Herr Bürgermeister, am Wort ist die sozialistische Mehrheit dieses Hauses. Ich bitte um ein Plädoyer, zumindest von Ihnen, Herr Stadtrat, für die direkte Demokratie. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Kauer zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Mag. Kauer: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie, daß ich trotz der späten Stunde zunächst mit einigen grundsätzlichen Feststellungen an das anschließende, was Frau Kollegin Dr. Flemming jetzt mit ihren Überlegungen zur direkten Demokratie schon angesprochen hat, und daß ich hernach zu zwei Ansätzen des zur Behandlung stehenden Voranschlags Stellung nehme.

Ich möchte, obwohl das in den letzten Tagen und Wochen schon sehr oft dargestellt, darüber viel gesagt und viel geschrieben worden ist, bei dem Phänomen des 8. Oktober ansetzen, an dem 337.096 Personen oder 28,73 Prozent aller Wienerinnen und Wiener nicht zur Wahl gegangen sind oder ungültig gewählt haben.

Ich will da nur einen Aspekt herausgreifen, und zwar den der Distanzierung, der Resignation, wenn Sie wollen, der Entfremdung. Denn das ist inzwischen wohl allen klar geworden: Es war weder ein Wohlstandsphänomen, daß man etwa sagt, es haben sehr viele Leute ein Auto, mit dem sie wegfahren können, und es war schon gar kein Zufall.

Der Herr amtsführende Stadtrat Peter Schieder hat in der aus vielen Gründen köstlichen Jubiläumnummer von „Wien Aktuell“ auf Seite V geschrieben, daß der Bürger zwischen den Wahlen nicht auf einen stillen Teilhaber reduziert werden darf, der bloß beobachtet und in privatem Kreis lobt oder kritisiert. Und Schieder sagt: „Das Funktionieren einer Demokratie hängt in hohem Ausmaß davon ab, ob der einzelne Bürger weiß, welche Chancen und Möglichkeiten er hat, seine Lebensverhältnisse selbst zu bestimmen, Einfluß auszuüben und mit seinen Problemen Verständnis zu finden.“ — Prophetische Worte!

337.096 Wienerinnen und Wiener haben, so meine ich, am 8. Oktober ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Sie haben sich distanziert, sie haben resigniert. Sie haben aus subjektiven Gründen gemeint, da kann ich sowieso nichts machen, habt mich gern. Mitscherlich würde das das klassische Phänomen der Entfremdung nennen.

Damit wir uns recht verstehen: Ich bin nicht der Ansicht, daß dieses Problem dadurch zu lösen ist, daß man mit Fingern auf irgend jemanden zeigt. Bekanntlich zeigen ja immer, wenn jemand mit dem Zeigefinger auf einen anderen hinweist, drei Finger dieser Hand auf den Betreffenden selbst.

Kehren wir also jeder vor der eigenen Tür und

fragen wir uns, wie wir denn mit den Rechten der Bürger umgegangen sind, daß es dazu gekommen ist. Wie sind wir denn mit dem vornehmsten Recht, das der Bürger hat, mit seinem Wahlrecht, umgegangen? Nochmals: Ich will nicht mißverstanden werden, und mir geht es überhaupt nicht um eine Regierungsbeschimpfung, auch wenn das für eine Opposition recht nahe liegt und oft verlockend ist. Ich halte dies aber deshalb für falsch, weil ich glaube, daß wir nur alle gemeinsam diese Resignation, dieses Mißvergnügen, diese Distanzierung des Bürgers überwinden können, oder es gelingt uns allen nicht. Genauso bitte ich Sie, diese Frage, wie wir denn mit dem vornehmsten Recht des Bürgers, nämlich mit seinem Wahlrecht, umgegangen sind, zu verstehen. Ich meine dies ganz konkret. Wie sind wir zum Beispiel mit dem Wählerverzeichnis umgegangen? Mußten nicht allzu viele Bürger den Eindruck haben, daß da mit ihm recht sorglos, um nicht zu sagen schlampig umgegangen wird?

Es werden alle Parteisekretariate die gleiche Erfahrung gemacht haben: Irgend etwas wird nach dem Wählerverzeichnis ausgeschickt, und dann bekommt man 3 bis 5 Prozent der ausgesandten Post als unzustellbar zurück, weil der Empfänger unbekannt, verzogen oder verstorben ist. 3 bis 5 Prozent sind jedoch 35.000 bis 60.000 Wienerinnen und Wiener, die zwar im Wählerverzeichnis stehen, die aber verzogen oder verstorben sind.

Ich verstehe nicht sehr viel von Statistik, und daher frage ich ganz einfach: Kann man daraus nicht schließen, daß etwa ebenso viele Wienerinnen und Wiener bei guter Gesundheit sind, aber nicht im Wählerverzeichnis stehen? (GR. Wiesinger: Das kann man nicht sagen!) Ich bin überzeugt, daß die Bediensteten der Post ihren Dienst recht ordentlich versehen, ob ihnen nun der Bürgermeister etwas spendiert oder nicht. Ich glaube, daß eine Fehlerquote von 3 bis 5 Prozent im Zeitalter der blitzschnellen und blitzgescheiten Computer ein bißchen hoch ist. Die Ausrede auf den Blechtrottler ist eben nur eine Ausrede und nicht mehr. Der Bürger, und nur das meine ich damit, muß den Eindruck haben, daß da irgend etwas nicht stimmt. Er lebt ja, er hat sich auch ordnungsgemäß angemeldet, aber in der Wählerliste scheint er nicht auf.

Genau das trifft auf meine zweite Beobachtung zu, die ich auch noch in aller Kürze vorbringen möchte. Ich kenne eine ganze Reihe von Leuten, die man heute als Zweitwohnungsbesitzer bezeichnet, die irgendwo um Wien ein Häusl mit einem Garten haben. Viele von ihnen haben mir vor dem 8. Oktober gesagt, daß sie plötzlich nicht mehr im Wählerverzeichnis waren und sich erst hineinreklamieren mußten. Wiederum: Ich glaube nicht an eine finstere Verschwörung, aber im Zeitalter des Datenschutzes hätte man sie doch fragen können: Sind Sie wirklich übersiedelt? Ein Computer, der das alles evident hält, kann doch auch ein Briefl ausspucken, in dem steht: Sie waren bis jetzt im Wählerverzeichnis. Wir haben Sie gelöscht, aber wenn wir uns geirrt haben sollten, dann bitte sagen Sie uns das. — Das wäre Bürgernähe gewesen. (Beifall bei der ÖVP.)



Nun noch ein Punkt, weil ich glaube, daß ich mich damit mit allen Mitgliedern des Gemeinderates einig weiß. Man kann es gar nicht ernst genug, gar nicht penibel und genau genug mit den Rechten der Bürger nehmen. Wir alle haben, so glaube ich, über manche Abstimmungsergebnisse von fliegenden Kommissionen am 5. November gestaunt. Ich meine das gar nicht einseitig. Ich meine nur, daß extreme Abweichungen vom Durchschnitt doch erklärt werden müßten.

Der Herr amtsführende Stadtrat Peter Schieder hat am Dienstag bei der Angelobung der Bezirksvertretung des 13. Bezirkes mitgeteilt, daß die Staatspolizei aufgrund einer Anzeige wegen behaupteter Ordnungswidrigkeiten bei der Volksabstimmung im Pflegeheim Lainz ermittelte. Egal, wie das ausgeht und wie sich die Fakten dann in Wahrheit darstellen: Welchen Eindruck muß der Bürger haben! Das ist die Frage, um die es mir geht. Wie meint der Bürger, daß wir mit seinen Rechten umgegangen sind, vor allem mit seinem vornehmsten Recht, dem Wahlrecht.

Hier in dieser Stadt geht es, glaube ich, um weit mehr als um Wahlkosmetik, mit der man eine Wahl noch aufschönen kann, um mehr als um das Problem übereifriger Mitarbeiter. Es geht heute um den Stellenwert des Bürgers: Was ist der Bürger wert? Stellt sich die Apparatur der Stadt, also ihre Verwaltung, auf ihn ein oder übergeht sie ihn? Ist der Bürger der Souverän, oder ist er nur eine Null hinter dem Komma, gut genug, um Steuern zu zahlen? Das ist nicht nur eine Frage der Mehrheit, die diese Stadt regiert; deshalb müßten wir uns alle etwas einfallen lassen.

In schweizerischen Zeitungen ist vom Bürger stets als dem Souverän die Rede. Der Souverän, sprich: der Bürger, hat so und so entschieden, kann man dort lesen. Wie die Wirklichkeit bei den Instrumenten der direkten Demokratie aussieht, hat meine Kollegin Frau Dr. Flemming eben dargelegt. Bei uns geht es darum, ob wir den Bürger als den Souverän ernst nehmen.

Wie könnte das aussehen? Zunächst ganz einfach — da kann ich mich, wie ich gleich zeigen werde, auf eine erstklassige Quelle stützen —, indem wir die Wirklichkeit des Bürgers ernst nehmen, seine Lebensform, seine Existenz, die sich geändert hat. Das heißt, wir müssen die Formen unserer Demokratie immer neu der Wirklichkeit, also dem Leben der Bürger dieser Stadt anpassen. Bürgermeister Gratz hat das in der schon erwähnten Juli-Nummer von „Wien Aktuell“ so gesagt: „Das System der parlamentarischen Demokratie und ihrer Einrichtungen ist ausbaufähig und an die Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung anpassungsfähig.“ Genau darum geht es uns, und wir haben dazu eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Ich nenne nur zwei: die Einführung der Briefwahl und die Verlegung des Wahltages vom Sonntag auf einen Wochentag bzw. auf zwei Tage, also etwa Sonntag und Montag.

Die 337.096 Wienerinnen und Wiener, die an

der Wahl nicht teilgenommen haben, haben damit auch ihren Wunsch nach einer Anpassung der Formen unserer Demokratie an die Wirklichkeit deponiert. Nur nebenbei, damit die Größenordnung klar ist: Das sind fünfmal soviel, als zur Einleitung eines Volksbegehrens nötig wären.

Wie viele von uns habe auch ich ältere und kranke Mitbürger ins Wahllokal gebracht, und wir alle, die wir diesen Mitbürgern den Dienst getan haben, wir alle haben wieder erfahren, welche Qual es für viele ist, erst drei Stock hinunter, dann wieder zwei Stock hinauf, dann die zwei Stock wieder hinunter und zum Schluß die drei Stock wieder hinaufgebracht zu werden. Hier geht es doch auch um Menschenwürde. Deshalb appelliere ich an Sie: Stimmen Sie der Einführung der Briefwahl zu! (Beifall bei der ÖVP.)

Die verfassungsrechtlichen Einwände dagegen scheinen mir nicht recht stichhältig, denn die Grundsätze, die bei uns gelten, stehen etwa auch im Bonner Grundgesetz. (Ruf bei der SPÖ: Ermacora!) Ich rede jetzt von der deutschen Praxis. Im Bonner Grundgesetz sind die gleichen Grundsätze. Dort gibt es längst die Briefwahl, und ich habe noch nie das Argument gehört, daß etwa Wahlen in der Bundesrepublik entgegen der Verfassung abgehalten worden wären. Rechtsgelehrte sind bekanntlich immer verschiedener Meinung, so wie eben drei Juristen vier verschiedene Meinungen haben. Es geht hier aber auch um eine Frage der politischen Praxis.

Der zweite Punkt ist die Verlegung des Wahltages. Auch daran ist eigentlich nichts so schrecklich Neues, denn eine ganze Reihe von Wahlen werden jetzt schon und immer wieder an Wochentagen abgehalten, von den Betriebsrats- und Personalvertretungswahlen bis zu den Arbeiterkammerwahlen, und das findet jeder sinnvoll. (Ruf bei der SPÖ: Wie ist es mit den Schulen?) Der Schullehrer muß es auch jetzt vorbereiten, und am Montag sind die Schulen, wenn sie Wahllokal sind, genauso geschlossen, wie sie es dann auch wären.

Daher auch hier mein Appell und meine Bitte: Gehen wir an die Arbeit und passen wir das System unserer Demokratie den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung an. Es genügt halt nicht, zu plakatierten: Mehr Rechte für den Bürger! (Ruf bei der SPÖ: Aber man muß plakatierten „Diese Stadt ist krank“!) Jetzt geht es um mehr Rechte für den Bürger und die Frage, warum er sie bisher nicht bekommen hat. Das muß eben verwirklicht werden, und zwar so, daß es den Bürger überzeugt. Kosmetik hilft da gar nichts. Der Bürger hat längst gelernt, hinter die Schminke zu sehen. Hier, am vornehmsten Recht des Bürgers, seinem Wahlrecht, entscheidet sich, ob das Versprechen: Mehr Rechte für den Bürger auch wahr ist. (Beifall bei der ÖVP.) Wir alle haben ein Mandat, einen Auftrag dieser Bürger auch dafür.

Um den Bürger geht es mir auch bei den beiden Ansätzen, zu denen ich noch kurz Stellung nehmen möchte, Zivildienst und Feuerwehr.

Das Handbuch der Verwaltung der Stadt Wien, aber insbesondere die heutigen Zeitungen, die ausführlich über die schwierigen Einsätze berichten, die die Feuerwehr am vergangenen Wochenende hinter sich zu bringen hatte, bringen mich dazu, zunächst von dieser Stelle aus allen Feuerwehrleuten für ihre Bereitschaft und den Dienst, den sie für uns alle tun, sehr herzlich zu danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Feuerwehr ist es ebenso wie beim Zivilschutz: Keiner will, daß es brennt, aber für den Fall der Fälle ist vorgesorgt.

Ich frage mich allerdings doch beim Zivilschutz, ob man das angesichts der 200.000 Schilling sagen kann, die auf Post 222/42 dafür vorgesehen sind. Was kann man denn mit diesen 200.000 Schilling, die noch dazu seit Jahren unverändert im Budget stehen, überhaupt etwa in Richtung auf Information oder Selbstschutz der Bürger tun? Ein Defizit scheint da jedenfalls zu bestehen, denn im Teil „Technische Dienstleistungen“ des Stadtentwicklungsplanes für Wien lese ich auf Seite 51 immerhin, daß für den Schutz der Bevölkerung und Hilfeleistung im Katastrophenfall Vorsorge zu treffen ist. Dann geht es weiter: „Obwohl innerhalb der einzelnen für die Katastrophenhilfe zuständigen Organisationen bereits weitgehend Vorsorge für einen koordinierten Einsatz getroffen wurde, ist die Koordinierung dieser Einrichtungen untereinander, auch unter Zuhilfenahme privater Organisationen, zu regeln. Für die Bevölkerung sind Unterbringungsmöglichkeiten und Fluchtwege durch entsprechende städtebauliche Vorsorge zu erhalten oder, falls erforderlich, zu schaffen.“

Das Problem scheint nicht aktuell, wie wir ja alle erst dann, wenn es irgendwo brennt, daran denken, daß die Feuerwehr nötig ist. Generalstäbler in aller Welt beschäftigen sich auch mit nicht aktuellen Problemen, und Sir John Hackett, ehemals Oberkommandierender der britischen Rheinarmee, geht in seinem eben erschienenen Buch vom wahrscheinlichsten Szenario über künftige Konflikte ganz selbstverständlich davon aus, daß Österreich mit betroffen und mit einbezogen wird. Noch einmal: Es ist hier so wie bei der Feuerwehr. Niemand will, daß es brennt, aber vorgesorgt sollte werden, und dafür scheinen mir die 200.000 Schilling doch ein bisschen jämmerlich.

Aus dem großen Bereich der Feuerwehr möchte ich nur ein einziges Beispiel herausnehmen, das mir als Gemeinderat des 3. Bezirkes am Herzen liegt, das ist die Feuerwache Landstraße. Vor mehr als vier Jahren ist dieser Neubau beschlossen worden, damals mit geschätzten Kosten von 18,5 Millionen Schilling. Heute hofft man, daß diese Feuerwache 1980 fertig sein wird. Es wird dann rund sechs Jahre bis zur Verwirklichung dieses Projekts gedauert haben.

Nun können überall Verzögerungen eintreten, das weiß ich schon. Was ich aber nicht recht einsehen kann, ist eine Verzögerung in diesem Ausmaß. Wenn hochinstallierte Institutsneubauten in zwei Jahren fertiggestellt sein können, dann müßte

doch eine Feuerwache in drei Jahren fertig sein können.

Auch hier geht es mir wieder um den Bürger, denn für die Bürger im 3. Bezirk ist diese Situation alles andere als befriedigend. Ich weiß nicht, was die Verantwortlichen sagen werden, wenn heuer zum Beispiel ein Christbaumbrand nach den Feiertagen schlimme Folgen hat, nur weil die Feuerwehr irgendwo im Verkehr steckt oder aus ihrer derzeitigen Unterkunft überhaupt nicht herauskann.

Am 24. Oktober 1977 haben die Gemeinderäte der Volkspartei des 3. Bezirkes beantragt, dafür zu sorgen, daß die Feuerwache Landstraße mit dem Standort Nottendorfer Gasse — Baumgasse raschest fertiggestellt wird. Ich lade den zuständigen Stadtrat herzlich ein, einmal dort hinzufahren und sich anzusehen, was seither geschehen ist. (Amtsf. StR. Schieder: Ich kenne es genau!) Eben! Dann wissen Sie es ja wahrscheinlich besser als ich. Das Projekt verwirklicht sich sehr langsam. Erst im letzten Gemeinderatsausschuß für Inneres sind wieder 800.000 Schilling aus dem Budget abgezweigt worden, das für die Landstraßer Feuerwache vorgesehen war. (GR. Hahn: Bei Ihnen geht leider nichts weiter! Bei der Kläranlage ist auch nichts weitergegangen!)

Jedenfalls geht es hier um ein Problem, das den Bürgern des 3. Bezirkes Sorge macht, das uns wahrscheinlich allen gemeinsam Sorge macht, und ich lege an dieser Stelle auch einen Abänderungsantrag vor, eingebracht von den ÖVP-Gemeinderäten Robert Kauer und Leopold Schneider, betreffend den Entwurf des Voranschlages für das Jahr 1979, Erhöhung der Mittel für Feuerwehr und Katastrophenschutz. Wir begehren, daß zum Beispiel der Bau der neuen Feuerwache Landstraße als äußerst wichtig vorgezogen werden soll und daß die Fertigstellung nicht weiter verzögert werden darf.

Zur Gewährleistung einer modernen Ausrüstung der Feuerwehr und zur Sicherung der notwendigen baulichen Herstellungen stellen wir gemäß § 30 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden Abänderungsantrag:

„Der Ausgabenansatz der Post 223/51, bauliche Herstellungen für Feuerwehr und Katastropheneinsatz, ist um 10 Millionen Schilling zu erhöhen.

Der Ansatz der Post 223/54, Inventaranschaffungen für Feuerwehr und Katastropheneinsatz, ist um 5 Millionen Schilling zu erhöhen.

Die Mehrausgaben sind durch eine Reduzierung des Ausgabenansatzes der Post 215/28, Sondererfordernisse für das Informationswesen, zu bedecken.“

Ich fasse zusammen: Ich glaube, daß in diesen kleinen und in den grundsätzlichen Dingen einfach ein Umdenken notwendig ist. Ich meine, und damit komme ich wieder auf meine vorhin geäußerten Überlegungen zurück, daß Demokratie überhaupt und ganz besonders in der Großstadt nur dann lebendig ist, wenn sie die kleinen Sorgen und Nöte



des Bürgers, wenn sie seine Wirklichkeit ernst nimmt.

Konkret heißt das, daß sich der Bürger sicherer fühlt, wenn die Feuerwehr rasch eingesetzt werden kann. Konkret heißt das, daß der Bürger wissen will, wie er sich in einem Krisenfall verhalten soll. Konkret heißt das, daß der Bürger will, daß die ganze demokratische Apparatur sich nach ihm, nach seinen Lebensgewohnheiten, richtet. Nur mit dem Bürger, nicht ohne ihn und nicht ohne die 337.096 Wienerinnen und Wiener, nur mit ihnen wird Demokratie in unserer Stadt lebendig sein. Schaffen wir dafür die Voraussetzungen im Grundsätzlichen wie in den kleinen Dingen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Lehner: Als nächster Redner gelangt Herr amtsführender Stadtrat Schieder zum Wort. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Schieder: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Hoher Gemeinderat! Herr GR. Dkfm. Holger Bauer und Frau GR. Dr. Schaumayer haben beide zu Fragen des Presse- und Informationsdienstes gesprochen. Ich weiß, daß es gerade in diesem Bereich manchmal divergierende Auffassungen gibt, möchte aber darauf hinweisen, daß zahlreiche Informationen auch die Zustimmung der anderen Fraktionen gefunden haben. Vor allem möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es sich bei diesen Informationen ja wirklich nicht um die Befriedigung eines Propagandabedürfnisses handelt, sondern daß, wie Herr GR. Lustig schon sehr eindeutig gesagt hat, gerade in den letzten Jahren sehr, sehr viele praktische Hinweise für die Bürger erfolgt sind.

Das beantwortet unter einem auch gleich die Frage, was mit der Presseförderung, was mit der Presseunterstützung ist, ob sie vergessen wurde oder nicht mehr unter dem Titel Bürgerservice aufscheint. Es ist einfach so, meine Damen und Herren, daß die Presseförderung des Landes und der Gemeinde Wien andere Aufgaben hat als eine Presseförderung des Bundes. Die Presseförderung des Bundes bemüht sich, die Vielfalt der Presseerzeugnisse zu erhalten. Die Presseförderung eines Landes hat nicht diese hohe Aufgabe für die Presseorgane zu erfüllen, sondern sie muß trachten, daß in den Zeitungen auch Nachrichten und Mitteilungen für den unmittelbaren Lebensbereich der Bürger, praktisch nutzbare Veröffentlichungen aus der Gemeindearbeit, aus der Kommunalpolitik wiederzufinden sind.

Ich glaube, daß wir das in hohem Ausmaß tun; das meine ich sowohl inhaltlich wie finanziell. Finanziell sind es insgesamt zwischen 9 und 10 Millionen, die eben nicht unter diesem Titel, sondern als Bürgerservice, als Information im Jahr dafür ausgegeben werden und die sich dann — ich nehme an, daß Sie das kennen — zum Beispiel in den halb- oder ganzseitigen Inseraten „Bürgerservice“ in den Zeitungen wiederfinden.

Das ist die angewandte Presseförderung. Es wird quasi dem Inseratenteil einer Zeitung Raum abgekauft und den Bürgern für nutzbare Informationen

zur Verfügung gestellt. Ich glaube, daß das eine sehr positive Art der Presseförderung ist, eine adäquate Förderung, und sie führt auch dazu, daß die Bewohner dieser Stadt genau darüber informiert sind, was es an Diensten, an Leistungen, an Möglichkeiten, an Chancen und an Hilfen für sie in der Stadt gibt.

Herr GR. Bauer weiß das anscheinend nicht oder wollte es halt in seinem Diskussionsbeitrag nicht wissen. Er hat ja auch John Milton als irgendeinen Herrn John Milton bezeichnet. Frau GR. Schaumayer hat darauf mit der lustigen Formulierung hingewiesen, daß er ja auch „Das verlorene Paradies“ geschrieben hat. Ich möchte dazu nur sagen, daß er nicht nur „Das verlorene Paradies“, sondern auch „Das wiedergewonnene Paradies“ verfaßt hat, daß auch das von ihm stammt.

Ich muß aber der Frau GR. Schaumayer beipflichten, daß sie bezüglich dieses Druckwerkes, das sie als teuer und überflüssig bezeichnet hat, nämlich der Postwurfinformation über die Volksabstimmung, mit einer Kritik völlig recht hat, eine Kritik, die auch ich sofort geäußert habe, wobei ich zutiefst bedaure, daß im Bericht über den Gesetzesbeschluß dieser Gesetzesbeschluß falsch wiedergegeben wurde.

Ich stehe nicht an, offen zu sagen, wie das passiert ist. Es war ein Fehler des verfassenden und kontrollierenden Redakteurs, ein Fehler, der jedem Menschen einmal passieren kann. Ich habe ihn gefragt, wie das entstanden ist. Er hat den Text aus zwei Tageszeitungen, die ihn ebenfalls falsch gebracht haben, abgeschrieben, statt sich an das Bundesgesetzblatt zu halten. Das ist eindeutig ein Fehler, das sieht er ein, und er hat auch für die Zukunft die Lehre daraus gezogen, daß er den Tageszeitungen nicht mehr alles glaubt, was sie drucken. (Heiterkeit.) Ich werde aber selbstverständlich auch weitere Vorsorgen treffen, damit solche Fehler nicht passieren, wo sie verhinderbar sind.

Die Druckschrift, die Frau GR. Schaumayer als überflüssige Information der SPÖ, wie sie übrigens gesagt hat, bezeichnet und gegen die sie besonders gewettert hat, ist übrigens — ich möchte daran keine internen Vermutungen knüpfen — die einzige Schrift des Pressedienstes, zu der die Anregung nicht vom Magistrat oder, wie sie gesagt hat, von SPÖ-Kreisen, sondern zur Hälfte vom jetzigen Gemeinderat und damaligen Bundesrat Fürst gekommen ist, der sogar vertragsentsprechend und schriftlich angeregt hat, diese, wie es Frau GR. Schaumayer nennt, teure und überflüssige Broschüre unbedingt rechtzeitig ... (GR. Fürst: ... nicht den Inhalt!)

Ja, das stimmt, ich gebe der Wahrheit die Ehre. Nicht den Inhalt haben Sie bestimmt, Sie haben ihn nicht geschrieben, nicht kontrolliert, nicht gesehen. Hiefür sind Sie auf keinen Fall mitverantwortlich.

Die Frau Gemeinderat hat aber auch den Inhalt angegriffen, und da liegt die Schuld beim PID und

beim Redakteur. Sie hat gesagt, an und für sich war das eine teure und überflüssige Druckschrift, die man zu diesem Thema nicht hätte machen sollen. In diesem Zusammenhang möchte ich nur unterstreichen, daß die Anregungen dazu sogar schriftlich von Ihnen gekommen sind. Vielleicht ist das wieder ein Punkt, woraus die Redakteure und ich selbst für die Zukunft eine Lehre ziehen sollten. Ich gestehe das offen ein. (GR. Hahn: Teuer war es auf alle Fälle, und falsch war es auch!)

Ich kann dazu nur sagen: So wie der Redakteur den Tageszeitungen nicht mehr glauben wird, werde auch ich noch einmal nachdenken, wenn eine Anregung vom Herrn GR. Fürst mit unterschrieben ist. (StR. Dr. Goller: Das war sowieso eine lange Denkpause! — StR. Neusser: Der StR. Schieder ist auch zerknirscht, so wie der Redakteur!)

Ich möchte Ihnen versichern, daß mir auf alle Zwischenrufe etwas einfällt. Glauben Sie es mir vielleicht gleich „ung'schaut“, wenn nicht, beweise ich es gerne. Nur wird dann mein Beitrag sehr, sehr lange dauern, denn mir fällt sicherlich mehr dazu ein, als Sie in die Zwischenrufe verpackt haben. Ich bin gerne bereit, das bei jedem einzelnen Zwischenruf unter Beweis zu stellen. (StR. Neusser: Mit Rücksicht auf die Zeit werde ich mich beherrschen, Herr amtsführender Stadtrat!) Sie werden sich beherrschen? Das wird Ihnen sicherlich nicht schwerfallen, Herr Stadtrat,

Ich möchte dem Herrn GR. Landsmann sehr herzlich dafür danken, daß er auf die große Bedeutung des Grün hingewiesen hat, und ich möchte ebenso auch dem Herrn GR. Strunz sehr herzlich für die Anregung des Motorabstellens danken. Ich gebe hiemit sofort die Anweisung, daß wir in dieser Richtung Untersuchungen in der Magistratsabteilung 22 durchführen. Das ist hiemit angeordnet; der Antrag erübrigt sich hiedurch. Wir werden Untersuchungen anstellen, wie das mit dem Motorabstellen tatsächlich ist. Es ist durchaus realistisch, daß es eine Verbesserung bringt. Man muß aber nicht nur die Schadstoffe messen, sondern man muß auch überprüfen, was dann an Schadstoffen mehr entsteht, wenn einer steckenbleibt und eine Kolonne drei Gassen weiter dann umso länger dort steht. Aber vielleicht können wir mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit und anderen Stellen diesbezüglich Kontakt aufnehmen und das überlegen. Ich bedanke mich jedenfalls für diese Anregung hier sehr herzlich.

Weil auch die Frage der Kosten aufgeworfen wurde. Ich habe die genaue Aufstellung hier, was die einzelnen Untersuchungen kosten und wie sie bedeckt sind. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß zahlreiche Untersuchungen und Messungen — insgesamt sind es über 2 Millionen Schilling — bei der Magistratsabteilung 39 bedeckt sind. Die Messungen erfolgen zwar über Anregung der Umweltabteilung, sind aber bei der Magistratsabteilung 39 bedeckt, weil sie die Messungen durchführt. So zum Beispiel wird der Röntgenfluoreszenzanalysator, der sehr wichtig ist, von der Magistratsabteilung 39 angeschafft. Heuer waren 1,4 Millionen Schilling als erste Rate im Budget, im kommenden Jahr ist bei

der Magistratsabteilung 39 fast wieder 1 Million budgetiert. Wir wollen hier ja wirklich unabhängig werden, damit wir jederzeit ein Gerät für die Messungen zur Verfügung haben.

Herr GR. Hahn hat in einem Zwischenruf Informationen zur Mietzinsbeihilfe urgiert. Ich glaube, das ist nicht für Sie persönlich bestimmt, denn Sie werden ja nicht mehr darunterfallen. (Heiterkeit bei der SPÖ. — Zwischenruf des GR. Hahn.) Für diese Menschen haben wir ja die Broschüre gemacht, die kennen Sie auch, Herr Gemeinderat, im Gegensatz zu Ihnen. Es ist die Broschüre, die man in der Stadtinformation und in der Wohnungsberatungsstelle erhalten kann. (GR. Hahn: Dort geht aber das alte Mutterl nicht mehr hin, das ist ja der Jammer!)

Völlig richtiger Einwand. Genau das war unsere Überlegung, daß dort der Betreffende nicht mehr unbedingt hingehört, darum haben wir den Hinweis in die Hauszeitungen aufgenommen.

Sie haben dann in einem Zwischenruf noch gesagt, in „Wien Aktuell“ wollten Sie wenigstens einmal in ein paar Jahren auch etwas darüber lesen. Ich empfehle Ihnen wärmstens die Nr. 11 vom November 1975, dort haben Sie es lesen können. (GR. Hahn: Da hat es das in dem Ausmaß noch gar nicht gegeben, ob Sie es glauben oder nicht!) Das stimmt, die Sätze haben sich seitdem geändert. Aus diesem Grund ist auch der Hausanschlag gekommen.

Ich halte nur fest — seien Sie auch ehrlich —, weil Sie sagen, einmal wollten Sie auf dem Gebiet etwas sehen. Erstes Beispiel: jährlich neu, Wandzeitung und „Wien Aktuell“. Das sind drei Beispiele, von denen eines jährlich neu aufgelegt wird. Da müssen Sie doch zugestehen, daß Sie mit der Forderung, einmal nur wollten Sie etwas sehen, unrecht haben, weil man laufend hier Informationen für die Bevölkerung sehen kann. (Beifall bei der SPÖ. — GR. Hahn: Das Mutterl hat es trotzdem nicht, das ist ein Pech, das wir nicht verstehen! — GR. Dinhof: Jedes Jahr, alle Jahre wieder!)

Ich bin sehr gerne bereit, das zu tun. Da müssen wir einen Flugzettel oder etwas ähnliches machen, das wir wahrscheinlich allen in Frage Kommenden ins Haus zustellen, meinen Sie. Ja, aber dann kommt wieder der Dr. Strunz und beklagt sich über so viel bedrucktes Papier, lauter bedrucktes Papier, Erhöhung des PID-Budgets. Da müssen Sie sich schon entscheiden, was wir tun sollen. Wenn ich es dem Mutterl unbedruckt gebe, wird es nichts davon haben, das werde ich schon bedrucken müssen. (GR. Alram: Aber einen Vierfarbendruck braucht man nicht dafür!) Nein, nein, einen Einfarbendruck, Schwarzdruck, vielleicht mit Rot noch, wenn Sie das politisch nicht stört.

Frau GR. Flemming hat über die direkte Demokratie gesprochen. Ich möchte gar nicht auf das im Detail eingehen, was sie mit den angeschwollenen Parteien und weiteren Pelinka-Zitaten über die Parteien gesagt hat. Das ist eine Einstellung auch gegenüber den Parteien und ihrer Funktion in der Demokratie, die Sie wahrscheinlich einmal in der eigenen Partei rechtfertigen oder diskutieren



müssen. Ich kenne Ihre Partei nicht so gut wie Sie, sehr geehrte Frau Gemeinderat, ich will mir hier gar kein Urteil anmaßen. Ich kann Ihnen nur sagen: In meiner Partei macht man sich darüber natürlich Gedanken, ohne die Rolle zu verkennen, die gerade die Parteien in der Demokratie und für die Demokratie haben.

Wenn Sie konkret bezüglich der Volksabstimmung bedauert haben, daß die Volksabstimmung über Beschluß des Gemeinderates oder des Landtages über ein bereits beschlossenes Gesetz erfolgt und nicht über Antrag der Bürger auch ein Gesetz beschlossen wird ... (GR. Dr. Marilies Flemming: Daß nur die eine Möglichkeit besteht!)

Es ist wirklich die Frage, ob man eine Volksabstimmung initiativ, also nur über Antragsteller machen sollte. Das würde bedeuten, ein Gesetz nicht nur einbringen, wie man es bei einem Volksbegehren kann, sondern es gleich in einer Abstimmung beraten und beschließen. Das ist eine hochinteressante Idee. Kelsen, den Sie zitiert haben (GR. Dr. Marilies Flemming: Der war dagegen!), hat zum Beispiel dazu gemeint ... (Neuerlicher Zwischenruf der GR. Dr. Marilies Flemming.) Oder vielleicht Dr. Renner, der wörtlich zu diesem von Ihnen zitierten Modell eindeutig gesagt hat, dieser Vorschlag wäre unter dem Namen Demokratie die kühnste Form ihrer Beseitigung. (GR. Dr. Marilies Flemming: Demokratie ist eine Evolution auch in ihren demokratischen Einrichtungen!)

Sie meinen wirklich, daß es eine Volksgesetzgebung durch Beschluß ohne Möglichkeit der Diskussion, ohne Möglichkeit einer sachlichen und persönlichen Prüfung der Vorschläge und ihrer Auswirkungen geben könnte? (GR. Dr. Marilies Flemming: Es geht ja nur um einen Bezirk!) Auf den Bezirk komme ich gleich zu sprechen. Das war die Volksabstimmung. Ich glaube, hier werden Sie einsehen, daß das wirklich nicht geht, was Sie meinen.

Allein ein Gesetz einzubringen, das ist möglich, das ist ein Volksbegehren auf Landesebene. Aber es gleich durch die Abstimmung zu beraten und zu beschließen, dafür hat sich bisher kein österreichischer Rechtstheoretiker gefunden. (GR. Dr. Marilies Flemming: Wir haben 20.000 für das Volksbegehren vorgeschlagen!)

Sie haben gefragt, ob die Volksabstimmung über Antrag der Bürger sein könnte, Frau Gemeinderat. Auch der von Ihnen viel zitierte Dr. Pelinka und eigentlich niemand ist dafür, aber es ist als neue Idee natürlich hochinteressant.

Auf Bezirksebene, Frau Gemeinderat, ist es bei den kleineren Größen wirklich die Überlegung, ob man hier ein Antragsrecht geben sollte; das ist ja auch im Ausschuß beraten worden. Die Frage ist nur, wenn es nicht auf Bezirksgröße abgestellt ist, wenn es überhaupt auf keiner genau festgestellten Größe basiert — im Gesetz ist es nicht die Bezirksgröße —, ob der Rahmen, die Grenze des Gebietes gleich festgelegt sein kann. Das könnte ein Straßenzug sein, der durch drei Bezirke geht, das kann

ein Häuserblock sein, das könnte wahrscheinlich auch ein Haus allein sein. Die Untergrenze wird irgendwo dort liegen, wo das Wahlgeheimnis oder das Beteiligungsgeheimnis nicht mehr gewahrt ist, weil es so wenig Menschen werden.

Aber wenn man unter einem erst die Grenzen festlegt mit dem Beschluß des Gebietes, wie wollen Sie dann einfach logisch-rechnerisch gleich wissen, wie der Prozentsatz der Leute aussieht? (GR. Dr. Marilies Flemming: 60.000 sind auf alle Fälle zuviel!) Für das Gebiet können 10 zuviel sein, es können 5.000 zuviel sein oder auch 200. Man weiß es nie. Denn erst mit dem Beschluß der Festlegung des Gebietes kann man errechnen, wie viele Leute in dem Gebiet wohnen. Vorher schon die Zahl zu wissen, ist vielleicht gewissen Wahrsagern möglich, aber sonst ist es sehr schwierig. Das war einer der Gründe.

Ich bitte wirklich um Ihr Verständnis. Vielleicht haben Sie einen Weg, an den wir im Ausschuß nicht gedacht haben. Aber das war einer der Gründe, warum wir diese Form gewählt haben.

Für die anderen Anregungen möchte ich Ihnen wirklich aufrichtig danken, weil man gerade auf diesem Gebiet nicht sagen soll, nur das, was von der eigenen Partei kommt, ist gut, und was von den anderen kommt, ist schlecht. Ich glaube, da soll jeder Vorschlag aufgenommen werden.

In diesem Sinne bin ich auch dem Herrn Magister Kauer für zahlreiche seiner Anregungen sehr dankbar.

Zum Wählerverzeichnis: Das ist unbeeinflussbar, Herr GR. Kauer. Das Wählerverzeichnis in diesem Sinn ist ein Spiegelbild der Wählerevidenz, und die Wählerevidenz ist wieder ein Spiegelbild des polizeilichen Meldeverzeichnisses. Wir können das Abbild dieses Meldeverzeichnisses weder ändern noch verfälschen, sondern der einzelne kann es nur durch Reklamation berichtigen.

Es stimmt, daß man öfter als einmal gemeldet sein kann, auch öfter ordentlich gemeldet sein kann als einmal. Nach dem Wählerevidenzgesetz darf man aber nur einmal in der Wählerevidenz sein. Wenn jetzt jemand doppelt gemeldet ist, sich dort in die Wählerevidenz eintragen läßt, dann ist für ihn eigentlich unumgänglich die Zustimmung gegeben, daß er aus der Wählerevidenz auf der anderen Stelle herausfällt. Das ist etwas, was man seiner Wahl dadurch überlassen hat, daß, wenn er sich dort nicht hineinreklamieren und nicht aufnehmen läßt, er einfach hier drinnen bleibt. (GR. Arthold: Aber bei manchen hat sich überhaupt nichts geändert, und die sind hinausgeflogen!)

Das stimmt schon, bei manchen gibt es echte Probleme, das gebe ich offen zu, auch in der Meldung des Wohnortes. Es ist ja sogar so weit gewesen, daß wir auf den Wahlscheinen Wohnadressen von Mandataren gehabt haben, die sie bei der Kandidatur angegeben haben, und die Briefe sind als unzustellbar zurückgekommen, weil zum Beispiel das Meldeverzeichnis mit Abmeldung und Anmeldung nicht einmal bei allen politischen Mandataren ge-

stimmt hat — ersparen Sie mir zu sagen, bei welchen Leuten —, weil mancher einfach einen neuen Meldezettel hingibt und die Abmeldung am alten Wohnort nicht durchführt.

Das sind Probleme, wo die Wählerevidenz das Spiegelbild eines Meldeverzeichnisses ist, das in vieler Beziehung nicht klappt. Das Meldeverzeichnis ist keine aktuelle Adressenkartei, sondern gibt den Stand entsprechend den Akten wieder, die der Betroffene im Einklang mit den Bestimmungen oder in Übertretung dieser Bestimmungen vor der Meldebehörde gesetzt hat. Daher muß ich um Verständnis bitten, daß wir hier nicht mehr tun können, als die Betroffenen selbst tun.

Sie haben erwähnt, Herr GR. Kauer, daß ich im 13. Bezirk vom Untersuchungsrichter etc. gesprochen habe. Ich habe das nicht von mir aus gesagt, das entspricht nicht den Tatsachen. Es hat sich dort der Fraktionsführer der ÖVP, der Herr Bezirksrat Parz, wenn ich den Namen richtig in Erinnerung habe, Klubchef der Bezirksratsfraktion der ÖVP im 13. Bezirk, wenn ich auch diesbezüglich richtig informiert bin, zum Wort gemeldet. Ich wollte das nicht bringen, aber wenn Sie damit anfangen, Herr GR. Kauer, dann muß ich es sagen. Er hat dort unter anderem behauptet, er hätte genauere Informationen, wie sich das mit dem Wahlschwindel wirklich abgespielt hat.

Ich habe ihn gleich gebeten, wenn er das behauptet und wenn er sagt, er hat Informationen, das einfach der Polizei oder der Öffentlichkeit zu übergeben. Ich erkundige mich ohnehin jede Woche, ob er es getan hat. Die letzte Woche hat er noch nicht genutzt, um seine Ankündigung wahr zu machen, daß er wirklich mehr weiß. Ich werde ja sehen, wie ernst man den Klubchef der ÖVP aus diesem Bezirk nehmen kann. (GR. Dkfm. Ammann: Die Bezirkswahlbehörde weiß es bereits!) Ich warte, bis er es bei der Polizei gemeldet hat, wenn er ankündigt, er weiß mehr darüber. (GR. Hahn: Da warten wir allerdings bei den „Kurier“-Fälschungen auch noch, daß die Polizei etwas findet!)

Wenn Sie mehr wissen, sagen Sie es einfach. Die Polizei ist für Hinweise wirklich immer dankbar. Sagen Sie es, Herr Gemeinderat! Zwischenrufe machen, Behauptungen aufstellen, das ist leicht. Legen Sie die Fakten auf den Tisch, sagen Sie es, die Polizei wird sicherlich nicht zögern, das zu verfolgen. Aber bringen Sie die Beweise, kündigen Sie es nicht fünfmal an, ohne es nur einmal zu bringen. Bringen Sie es, dann wird es überprüft, und dann wird Recht gesprochen werden und Recht geschehen. Mit Ankündigungen und Beschuldigungen allein ist das nicht zu machen.

Und so war das im 13. Bezirk mit manchem, was Sie hier gesagt haben. Bitte, da könnte man reden: Wie schaut es im Greisenasyl im 13. Bezirk mit der Wahlbeteiligung aus und wie schaut es dort mit den Stimmen aus? Dort haben alle, die an der Wahl teilgenommen haben, für die ÖVP gestimmt. (StR. Dr. Goller: Die wissen schon, weshalb!) Aber ich will dort gar nichts unterstellen, das war der

Wille der Wähler. Ich behaupte nichts. Ihr Bezirksrat Parz sagt, er weiß da mehr. Aber dann soll er es auch bitte herzeigen.

Ich habe in der Bezirkszeitung nur gelesen, daß die ÖVP des 13. Bezirks den alten Leuten in Lainz die Aufregung einer Wahl ersparen möchte — wörtliches Zitat. Bitte, ich eigentlich nicht, ich bin dafür, daß sie das Wahlrecht weiter haben. (Beifall bei der SPÖ. — StR. Dr. Goller: Die Briefwahl!) Es hat nicht geheißen, die Aufregung einer persönlichen Stimmabgabe, sondern die Aufregung einer Wahl ersparen. (GR. Dkfm. Ammann: Einer Wiederholung der Wahl!)

Ich will dem Herrn GR. Kauer sagen: Er hat hier konkret einen Bereich angesprochen, wo es an seiner Partei und vor allem an dem Herrn Klubchef Parz der Bezirksvertretung im 13. Bezirk liegt, das zu bringen, was er versprochen hat, nämlich genaue Unterlagen darüber, daß ein Wahlschwindel vorliegt. Diese Unterlagen möchte ich aber wirklich sehen. Denn wenn sie nicht kommen — jede Woche werden wir fragen, ob sie da sind —, dann muß man ihn fragen, wie er zu solchen Behauptungen bei der Angelobung einer Bezirksvertretung kommt, Behauptungen, über die ich gar nicht gesprochen hätte, weil es mir zu unbedeutend war und weil ich delikat genug sein wollte, ihn nicht so hart beim Wort zu nehmen. Aber wenn Sie, Herr GR. Kauer, darüber reden wollen, bitte schön, dann können wir das ruhig tun.

Zivilschutz: Diesbezüglich haben Sie recht, Herr Gemeinderat, daß bei der Magistratsabteilung 64 nur 200.000 Schilling aufscheinen. Es stimmt allerdings, daß andere Dinge von uns übernommen werden. Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, daß die Bürogeschäfte und aller damit verbundener Aufwand aus den Mitteln der Feuerwehr mitgetragen wird und daß die Öffentlichkeitsarbeit für die Katastrophenausstellung und die Kosten für die damit verbundenen Informationen vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien für den Zivilschutzverband getragen werden. Es ist also in der Summe weit mehr als diese 200.000 Schilling.

Ich pflichte Ihnen allerdings bei, daß in einem gewissen Zeitpunkt auch hier eine Erhöhung der Mittel notwendig sein wird. Wenn man mit dem Zivilschutzverband auf manchen Gebieten zu einer anderen Arbeitsweise gekommen ist, wird es wirklich notwendig sein, hier mehr Mittel zu geben.

Ich glaube, daß Sie die Information über das Verhalten im Einsatzfall urgiert haben, ist richtig. Sie waren nur noch nicht in unserem Ausschuß, als wir darüber schon gesprochen haben. Wir haben nur das Ergebnis Zwentendorf abgewartet, weil wir nicht gewußt haben, ob wir in einen diesbezüglichen Postwurf auch das schon aufnehmen müssen, nämlich Zwentendorf ja oder nein. Für die anderen Bereiche wollen wir aber einen eigenen Postwurf für die Bevölkerung machen, der, schon seit einem Jahr akkordiert, genau das enthalten wird, was Sie hier urgiert, zu Recht angesprochen haben. Nur konnten Sie nicht wissen, daß das bereits seit einem Jahr akkordiert ist.



Bezüglich der Feuerwache Landstraße muß ich Ihnen völlig recht geben. Auch ich bedaure, daß sie noch nicht fertig ist. Es stimmt allerdings nicht, daß dadurch eine Schwächung der Einsatzkraft gegeben wäre. Es braucht niemand bei einem Christbaumbrand im 3. Bezirk Sorge zu haben, die Feuerwehr wird trotzdem schnell und zuverlässig kommen. Nur die Zustände für die Feuerwehrleute, die nicht im Einsatz, sondern in Bereitschaft sind, sind unhaltbar. Das war auch der Grund, warum wir die neue Feuerwache bauen wollten und sie nach wie vor bauen wollen.

Es ist auch kein finanzielles Problem, so daß der Antrag wirklich erläßlich ist. Es sind nicht zu wenig Mittel vorhanden, denn wir haben immer genügend Mittel für die Feuerwehr vorgesehen. Gebaut wird es aber nicht von der Feuerwehr, sie ist auch nicht der Auftraggeber, sondern von der Magistratsabteilung 26; nur budgetiert ist es bei der Feuerwehr.

Die Mittel sind anderen Zwecken zugeführt worden, weil sie dort nicht verbrauchbar waren. Das simple Problem besteht darin, daß eine Baufirma, die das baut, nämlich die Baufirma Straßgswandtner & Ambros, ich glaube, in Konkurs gegangen ist oder sich aufgelöst hat. Es waren Schwierigkeiten mit der beauftragten Baufirma, die dort zu der Verzögerung geführt haben, die ich wahrlich bedaure. Ich bin im höchsten Ausmaß daran interessiert, daß es hier rasch weitergeht, weil wir diese Feuerwache brauchen.

Ich bin dem Herrn GR. Lustig für die Worte, die er in diesem Zusammenhang zum Ausdruck gebracht hat, sehr dankbar.

Weil Sie den Einsatz vor zwei Tagen bei Schäringer in der Nacht angesprochen haben: Ich war natürlich, weil es die entsprechende Alarmstufe war, auch persönlich dort und habe mir den Einsatz angesehen. Es war wieder eine großartige Leistung der Feuerwehr, für die ich schon am nächsten Tag den Feuerwehrleuten telegraphisch gedankt habe.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß genau das, was dort eingetreten ist, in der Begutachtung des Projektes bereits von der Feuerwehr angeführt und davor gewarnt worden ist. Aber diejenigen, die das bauen, wollten sich halt auf diese Anregungen nicht einlassen und haben gesagt: Es wird schon halten, es wird schon nicht brennen, das Material da drinnen wird es schon aushalten! — Es hat es aber nicht ausgehalten, und der Brand hat leider gezeigt, daß alle Sorgen der Feuerwehr berechtigt waren.

Meine Damen und Herren! Ich habe nicht mehr

viel zu sagen. Ich habe schon angeführt, daß der eine Antrag des Herrn Dr. Strunz inhaltlich bereits verwirklicht ist, denn der Auftrag zu diesen Messungen ist hier in offener Gemeinderatssitzung an die Abteilung ergangen.

Zu den anderen Anträgen habe ich auch Stellung genommen. Ich brauche Ihre Annahme nicht zu empfehlen, weil sie teilweise bereits erledigt und teilweise nicht notwendig sind.

Ich muß eigentlich nur noch einen Punkt erwähnen:

Ich habe noch einen Beitrag erwartet, der leider nicht gekommen ist, der zwar schon noch hätte kommen können, aber nicht mehr aus der Information im Ausschuß hätte schöpfen können, nämlich einen Beitrag des Herrn GR. Jedletzberger, der sonst meistens darüber gesprochen hat und der bisher dem Ausschuß für Inneres und Bürgerservice angehört hat, was sich als sehr gut erwiesen hat, weil damit der in der Landwirtschaftskammer und für den Gartenbau Zuständige auch die praktische Verbindung zum Ausschuß hatte, wodurch sich sehr viele Mißverständnisse ausräumen ließen, von denen ich befürchte, daß sie jetzt umso leichter entstehen werden.

Daß Herr GR. Jedletzberger nicht mehr im Ausschuß ist, ist wahrscheinlich der Grund dafür, daß etwas nicht urgiert wurde, von dem ich erwartet habe, daß es die Opposition urgieren wird. Ich habe nämlich im vergangenen Jahr bei der Budgetdebatte versprochen, daß ich Ihnen schon heuer konkrete Ergebnisse des biologischen Landbaues der Magistratsabteilung 49 auf den Tisch legen werde. Ich kann das tatsächlich, ich halte meine Zusage auch ohne die Erinnerung der Opposition. Ich lege das Ergebnis auf den Tisch, Sie erhalten es dann alle beim Hinausgehen, und wer nicht mehr da ist, der wird es morgen im Klub erhalten: Es sind Karotten aus dem biologischen Landbau der Stadt Wien in der Lobau, biologisch gesund. (Beifall bei der SPÖ.) Sie schärfen den Blick, wie es Karotten bekanntlich tun. Zwar ist das Grüne oben, aber das Genießbare, das Gute, ist schon das Rote daran. (Neuerlicher Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Lehner: Zur Beratung des 2. Hauptstückes ist kein Redner mehr vorgemerkt. Wir unterbrechen nun die Sitzung und setzen sie morgen im Anschluß an die Sitzung des Landtages mit der Beratung des 4. Hauptstückes: Kultur, Jugend und Bildung fort.

(Schluß um 20.30 Uhr.)